Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

2. Oktober 1978
Jg. 6 Nr. 40

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Carter setzt Militär gegen Postler und Eisenbahner ein

z.gek. Im Tarifkampf der Postarbeiter hat der staatliche Schlichter wie erwartet als ,,bindendes Ergebnis'' verkündet: Lohnerhöhung um 7,1 Prozent jährlich für eine Laufzeit von drei Jahren, schrittweise Aufhebung der Kündigungsschutzklauseln, Weiterbestehen der zwangsweisen Überstundenarbeit wie bisher. In zwei von vier Postgewerkschaften soll in der nächsten Zeit über dies Ergebnis abermals abgestimmt werden. Aber die Carter-Regierung hat die Hände freibekommen für einen frontalen Angriff auf den Streik der Arbeiter und Angestellten auf mehreren großen Eisenbahnlinien, der bereits vor 12 Wochen begonnen hat. Es geht um Lohnforderungen sowie vor allem um den Kampf gegen die massiven Rationalisierungspläne der Eisenbahngesellschaften. Carter hat am 28. September einen Befehl an die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit erlassen und wenig verhüllt den Einsatz des Militärs im Fall von Widersetzlichkeit angekündigt.

Französische Eisenbahner streiken gegen Rationalisierung

z.jon.Paris. Am Samstag, dem 23.9., unterbrachen die Schaffner auf den Vorortstrecken nach Paris-Austerlitz ihren Lohnstreik, um ihn als Bummelstreik fortzusetzen. Seit dem 26.9. streikt das fahrende Personal in der Normandie. Vom 1. bis 5.10. wird ein Streik des fahrenden Personals den Eisenbahnverkehr in ganz Frankreich stillegen. Vom 5. bis 9.10. wird das Schalterpersonal der französischen Bahnhöfe streiken. Die Eisenbahner streiken gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im neuen Fahrplan ab 1.10. Unter anderem sollen Postzüge eingesetzt werden, bei denen Postbeamte zugleich Funktionen der Zugführung übernehmen. Außerdem fordern sie eine Lohnerhöhung und eine Revision der Tarifverträge, die die Eisenbahnverwaltung im Sommer mit kleinen Gewerkschaften und ohne Beteiligung der großen Gewerkschaften CGT und CFDT abgeschlossen hat.

,,Die Arbeiter wollen nicht zum Hafen kommen''

z.pek. Dies erklärte der Direktor der Beiruter Hafenbetriebsgesellschaft zum Streik, den die Hafenarbeiter seit der Wiedereröffnung des Hafens am 23. August führen. Wegen der anhaltenden Angriffe der reaktionären phalangistischen Milizen, die den Hafen im Auftrag der Imperialisten unter ihre Kontrolle bringen wollen, weigern sie sich, ihre Arbeit aufzunehmen. Gegen die Bestrebungen der Imperialisten, Beirut als kostenlosen Umschlagplatz für ihren Warenexport zu nutzen, hat die libanesische Regierung Anfang dieses Jahres die Hafengebühren für Notladung, Transit und Lagerung per Dekret erhöht. Der jetzige Streik der Hafenarbeiter zwingt die Imperialisten, ihre Waren über die Häfen Tripolis im Norden des Libanon, bzw. Latakia in Syrien umzuleiten oder sie im Hafen von Limassol auf Zypern zwischenzulagern.

Französische Eisenbahner streiken gegen Rationalisierung

z.jon.Paris. Am Samstag, dem 23.9., unterbrachen die Schaffner auf den Vorortstrecken nach Paris-Austerlitz ihren Lohnstreik, um ihn als Bummelstreik fortzusetzen. Seit dem 26.9. streikt das fahrende Personal in der Normandie. Vom 1. bis 5.10. wird ein Streik des fahrenden Personals den Eisenbahnverkehr in ganz Frankreich stillegen. Vom 5. bis 9.10. wird das Schalterpersonal der französischen Bahnhöfe streiken. Die Eisenbahner streiken gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im neuen Fahrplan ab 1.10. Unter anderem sollen Postzüge eingesetzt werden, bei denen Postbeamte zugleich Funktionen der Zugführung übernehmen. Außerdem fordern sie eine Lohnerhöhung und eine Revision der Tarifverträge, die die Eisenbahnverwaltung im Sommer mit kleinen Gewerkschaften und ohne Beteiligung der großen Gewerkschaften CGT und CFDT abgeschlossen hat.

,,Die Arbeiter wollen nicht zum Hafen kommen''

z.pek. Dies erklärte der Direktor der Beiruter Hafenbetriebsgesellschaft zum Streik, den die Hafenarbeiter seit der Wiedereröffnung des Hafens am 23. August führen. Wegen der anhaltenden Angriffe der reaktionären phalangistischen Milizen, die den Hafen im Auftrag der Imperialisten unter ihre Kontrolle bringen wollen, weigern sie sich, ihre Arbeit aufzunehmen. Gegen die Bestrebungen der

TUC Liverpool fordert Abschaffung des Antiterrorismusgesetzes

z.mat.Liverpool. Am 23.9. protestierte eine Delegation des britischen Gewerkschaftsverbandes TUC, Bezirk Liverpool, eine Stunde lang vor dem Polizeigefängnis gegen das Antiterrorismusgesetz. Nach diesem Gesetz kann in Britannien jeder wegen Verdachts der Unterstützung des irischen Befreiungskampfes auf unbegrenzte Zeit ohne Verfahren inhaftiert werden. Erst vor zwei Wochen waren acht Mitglieder einer Delegation der nordirischen Transportarbeitergewerkschaft, die an einem der regelmäßigen Kurse für Hafenarbeiter in Liverpool teilnehmen wollten, festgenommen und erst nach einem eintägigen Streik der Belfaster Hafenarbeiter wieder freigelassen worden. Wenige Tage später gab es vier neue Festnahmen. Drei der Festgenommenen wurden eine halbe Stunde vor der Protestaktion des TUC freigelassen, der vierte wurde abgeschoben. Der TUC führte die Aktion trotzdem durch. ,,Wir fordern die Abschaffung des Gesetzes überhaupt'', sagte ein Mitglied des TUC-Vorstandes, ,,denn es ist ein Angriff auf grundlegende demokratische Rechte.''

Kapitalisten verlangen ,,zukunftsweisende Lösung'': Lebens(arbeits)zeitverkürzung und Lohnraub

BDI-Chef Rodenstock: ,,Mehrkosten von 7 bis 8 Prozent'' / Schmücker auf VW-Aktionärsversammlung: Taten müssen folgen

z.brp. Auf der Aktionärsversammlung der VW-Werke in der vergangenen Woche stellte Vorstandsvorsitzender Schmücker zur Expansion des VW-Konzerns fest: ,,Der Beginn der VW-Montage in den Vereinigten Staaten, wo mit Volkswagen erstmals seit Jahrzehnten ein nichtamerikanisches Unternehmen eine Automobilproduktion aufzieht und damit der fünfte PKW-Hersteller in diesem Lande wird, hat zweifelsohne Symbolcharakter in mehrfacher Hinsicht. Er ist unter anderem Symbol für die Vorwärtsstrategie, die die Politik dieses Hauses heute bestimmt und auch künftig – vielleicht in noch stärkerem Maße – bestimmen wird.'' Vorwärtsstrategie ist der passende Begriff. Aus dem militärischen Vokabular entlehnt, kennzeichnet er den Versuch der westdeutschen Imperialisten, den Erfolg im Angriff zu suchen, in der Einverleibung neuer Märkte, um so die Konkurrenten auszustechen und Höchst- und Extraprofite einzusacken. Daß dieser Feldzug ins Stocken gerät, ist die größte Sorge der Imperialisten. ,,Bonn warnt die USA vor dem Handelskrieg'', schreibt das ,,Handelsblatt'' am 28.9.: Graf Lambsdorff hat sich einige US-Senatoren ins Gebet genommen. Er warnt sie, sich für protektionistische Maßnahmen gegenüber Importen aus der EG und Westdeutschland einzusetzen. Der Warenexport der BRD-Imperialisten in die USA betrug 1977 20394 Mio. DM. Werden diese Waren durch Ausgleichszölle belastet und damit verteuert, sinkt die Aussicht der Kapitalisten, ihre Waren profitbringend loszuschlagen. Die Imperialisten gebärden sich wie Freibeuter, wenn es um den Export ihrer Waren in fremde Märkte geht, gleichzeitig versuchen sie alles, um ihre Märkte, für die sie produzieren lassen, vor Waren aus dem Ausland zu schützen.

In der Automobilindustrie herrscht scharfe Konkurrenz. VW hat 1977 2,3 Millionen Autos produzieren lassen und den Marktanteil weltweit gesteigert, im Inland inzwischen auf 30,65%. Der erreichte Konkurrenzvorsprung der VW-Kapitalisten hat seine Grundlage in der höheren Ausbeutungsrate der VW-Arbeiter. Ziel der Kapitalisten ist, die Ausbeutungsrate weiter zu erhöhen, die Arbeit zu intensivieren und den Lohn zu senken. So bleibt Tony Schmücker auf der Aktionärsversammlung kalt, als ein aufgehetzter Kleinaktionär die ,,japanische Herausforderung'' anprangerte: nämlich, daß die japanischen Automobilkapitalisten vergleichbare Mittelklassewagen um rund 1500 DM billiger verkaufen. Schmücker kontert: ,,Folgendes macht mir Sorge, alle beschwören und reden über die japanische Gefahr. Aber wenn es darauf ankommt, dem durch Taten auch einmal etwas entgegenzusetzen, dann, meine Damen und Herren, wird es sehr schwierig. Das ist ein Schuh, den sich die Tarifpartner, dazu gehören wir auch – der Vorstand – anziehen müssen.'' Die Taten, die Schmücker meint, sind niedrige Lohnabschlüsse, er sagt das vor allem an die Adresse der Gewerkschaftssozialdemokraten gerichtet. Was er hier festlegt, hat Gewicht und ist die Einschwörung der Kapitalistenklasse, wie sie gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiterklasse zu reagieren hat, die Parole ist Chauvinismus.

Ein kurzer Presseüberblick über die letzten Tage beweist das: Der Präsident der Deutschen Bundesbank Emminger: ,,Für die Preisentwicklung, über die in Washington im Zusammenhang mit der erwarteten Aufschwungverlagerung von den USA nach Europa gewisse Befürchtungen geäußert werden, rückt Emminger besonders die Löhne in den Vordergrund. 1978 sei in der Bundesrepublik eine im Vergleich zum Vorjahr etwas geringere Steigerung der Nominallöhne vereinbart worden, was aber dennoch zu höheren Nettoeinkommen geführt habe, und zwar dank der gesunkenen Inflationsrate und steuerlichen Erleichterungen. Dieses

(Fortsetzung Seite 2)

rischen Vokabular entlehnt, kennzeichnet er den Versuch der westdeutschen Imperialisten, den Erfolg im Angriff zu suchen, in der Einverleibung neuer Märkte, um so die Konkurrenten auszustechen und Höchst- und Extraprofite einzusacken. Daß dieser Feldzug ins Stocken gerät, ist die größte Sorge der Imperialisten. ,,Bonn warnt die USA vor dem Handelskrieg'', schreibt das ,,Handelsblatt'' am 28.9.: Graf Lambsdorff hat sich einige US-Senatoren ins Gebet genommen. Er warnt sie, sich für protektionistische Maßnahmen gegenüber Importen aus der EG und Westdeutschland einzusetzen. Der Warenexport der BRD-Imperialisten in die USA betrug 1977 20394 Mio. DM. Werden diese Waren durch Ausgleichszölle belastet und damit verteuert, sinkt die Aussicht der Kapitalisten, ihre Waren profitbringend loszuschlagen. Die Imperialisten gebärden sich wie Freibeuter, wenn es um den Export ihrer Waren in fremde Märkte geht, gleichzeitig versuchen sie alles, um ihre Märkte, für die sie produzieren lassen, vor Waren aus dem Ausland zu schützen.

In der Automobilindustrie herrscht scharfe Konkurrenz. VW hat 1977 2,3 Millionen Autos produzieren lassen und den Marktanteil weltweit gesteigert, im Inland inzwischen auf

Unter der Führung der ZANU bewaffneter Befreiungskampf bis zum Sieg!



Das Manöver der Imperialisten, durch die Abhaltung von ,,Wahlen'' das Kolonialregime zu legalisieren, wird zusehends zerschlagen. Wie die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' richtig schreibt, ist ,,das größte Hindernis dafür zweifellos der Guerilla-Krieg''. (26.9.78) Bitter bemerkt sie, daß durch die Fortschritte des Befreiungskampfes 1000 Kolonialschulen für 230000 Kinder geschlossen werden mußten. Es schmerzt die Imperialisten, daß die Jugend Zimbabwes sich dem Befreiungskampf anschließt. Der bewaffnete Befreiungskampf ist die beste Schule für die Jugend Zimbabwes. Er ist der alleinige Garant für die endgültige Vertreibung der Imperialisten und für eine glänzende Zukunft in einem freien und unabhängigen Zimbabwe!

NATO-Herbstmanöver: Die US-Imperialisten proben den Krieg um Europa

Unter der Führung der ZANU bewaffneter Befreiungskampf bis zum Sieg!



Das Manöver der Imperialisten, durch die Abhaltung von ,,Wahlen'' das Kolonialregime zu legalisieren, wird zusehends zerschlagen. Wie die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' richtig schreibt, ist ,,das größte Hindernis dafür zweifellos der Guerilla-Krieg''. (26.9.78) Bitter bemerkt sie, daß durch die Fortschritte des Befreiungskampfes 1000 Kolonialschulen für 230000 Kinder geschlossen werden mußten. Es schmerzt die Imperialisten, daß die Jugend Zimbabwes sich dem Befreiungskampf anschließt. Der bewaffnete Befreiungskampf ist die beste Schule für die Jugend Zimbabwes. Er ist der alleinige Garant für die endgültige Vertreibung der Imperialisten und für eine glänzende Zukunft in einem freien und unabhängigen Zimbabwe!

NATO-Herbstmanöver: Die US-Imperialisten proben den Krieg um Europa

z.hku. Die großen der diesjährigen NATO-Herbstmanöver sind in der vergangenen Woche beendet worden. Sie konzentrierten sich auf Mitteleuropa, im wesentlichen auf das Territorium der BRD und waren mit rund 300000 beteiligten Soldaten der NATO-Truppen, vor allem aus den USA, Großbritannien, Holland und Westdeutschland, die größten NATO-Manöver seit Bestehen dieses imperialistischen Bündnisses. An allen Manövern waren dieses Jahr US-Truppen beteiligt, 13000 Mann wurden zusätzlich aus den USA herangeführt.

Die Durchführung dieser Manöver entspricht dem im Mai 1978 verabschiedeten NATO-Langzeitprogramm, das vor allem eine quantitative Ausdehnung der konventionellen Rüstung in Europa, eine größere Präsenz der USA sowie eine schnellere Heranführung von Reserven vorsieht und größere Fortschritte in der einheitlichen operativen Führung unter *einem* Kommando.

Der Inhalt der Herbstmanöver ist die Vorbereitung auf den Krieg um Europa, der zwischen den beiden Supermächten ausgefochten und entschieden wird und bei dem sich die westlichen Imperialisten, voran die BRD, erhoffen, im Bündnis mit den USA ihre Basis weit nach Osten ausdehnen zu können. In diesem Sinn haben sich Haig (USA) und ,,Kriegsherr'' Apel (Bild, 28.9.78) zufrieden mit den Manövern geäußert (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.9.78). Wie die Sache auch losgehen wird, so oder so ist die stehende Annahme für die militärische Lage ein Vorstoß der sozialimperialistischen Sowjetunion mit starken Panzerverbänden in die norddeutsche Tiefebene, um die nord- und westdeutschen Industriezentren zu gewinnen und Westdeutschland zu spalten. Dem entsprach die Übung ,,Saxon Drive'' (,,Fahrt nach Sachsen'') mit US-Truppen direkt an der DDR-Grenze als Panzerschlacht großen Stils mit dem Ziel, zum Gegenangriff überzugehen. Entscheidend ist sodann der Stoß von den Flanken her: im Norden mit Unterstützung von Seelandetruppen an der Ostseeküste (Manöver ,,Bold Guard'' mit dem Höhepunkt der Landung von US-Ledernacken auf der Insel Fehmarn), vom Süden mit einem konzentrierten Panzerstoß durch die Mittelgebirge auf das mitteldeutsche Industriegebiet und Berlin (,,Certain Shield'' vom Main über Nordhessen, ,,Blaue Donau'' über Franken). Voraussetzung für solche Pläne ist die erhöhte Präsenz von US-Truppen – die mit der Stationierung in Garlstedt bei Bremen gerade erweitert wird – wie auch die Sicherung der Nachschubwege aus den USA vor dem Zugriff der sozialimperialistischen Flotte. Dem diente das Seemanöver ,,Northern Wedding'' mit 26 eingesetzten Handelsschiffen und massiven Landungsübungen auf den Shetland-Inseln. In den Luftübungen wurde u.a. zum ersten Mal der Abwurf starker konventioneller Bomben durch den strategischen Langstreckenbomber B 52 demonstriert, von nordamerikanischem Territorium aus, ohne Landung in Europa.

,,Ein Angriff auf Europa würde die gleichen Konsequenzen haben wie ein Angriff auf die USA'', hat Carter auf der NATO-Konferenz am 30.5.78 erklärt. Ein amerikanischer Offizier hat sich das bei der Landung in Bremerhaven so übersetzt: ,,Wir werden dieses Land verteidigen, als wär es unser eigenes.'' (Radio Bremen, 14.9.78) Darum geht es der Supermacht USA bei den Herbstmanövern: ihren Willen zu demonstrieren, ihre Hegemonie über Europa zu behaupten – das nennen sie ,,Verteidigung'' – gegen die andere Supermacht *wie* gegen die europäischen Imperialisten; sowie ihre Absicht, diese Hegemonie, sobald die Gelegenheit günstig, auszudehnen, ihre imperialistischen Kumpane im Gefolge.

,,Brunsbüttel fest in der Hand der Amerikaner'', stellt die bürgerliche Presse in einer Mischung von Bewunderung und Widerwillen fest, und sie muß es herunterschlucken, daß die US-Offiziere Apel und Wust wie Deppen im Manöver warten lassen. (Die Welt, 27.9.78) Erst recht sind die Besatzertruppen gegen die Volksmassen aufgetreten wie die Herren des Landes. Die Manöverberichte waren ein tagtägliches Schlachtbulletin über die Todesopfer, die die Volksmassen und die einfachen Soldaten der imperialistischen Kriegsvorbereitung bringen mußten.

Helmut Schmidt hat es nicht versäumt, anläßlich der Manöver kräftig auf die Pauke zu hauen. ,,Wer abschrecken will, muß es auch tun, können und wollen.'' Das Zuschlagen nämlich. Weiter wird von seiner Rede auf der Tagung der ,,Atlantic Treaty Association'' wiedergegeben: ,,Die Deutschen hätten gelernt, die nationale Frage mit europäischen Augen zu sehen.'' Europa als ihre Basis, als Tummelplatz westdeutschen Kapitals. ,,Der Bundeskanzler fügte hinzu, seit etwa neun Jahren sei man dabei, dieses nationale Problem nicht nur mit westeuropäischen, sondern auch mit osteuropäischen Augen zu sehen.'' (Süddeutsche Zeitung, 25.9.78) Dies wollte der BRD-Imperialismus mit dem Aufmarsch der Truppen ,,am Rande ihres Territoriums und nicht weiter rückwärts'' in den Manövern demonstrieren.

Entscheidend aber für die Aussichten in der imperialistischen Konkurrenzschlacht bis hin zum Krieg ist die Fähigkeit in der Ausbeutung der Arbeiter und in der Unterdrückung des Klassenkampfes in der Armee und gegenüber der imperialistischen Armee. Scheel hat sich bei seinem Manöverbesuch eher skeptisch geäußert über die bloß ,,passive Duldung der Bundeswehr'' und große Hoffnung auf bessere Behandlung der Bundeswehr in den Schulen geäußert (Der Spiegel Nr. 39/78). Die westdeutschen Behörden haben Anstrengungen unternommen, den Zorn der Volksmassen zu dämpfen durch Versprechen über ,,unbürokratische Schadensregelungen'' usw. Daß man sie nicht will, haben die NATO-Truppen doch überall zu spüren bekommen, und überall mußten sie die Losungen lesen: Abzug aller fremden Truppen! Westdeutschland raus aus der NATO! Friedensvertrag!

Kapitalisten verlangen „zukunftsweisende Lösung“: Lebens(arbeits)zeitverkürzung und Lohnraub

(Fortsetzung von Seite 1)
Rezept sollte sich 1979 wiederholen lassen, zumal auch in diesem Jahr Steuerentlastungen und höheres Kindergeld winken, überdies die Ernte 1978 gut ausgefallen ist.“ (Süddeutsche Zeitung, 28.9.1978) Mit der 7-DM-Steuererleichterung kann sich kein Arbeiter mehr kaufen, und spätestens seit Loderer erklären mußte, das von der Bundesregierung verabschiedete Steuerpaket rechtfertige nicht, bei den Lohnforderungen zurückhaltend zu sein, ist diese Waffe gegen den Lohnkampf stumpf geworden.

Das Kieler Weltwirtschaftsinstitut sieht in seiner jüngsten Konjunkturanalyse „für übertriebenen Optimismus jedoch angesichts fortdauernder Risiken, etwa bei der Lohnentwicklung oder auf dem Arbeitsmarkt, keinen Anlaß“. „Die Tarifpartner fordert das Institut auf, den Konfrontationskurs zu verlassen und einen ‚mittelfristigen Wachstumspakt‘ zu schließen. Die Kieler schlagen längerfristige Tarifvereinbarungen sowie die Anpassung der Löhne an die Produktivitäts- und Preisentwicklung vor.“ (Süddeutsche Zeitung, 26.9.1978)

Die Journalisten vom „Handelsblatt“ rechnen aus, daß „Lohnnebenkosten und Dollarkrise die Arbeitskosten an die Spitze treiben“: „Während beispielsweise durch den Aufwertungseffekt die Lohnsteigerungen der deutschen Industrie in das internationale Mittelfeld gedrückt wurden, konnten die USA im Zuge sinkender Dollarkurse ihre ohnehin mäßigen Lohnsteigerungen noch einmal kräftig ‚abwerten‘... Führt man die Umrechnung der reinen Stundenlöhne zur besseren Vergleichbarkeit auf DM-Basis durch, dann zeigt sich, daß sich mittlerweile zwei Ländergruppen herausgebildet haben. Zum einen die Niedriglohn-Länder mit Stundenlöhnen unter 10 DM. Zu ihnen gehören einige der schärfsten Weltmarkt-Konkurrenten der Bundesrepublik wie Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien. In die Mittelgruppe mit Stundenlöhnen um 11 DM zählen die Bundesrepublik die Schweiz, die Niederlande und Belgien. Absoluter Spitzenreiter bei den Lohnkosten ist wie im vergangenen Jahr Dänemark, gefolgt von Schweden und den USA.“ (Handelsblatt, 26.9.78)

Die weisen Professoren, die im Juni das streng vertrauliche, nicht zur Weitergabe oder Veröffentlichung geeignete Sachverständigen-Sondergutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt haben, versteigen sich zu der Behauptung, „die Aufwertung (der DM, Red.) und der dadurch verursachte Minderanstieg des Preisniveaus erhöhen den realen Wert der Tarifabschlüsse. Die Reallöhne werden 1978 mit 3 v.H. mindestens ebenso stark steigen wie 1977.“ Nur – das war auch schon eine Lohnsenkung. Und vom gestiegenen „Wert“ der DM hat der Arbeiter nichts, anders ist es bei den Kapitalisten: Die Dollarabwertung beflügelt sie in ihrem Kapitalexport.

Das Konzept der Bourgeoisie ist Lohnsenkung und nochmals Lohnsenkung, notdürftig kaschiert durch Versprechungen von niedrigen Preissteigerungen. In diesem Jahr haben die Kapitalisten ihr Konzept der Lohnsenkung nicht durchsetzen können, die Kämpfe der Hafenarbeiter, Metallarbeiter, Drucker, der Bauarbeiter haben das verhindert. Und die Aussichten sind dieses Jahr nicht besser für die Kapitalisten. Sie wärmen deswegen einen alten Dreck neu auf. Helmut Schmidt bei der Haushaltsdebatte: „Wir haben in der europäischen Gemeinschaft die höchsten Löhne und Sozialleistungen, die niedrigste Preissteigerung und Arbeitslosigkeit und die wenigsten sozialen Konflikte.“ Dies plumpe Geschwätz kann der „Glaubwürdigkeit“ der Sozialdemokratie leichter großen Abbruch tun, als wie geplant den Lohnkampf der Arbeiter schwächen.

Die Taktik, von der die Kapitalisten glauben, die Löhne senken zu können, ohne sich dagegen große Kämpfe der Arbeiterklasse einzuhandeln, ist, auf die Forderung der Arbeiter nach Arbeitszeitverkürzung einzugehen, um diese richtige Forderung zu verdrehen, so daß nachher nicht weniger tägliche Arbeitszeit herauskommt, sondern weniger Lebensarbeitszeit. Neu ist das nicht, schon immer hat die Intensivierung und Ausdehnung der *täglichen* Arbeitszeit zur Verkürzung der „Lebensarbeitszeit“ geführt; denn es bleibt nicht aus, daß die Arbeiter früher sterben müssen bei solcher Ausbeutung.

Der neue BDI-Chef Rodenstock schlägt die Arbeitszeitverkürzung mit „sieben bis acht Prozent“ Mehrkosten für die Kapitalisten an. Die Chemiekapitalisten rechnen für eine Stunde weniger wöchentliche Arbeitszeit 2,6 Prozent.

Auf hervorragenden Plätzen und spaltenlang gedachte die Bourgeoispresse des Kongresses der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, die bisher unter den Gewerkschaften eher eine unbedeutende Rolle gespielt hat, wenn sie auch den einmaligen Rekord von 1000 Tarifverträgen für ihren Bereich hält. Schmidt und Ehrenberg haben sich die Hand gereicht, um dem neuen Vorsitzenden Döding zu gratulieren. „Vor dem Hintergrund des langfristigen gewerkschaftlichen Zieles der 35-Stunden-Woche lobte Ehrenberg hier besonders die tarifpolitische Konzeption der NGG: ‚In der Zigaretten- und Brauindustrie sind zukunftsweisende Lösungen gefunden worden, die mit dem sozialpolitischen Anliegen nach Verkürzung der Arbeitszeit dort anfangen, wo es sozialpolitisch sinnvoll am dringlichsten und arbeitsmarktpolitisch am nützlichsten ist‘, sagt Ehrenberg.“ (Handelsblatt, 25.9.1978) Die gesamte Kapitalistenklasse will den Coup landen, den die Zigaretten- und Braukapitalisten gegen die Arbeiter durchgesetzt haben: Die köstliche Arbeitszeitverkürzung wird von den Arbeitern bezahlt: Ein Teil des Lohns wird in einem von den Kapitalisten zwangsverwalteten Topf zurückbehalten und dann als Lohnausgleich an die über 55jährigen Arbeiter ausbezahlt. Wenn überhaupt...

UNO-Seerechtskonferenz vertagt. Manöver der US-Imperialisten, „Vorbeschlüsse“ zu fassen, gescheitert

z.mat. Als am 21. August in New York eine weitere Sitzung der UN-Seerechtskonferenz begann, war dem Senat der USA gerade ein von der Carter-Regierung unterstützter Gesetzentwurf vorgelegt worden, nach dem die US-Regierung ermächtigt werden soll, Abbaulizenzen für Rohstoffe des Tiefseebodens zu vergeben. Die Tiefsee ist von der UNO bekanntlich zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklärt worden, das nur gemeinsam genutzt werden soll. Die Imperialisten kämpfen mit allen Mitteln gegen diesen Beschluß. Ihr verzweifelter Widerstand gegen die Errichtung der Internationalen Meeresbehörde ist der Grund dafür, daß die Seerechtskonferenz noch immer nicht mit einer verbindlichen Seerechtskonvention abgeschlossen werden konnte.

Mit der zeitlich geplanten Einbringung des US-Gesetzentwurfs wollten die US-Imperialisten die Konferenz gezielt torpedieren und sich so obendrein ein Alibi für nationale Gesetzgebung verschaffen. Elliot Richardson, Vertreter der USA auf der Konferenz, erklärte, wenn die Gesellschaften nicht bald grünes Licht bekämen, würden sie ihre Investitionen für die Projekte einstellen und ihre Spezialistengruppen auflösen, und das Ergebnis wäre unter Umständen, daß überhaupt kein Abbau stattfindet.

Der Schuß ist nach hinten losgegangen. Ein Sprecher der „Gruppe der 77“, zu der inzwischen über 100 Länder der Dritten Welt gehören, erklärte, das geplante US-Gesetz widerspräche den Beschlüssen der UNO und sei völkerrechtlich illegal. Sollten die USA einseitig dem Beschluß der Seerechtskonferenz vorgreifen, dann würden die Folgen unabsehbar sein. Von der Konferenz bekam Richardson die verbindlichen Termine gleich mit auf den Weg: Nach dieser Sitzungsrunde, die am 16. September beendet wurde, findet eine weitere sechswöchige Sitzung ab 19. März in Genf statt, auf der der vorliegende Konventionsentwurf abschließend behandelt wird. Auf einer letzten sechswöchigen Sitzung im Herbst 1979 in New York wird der Text endgültig verabschiedet und 1980 in Caracas formell unterzeichnet.

Die Imperialisten machen sich immer noch Hoffnungen. „Über den allgemeinen Rahmen herrscht längst Übereinstimmung“, schreibt die „Times“, „eine internationale Meeresbodenbehörde mit einer Unternehmensabteilung, der ‚Enterprise‘ (Unternehmung), und ein paralleles Abbausystem, bei dem die Bergbaugesellschaften und die Enterprise, die im Auftrag der Entwicklungsländer tätig ist, gleich große Gebiete nutzen.“

Der vom indischen Präsidenten der Konferenz, Shirley Amerasinghe, vorgelegte Vertragsentwurf, der von den Ländern der „Gruppe der 77“ unterstützt wird, sieht ein solches paralleles System für die Dauer von drei Jahren vor. Von einer Aufteilung in „gleich große Gebiete“ ist in ihm nicht die Rede. Die Imperialisten nehmen hier ihre Wünsche für Realität. Außerdem sagt der Entwurf, daß der Meeresboden nach drei Jahren automatisch unter das ausschließliche Nutzungsrecht der Enterprise gestellt wird, falls während dieser Zeit durch die UNO nichts anderes beschlossen wird. Die Imperialisten übergehen das mit Stillschweigen.

Dafür haben einige von ihnen neue „Probleme“ entdeckt. Die Sozialimperialisten haben vorgeschlagen, daß überall, wo das flache Küstenmeer (der Schelf) breiter ist als die inzwischen allgemein akzeptierte 200-Meilen-Wirtschaftszone, diese Zone auf 300 Meilen erweitert werden soll. Großbritannien, das ebenso wie die Sowjetunion vor seinen Küsten besonders breite Schelfgebiete hat, ist mit einem ähnlichen Vorschlag gekommen, um sich ein Stück des internationalen Meeres einverleiben zu können. Offenbar ist das Problem ein spezifisch imperialistisches: Argentinien, Mitglied der „Gruppe der 77“, dessen Schelf zu den ausgedehntesten des Weltozeans gehört, hat der Verbindlichkeit der 200-Meilenzone ohne Einschränkung zugestimmt. Die neuen Vorschläge der Imperialisten und Sozialimperialisten werden ebenso an der Einheit der Dritten Welt scheitern, wie ihre bisherigen gescheitert sind.

Bundestag – „Der Anwalt aller Deutschen“

r.acm. So der Titel einer Fotoreportage über den Bundestag, die Anfang letzter Woche in der Kreissparkasse Osnabrück gezeigt wurde. Zweck der Ausstellung: „die vielfältige Arbeit der Bundestagsabgeordneten dem Bürger näher zu bringen. Dies gelte insbesondere für die Jugend.“ Die Bourgeoisie fürchtet die Isolierung ihres Packs, das spürt man deutlich. Reden sie von ihren Diäten – wie grad jetzt in Bremen –, müssen sie schon Prügel fürchten.

Mit der „Selbstdarstellung“ haben sie Probleme. Einer der Osnabrücker Bundestagsabgeordneten jammerte auf der Ausstellung: Ihnen würde immer entgegengeschleudert: „Was tut ihr eigentlich den ganzen Tag?“ Jetzt soll die Ausstellung die „Arbeit“ der Bourgeoisievertreter präsentieren.

Von der Kreissparkasse sind alle Schulen eingeladen worden. Emmerlich, MdB, SPD, aus Osnabrück legt Gewicht auf diese Ausstellung, in der Fotos sitzender redender, telefonierender Minister gezeigt werden. Die Darstellung von irgendeiner Form von Betätigung soll die Unterschiebung ihres reaktionären Inhaltes erleichtern. Nach dem Motto: Wo was getan wird, fällt auch Nützliches ab. Fragt sich eben nur: *was und für wen!* Daß Emmerlich etwas tut, wird nicht bestritten. Emmerlich hat sich spezialisiert auf Ehe-und Familienrecht. Die Reform des §218 hat er mitbetrieben. In „politischen Frühschoppen“, die er durchgeführt hat, hat man sich fast mit ihm geprügelt. Bei der Durchsetzung des Ehe- und Scheidungsrechts hat er vor allem mitgeholfen. Er sitzt im Rechtsausschuß, wo die staatliche Unterdrückung gegen die Volksmassen ausgebaut wird. Von Recht für die Bourgeoisie versteht er etwas – so hat er schon vor Jahren in Nordhorn als Richter dem Bauern Borrink seinen Hof wegnehmen lassen!

Die Auseinandersetzungen und Kämpfe der Volksmassen – da hat dieser namentliche „Anwalt aller Deutschen“ einiges an den Hals bekommen. Müller-Emmert (auch MdB) und er mußten im Ratssitzungssaal zu Osnabrück eine Veranstaltung zur Verteidigung des §218 abbrechen, weil sie nicht mehr durchkamen mit ihrem Reaktionären. So hat er also schon einige Erfahrungen mit dem Kampf der Massen an verschiedenen Fronten, und das gilt für die anderen Abgeordneten genauso. Das ist auch der Hintergrund der Ausstellung. Geht sie darauf, aufzu-

IWF-Tagung im Zeichen des imperialistischen Währungskrieges

z.scc. Die Hauspostille der westdeut-
päische Währungssystem“ beinhaltet eine Zone fester Wechselkurse inner-
Dollars als Weltgeld bedeutete. Nicht, daß die westdeutschen und französi-
dern den IWF vor allem als „Wegbereiter“ vorzuschicken, um dann mit

effekt die Lohnsteigerungen der deutschen Industrie in das internationale Mittelfeld gedrückt wurden, konnten die USA im Zuge sinkender Dollarkurse ihre ohnehin mäßigen Lohnsteigerungen noch einmal kräftig ‚abwerten‘... Führt man die Umrechnung der reinen Stundenlöhne zur besseren Vergleichbarkeit auf DM-Basis durch, dann zeigt sich, daß sich mittlerweile zwei Ländergruppen herausgebildet haben. Zum einen die Niedriglohn-Länder mit Stundenlöhnen unter 10 DM. Zu ihnen gehören einige der schärfsten Weltmarkt-Konkurrenten der Bundesrepublik wie Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien. In die Mittelgruppe mit Stundenlöhnen um 11 DM zählen die Bundesrepublik die Schweiz, die Niederlande und Belgien. Absoluter Spitzenreiter bei den Lohnkosten ist wie im vergangenen Jahr Dänemark, gefolgt von Schweden und den USA.“ (Handelsblatt, 26.9.78)

Die weisen Professoren, die im Juni das streng vertrauliche, nicht zur Weitergabe oder Veröffentlichung geeignete Sachverständigen-Sondergutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt haben, versteigen sich zu der Behauptung, „die Aufwertung (der DM, Red.) und der dadurch verursachte Minderanstieg des Preisniveaus erhöhen den realen Wert der Tarifabschlüs-

ferenz begann, war dem Senat der USA gerade ein von der Carter-Regierung unterstützter Gesetzentwurf vorgelegt worden, nach dem die US-Regierung ermächtigt werden soll, Abbaulizenzen für Rohstoffe des Tiefseebodens zu vergeben. Die Tiefsee ist von der UNO bekanntlich zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklärt worden, das nur gemeinsam genutzt werden soll. Die Imperialisten kämpfen mit allen Mitteln gegen diesen Beschluß. Ihr verzweifelter Widerstand gegen die Errichtung der Internationalen Meeresbehörde ist der Grund dafür, daß die Seerechtskonferenz noch immer nicht mit einer verbindlichen Seerechtskonvention abgeschlossen werden konnte.

Mit der zeitlich geplanten Einbringung des US-Gesetzentwurfs wollten die US-Imperialisten die Konferenz gezielt torpedieren und sich so obendrein ein Alibi für nationale Gesetzgebung verschaffen. Elliot Richardson, Vertreter der USA auf der Konferenz, erklärte, wenn die Gesellschaften nicht bald grünes Licht bekämen, würden sie ihre Investitionen für die Projekte einstellen und ihre Spezialistengruppen auflösen, und das Ergebnis wäre unter Umständen, daß überhaupt kein Abbau stattfindet.

Der Schuß ist nach hinten losgegangen. Ein Sprecher der „Gruppe der 77“, zu der inzwischen über 100 Länder der Drit-

der UNO und sei völkerrechtlich illegal. Sollten die USA einseitig dem Beschluß der Seerechtskonferenz vorgreifen, dann würden die Folgen unabsehbar sein. Von der Konferenz bekam Richardson die verbindlichen Termine gleich mit auf den Weg: Nach dieser Sitzungsrunde, die am 16. September beendet wurde, findet eine weitere sechswöchige Sitzung ab 19. März in Genf statt, auf der der vorliegende Konventionsentwurf abschließend behandelt wird. Auf einer letzten sechswöchigen Sitzung im Herbst 1979 in New York wird der Text endgültig verabschiedet und 1980 in Caracas formell unterzeichnet.

Die Imperialisten machen sich immer noch Hoffnungen. „Über den allgemeinen Rahmen herrscht längst Übereinstimmung“, schreibt die „Times“, „eine internationale Meeresbodenbehörde mit einer Unternehmensabteilung, der ‚Enterprise‘ (Unternehmung), und ein paralleles Abbausystem, bei dem die Bergbaugesellschaften und die Enterprise, die im Auftrag der Entwicklungsländer tätig ist, gleich große Gebiete nutzen.“

Der vom indischen Präsidenten der Konferenz, Shirley Amerasinghe, vorgelegte Vertragsentwurf, der von den Ländern der „Gruppe der 77“ unterstützt wird, sieht ein solches paralleles System für die Dauer von drei Jahren vor. Von

listen nehmen hier ihre Wünsche für Realität. Außerdem sagt der Entwurf, daß der Meeresboden nach drei Jahren automatisch unter das ausschließliche Nutzungsrecht der Enterprise gestellt wird, falls während dieser Zeit durch die UNO nichts anderes beschlossen wird. Die Imperialisten übergehen das mit Stillschweigen.

Dafür haben einige von ihnen neue „Probleme“ entdeckt. Die Sozialimperialisten haben vorgeschlagen, daß überall, wo das flache Küstenmeer (der Schelf) breiter ist als die inzwischen allgemein akzeptierte 200-Meilen-Wirtschaftszone, diese Zone auf 300 Meilen erweitert werden soll. Großbritannien, das ebenso wie die Sowjetunion vor seinen Küsten besonders breite Schelfgebiete hat, ist mit einem ähnlichen Vorschlag gekommen, um sich ein Stück des internationalen Meeres einverleiben zu können. Offenbar ist das Problem ein spezifisch imperialistisches: Argentinien, Mitglied der „Gruppe der 77“, dessen Schelf zu den ausgedehntesten des Weltozeans gehört, hat der Verbindlichkeit der 200-Meilenzone ohne Einschränkung zugestimmt. Die neuen Vorschläge der Imperialisten und Sozialimperialisten werden ebenso an der Einheit der Dritten Welt scheitern, wie ihre bisherigen gescheitert sind.

Fragt sich eben nur: *was und für wen!* Daß Emmerlich etwas tut, wird nicht bestritten. Emmerlich hat sich spezialisiert auf Ehe-und Familienrecht. Die Reform des §218 hat er mitbetrieben. In „politischen Frühschoppen“, die er durchgeführt hat, hat man sich fast mit ihm geprügelt. Bei der Durchsetzung des Ehe- und Scheidungsrechts hat er vor allem mitgeholfen. Er sitzt im Rechtsausschuß, wo die staatliche Unterdrückung gegen die Volksmassen ausgebaut wird. Von Recht für die Bourgeoisie versteht er etwas – so hat er schon vor Jahren in Nordhorn als Richter dem Bauern Borrink seinen Hof wegnehmen lassen!

Die Auseinandersetzungen und Kämpfe der Volksmassen – da hat dieser namentliche „Anwalt aller Deutschen“ einiges an den Hals bekommen. Müller-Emmert (auch MdB) und er mußten im Ratssitzungssaal zu Osnabrück eine Veranstaltung zur Verteidigung des §218 abbrechen, weil sie nicht mehr durchkamen mit ihrem Reaktionären. So hat er also schon einige Erfahrungen mit dem Kampf der Massen an verschiedenen Fronten, und das gilt für die anderen Abgeordneten genauso. Das ist auch der Hintergrund der Ausstellung. Geht sie darauf, aufzu-

zeigen, daß die „Arbeit“ der Bundestagsabgeordneten nicht nur in den Sitzungen des Bundestags stattfindet, sondern „die eigentlich parlamentarische Arbeit bleibe der Öffentlichkeit weithin verborgen“ – so soll damit vom Inhalt der Maßnahmen der Parlamente der Finanzbourgeoisie abgelenkt werden. Daß die Bourgeoisie in der Ausstellung vor allem auf die „Arbeit“ der Abgeordneten abzielt, ist Kalkül. Ist eine Tätigkeit erst einmal ihres Klassencharakters entleert, so kann auch der parlamentarische Dienst für das Finanzkapital als Arbeit gelten.

IWF-Tagung im Zeichen des imperialistischen Währungskrieges

z.scc. Die Hauspostille der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die „Frankfurter Allgemeine“, sah sich zum Abschluß der jährlichen Sitzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) noch einmal zu einer Würdigung des Schmidt-Giscard-Treffens „im Aachener Dom“ (Frankfurter Allgemeine, 29.9.78) veranlaßt: „Die beiden waren vorsichtig genug, nur schweigend mitzuteilen, daß hinter dem Projekt eines europäischen Währungssystems etwas Politisches, eine neue Gemeinsamkeit stecke. Sie hat mit Veränderungen im Verhältnis der beiden Länder zu Amerika zu tun.“

Zehn Tage vor Beginn der IWF-Sitzung hatten sich die westdeutschen und französischen Imperialisten über die Ausgestaltung des „Europäischen Währungssystems“ geeinigt, oder besser: Schmidt hatte „Freund“ Giscard davon überzeugen können, daß es den französischen Konkurrenten gut anstünde, zur beiderseitigen Stärkung ihren Widerstand gegen die Schmidtschen Vorstellungen über das Europäische Währungssystem aufzugeben (siehe KVZ Nr. 38/78). Diese haben sich dann auch durchgesetzt, erst „im Aachener Dom“, darauf auf der Konferenz der EG-Finanzminister, denen angesichts der „deutsch-französischen Verständigung“ kaum etwas anderes übrig blieb.

Durchgesetzt hat sich damit, wie die britischen Imperialisten bitter beklagen, „eine vergrößerte DM-Zone in Westeuropa, deren erstes Ziel die Niedrighaltung des Werts der DM und die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Exporte sein wird“. (Observer, 24.9.78) Das sogenannte „Europäische Währungssystem“ beinhaltet eine Zone fester Wechselkurse innerhalb der EG und eine Organisation „vom IWF-Typ“, den „Europäischen Währungsfonds“. In diesen Fonds zahlt jedes Mitgliedsland der EG 20% seiner Währungsreserven in Gold und Dollar und einen entsprechenden Betrag in nationaler Währung. Ersteres zu dem Zweck, darüber die Forderungen und Verpflichtungen zwischen den verschiedenen Notenbanken auszugleichen, die aus Deviseninterventionen resultieren. Letzteres zur Speisung eines Kreditpfuhls, aus dem die „währungsschwächeren“ Länder Kredite in „starker“ Währung beziehen können. Die BRD-Imperialisten erhoffen sich doppelten Vorteil: weitere Aufwertung der DM, die die Konkurrenzbedingungen ihrer Exporte verschlechtern, nach Möglichkeit zu verhindern, und als „währungsstarke“ Macht die Rolle des größten europäischen Gläubigers zu übernehmen und auszubauen mit allen ihnen zufließenden Zinszahlungen und Diktatmöglichkeiten. Die französischen Imperialisten spielen mit, weil sie sich eine Stärkung des Franc innerhalb der EG und eine Stärkung der EG insgesamt gegenüber den konkurrierenden Imperialisten versprechen.

Giscard war es dann auch, der mit dem Schlagwort vom „europäischen Bretton Woods“ den US-Imperialisten den Fehdehandschuh hinwarf. Mit der Konferenz von Bretton Woods hatten die US-Imperialisten den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank gegründet, mit deren Hilfe sie die Kreditbeziehungen der Länder der Erde unter ihrer Fuchtel konzentrierten und der Welt ein Währungssystem aufpreßten, das die Einrichtung des US-Dollars als Weltgeld bedeutete. Nicht, daß die westdeutschen und französischen Imperialisten allen Ernstes daran gingen, die „Führungsrolle“ der US-Imperialisten anzugreifen. Daß sie aber gegenwärtig nur begrenztes Interesse daran haben, den von den USA beherrschten Internationalen Währungsfonds und damit die US-Imperialisten zu stärken, versteht sich aus ihrer Räubermentalität. Schließlich soll der „EWF“, der Europäische Währungsfonds, nach „zwei Jahren Probelauf“ durch Ausweitung der Kredittätigkeit zum Konkurrenzunternehmen des IWF ausgebaut werden: „Der geplante Europäische Währungsfonds kann sich mit seinem voraussichtlichen Volumen von möglicherweise 125 Milliarden DM mit dem Internationalen Währungsfonds durchaus messen“, macht sich die „Frankfurter Allgemeine“ stark (26.9.).

Auf der Sitzung des Internationalen Währungsfonds haben die BRD-Imperialisten dann aber erst einmal einiges zurückstecken müssen. Als „harte Gegner“ größerer Erhöhung der Kreditmöglichkeiten des IWF waren sie nach Washington zur Sitzung gefahren — um dann doch zuzustimmen. In einem geschickten Schachzug hatten die US-Imperialisten diese Zustimmung quasi erzwungen. Lange und bis zuletzt sind sie selbst als Gegner solcher Erhöhungen aufgetreten. Nachdem sie sich nicht zuletzt über den IWF zum weltgrößten Zinseneintreiber emporgeschwungen hatten, waren sie in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, einen verhältnismäßig wachsenden Anteil an Krediten nicht mehr über Vermittlung des IWF zu vergeben, sondern den IWF vor allem als „Wegbereiter“ vorzuschicken, um dann mit der City Bank und anderen US-Banken selbst ins Geschäft zu steigen. „In den letzten acht Jahren fielen offizielle (unkonzessionelle) Darlehen von 36% auf ungefähr 15 bis 18% der ausstehenden Schulden der weniger entwickelten Länder“, faßt der „Economist“ diese allgemeine Entwicklung zusammen (30.9.78). Bis zuletzt hatten die US-Imperialisten „durchblicken“ lassen, daß sie auch diesmal gegen eine Erhöhung der IWF-Reserven auftreten würden, um dann „zu jedermanns Überraschung“ „umzufallen“. Matthöfer beteuert, daß ihm nichts anderes übriggeblieben sei, als nachzuziehen; man glaubt's ihm, denn obwohl die westdeutschen Imperialisten mit 5,52% der Stimmen den drittgrößten Stimmanteil im IWF besitzten, können sie gegen die US-Imperialisten wenig ausrichten.

Trotz ihres Punktesieges verfolgen die US-Imperialisten die Schaffung des Europäischen Währungsfonds mit Beunruhigung. Ihre Hoffnungen zielen vorläufig noch darauf ab, die Konkurrenz von innen zu unterhöhlen: Der britische Finanzminister Healey hat sich offen gegen ein System ausgesprochen, „das die Rolle des IWF schwächen oder zusätzliche Belastungen auf den Dollar bringen würde“. (Financial Times, 22.9.78) Wenn's das wäre. Tatsächlich sehen sich die britischen Imperialisten durch die „deutsch-französische Verständigung“ ausgespielt, im Angesicht einer „DM-Zone in Westeuropa“ hart bedrängt und als „währungsschwaches“ Land in einen Schuldner der unbarmherzigen Konkurrenz verwandelt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 31, Telex 4 13 080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611 / 73 02 38 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431 / 73 14 71 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611 / 73 02 34, Telex 4 13 080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 40: 32 000

Die SWAPO setzt den bewaffneten Kampf fort

Forderungen nach vollständigem Boykott des südafrikanischen Kolonialregimes

Interview mit Theo-Ben Gurirab, Ständiger Vertreter der SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York, am 29.9.1978

Würden Sie uns bitte erläutern, welche Aufgaben sich die SWAPO in dieser entscheidenden Phase des Befreiungskampfes stellt, sowohl was die Führung des bewaffneten Kampfes angeht als auch den Kampf an der diplomatischen Front, in den Vereinten Nationen.

Zunächst einmal möchte ich Sie hier in unserer Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York begrüßen und Ihnen, wie auch allen anderen Kampfgenossen in Westdeutschland und Westeuropa, versichern, daß wir alle Ihre Bemühungen sehr hochachten, sei es die Berichterstattung wie auch die politische und materielle Unterstützung, die Sie der SWAPO und dem Volk von Namibia über die Jahre hinweg gegeben haben. Wir sind überzeugt, daß wir weiterhin zusammenarbeiten werden, Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus zu bekämpfen, überall in der Welt.

Gegenwärtig findet die 33. Generalversammlung statt, und die Frage Namibias wird zweifellos eines der entscheidenden politischen Themen sein. Sie ist in der Tat bereits als Tagesordnungspunkt gleich im Anschluß an die Generaldebatte vorgesehen. Das wird wohl wenige Tage nach dem 12. Oktober der Fall sein. Für uns ist es in diesem Stadium vor den Vereinten Nationen wichtig, unsere Freunde in der Blockfreienbewegung, die Gruppe der sozialistischen Länder und andere fortschrittliche Länder weiterhin dazu zu bewegen, daß sie fortfahren in der Unterstützung der SWAPO, sowohl politisch als aber auch vor allem materiell, damit sie den bewaffneten Kampf fortsetzen, intensivieren und ausdehnen kann. In zahlreichen Resolutionen hat die UNO die Legitimität des bewaffneten Kampfes anerkannt und die SWAPO als die einzig legitime Vertretung respektiert. Mit dieser politischen Unterstützung der Vereinten Nationen können wir fest rechnen, wie sich in vielen Stellungnahmen in der Generaldebatte zeigt.

Genauso wichtig ist es, aufzuzeigen, in welchem Stadium sich der bewaffnete Kampf in Namibia befindet. Der bewaffnete Kampf wird täglich verstärkt, um der massiven militärischen Aufrüstung und Unterdrückung zu begegnen, die von dem Besatzerregime unter

versammlung statt, und die Frage Namibias wird zweifellos eines der entscheidenden politischen Themen sein. Sie ist in der Tat bereits als Tagesordnungspunkt gleich im Anschluß an die Generaldebatte vorgesehen. Das wird wohl wenige Tage nach dem 12. Oktober der Fall sein. Für uns ist es in diesem Stadium vor den Vereinten Nationen wichtig, unsere Freunde in der Blockfreienbewegung, die Gruppe der sozialistischen Länder und andere fortschrittliche Länder weiterhin dazu zu bewegen, daß sie fortfahren in der Unterstützung der SWAPO, sowohl politisch als aber auch vor allem materiell, damit sie den bewaffneten Kampf fortsetzen, intensivieren und ausdehnen kann. In zahlreichen Resolutionen hat die UNO die Legitimität des bewaffneten Kampfes anerkannt und die SWAPO als die einzig legitime Vertretung respektiert. Mit dieser politischen Unterstützung der Vereinten Nationen können wir fest rechnen, wie sich in vielen Stellungnahmen in der Generaldebatte zeigt.

Genauso wichtig ist es, aufzuzeigen, in welchem Stadium sich der bewaffnete Kampf in Namibia befindet. Der bewaffnete Kampf wird täglich verstärkt, um der massiven militärischen Aufrüstung und Unterdrückung zu begegnen, die von dem Besatzerregime unter
Aufrechterhaltung seiner Terrorherrschaft betrieben wird mit allein 60000 Mann an Truppen. Für uns als Befreiungsbewegung ist die vorrangige Aufgabe, die Volksbefreiungsarmee von Namibia zu organisieren, und zwar so, daß sie der militärischen Besatzung Südafrikas in Namibia begegnen kann. Und indem wir dies tun, sind wir uns die ganze Zeit bewußt über die internationalen Bindungen unseres eigenen Kampfes in Namibia. Daher stärken und vertiefen wir unsere internationalen Bindungen der Solidarität mit anderen Befreiungsbewegungen in der Welt wie auch mit allen fortschrittlichen Ländern in der UNO. Auf der Ebene der Vereinten Nationen haben wir ein Stadium erreicht, das auf die Initiative der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder im April letzten Jahres die Einleitung von Verhandlungen umfaßte zwischen der SWAPO, Südafrika und den Vereinten Nationen, um eine friedliche Regelung für Namibia zu erreichen.

Warum hat sich die SWAPO bereit erklärt, entsprechend diesem westlichen Vorschlag in Verhandlungen zu treten?

Zunächst und vor allem war es eine Frage der Taktik. Wir betrachten Verhandlungen als einen integralen Bestandteil des Kampfes, sie sind ein Aspekt des Kampfes. Deshalb haben wir stets die Tür für eine politische Einigung offengehalten, unter Fortführ-

rung des bewaffneten Kampfes. Aber es war mehr als das. Die fünf westlichen Mächte, Mitglieder des Sicherheitsrates, die diesen Vorschlag erarbeitet haben, sind, wie wir wissen, die Haupthandelspartner von Südafrika, sie alle haben selbst die verschiedensten Interessen, wirtschaftliche, militärische, strategische Interessen in Südafrika. Deshalb meinen wir, daß wir, und zwar im Rahmen der politischen Taktik, auf ihren Vorschlag eingehen unter dem Vorbehalt, daß wir, wenn wir so verfahren, die Integrität der SWAPO als Befreiungsbewegung nicht verletzen und daß wir genausowenig

weisen, daß das hauptsächliche Ziel ihres Vorschlags die Sabotage des bewaffneten Kampfes des Volkes von Namibia war.

Und der Versuch, über die Vereinten Nationen die teuflischen und finsteren Pläne Südafrikas zur Errichtung eines neokolonialistischen Marionettenregimes in Namibia absegnen zu lassen.

Nun ist die Reihe an den westlichen Mächten, wir nehmen sie bei ihrem eigenen Vorschlag. Ihr Klient Südafrika hat abgelehnt zu verhandeln, und sie haben dort soeben einen ehemaligen Verteidigungsminister als Regierungs-



Nachrichtentrupps der Volksbefreiungsarmee Namibias. Die „Stimme Namibias“ verbreitet Nachrichten und Stellungnahmen der SWAPO.

die militärischen Anstrengungen unserer heldenhaften Befreiungskämpfer hintertreiben.

Nach 18 Monaten sind wir jetzt in einer Lage, wo alle unsere Äußerungen der Bereitschaft und des Entgegenkommens vor den Vereinten Nationen zurückgewiesen werden, die Südafrikaner sind nicht bereit, nicht willens, sich über Verhandlungen von der Macht entfernen zu lassen. Wie wir vorhergesagt haben, hat Südafrika nun die Initiative seiner Freunde zurückgewiesen,

chef gewählt, den wir als eiskalten Faschisten und Kriegstreiber bezeichnen. Diese Entwicklung ist für uns ein klares Zeichen dafür, daß die regierende Nationalistische Partei in Südafrika einen Weg gewählt hat, der nur zur Verschärfung der Feindseligkeiten im südlichen Afrika führen kann und zu einer Lage, in der wir in Namibia, unsere Kampfgenossen in Zimbabwe und im südlichen Afrika selbst als einzige Alternative nur den bewaffneten Kampf verstärken können. Der jetzige Premierminister ist mehr noch als der vorherige ein Mann der Gewalt.



Nachrichtentrupps der Volksbefreiungsarmee Namibias. Die „Stimme Namibias“ verbreitet Nachrichten und Stellungnahmen der SWAPO.

die militärischen Anstrengungen unserer heldenhaften Befreiungskämpfer hintertreiben.

Nach 18 Monaten sind wir jetzt in einer Lage, wo alle unsere Äußerungen der Bereitschaft und des Entgegenkommens vor den Vereinten Nationen zurückgewiesen werden, die Südafrikaner sind nicht bereit, nicht willens, sich über Verhandlungen von der Macht entfernen zu lassen. Wie wir vorhergesagt haben, hat Südafrika nun die Initiative seiner Freunde zurückgewiesen,

chef gewählt, den wir als eiskalten Faschisten und Kriegstreiber bezeichnen. Diese Entwicklung ist für uns ein klares Zeichen dafür, daß die regierende Nationalistische Partei in Südafrika einen Weg gewählt hat, der nur zur Verschärfung der Feindseligkeiten im südlichen Afrika führen kann und zu einer Lage, in der wir in Namibia, unsere Kampfgenossen in Zimbabwe und im südlichen Afrika selbst als einzige Alternative nur den bewaffneten Kampf verstärken können. Der jetzige Premierminister ist mehr noch als der vorherige ein Mann der Gewalt.



Junge Frauen und Männer schließen sich dem Kampf um Unabhängigkeit und soziale Befreiung an. – Der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO forderte auf seiner Jahrestagung Anfang August alle UNO-Organisationen auf, dafür zu sorgen, daß „alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um der Regierung Südafrikas und dem illegalen Regime in Südrhodesien jede finanzielle, wirtschaftliche, technische oder sonstige Hilfe vorzuenthalten und jede Unterstützung an sie einzustellen.“ Die UNO-Organisationen sollen „im Hinblick auf die Verstärkung des Befreiungskampfes in Zimbabwe und Namibia vordringlichst alles tun, um in Absprache mit der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) die Hilfsmaßnahmen für die Völker dieser Territorien und ihre nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem Befreiungskampf zu erhöhen.“

die Position, für die sich Südafrika nun entschieden hat, ist die der „internen Lösung“, ist die der einseitigen Unabhängigkeitserklärung in Namibia. In diesem Zusammenhang steht die Glaubwürdigkeit, Rechenschaft und Verantwortlichkeit der westlichen Mächte auf dem Spiel. Für uns besteht kein Zweifel darüber, und es ist zu be-

In dieser Situation, militärisch wie auch auf der Ebene der Vereinten Nationen, müssen wir zu Aktionen von gleichem Ausmaß übergehen.

Was bedeutet es konkret, die westlichen Imperialisten vor der UNO bei ihrer Verantwortung zu packen?

Nun, die Glaubwürdigkeit, Rechenschaft und Verantwortlichkeit der westlichen Staaten, die ich erwähnt habe, bedeutet, daß wir einen Scheidepunkt erreicht haben. Die ganze Zeit über haben sie den afrikanischen Staaten und uns vorgehalten, daß wir nicht alles versucht haben, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Das war auch die Begründung für ihren Vorschlag. Nun, so denken wir, gehen sie davon aus, daß, wo wir in der Vergangenheit eingelenkt haben, jetzt Südafrika sich leisten kann zu erklären, daß es nicht bereit ist, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten. Weil das so ist, verlangen wir von den westlichen Mächten die definitive Bereitschaft, mit uns zusammenzuarbeiten in der Verwirklichung des Artikels 7 der UNO-Charta, und umfassende wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika zu beschließen.

Jeder Kampf ist ein Kampf des ganzen Volkes. Wir betrachten unseren Kampf unter dem Gesichtspunkt des langwierigen Kampfes und halten auch den diplomatischen und politischen Kampf auf internationaler Ebene für einen langwierigen Kampf. Daher werden wir jetzt die westlichen Staaten auffordern, Farbe zu bekennen und zu erklären, daß sie sich den übrigen Mitgliedern der Vereinten Nationen anschließen und Südafrika unter Druck setzen, Namibia zu verlassen. Sollten sie sich weigern, das zu tun, dann müssen sie gegen eine Resolution stimmen, die zu Sanktionen aufruft, wodurch sie ihr wahres Gesicht entlarven und offen zum Ausdruck bringen würden, daß alles, was sie unternommen haben, von dem Plan beseelt war, den Kampf aufzuhalten, zuallermindest das, und im schlimmsten Fall, ihn zu zerschlagen. Das ist also momentan der Stand des Kampfes an der diplomatischen Front.

Gibt es bereits eine zeitliche Festlegung auf seiten der afrikanischen Staaten für das weitere Vorgehen?

Der Sicherheitsrat wird heute eine vorläufige Resolution beschließen, die Südafrika bis zum 23. Oktober Zeit gibt, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der UNO zu erklären. Die Entscheidung, die es fällt, ist endgültig und definitiv. Um den 23. Oktober tritt der Sicherheitsrat zusammen und, sofern es uns betrifft, zu dem Zweck, wirtschaftliche Sanktionen auf Grundlage des Artikels 7 zu beschließen.

einen langwierigen Kampf. Daher werden wir jetzt die westlichen Staaten auffordern, Farbe zu bekennen und zu erklären, daß sie sich den übrigen Mitgliedern der Vereinten Nationen anschließen und Südafrika unter Druck setzen, Namibia zu verlassen. Sollten sie sich weigern, das zu tun, dann müssen sie gegen eine Resolution stimmen, die zu Sanktionen aufruft, wodurch sie ihr wahres Gesicht entlarven und offen zum Ausdruck bringen würden, daß alles, was sie unternommen haben, von dem Plan beseelt war, den Kampf aufzuhalten, zuallermindest das, und im schlimmsten Fall, ihn zu zerschlagen. Das ist also momentan der Stand des Kampfes an der diplomatischen Front.

Gibt es bereits eine zeitliche Festlegung auf seiten der afrikanischen Staaten für das weitere Vorgehen?

Der Sicherheitsrat wird heute eine vorläufige Resolution beschließen, die Südafrika bis zum 23. Oktober Zeit gibt, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der UNO zu erklären. Die Entscheidung, die es fällt, ist endgültig und definitiv. Um den 23. Oktober tritt der Sicherheitsrat zusammen und, sofern es uns betrifft, zu dem Zweck, wirtschaftliche Sanktionen auf Grundlage des Artikels 7 zu beschließen.

In der BRD führen wir gegenwärtig eine Kampagne zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika durch. Gleichzeitig fordern wir, daß die Bundesregierung die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung einhalten muß. Was ist die Auffassung der SWAPO dazu?

Mit ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, nicht nur die Resolutionen der UNO zu akzeptieren, sondern sie *durchzuführen*. Und sie durchführen heißt, daß die Bundesregierung alles unterläßt, was entweder direkt oder indirekt den in den Resolutionen festgehaltenen Positionen der UNO zuwiderläuft. Erstens wissen wir, daß die Bundesrepublik einer der fünf Mächte ist, die den diplomatischen Vorstoß betrieben haben, über den ich gesprochen habe. Zweitens ist es ebenfalls eine bekannte Tatsache, daß die Bundesrepublik Interessen in Südafrika und auch Namibia verficht. Und deshalb unterliegt die Bundesrepublik als Mitglied der UNO und derzeitiges Mitglied des Sicherheitsrats der Verantwortung, nicht nur die Resolutionen der UNO zu respektieren, sondern sie durchzuführen, d.h. die Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen darin zu unterstützen, Südafrika unter Druck zu setzen, die Besetzung Namibias aufzugeben.

Imperialisten fühlen sich „enttäuscht“ und „herausgefordert“

z.gek. „Wir sind enttäuscht über diesen einseitigen Schritt der südafrikanischen Regierung“, versicherte Genscher am 26. September vor der UNO-Generalversammlung mit frommer Miene. „Dieses Vorgehen bringt große Gefahren für Namibia mit sich und darüber hinaus für das ganze südliche Afrika. Südafrika arbeitet den Kräften in die Hände, die eine gewaltsame Lösung im südlichen Afrika befürworten ... Die von Südafrika heraufbeschworene gefährliche Situation bedeutet eine Herausforderung für das Volk von Namibia, für die Vereinten Nationen und für alle, die für eine friedliche und international anerkannte Lösung des Namibia-Problems kämpfen.“

Zu denen, die sich vom „Namibia-Problem“ „herausgefordert“ fühlen, gehören die BRD-Imperialisten an vorderer Stelle. Schließlich gehören sie zu den größten Ausbeutern des Volkes von Namibia.

Es ist allgemein bekannt, daß die „Republik Südafrika“ nichts als eine Kriegsmaschine der Imperialisten gegen die Völker Namibias und Azanias darstellt und zu einer selbständigen Entscheidung gar nicht in der Lage ist. Schon am 6. September hat der (mittlerweile zum Chef des Regimes erhobene) Kriegsminister Botha dem Generalsekretär der UNO in einem Brief mitgeteilt, daß seine Regierung die „Zustimmung zum westlichen Namibia-Plan zurückzieht“. Botha begründete dies damit, daß die SWAPO erklärt habe, erst dann zum Waffenstillstand bereit zu sein, „wenn alle südafrikanischen Truppen das Land verlassen hätten, eine Erklärung, die, in die Tat umgesetzt, die Umsetzung des westlichen Vorschlags zur Farce machen würde“ (Pressekommuniqué der UNO, 8.9.).

Botha hat damit klargelegt, daß der Kern des westlichen Vorschlags in der Tat darin bestand, die SWAPO zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen. Da dies Manöver gescheitert ist, ebenso wie der Versuch der politischen Isolierung der SWAPO durch die „Turnhallenallianz“, „Demokratische Turnhallenallianz“ und wie die neokolonialen Schöpfungen alle heißen, werden die bis an die Zähne bewaffneten Siedlertruppen losgelassen, um die „innere Lösung“ in Namibia militärisch durchzusetzen.

Die Taktik der Imperialisten auf der laufenden Generalversammlung der UNO besteht darin, Zeit zu gewinnen und die Wirkung ihrer militärischen Drohung abzuwarten. Der britische Außenminister Owen führte aus: „Man kann den Ernst der gegenwärtigen Lage nicht deutlich genug hervorheben. Afrika und wir alle außerhalb Afrikas sind aufgerufen,

nem Brief mitgeteilt, daß seine Regierung die „Zustimmung zum westlichen Namibia-Plan zurückzieht“. Botha begründete dies damit, daß die SWAPO erklärt habe, erst dann zum Waffenstillstand bereit zu sein, „wenn alle südafrikanischen Truppen das Land verlassen hätten, eine Erklärung, die, in die Tat umgesetzt, die Umsetzung des westlichen Vorschlags zur Farce machen würde“ (Pressekommuniqué der UNO, 8.9.).

Botha hat damit klargelegt, daß der Kern des westlichen Vorschlags in der Tat darin bestand, die SWAPO zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu bewegen. Da dies Manöver gescheitert ist, ebenso wie der Versuch der politischen Isolierung der SWAPO durch die „Turnhallenallianz“, „Demokratische Turnhallenallianz“ und wie die neokolonialen Schöpfungen alle heißen, werden die bis an die Zähne bewaffneten Siedlertruppen losgelassen, um die „innere Lösung“ in Namibia militärisch durchzusetzen.

Die Taktik der Imperialisten auf der laufenden Generalversammlung der UNO besteht darin, Zeit zu gewinnen und die Wirkung ihrer militärischen Drohung abzuwarten. Der britische Außenminister Owen führte aus: „Man kann den Ernst der gegenwärtigen Lage nicht deutlich genug hervorheben. Afrika und wir alle außerhalb Afrikas sind aufgerufen,
die Herrschaft der Mehrheit durchzusetzen, die Rückkehr zur Legalität und die Unabhängigkeit in Zimbabwe. Wir wollen das tun *ohne* weiteres Blutvergießen und in einer Art und Weise, die für das *ganze* Volk akzeptabel ist.“

Systematisch wird damit versucht, die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung vom letzten Jahr bzw. der Organisation Afrikanischer Einheit, worin die SWAPO bzw. die Patriotische Front als die alleinigen legitimen Vertreter der Völker Namibias und Zimbabwes anerkannt werden, als gleichgültig und nicht den Verhältnissen entsprechend zu behandeln und die verschiedenen „westlichen Vorschläge“ an die Stelle zu setzen. Mit bodenloser Arroganz haben sowohl Owen als auch der US-Außenminister Vance der Generalversammlung ins Gesicht erklärt, sie wollten zu Namibia hier nichts weiter erklären, „sondern sich heute nachmittag im Sicherheitsrat ausführlich äußern“ (Vance).

Der sowjetische Außenminister Gromyko hat auf der UNO-Generalversammlung neuerlich die sozialimperialistische Supermacht als Beschützer und Schirmherr der nationalen Befreiungsbewegungen herausgestellt. Die westlichen Imperialisten rechnen die Befürchtungen der afrikanischen Staaten wegen der allzu heißen Liebe der Sozialimperialisten kaltblütig ein. Allesamt täuschen sie sich über die selbständige revolutionäre Kraft der unterdrückten Völker.

Eine schlimme Richtung

z.maf. Der Vorstand der IG Metall hat beschlossen, während dieser Lohnbewegung Forderungen nach Beschränkung des Normalarbeitstages nicht zu erheben. Stattdessen soll eine Ausdehnung des Urlaubs auf sechs Wochen gefordert werden. Franz Steinkühler hat dazu noch eine Zusatzidee placiert. Überstunden sollen nicht mehr bezahlt, sondern 1:1,25 abgefeiert werden. Die IG Metall will also nicht die Beschränkung des Normalarbeitstages, sondern den Ausgleich für Spitzenbelastungen. Woher kommt dieser Gedanke?

Nicht nur gemäß dem großen Auf und Ab der Konjunkturen und Krisen läuft die kapitalistische Produktion unregelmäßig, stoßweise, ruckartig. In jeder einzelnen Fabrik wechseln Phasen des äußersten Drucks mit solchen, wo es an Bestellungen fehlt und mit stagnantem Geschäft die Kündigungsdrohung und Kündigung einsetzt. Gerade in der allgemeinen Flaute ergreift die Kapitalisten heilige Scheu, auf Lager produzieren zu lassen. Die Läger sind dürftig. Kommt ein Auftrag, so muß er blitzgeschwind erfüllt werden; sonst ,,schnappt die Konkurrenz zu''. Vor allem im Exportgeschäft entscheiden Lieferzeiten oft über den Zuschlag. Regelungen, die die stoßweise Überausbeutung der Arbeiter erlauben, sind also gedeihlich für die vaterländische Industrie. Sind sie gedeihlich für die Arbeiter?

Kann denn die unmäßige Hetze dreier Arbeitswochen, in denen neben geschärfter Antreiberei bei jedem Schritt auch noch 32 Überstunden gemacht werden müssen, ausgeglichen werden durch eine vierte Woche, in der (32 x 1,25 gleich 40) ,,abgefeiert'' wird? Wer's glaubt, möge sich durch folgenden Versuch kurieren: 8 Stunden Schlaf reichen gewöhnlich. Warum also nicht 4 2/3 Tage auf den Beinen bleiben und 2 1/3 Tage schlafen, oder auch knapp 3 Tage? Dies wär die Steinkühleridee sozusagen ,,voll'' verwirklicht. Dieser Schnaps muß also in die Flasche zurück, aus der er kommt. Wie aber verhält es sich mit dem Urlaub? Jeder Tag Urlaub ist kostbar. Die gesetzliche Rentenregelung bezieht sich auf die Lebensarbeitszeit. Der Urlaub bezieht sich auf die Jahresarbeit. Die Sonn- und Feiertagsregelungen beziehen sich auf die Arbeitswoche. Die Festlegung der täglichen Arbeitszeit bezieht sich auf den Arbeitstag. Es läßt sich hier offensichtlich sehr wohl die eine Forderung gegen die andere ausspielen. Aber es läßt sich die eine Forderung nicht durch die andere erledigen.

Lohnsteuerjahresausgleich – Millionenkredit

z.mac. Der Bundesrat hat am 20.9. einem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zugestimmt, nach dem die Antragsfrist für den Lohnsteuerjahresausgleich vom 31.5. bis zum 30. September verlängert wird. Die Neuregelung soll bereits für das Jahr 1977 gelten. Was ist das Ziel der Maßnahmen? Die Lohnsteuer zieht der bürgerliche Staat direkt vom Lohn der Arbeiter ab, bevor diese ihn

ter Antreiberei bei jedem Schritt auch noch 32 Überstunden gemacht werden müssen, ausgeglichen werden durch eine vierte Woche, in der (32 x 1,25 gleich 40) ,,abgefeiert'' wird? Wer's glaubt, möge sich durch folgenden Versuch kurieren: 8 Stunden Schlaf reichen gewöhnlich. Warum also nicht 4 2/3 Tage auf den Beinen bleiben und 2 1/3 Tage schlafen, oder auch knapp 3 Tage? Dies wär die Steinkühleridee sozusagen ,,voll'' verwirklicht. Dieser Schnaps muß also in die Flasche zurück, aus der er kommt. Wie aber verhält es sich mit dem Urlaub? Jeder Tag Urlaub ist kostbar. Die gesetzliche Rentenregelung bezieht sich auf die Lebensarbeitszeit. Der Urlaub bezieht sich auf die Jahresarbeit. Die Sonn- und Feiertagsregelungen beziehen sich auf die Arbeitswoche. Die Festlegung der täglichen Arbeitszeit bezieht sich auf den Arbeitstag. Es läßt sich hier offensichtlich sehr wohl die eine Forderung gegen die andere ausspielen. Aber es läßt sich die eine Forderung nicht durch die andere erledigen.

Lohnsteuerjahresausgleich – Millionenkredit

z.mac. Der Bundesrat hat am 20.9. einem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zugestimmt, nach dem die Antragsfrist für den Lohnsteuerjahresausgleich vom 31.5. bis zum 30. September verlängert wird. Die Neuregelung soll bereits für das Jahr 1977 gelten. Was ist das Ziel der Maßnahmen? Die Lohnsteuer zieht der bürgerliche Staat direkt vom Lohn der Arbeiter ab, bevor diese ihn

überhaupt ausgezahlt bekommen. Hinzu kommen weitere Millionen, die die Bourgeoisie über die festgelegten Regelungen hinaus zusätzlich über die Lohnsteuer raubt, Summen, mit denen sie sich über ein Jahr lang kreditieren läßt. Die Tatsache, daß die Arbeiter sich diesen ihnen zustehenden Lohnteil über den Lohnsteuer-Jahresausgleich zurückholen, behandelt die Bourgeoisie gleich so, als ginge es um die großzügige Vergabe von Almosen. Der ganze Vorgang ist eine einzige Schikane: Offenlegung der Verhältnisse, für jeden Pfennig, der zurückgefordert wird, müssen Belege beigebracht werden; Auslieferung ans Finanzamt, das darüber entscheidet, was dann tatsächlich ,,bewilligt'' wird. Auf die Auszahlung kann man dann monatelang warten. Den Kapitalisten hat der bürgerliche Staat genügend Spielraum eingeräumt, daß sie ihr Kapital möglichst umfangreich in der Profitproduktion einsetzen können. Die Zahlung der Lohnsummensteuer z.B. kann ein Jahr nach dem Steuertermin erfolgen. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler haben 1974 ca. 55,2% aller Lohnsteuerpflichtigen einen Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich gestellt. Trotz intensiver Nachfragen beim Bundesministerium für Finanzen ist es uns bisher aber nicht gelungen, die Höhe der ausgezahlten Summe herauszubekommen. Letzteres bestätigt aber die Vermutung, daß die unter dem Motto der ,,Steuergerechtigkeit'' propagierte Gesetzesänderung der Auftakt ist für einen weiteren Raubzug von Millionenbeträgen; durchgeführt nach dem Plan, auf die Verlängerung der Antragsfrist die Verschiebung des Auszahlungstermins nach hinten und die Senkung der ausgezahlten Beträge folgen zu lassen.

VW-Konzern entwickelt profitables Geschäft auf dem Nahrungsmittelsektor

Rinderzucht in Brasilien / Dosenwurst für den EG-Markt / Kantinenpreiserhöhungen im Betrieb

r.bel. Verhandlungen über Preissteigerungen bei Kantinenessen bis zu 25% hat die Betriebsführung von VW vom Betriebsrat verlangt. Nochmal mindestens eine Million DM soll auf diese Art aus den Arbeitern und Angestellten herausgeholt werden, nachdem die VW-Kapitalisten schon 1977 eine Steigerung der ,,Erlöse'' um 5,2 Mio. DM verbuchen konnten.

Während Imbißketten und Hamburger Restaurants horrende Profite machen, sei der ,,Kantinenmarkt nur schwierig zu erschließen'', vermeldet das ,,Handelsblatt'' am 20. September. Die VW-Kapitalisten sind entschlossen, sich an der profitablen Abspeisung der Massen mit schlechten Lebensmitteln gehörig zu beteiligen. Immerhin wäre das VW-Kantinenwesen mit über 1000 Beschäftigten und ca. 20000 täglich ausgegebenen Essen als selbständige Großküche unter den fünf größten Westdeutschlands.

Anfang des Jahres hat die Bundesregierung das Ihrige getan, Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Aufwendungen für Kantinenessen, die früher als Sachzuwendungen steuerpflichtig waren, sind jetzt nahezu voll ,,steuerabzugsfähig''. Prompt gibt die ,,Mitarbeiterzeitung'' im Juli die ,,Gesamtaufwendungen'' mit 90,8 Mio. DM an, 16,8 Mio. mehr als im Vorjahr, wovon aber ,,nur'' 8,4 Mio. als Kostensteigerung ausgewiesen sind. Mit Zahlen über angeblichen Zuschußbedarf von 60 bis 65 Mio. hantieren die Vertreter der Kapitalisten in den jetzigen Verhandlungen. Das ist ein ungefährer Anhalt, in welche Höhen sie die Ausplünderung treiben wollen. Verschiedene Maßnahmen, die Sache profitabler zu machen, haben die VW-Kapitalisten bereits in den letzten Jahren durchgesetzt. 1976/77 wurden neue Cola- und Limonadedosenautomaten aufgestellt, die Preiserhöhungen gegenüber den vorher lose in Bechern ausgeschenkten Getränken von 44% einbrachten.

In den Kantinen und Küchen werden seit 1976 Mädchen von 16 bis 18 Jahren für 600 bis 770 DM weniger Lohn ausgebeutet als die eh schon in den unteren Zeitlohngruppen 3, 4 und 5 eingestuften erwachsenen Kolleginnen.

Seit Februar ist nach der Kampagne ,,Iß bewußt'' unter dem Motto ,,Ein voller Teller ist keine Vollbeschäftigung'' die zweite Kampagne im Gang, um der Verschlechterung und Verkleinerung der Portionen den gesundheitsförderden Anstrich zu geben.

Der größte Teil der in den Kantinen verkauften Fleischerzeugnisse, wie die von Fettplocken durchsetzte ,,große Bockwurst'', deren Preis jetzt von 1 DM auf 1,25 DM erhöht werden soll, stammt aus der werkseigenen Schlachterei.

Diese Erfahrungen wollen die VW-Kapitalisten ab 1980 im großen Stil vermarkten. Teile des den brasilianischen VW-Arbeitern abgepreßten Profits wurden 1973 zum Ankauf eines 140000 Hektar großen Geländes im Amazonas-Urwald verwendet. Die VW-Kapitalisten haben begonnen, das Gebiet, doppelt so groß wie Hamburg, abholzen und roden zu lassen, um Rinderaufzucht großen Stils zu treiben.



20000 Stück zählt die Herde derzeit, bis 130000 Tiere sollen ab 1980 die Versorgung eines der größten südamerikanischen Schlachthöfe liefern, den VW gemeinsam mit anderen imperialistischen Räubern wie Goodyear, Pirelli, Nestle für 43 Mio. dort errichten will. Eine Viertelmillion Dosen VW-Wurst – ,,hauptsächlich für den EG-Markt'' – ist die geplante Tagesproduktion der angeschlossenen Konservenfabrik.

Ob allerdings der Würgegriff, mit dem die Imperialisten von der brasilianischen Regierung die Förderung dieses Projekts erzwingen konnten, bis dahin hält, ist genauso unsicher wie die Durchsetzung der Preiserhöhung. Die brasilianischen Volksmassen bekämpfen die Umkrempelung ihres Landes für die Billigwurstproduzenten. Die brasilianische Regierung, die die Rodung vorgesehen hatte, um dort Kornfelder entstehen zu lassen, hat angeordnet, daß nur die Hälfte des Urwaldes abgeholzt werden darf wegen der großen Gefahr der Versteppung. Im Werk Salzgitter hat ein Betriebsrat, der an den Verhandlungen beteiligt ist, gegenüber Arbeitern erklären müssen, daß er den geplanten Preissteigerungen nicht zustimmt.

,,Digiset soll rund um die Uhr laufen''

Weitere technische Entwicklung in der Druckindustrie für die Profitsteigerung

r.dep.Hamburg. Vier Großverlage, das heißt 3% der Betriebe mit über 20 Beschäftigten (Springer, Bauer, Gruner & Jahr und Burda), hatten 1977 einen Umsatzmarktanteil von knapp 70%. Sie beliefern 86 Großbetriebe (fünf davon verlagsabhängig), die wiederum 1050 Einzelhändler beliefern. Der gesamte Umsatz der Grossisten betrug 1977 2,6 Mrd. DM. Geliefert wurden Hefte für 4 Mrd. DM. Die Differenz von 1,4 Mrd. DM sind Remittenden, denn jedes dritte Heft ist Remittende. Das zeigt schon, wie die wachsende Ausbeutung mit der Vernichtung von Produktivkräften einhergeht.

Allein beim Burda-Konzern stieg der Konzernumsatz um 13,8%, der Umsatz der Druckereien um 12,5%, der Anzeigen-Umsatz um 19,3%, der Vertriebsumsatz um 6,2%. Die Druckkapitalisten haben die Exporte um 10% auf 933 Mio. DM 1977 gesteigert.

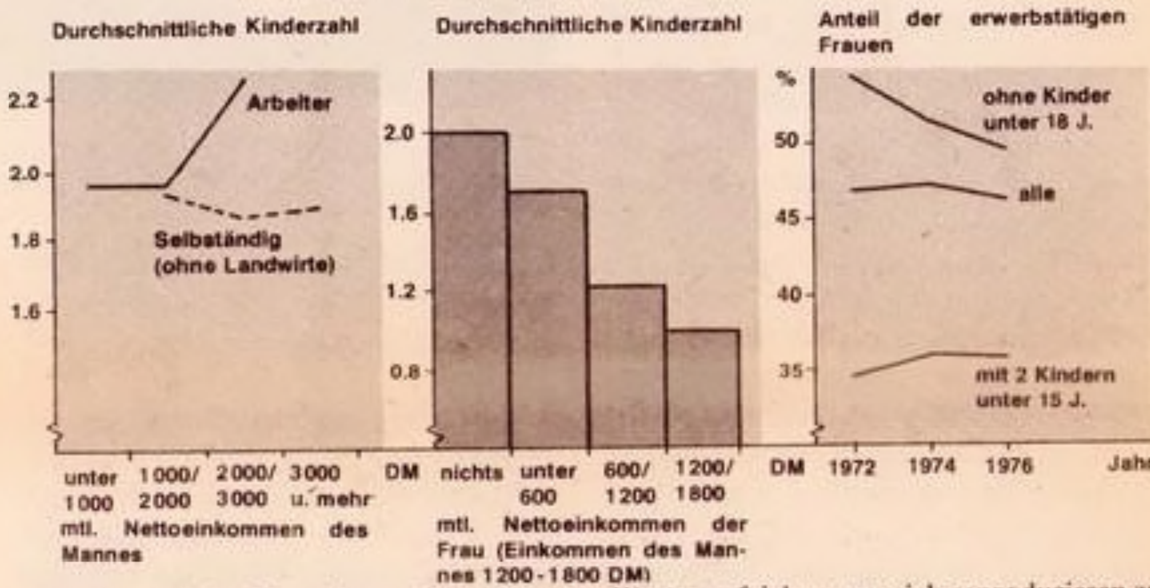
Um weiter Extraprofite zu erzielen, führen die Druckkapitalisten umfangreiche Investitionen durch: 1976 betrugen sie 760 Mio. DM, 1977 970 Mio. DM, 1978 1000 Mio. DM. Sie dienen allesamt der Rationalisierung.

Jahr Arbeits- Berufskrankheiten

nach Kiel kutschiert worden, um die neuesten Geräte zu besichtigen. Interessiert ist Bauer an der neuen ,,Digiset''-Anlage und an neuen Scannern von Hell, mit denen die Erstellung ganzer Farbseiten und des Satzes auf elektronischem Wege möglich ist. Es wird dann direkt aus dem Computer auf Platte oder Zylinder graviert. Fotografen, Montierer und evtl. auch Korrektoren werden eingespart. In den Prospekten, die der Betriebsrat mitbrachte, konnte man lesen: ,,Digiset soll rund um die Uhr laufen... zwei Schichten, zwölf bis sechzehn Stunden. Wir streben aber auch eine Nachtschicht an, in der die Anlage für spezielle Aufgaben eingesetzt wird.''

Bis zur Einführung dieser Technik in ca. zwei Jahren soll die Belegschaft bei Bauer nicht vergrößert werden. Um das immer weiter zunehmende Satzvolumen zu bewältigen, sollen Filmmontierer als Perforatoren und Tiefdruckmontierer ausgebildet und tageweise mal hier und mal dort eingesetzt werden. Ähnliches bei den Fotografen und Scannern. Gruner & Jahr z.B. hat Maschinen von zwei Metern Zylinderbreite in Itzehoe aufgestellt, die 45000 Umdrehungen Spitze fahren (Maximum ist zur Zeit 10000). Die Geschwindigkeit

Erwerbstätigkeit der Frauen



r.gör. Die Arbeiterklasse kann nicht genügend Kinder aufziehen, um sich reproduzieren zu können. Das verhindert der niedrige Lohnstandard. Der niedrige Lohnstandard zwingt zugleich immer mehr Frauen immer umfassender in das System der Ausbeutung. Dementsprechend sinkt die Kinderzahl. In der Krise geht die Erwerbsquote (der Anteil der lohnerwerbstätigen Frauen an allen Frauen) zurück, immer mehr werden arbeitslos gemacht. Kaum einen Rückgang hat es bei den Frauen mit zwei Kindern gegeben. Der Zwang, für die Aufzucht der Kinder mitverdienen zu müssen, zwingt sie zu schlechtestbezahlten Arbeiten und zu Teilzeitarbeit. Gleichzeitig bilden Kinder ein Hindernis für die Aufnahme einer Lohnarbeit. Die Arbeitskraft der Frau für den Arbeiterhaushalt ist unabdingbar, beim historischen Stand des Wertes der Ware Arbeitskraft sozusagen einkalkuliert. Die Bourgeoisie will, daß sich die Arbeiterfamilie in diesem Widerspruch aufreibt. In Wirklichkeit ist er eine Triebkraft des Kampfes für einen höheren Wert der Arbeitskraft, für den Lohnkampf.

tung. Es werden elektronische Steue-

Schicht-und Akkordarbeit sowie der

arbeiterzeitung'' im Juli die ,,Gesam-

förderden Anstrich zu geben.

nicht zustimmt.

,,Digiset soll rund um die Uhr laufen''

Weitere technische Entwicklung in der Druckindustrie für die Profitsteigerung

r.dep.Hamburg. Vier Großverlage, das heißt 3% der Betriebe mit über 20 Beschäftigten (Springer, Bauer, Gruner & Jahr und Burda), hatten 1977 einen Umsatzmarktanteil von knapp 70%. Sie beliefern 86 Großbetriebe (fünf davon verlagsabhängig), die wiederum 1050 Einzelhändler beliefern. Der gesamte Umsatz der Grossisten betrug 1977 2,6 Mrd. DM. Geliefert wurden Hefte für 4 Mrd. DM. Die Differenz von 1,4 Mrd. DM sind Remittenden, denn jedes dritte Heft ist Remittende. Das zeigt schon, wie die wachsende Ausbeutung mit der Vernichtung von Produktivkräften einhergeht.

Allein beim Burda-Konzern stieg der Konzernumsatz um 13,8%, der Umsatz der Druckereien um 12,5%, der Anzeigen-Umsatz um 19,3%, der Vertriebsumsatz um 6,2%. Die Druckkapitalisten haben die Exporte um 10% auf 933 Mio. DM 1977 gesteigert.

Um weiter Extraprofite zu erzielen, führen die Druckkapitalisten umfangreiche Investitionen durch:
1976 betrugen sie 760 Mio. DM, 1977 970 Mio. DM, 1978 1000 Mio. DM. Sie dienen allesamt der Rationalisierung.

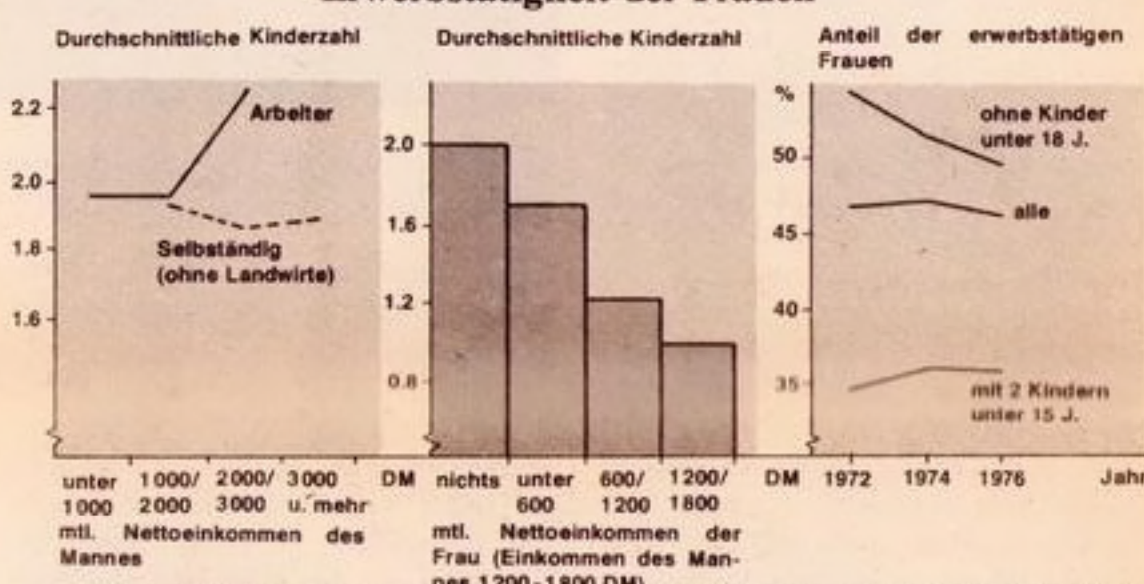
Jahr	Arbeitsstunden pro 1000 DM Umsatz	Berufskrankheiten: Sehnenscheidenerkrankgn.	Lärmschwerhörigkeit	tödliche Arbeitsunfälle
1972	29,0			
1973	26,0			
1974	22,5	27	99	
1975	20,0	63	160	69
1976	17,0	67	171	
1977	15,0	83	226	85

Der Bauer-Betriebsrat ist z.B. vor einigen Wochen von der Firmenleitung nach Kiel kutschiert worden, um die neuesten Geräte zu besichtigen. Interessiert ist Bauer an der neuen ,,Digiset''-Anlage und an neuen Scannern von Hell, mit denen die Erstellung ganzer Farbseiten und des Satzes auf elektronischem Wege möglich ist. Es wird dann direkt aus dem Computer auf Platte oder Zylinder graviert. Fotografen, Montierer und evtl. auch Korrektoren werden eingespart. In den Prospekten, die der Betriebsrat mitbrachte, konnte man lesen: ,,Digiset soll rund um die Uhr laufen... zwei Schichten, zwölf bis sechzehn Stunden. Wir streben aber auch eine Nachtschicht an, in der die Anlage für spezielle Aufgaben eingesetzt wird.''

Bis zur Einführung dieser Technik in ca. zwei Jahren soll die Belegschaft bei Bauer nicht vergrößert werden. Um das immer weiter zunehmende Satzvolumen zu bewältigen, sollen Filmmontierer als Perforatoren und Tiefdruckmontierer ausgebildet und tageweise mal hier und mal dort eingesetzt werden. Ähnliches bei den Fotografen und Scannern. Gruner & Jahr z.B. hat Maschinen von zwei Metern Zylinderbreite in Itzehoe aufgestellt, die 45000 Umdrehungen Spitze fahren (Maximum ist zur Zeit 10000). Die Geschwindigkeit der Papierbahnen wurde von 7 bis 8 Metern pro Sekunde auf 12,5 Meter pro Sekunde gesteigert, das Papier reißt schneller, die Rollen sind schneller am Ende. Die Geschwindigkeitssteigerung der Druckmaschinen selbst ermöglicht noch schärfere Antreiberei in der Plattenherstellung und Zylindergravur, Infrarot-, Ultraviolett- und Elektronenstrahltrocknung der Druckfarbe, elektronische Erfassung der Makulatur, automatische Weiterverarbeitung. Es werden elektronische Steuerungs- und Überwachungsanlagen an die Maschinen gebaut.

Rund um die Uhr soll gearbeitet werden und unter immer größerer Anspannung und Schikanen. Der Kampf dagegen nimmt zunächst die Form eines Kleinkrieges an. Als Kleinkrieg ist er aber nicht zu gewinnen. Der Kampf muß zusammengeschlossen werden um den Manteltarif mit den Forderungen nach Verbot der Überstunden, 7-Stunden-Tag, Verbot der Nacht-, Schicht-und Akkordarbeit sowie der Teilzeitarbeit. Eine große Unterstützung dieses Krieges wie auch des gerechten Befreiungskrieges der Völker der Dritten Welt sind Anträge wie auf der Delegiertenversammlung am 19. September in Hamburg zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Afrika, Einhaltung der Beschlüsse der UNO-Vollversammlung und Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung, Beschlüsse, die die Expansion *direkt* angreifen.

Erwerbstätigkeit der Frauen



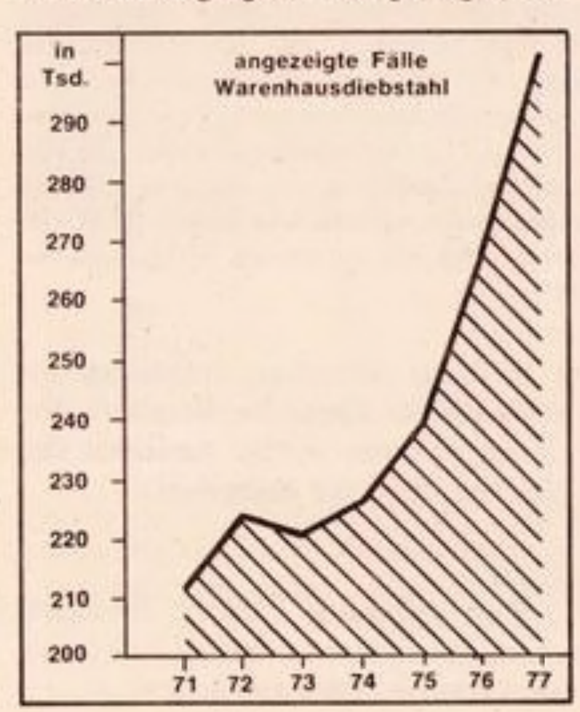
r.gör. Die Arbeiterklasse kann nicht genügend Kinder aufziehen, um sich reproduzieren zu können. Das verhindert der niedrige Lohnstandard. Der niedrige Lohnstandard zwingt zugleich immer mehr Frauen immer umfassender in das System der Ausbeutung. Dementsprechend sinkt die Kinderzahl. In der Krise geht die Erwerbsquote (der Anteil der lohnerwerbstätigen Frauen an allen Frauen) zurück, immer mehr werden arbeitslos gemacht. Kaum einen Rückgang hat es bei den Frauen mit zwei Kindern gegeben. Der Zwang, für die Aufzucht der Kinder mitverdienen zu müssen, zwingt sie zu schlechtestbezahlten Arbeiten und zu Teilzeitarbeit. Gleichzeitig bilden Kinder ein Hindernis für die Aufnahme einer Lohnarbeit. Die Arbeitskraft der Frau für den Arbeiterhaushalt ist unabdingbar, beim historischen Stand des Wertes der Ware Arbeitskraft sozusagen einkalkuliert. Die Bourgeoisie will, daß sich die Arbeiterfamilie in diesem Widerspruch aufreibt. In Wirklichkeit ist er eine Triebkraft des Kampfes für einen höheren Wert der Arbeitskraft, für den Lohnkampf.

Dreifach-Steuern auf Autos

z.scc. ,,Seine Pläne für eine Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer zugunsten einer Erhöhung der Mineralölsteuer hat der Bundesfinanzminister vorerst auf Eis gelegt'', hieß es am 9. August in den ZDF-Nachrichten. Die ,,Freien Demokraten'' allerdings versprächen, ,,sich weiter für eine Abschaffung der KFZ-Steuer in dieser Form einzusetzen'' – im Klartext für die Erhöhung der Mineralölsteuer. Während hingegen sozialdemokratische Kabinettsmitglieder vor ,,Ungerechtigkeiten'' aus der Abschaffung warnten. Ein Kompromiß wird den Herren Ministern und Parlamentariern nicht schwerfallen: Beibehaltung der Kraftfahrzeugsteuer *und* Erhöhung der Mineralölsteuern. 1977 hat der bürgerliche Staatsapparat den Volksmassen 19,2 Mrd. DM über die Mineralölsteuer abgepreßt, fast 5,9% mehr als 1976; ferner 5,9 Mrd. über die KFZ-Steuer (plus 5,3%). Aller guten Dinge sind drei, rechnet die Schmidt-Regierung und kündigt die Einführung einer Autobahngebühr an.

Ausdruck der Verelendung: Über 300000 Kaufhausdiebstähle

z.gab. ,,Erschreckend'' sei die rasante Zunahme der Diebstähle, insbesondere in Waren- und Kaufhäusern: von 43325 angezeigten Diebstählen 1963 sind diese auf 301289 im vergangenen Jahr gestiegen. Angesichts des Schadens der Kaufhauskapitalisten von rund 20 Mio. DM im vergangenen Jahr allein aus den angezeigten Fällen hatte der CDU-Abgeordnete Lampersbach Ende Mai in einer Bundestagsfragestunde darauf verwiesen: ,,Meinen Sie nicht, daß man alles tun soll, um der Zügellosigkeit Einhalt zu gebieten...'' Die Hälfte der Waren sind Textilien und Kleidung, rund 20% technische Gebrauchsgeräte wie Haushalts- und Elektrogeräte, über 10% Lebensmittel. Das wachsende Elend der Volksmassen, deren Lohn, Rente und Ausbildungsgeld für die Reproduktion hinten und vorne nicht reicht, spiegelt sich in dieser ,,Kriminalstatistik'' Baums wider.



Plünderungsidee der Bausparkassen – Zugriff auf das Kindergeld

z.hab. Der Verband der Privaten Bausparkassen will neue Plünderungsquellen erschließen: ,,Es könnte daran gedacht werden, das Kindergeld, das eine Familie – je nach Kinderzahl in unterschiedlicher Höhe – in der Regel bis zum 18. Lebensjahr des Kindes erhält, zu kapitalisieren und an die Familien in einem Betrag auszuzahlen mit der Zweckbindung, es für den Erwerb von familiengerechten Wohnungen zu verwenden'', wurde bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1977 vorgeschlagen und ausgerechnet, daß ,,rund 3,5 Millionen Familien in Frage kommen'' und z.B. bei einer Familie mit drei Kindern rund 40000 DM zu holen wären. Eine erkleckliche Summe in der Hand des Finanzkapitals. Der Plan ist dreist. Die Kapitalisten drücken den Lohn, bis er zur Aufzucht von Nachwuchs der Arbeiterklasse und des Volkes nicht mehr reicht, lassen dafür vom bürgerlichen Staat aus Steuergeldern Kindergeld zahlen und wollen es jetzt durch ,,Kapitalisierung'' wieder einstreichen.

Weniger Spargelder der Volksmassen – Finanzkapital klagt

z.mav. Das Finanzkapital, das große Lohnsenkungen gegen die Arbeiter in den letzten Jahren durchgesetzt hat – wünscht doch gleichzeitig höhere Spareinlagen von den Arbeitern zur Verfügung zu haben. Nur noch 64% der westdeutschen Bevölkerung hielte ,,Sparen für sinnvoll'' gegenüber noch 70% 1970. – Um längst fällige Anschaffungen machen zu können, stieg die

Die Verletzungen des Normalarbeitstages in der Zementindustrie werden unerträglich

z.uwb. Am 1.1.72 haben sich die Kapitale der Alsen'schen Portland Zementfabrik KG und der Breitenburger Portland Zementfabrik zusammengeschlossen. Alsen in Itzehoe und Breitenburg in Lägerdorf sind damit zusammen die größte Zementfabrik in Norddeutschland und der zweitgrößte Zementbetrieb in Westdeutschland. Durch diese Verschmelzung der Kapitale konnte genug Geld gewonnen werden, um durch Umrüstung und Rationalisierung die Profitproduktion in die Höhe zu treiben.

Allein 1972 bis 1976 konnte für 120 Mio. DM Investitionen getätigt werden. Bis 1972/74 war die Expansion über das Exportgeschäft nach Ostafrika und Brasilien gelaufen, was aber durch den Kampf der Völker um Selbständigkeit eingeschränkt wurde. Der Export spielt heute kaum noch eine Rolle. Die Produktion wurde umgestellt. In Hemmoor wurde die Zementklinkerproduktion ganz eingestellt, 350 Arbeiter entlassen.

Die Zementindustrie steckt insgesamt schon seit Jahren in der Krise. Die Alsen- und Breitenburg-Kapitalisten versuchen, durch eine ungeheure Aussaugung von Mehrarbeit, Intensivierung und Ausdehnung des Arbeitstages einen Konkurrenzvorteil herauszuschinden.

Besonders frech umgehen die Alsen-Breitenburg-Kapitalisten dabei alle von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte. Im Zusammenhang mit den 187 Entlassungen wurde ein Sozialplan vereinbart, der die Arbeiter auf Überstunden ohne Absprache mit dem Betriebsrat festlegt, „wegen der besonderen Situation". Das geht schon zwei Jahre so. Doch das reicht den Kapitalisten nicht.

An den Drehöfen wird seit langem Contischicht gearbeitet. In fast allen Abteilungen müssen die Arbeiter immer häufiger 12- und 16-Stunden-Schichten machen. In der Schlämmerei Nr. 1 sind 76 Wochenstunden keine Seltenheit. Die Bottiche werden gefahren, was das Zeug hält, Messerwechsel und Bottichsäubern ist kaum noch drin.

Der Lohn ist so niedrig, daß die Arbeiter zu Überstunden gezwungen sind. 1100 DM verdient ein lediger Arbeiter netto, wenn er nur Tagschicht macht. 1500 DM netto sind es schon im Dreischichtbetrieb, 15% vom Lohn machen bei einem großen Teil der Kollegen die Schichtzuschläge aus. Die Überstunden machen dann weitere 30% aus. Bis zu 2200 DM, also genau das Doppelte des Normallohns, bekommen einige Kollegen durch ungeheure Überstundenschinderei. Sie arbeiten dann ca. 70 bis 80 Stunden die Woche. Die letzte Tariferhöhung hat durchschnittlich 47 Pfennige pro Stunde ausgemacht.

Durch die Arbeitshetze und die Überstunden kommt es immer häufiger zu Unfällen. Das soll die Schuld der Arbeier sein. Auf der letzten Betriebsversammlung wurde ein Film über Gehörschutz gezeigt. Der Direktionsassistent Kayenberg ließ dann einen „Vorschlag für mehr Sicherheit" heraus: 750 DM sollen für eine Gruppe von 30 Arbeitern gezahlt werden für 30000 unfallfreie Arbeitsstunden, also ca. fünf bis sechs Wochen; bei weiteren 30000 Stunden erhöht sich die Prämie um 100 DM. Dadurch sollen die Arbeiter gespalten werden und kleine Unfälle nicht mehr melden. Die Empörung der Arbeiter war groß.

Ein Betriebsratsmitglied mußte in einer Rede für die Einhaltung der 40-Stunden-Woche und gegen die Sonderregelung zur maßlosen Verlängerung des Arbeitstages eintreten. Ohne Kampf können die Arbeiter das nicht erreichen. Im Sommer hat eine Elektrikerkolonne erklärt, sie würden auch in der Urlaubszeit keine 12-Stunden-Schichten machen. Die Alsen- und Breitenburg-Kapitalisten mußten zehn neue Arbeitskräfte mit Zeitverträgen einstellen. Aber gleichzeitig gelang ihnen noch die Spaltung: Zwei Arbeiter wurden entlassen, sie hätten angeblich „zu oft gefehlt". Außerdem wurde ein Vertrag mit der Firma Döhring in Itzehoe, die Arbeiter *verleiht*, verlängert bis Ende des Jahres. Der Zusammenschluß gegen solche Manöver der Kapitalisten muß fortgesetzt werden, um den Kampf für Einhaltung des Normalarbeitstages erfolgreich führen zu können. In den anstehenden Lohnkämpfen kann hierin auch ein Fortschritt erzielt werden.

„20 Pfund mehr pro Woche, 1 Stunde weniger pro Tag!"

57000 britische Ford-Arbeiter im Streik / Interview mit Shop Stewards

z.mat.Liverpool. Am Donnerstag vor einer Woche hat Ford Großbritannien den Arbeitern in einem Informationsblatt das Angebot für den neuen Lohntarifvertrag mitgeteilt: 5 Prozent, dazu ein noch auszuhandelndes Produktivitätsabkommen, das Lohnerhöhung an eine Erhöhung der Stückzahlen koppelt. Am Freitag stimmten die 17000 Arbeiter von Ford Halewood (Liverpool) Dagenham, Daventry, Swansea, Southampton und Basildon einstimmig für sofortigen unbefristeten Streik. Am Montag (25.9.) schlossen sich die Belegschaftsversammlungen der anderen Werke an. Einen Tag später standen die Maschinen in allen 23 britischen Fordwerken.

Im letzten Jahr, als die Regierung Callaghan die 10-Prozent-Lohnleitlinie ausgegeben hatte, hatten die Fordarbeiter 12,5 Prozent durchsetzen können. Die Kehrseite dieses Erfolges war, daß keine der übrigen Forderungen durchgesetzt werden konnte. Noch immer erhalten die Fordarbeiter während des Urlaubs oder Krankheit nicht den Durchschnittslohn, sondern den Grundlohn für Tagschicht. Für einen Arbeiter im Drei-Schichtbetrieb beträgt der Urlaubswochenlohn dadurch 68 Pfund brutto gegenüber sonst 85,53 Pfund. Nach wie vor ist die 35-Stunden-Woche nur bei den Angestellten eingeführt.

Jetzt hat die Regierung 5 Prozent als neue Lohnleitlinie ausgegeben. Mit Ford wird der Kampf um die neuen Lohntarife eröffnet. Die shop stewards haben ihn gründlich vorbereitet. Im Juli verteilten sie ein Flugblatt, das die Steigerung der Konsumgüterpreise und der öffentlichen Gebühren seit 1974, dem Beginn der Lohnleitlinienpolitik, genau vorrechnete und nachwies, daß ein Betrag von 20 Pfund nur die Verluste bis Ende 1979 ausgleichen wird. Das Flugblatt endete mit der Forderung: „20 Pfund mehr pro Woche, 1 Stunde weniger pro Tag!" Drei Tage vor dem Ford-Angebot erklärten sie in einem Flugblatt, daß sie diese Forderung zur Grundlage ihrer Verhandlungen machen werden, dazu die Zahlung des Durchschnittslohns während des Urlaubs und Urlaubsgeld.

Als das Ford-Angebot raus war, beschworen die Gewerkschaftsreformisten die Arbeiter, erst die weiteren Verhandlungen abzuwarten. Die shop stewards schlugen einen dreitägigen Warnstreik vor. Nachdem aber in allen Werken – in den meisten einstimmig – für unbefristeten sofortigen Streik gestimmt worden ist, ist der Streik sofort von den Gewerkschaften anerkannt worden. Es ist der erste Streik bei Ford, der alle 23 Betriebe umfaßt, seit 1971.

Der schnelle Beginn des Streiks hat die Ford-Kapitalisten in ihren Plänen empfindlich gestört. Öffentlich stellen sie sich als das Opfer der Lohnleitlinie hin. Es ist aber kein Geheimnis, daß Ford diese Politik selbst durchsetzen will und dabei war, sich auf einen langen Streik vorzubereiten. Mehrere Modelle und zahlreiche Autoteile werden nicht nur in Großbritannien hergestellt, sondern auch in Spanien, Belgien, Irland und der BRD. Für diese Werke sollten in Großbritannien produzierte Teile in großen Mengen gelagert werden. Teilweise ist schon damit begonnen worden, abgeschlossen ist es aber noch nicht. Man versteht das Gejammer des Ford-Generalmanagers Beckett über den „Vertragsbruch" der Arbeiter, weil der laufende Tarifvertrag noch bis Ende Oktober gilt. Der Streik hat seine Pläne durchkreuzt.

Inzwischen haben die Liverpooler Hafenarbeiter beschlossen, für die Dauer des Streiks alle Fordprodukte zu boykottieren. In dieser Woche finden Versammlungen in allen britischen Häfen statt, in denen derBeschluß auf alle Häfen ausgedehnt werden soll. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hat Ford 27000 Capris und 29000 Granadas – die in Großbritannien nicht produziert werden – aus der BRD importiert, dazu 26000 Cortinas aus Belgien und Irland und 11000 Escorts aus Irland und der BRD. Ford hat im vergangenen Jahr Rekordprofite gemacht und alle Halden leergeräumt.

Die Lage ist also gut für die Arbeiter und schlecht für die Kapitalisten. Als größte Gefahr für einen Sieg zeichnen sich schon jetzt die Manöver der Gewerkschaftsreformisten ab. Einige Labour-Gewerkschafter haben Callaghan einen Brief überreicht, daß sie der Regierung nur höchst ungern Schwierigkeiten bereiten würden, angesichts der 5-Prozent-Leitlinie aber keine Wahl hätten. Die einstimmigen Streikbeschlüsse sind die richtige Antwort auf solche Manöver. Bei Vauxhall (General Motors), wo ein 4,6-Prozent-Angebot vorliegt, finden in diesen Tagen Belegschaftsversammlungen statt. Die bürgerliche Presse befürchtet das schlimmste: daß die Vauxhall-Arbeiter dem Beispiel ihrer Ford-Kollegen folgen.

Ford hat sich auf den Streik vorbereitet und will seine Werke auf dem Kontinent dafür einsetzen, ihn zu brechen.

Wie ist die Forderung aufgestellt worden?

B.: Die Aufstellung der Forderung beginnt im Januar oder Februar. Bei uns in Halewood ging das in diesem Jahr von der Gewerkschaftsbetriebsgruppe aus, die darauf bestand, daß die Kollegen dieses Mal bei der Aufstellung der Forderung selbst das sagen haben müssen. Die Vertrauensleute haben vorgeschlagen, daß dieselben 14 Punkte wie 1977 aufgestellt werden. Die Kollegen haben daraus die 8 Punkte gemacht, für die sie kämpfen wollen. Die 20 Pfund haben wir genau ausgerechnet, nach Inflation für die wichtigen Sachen. Die 35 Stunden fordern wir, weil sie einfach gerechtfertigt sind. Der Druck und die Anspannung bei Ford sind einfach zu viel.

A. (shop steward): In Dagenham kriegen sie für Ford keine Leute wegen der ruinösen Arbeitsbedingungen.

C.: Und dann, wir haben in dem Flugblatt die Zahlen gebracht, wie die Preise gestiegen sind und wie die Löhne. Die 35 Stunden müssen mit den 20 Pfund zusammen gesehen werden. Ohne die 20 Pfund gibt das nur mehr Überstunden und Schicht. Wo ich früher gearbeitet habe, hatten wir die 35-Stundenwoche durchgesetzt, und nach wenigen Wochen war es wieder wie vorher, bloß eben 5 Überstunden mehr.

Wie seht ihr die Aussichten, die 8 Punkte durchzusetzen?

A.: Labour sagt, die 5 Prozent seien der Durchschnitt, der gehalten werden muß. Wenn Ford mehr gibt, müssen andere weniger bekommen, und wenn es am Ende der öffentliche Dienst sein muß. Damit wollen sie die Kollegen dazu bringen, mit irgendeinem Abschluß knapp über 5 Prozent zufrieden zu sein und die übrigen Punkte zu vergessen. Aber die 7 Punkte sind von den Kollegen selbst aufgestellt worden.

D. (shop steward): Ich bin jetzt fünf Jahre shop steward und habe die Forderung nach Durchschnittsakkord während des Urlaubs drei Jahre vertreten. Bei uns in der Presse, unter den Schichtarbeitern, steht die Forderung. Darüber lassen sie nicht mit sich reden.

A.: Der wichtigste Importhafen für Ford ist Harwich, und die shop stewards dort haben uns schon gesagt, daß sie von Ford nichts mehr anfassen werden. Aus den deutschen Werken kommt am Samstag eine Delegation der IG Metall, um sich mit uns zu beraten. Was die Lieferungen von Teilen zum Kontinent betrifft, haben wir es zum ersten Mal geschafft, die Lager dort auf 20 Tage abzubauen, auf jeden Fall in Köln und Saarlouis. Wir hatten die Information, daß Ford Anfang Oktober die Lager dort auf 40 – 45 Tage aufbauen wollte. Von Mitte Oktober bis Weihnachten sind acht Wochen.

Ein Streik ab Mitte Oktober mit Lagern für 45 Tage, damit hätten sie uns auf die Knie gekriegt. Deshalb haben wir schon seit einigen Wochen nur rechte Autoteile von hier weggehen lassen. Damit können sie schlecht ganze Autos bauen.

den Arbeitern in einem Informationsblatt das Angebot für den neuen Lohntarifvertrag mitgeteilt: 5 Prozent, dazu ein noch auszuhandelndes Produktivitätsabkommen, das Lohnerhöhung an eine Erhöhung der Stückzahlen koppelt. Am Freitag stimmten die 17000 Arbeiter von Ford Halewood (Liverpool) Dagenham, Daventry, Swansea, Southampton und Basildon einstimmig für sofortigen unbefristeten Streik. Am Montag (25.9.) schlossen sich die Belegschaftsversammlungen der anderen Werke an. Einen Tag später standen die Maschinen in allen 23 britischen Fordwerken.

Im letzten Jahr, als die Regierung Callaghan die 10-Prozent-Lohnleitlinie ausgegeben hatte, hatten die Fordarbeiter 12,5 Prozent durchsetzen können. Die Kehrseite dieses Erfolges war, daß keine der übrigen Forderungen durchgesetzt werden konnte. Noch immer erhalten die Fordarbeiter während des Urlaubs oder Krankheit nicht den Durchschnittslohn, sondern den Grundlohn für Tagschicht. Für einen Arbeiter im Drei-Schichtbetrieb beträgt der Urlaubswochenlohn dadurch 68 Pfund brutto gegenüber sonst 85,53 Pfund. Nach wie vor ist die 35-Stunden-Woche nur bei den Angestellten eingeführt.

Jetzt hat die Regierung 5 Prozent als neue Lohnleitlinie ausgegeben. Mit Ford wird der Kampf um die neuen Lohntarife eröffnet. Die shop stewards haben ihn gründlich vorbereitet. Im Juli verteilten sie ein Flugblatt, das die

des Durchschnittslohns während des Urlaubs und Urlaubsgeld.

Als das Ford-Angebot raus war, beschworen die Gewerkschaftsreformisten die Arbeiter, erst die weiteren Verhandlungen abzuwarten. Die shop stewards schlugen einen dreitägigen Warnstreik vor. Nachdem aber in allen Werken – in den meisten einstimmig – für unbefristeten sofortigen Streik gestimmt worden ist, ist der Streik sofort von den Gewerkschaften anerkannt worden. Es ist der erste Streik bei Ford, der alle 23 Betriebe umfaßt, seit 1971.

Der schnelle Beginn des Streiks hat die Ford-Kapitalisten in ihren Plänen empfindlich gestört. Öffentlich stellen sie sich als das Opfer der Lohnleitlinie hin. Es ist aber kein Geheimnis, daß Ford diese Politik selbst durchsetzen will und dabei war, sich auf einen langen Streik vorzubereiten. Mehrere Mo-

Wie ist die Forderung aufgestellt worden?

B.: Die Aufstellung der Forderung beginnt im Januar oder Februar. Bei uns in Halewood ging das in diesem Jahr von der Gewerkschaftsbetriebsgruppe aus, die darauf bestand, daß die Kollegen dieses Mal bei der Aufstellung der Forderung selbst das sagen haben müssen. Die Vertrauensleute haben vorgeschlagen, daß dieselben 14 Punkte wie 1977 aufgestellt werden. Die Kollegen haben daraus die 8 Punkte gemacht, für die sie kämpfen wollen. Die 20 Pfund haben wir genau ausgerechnet, nach Inflation für die wichtigen Sachen. Die 35 Stunden fordern wir, weil sie einfach ge-

stellt, sondern auch in Spanien, Belgien, Irland und der BRD. Für diese Werke sollten in Großbritannien produzierte Teile in großen Mengen gelagert werden. Teilweise ist schon damit begonnen worden, abgeschlossen ist es aber noch nicht. Man versteht das Gejammer des Ford-Generalmanagers Beckett über den „Vertragsbruch" der Arbeiter, weil der laufende Tarifvertrag noch bis Ende Oktober gilt. Der Streik hat seine Pläne durchkreuzt.

Inzwischen haben die Liverpooler Hafenarbeiter beschlossen, für die Dauer des Streiks alle Fordprodukte zu boykottieren. In dieser Woche finden Versammlungen in allen britischen Häfen statt, in denen derBeschluß auf alle Häfen ausgedehnt werden soll. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hat Ford 27000 Capris und 29000 Granadas – die in Großbritannien nicht produziert werden – aus der BRD impor-

mehr Überstunden und Schicht. Wo ich früher gearbeitet habe, hatten wir die 35-Stundenwoche durchgesetzt, und nach wenigen Wochen war es wieder wie vorher, bloß eben 5 Überstunden mehr.

Wie seht ihr die Aussichten, die 8 Punkte durchzusetzen?

A.: Labour sagt, die 5 Prozent seien der Durchschnitt, der gehalten werden muß. Wenn Ford mehr gibt, müssen andere weniger bekommen, und wenn es am Ende der öffentliche Dienst sein muß. Damit wollen sie die Kollegen dazu bringen, mit irgendei-

land und der BRD. Ford hat im vergangenen Jahr Rekordprofite gemacht und alle Halden leergeräumt.

Die Lage ist also gut für die Arbeiter und schlecht für die Kapitalisten. Als größte Gefahr für einen Sieg zeichnen sich schon jetzt die Manöver der Gewerkschaftsreformisten ab. Einige Labour-Gewerkschafter haben Callaghan einen Brief überreicht, daß sie der Regierung nur höchst ungern Schwierigkeiten bereiten würden, angesichts der 5-Prozent-Leitlinie aber keine Wahl hätten. Die einstimmigen Streikbeschlüsse sind die richtige Antwort auf solche Manöver. Bei Vauxhall (General Motors), wo ein 4,6-Prozent-Angebot vorliegt, finden in diesen Tagen Belegschaftsversammlungen statt. Die bürgerliche Presse befürchtet das schlimmste: daß die Vauxhall-Arbeiter dem Beispiel ihrer Ford-Kollegen folgen.

Ford hat sich auf den Streik vorbereitet und will seine Werke auf dem Kontinent dafür einsetzen, ihn zu brechen.

A.: Der wichtigste Importhafen für Ford ist Harwich, und die shop stewards dort haben uns schon gesagt, daß sie von Ford nichts mehr anfassen werden. Aus den deutschen Werken kommt am Samstag eine Delegation der IG Metall, um sich mit uns zu beraten. Was die Lieferungen von Teilen zum Kontinent betrifft, haben wir es zum ersten Mal geschafft, die Lager dort auf 20 Tage abzubauen, auf jeden Fall in Köln und

2,22 Mio. DM Extraprofit durch Sonderschichten

z.fum. Die Opel Kapitalisten haben jetzt gegen den Widerstand der Belegschaft 6 Sonderschichten durchsetzen können, von denen 3 gefahren sind. Für die Kapitalisten bedeuten Sonderschichten einen schnelleren Umschlag des fixen Kapitals und eine Zunahme der Profitmasse. Bei diesen Schichten arbeiten nur ca 70% der Schichtbelegschaft, es werden aber genauso viele Fahrzeuge produziert wie bei der Normalschicht. Obwohl Zulagen für die ersten 6 Stunden von 33 1/3%, und für die 7. und 8. Stunden 50% gezahlt werden, bleibt den Kapitalisten noch ein zusätzlicher Profit von 370000 DM, bei 6 Schichten sind das 2220000 DM. Zur Berechnung dieses Extraprofites nehmen wir die Lohnsumme einer Schicht im Werk Rüdesheim bei 70% der Belegschaft mit 2,1 Mio DM an. 15% der Schichtbelegschaft sind Angestellte, die 20% der Lohnsumme belegen. Auf die verbleibenden 80%, 1,68 Mio DM, rechnen wir auf die Stunden bezogen die Zulagen und erhalten eine Lohnsumme von 2,31 Mio DM. Zusammen mit der vorher abgezogenen Lohnsumme der Angestellten von 320000 DM erhalten wir den Lohn, den die Kapitalisten für eine Sonderschicht zahlen: 2,63 Mio DM, das sind 370000 DM weniger als bei einer 100%ig belegten Schicht. Bei diesen 6 Sonderschichten sind das 2,22 Mio DM.

Daimler Benz: Lohnsenkung und Ausdehnung des Arbeitstages

z.heb. In der Kurbelgehäusefertigung in Untertürkheim haben die Daimler Benz-Kapitalisten im Juli dieses Jahres den Akkord an der alten 4-Zylinderlinie um 16,6% von 24 auf 28 Kurbelgehäuse in der Stunde gesteigert. An der neuen Linie, die kleine technische Änderungen hat, um 25% auf 30, 31,5 sind geplant. An der alten Linie wird in 10-Stunden-Doppelschicht gearbeitet. Nachtschicht ist beantragt worden. Höhnisch bieten die Kapitalisten den Arbeitern an der neue Linie an, sie müßten „nur" 8-Stunden-Doppelschicht ohne Überstunden und Nachtschicht arbeiten, wenn sie eine weitere Akkordsteigerung um 5% auf die geplanten 31,5 Kurbelgehäuse hinnehmen würden. Der Nettolohn ist fast gleich geblieben, während die Kapitalisten die Arbeitskraft intensiver vernutzen und die Reproduktionskosten ständig steigen. Die Preise für Frühstück sind laufend erhöht worden, das Mittagessen soll von 1,80 auf 2,00 DM erhöht werden. Das Vesper soll auch erhöht werden. Der Lohn für die Arbeitskraft ist weit unter ihren Wert gesunken. Der niedrige Lohn ist die Grundlage für den Zwang zu Überstunden und Schichten. Arbeiter in den unteren Lohngruppen, z.B. bei 13 Arbeitswerten wie auf dem Schaubild, werden es sich nicht leisten können, auf Überstunden zu „verzichten".

Das ganze Jahr über haben die Arbeiter dem VW-Kapital keine Ruhe gelassen

Anfang April haben die VW-Kapitalisten

z.heb. In der Kurbelgehäusefertigung in Untertürkheim haben die Daimler Benz-Kapitalisten im Juli dieses Jahres den Akkord an der alten 4-Zylinderlinie um 16,6% von 24 auf 28 Kurbelgehäuse in der Stunde gesteigert. An der neuen Linie, die kleine technische Änderungen hat, um 25% auf 30, 31,5 sind geplant. An der alten Linie wird in 10-Stunden-Doppelschicht gearbeitet. Nachtschicht ist beantragt worden. Höhnisch bieten die Kapitalisten den Arbeitern an der neue Linie an, sie müßten „nur" 8-Stunden-Doppelschicht ohne Überstunden und Nachtschicht arbeiten, wenn sie eine weitere Akkordsteigerung um 5% auf die geplanten 31,5 Kurbelgehäuse hinnehmen würden. Der Nettolohn ist fast gleich geblieben, während die Kapitalisten die Arbeitskraft intensiver vernutzen und die Reproduktionskosten ständig steigen. Die Preise für Frühstück sind laufend erhöht worden, das Mittagessen soll von 1,80 auf 2,00 DM erhöht werden. Das Vesper soll auch erhöht werden. Der Lohn für die Arbeitskraft ist weit unter ihren Wert gesunken. Der niedrige Lohn ist die Grundlage für den Zwang zu Überstunden und Schichten. Arbeiter in den unteren Lohngruppen, z.B. bei 13 Arbeitswerten wie auf dem Schaubild, werden es sich nicht leisten können, auf Überstunden zu „verzichten".

Das ganze Jahr über haben die Arbeiter dem VW-Kapital keine Ruhe gelassen

Anfang April haben die VW-Kapitalisten mit großem Propagandajubel die Einweihung des „Rabbit-Werkes" in Westmoreland (USA) gefeiert. Schon vier Monate später, Ende Juli, mußten sie das erstemal die Produktion stillegen, weil sie aus dem Karosseriewerk South Charleston, durch den Streik der dort arbeitenden Arbeiter, keine Blechteile mehr geliefert bekamen. In der Woche vom 19. September haben die Arbeiter im Werk Westmoreland gestreikt. Gegen Entlassungen. Und, als diese schon zurückgenommen wurden, haben sie weiter Streikposten aufziehen lassen, um weitere Forderungen durchzusetzen. Der Streik dauert an, schrieb die bürgerliche Presse. Trotz des Jubels über die Einweihung des USA-Werks war sie für die Kapitalisten mit einem Schatten gekrönt: Im März und April streikten fünfzehn- bis zwanzigtausend Arbeiter im VW-Werk Wolfsburg, 2500 in Braunschweig, 90% der Arbeiter aus dem Werk Emden. Für 8% mehr Lohn, wobei 5,9%, mindestens 120 DM erkämpft wurden. Überhaupt haben die VW-Kapitalisten keine Ruhe gekriegt. Mitte Mai haben die brasilianischen VW-Arbeiter zusammen mit denen von Ford, Mercedes und Saab für eine 20%ige Lohnerhöhung gekämpft. Ende Mai Anfang Juni unterstützten die Arbeiter von VW Südafrika die Aufstände der schwarzen Volksmassen gegen das Rassistenregime mit Streik. Am 11. September streikten die Arbeiter des VW-Werkes in Nigeria schon zwei Wochen gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Produktionsumstellungen. All das sind gute Voraussetzungen für die VW-Arbeiter, den Kampf um den Lohn erfolgreich zu führen.

Kreditaufnahme von 122,1 Mrd. DM 1977 auf 135,4 Mrd. DM im Jahre 1978 bei den westdeutschen Kreditinstituten. Beim prämienbegünstigten Sparen gingen die Einlagen von 1977 40002 Mio. DM auf 33185 Mio. DM 1978 zurück.

„Kostendämpfung" durch Patientenversicherung

z.jüb. Der 52. Deutsche Juristentag in Wiesbaden faßte in der Abteilung „Arztrecht" den Beschluß, das Bundesjustizministerium solle „eine gemischte Kommission bilden..., um zu untersuchen, ob gegebenenfalls in welcher Weise eine obligatorische Versicherung der Patienten gegen Risiken ärztlicher Behandlung eingeführt werden kann". Nach den durch den Gutachter vorgelegten Zahlen werden in der BRD jährlich 5000 bis 6000 Haftpflichtansprüche wegen Fehlern bei der ärztlichen Behandlung geltend gemacht. Meist kommt für den Betroffenen nichts dabei raus. Nach den Vorstellungen des Juristentages soll sich dies dadurch ändern, daß jeder Arbeiter und Angestellte in eine solche Versicherung gegen die Fehler der Ärzte gezwungen wird. Die Krankenhäuser würden dann keine Haftpflichtversicherungen mehr brauchen, die Sozialversicherungen hätten sich eine weitere Einnahmequelle erschlossen.

Tausende von Grippetoten für den Winter '78/79 eingeplant

z.hab. Die „Ständige Impfkommission des Bundesgesundheitsamtes" erwartet für den Winter 78/79 eine Grippeepidemie des Typs „Influenza A-H1N1" und empfiehlt „... eine Änderung der Impfpolitik wird nicht für notwendig gehalten". Die „Impfpolitik" des bürgerlichen Staates besteht darin, den Massen für eine Schutzimpfung 10 bis 20 DM abzunehmen. Allein im Winter 1969/70 sind von 6 bis 7 Millionen Erkrankten 45000 gestorben, in der Mehrzahl alte und verrentete Lohnabhängige. Die Einführung einer kostenlosen Schutzimpfung „wird nicht für notwendig gehalten" Die Grippe soll ihre kostendämpfende Wirkung entfalten.

Gutachten bekräftigt „polizeiliche Zwangsrechte"

z.hku. Wernitz (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Inneres, hat sich für die Verhandlung des diesjährigen Verfassungsschutzberichtes ein Gutachten anfertigen lassen, das den Verfassungsschutz in seine Rechte setzen soll. Danach soll der Bundesgrenzschutz mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit in der Regel und sichtbar nicht befaßt werden, umgekehrt soll der Verfassungsschutz von Polizeiaufgaben freigehalten werden: „Personenfeststellung, Durchsuchung, Beschlagnahmung, Vorführung, Vernehmung und Festnahmen" stehen ihm nicht zu, ebenso nicht die übrigen „polizeilichen Zwangsrechte". (Die Welt, 25.9.78) Prügeln und schießen, das soll die Polizei. Und sie tut es todsicher, womit sich die Bourgeoisie in ihren Frontberichten von „Terroristenjagd" brüstet – Todesschußparagraphen hin und her. Dafür wird die Polizei ihrerseits von „sachfremder Tätigkeit" entlastet.

Gastwirte müssen Polizeispitzeldienste leisten

z.diz. Vor das Betreiben eines „Gewerbes", also z.B. einer Gastwirtschaft, hat die Bourgeoisie das Gewerberecht gesetzt – ein Polizeigesetz zur Unterdrückung der Kleinbourgeoisie. Weitreichend und im Interesse des Finanzkapitals beliebig anwendbar sind seine Bestimmungen; eine neue Variante hat jetzt das Bundesverwaltungsgericht beschlossen: Weigert sich ein Gastwirt, seine Gäste für die Polizei zu bespitzeln, kann ihm dafür eine Lizenz wegen „gewerberechtlicher Unzuverlässigkeit" entzogen werden. Wann, wo und in welchem Umfang er Spitzeldienste leisten muß und ob diese „sachgerecht" und „erfolgversprechend" sind, liegt im Ermessen der Polizei. Wäre es da nicht besser, man läßt überhaupt nur noch Polizisten als Gastwirte zu?

Lampenfieber doch gefährlich

z.nen. Eindeutig entschieden wurde in der vergangenen Woche der lang andauernde Streit der Fachwelt, ob das Lampenfieber der Komödianten als gesundheitsschädlich angesehen werden muß oder im physischen Sinne als harmlos zu bewerten sei. Daß Johannes Paul I. durch diese Krankheit sogar heimgerufen wurde, wird der schwierigen und langwierigen Doppelrolle zugeschrieben, die er erst noch auszuspielen gehabt hätte.

Hubers Plan: Neben der Polizeiwache ein Beratungszentrum

z.brp. Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1979 zum Jahr des Kindes erklärt. Antje Huber, Familienministerin, bereitet mit 1,7 Mio. DM *ihr* Jahr des Kindes vor; sie plant, sämtliche Register zu ziehen, um sich als Anwalt der Kinder – gegenüber deren Eltern – aufspielen zu können. Den Eltern wirft sie mangelnde Sorgfalt, mangelnde Liebe der Kinder vor, im Vordergrund würde – besonders bei den Arbeitern – das Streben nach materiellem Wohlstand, der schnöde Mammon, stehen. Welchen Grund gäbe es sonst für den Geburtenrückgang um fast 50%, welchen Grund dafür, daß die Eltern in die Fabriken zum Arbeiten gehen und das Kind zu Hause lassen? Sorgen bereitet der Bourgeoisie das, was sie als „seelische Unterernährtheit" bezeichnet: daß die Kinder und Jugendlichen rebellieren gegen die herrschenden Eigentumsverhältnisse, daß sie zum Beispiel Ladendiebstähle vornehmen. Die Jugend ist für die Bourgeoisie zu einem unberechenbaren Faktor geworden, und sie fürchtet sich vor der weiteren Entwicklung, die sie ganz und gar nicht in der Hand hat. Professor Künzer sagte auf dem Kinderheil-Kongreß in Freiburg an die Adresse seiner Klasse gerichtet, man solle die Gefahren, die von einer Generation ‚Kindern ohne Geschwister' ausgehe, nicht unterschätzen, diese Kinder hätten nicht schon früh die Erfahrung der Anpassung und Einfügung gemacht. Gewinnen kann die Bourgeoisie die Kinder und Jugendlichen nicht, sie kann sie zuchthausmäßig unterdrücken und lösbare Widersprüche zwischen den Eltern und Kindern als unlösbar hinstellen und schüren. Das Programm, das Antje Huber für das Kinderjahr ausgearbeitet hat, propagiert das *Recht* der Kinder *gegen* ihre Eltern, was verwirklicht werden soll mit Hilfe der Einmischung des Staatsapparates, der Polizei und der Jugendfürsorge, die Neuregelung der elterlichen Sorge und das Jugendhilfegesetz sind die rechtlichen Grundlagen dafür. Und es propagiert die Unterdrückung der Kinder durch die Eltern, wozu die Eltern in Erziehungskursen, die als Bildungsurlaub angeboten werden, aufgehetzt werden sollen. Es ist ein gewagtes Unternehmen, und der Erfolg ist keineswegs sicher. Deswegen baut die Bourgeoisie die Kontrollstellen über die Arbeiterfamilien weiter aus: Neben jeder Polizeiwache soll in Zukunft ein Familienberatungszentrum stehen.

Dregger für Geschichtsunterricht – für verstärkte Indoktrination

z.chk. Am 13.9. hat CDU-Dregger im Hessischen Landtag einen Gesetzentwurf zur „Wiederherstellung des Geschichtsunterrichts" eingebracht. Er fordert, daß das Fach Geschichte – bisher unter „Gesellschaftslehre" untergebracht – ab der 7. Klasse in 2 Wochenstunden an allen Schulen unterrichtet wird, für die Oberstufe der Gymnasien soll „Geschichte" wieder Pflichtfach werden. Allen bürgerlichen Parteien geht es um verstärkte ideologische Indoktrinierung an den

schen den Eltern und Kindern als unlösbar hinstellen und schüren. Das Programm, das Antje Huber für das Kinderjahr ausgearbeitet hat, propagiert das *Recht* der Kinder *gegen* ihre Eltern, was verwirklicht werden soll mit Hilfe der Einmischung des Staatsapparates, der Polizei und der Jugendfürsorge, die Neuregelung der elterlichen Sorge und das Jugendhilfegesetz sind die rechtlichen Grundlagen dafür. Und es propagiert die Unterdrückung der Kinder durch die Eltern, wozu die Eltern in Erziehungskursen, die als Bildungsurlaub angeboten werden, aufgehetzt werden sollen. Es ist ein gewagtes Unternehmen, und der Erfolg ist keineswegs sicher. Deswegen baut die Bourgeoisie die Kontrollstellen über die Arbeiterfamilien weiter aus: Neben jeder Polizeiwache soll in Zukunft ein Familienberatungszentrum stehen.

Dregger für Geschichtsunterricht – für verstärkte Indoktrination

z.chk. Am 13.9. hat CDU-Dregger im Hessischen Landtag einen Gesetzentwurf zur „Wiederherstellung des Geschichtsunterrichts" eingebracht. Er fordert, daß das Fach Geschichte – bisher unter „Gesellschaftslehre" untergebracht – ab der 7. Klasse in 2 Wochenstunden an allen Schulen unterrichtet wird, für die Oberstufe der Gymnasien soll „Geschichte" wieder Pflichtfach werden. Allen bürgerlichen Parteien geht es um verstärkte ideologische Indoktrinierung an den
Schulen. Dem Dregger reichen die Maßnahmen der Landesregierung nur noch nicht aus. Daß es um die Einschwörung der Jugend auf die Ausbeuterordnung geht, haben die bürgerlichen Politiker in der Landtagsdebatte um die Novellierung des Schulverwaltungsgesetzes Anfang des Jahres gezeigt. CDU-Milde: „Wer die Fehler der Vergangenheit wiederholt... anstatt einen vernünftigen, aber ausreichenden Geschichtsunterricht zu geben..., der kommt in die Gefahr, in die die Weimarer Republik 1933 geraten ist." SPD-Börner: „Ich sehe in unserer Verfassung nicht nur einen Hinweis, Geschichte unserer Jugend zugänglich zu machen, sondern auch einen Ansatz zu einer positiven Traditionsbildung für einen demokratischen und freiheitlich-rechtlichen Neuanfang." Da ergänzt das eine das andere. „Die Fehler der Vergangenheit" bestehen für die Bourgeoisie bekanntlich darin, daß sie mit Hitler eine klägliche Niederlage im zweiten imperialistischen Weltkrieg davongetragen haben. Aber „positive Traditionsbildung im Sinne des Grundgesetzes" soll es jetzt bringen. Im Namen der Verfassung soll die Jugend für einen weiteren imperialistischen Raubkrieg für die Profitinteressen der Bourgeoisie gewonnen werden. Um die ideologischen Indoktrinationen voranzutreiben, ist die Bourgeoisie auf verschärfte Anwendung von Zwangsmaßnahmen angewiesen: müssen alle Schüler, die sich vom Religionsunterricht abgemeldet haben, schon bisher „Ethik" als Pflichtfach nehmen, so gibt es im baden-württembergischen Kultusministerium jetzt Überlegungen, daß noch in diesem Schuljahr die Religionsnote „versetzungsrelevant" werden soll.

Verbraucherberatung: Nicht die steigenden Preise sind das Problem

r.gör. Bei den Industriearbeitern mag sich das Ausmaß der Ausplünderung durch steigende Preise auf jährlich fünf bis zehn Milliarden belaufen. Die von der Bourgeoisie hochentwickelte Kunst der Manipulation der Preissteigerungsrate reicht nicht aus, um diese gewaltige Ausplünderung zu verschleiern. Vielfältige ideologische Anstrengungen der Bourgeoisie treten hinzu.

Professor Schmölders, in geehrten Diensten dieser Klasse, hat maßgeblich an der Aufbereitung der ideologischen Fundamente mitgewirkt: „Sparsam wirtschaften bildet für viele ganz offenkundig eine beträchtliche psychologische Belastung, so daß dieses Verhaltensmodell in den oberen Einkommensgruppen sehr bald aufgegeben wird." Die herrschende Theorie des Konsums nimmt zwangsläufig die Form dieser oder ähnlicher Unverschämtheiten an. Sie drücken deren zentrale Linie aus: Nicht der Klassengegensatz, die Ausbeutung bestimmen das Schicksal des Lohnarbeiters, vielmehr dessen persönliches ‚Verhaltensmodell'. „Wenn Haushalte sparsam und rationell wirtschaften, so schlägt sich dieses Bemühen um Rationalität ... vor allem in der Bildung von Vermögen generell nieder." (Schmölders)

Die Verbraucherpolitik und -beratung operiert ideologisch haargenau auf dieser Linie. Für die Arbeiterfamilie, deren Lohn aufgrund steigender Preise und wachsender Ausplünderung durch Steuern, Gebühren, Beiträge real sinkt, bieten die Verbraucherzentralen z.B. „Budgetberatungen" an. Die haben zugenommen, wird berichtet. Man legt der Verbraucherzentrale sein Einkommen vor, und die beweist dann, *daß und wie* damit auszukommen ist.

So einfach ist das. Und weil es dabei natürlich nicht ohne allerlei Streichungen geht, wird das Führen eines Haushaltsbuches empfohlen (dabei soll man u.a. lernen, daß ein Staubsauger durchschnittlich 13 Jahre hält). Das tun schon viele Arbeiterfamilien. Der Verbraucherberatung kommt es indessen auf die ideologische Verpackung und Zwecksetzung an. Die „Zentralstelle für rationelles Haushalten" (Bonn) widmet z.B. das erste Kapitel des von ihr empfohlenen Haushaltsbuches der Frage: „Wo ist nur das Geld geblieben?" Die Antwort: „Gerade in der heutigen Zeit mit dem immer größer werdenden Konsumgüterangebot ist es eine schwierige Kunst geworden, mit dem Geld über die Runden zu kommen. ‚Unser Haushaltsbuch' will Ihnen dabei helfen. Sicher wird das Geld durch die Buchführung nicht mehr, aber es beruhigt ungemein, wenn man schwarz auf weiß nachlesen kann, wo es geblieben ist. Man lernt seine eigenen Fehler viel besser kennen und sieht auf den ersten Blick, wo der Hebel am ehesten und mit Erfolg anzusetzen ist, wenn einmal Einschränkungen notwendig werden."

Wer das glaubt, weiß Bescheid. Nicht der niedrige Lohn, sondern die Reichhaltigkeit des Angebotes macht die Entscheidungen so schwer (Schmölders „psychologische Belastungen") und Streichungen erforderlich. Im übrigen quillt einem ja das Geld aus der Tasche – wie das Werbeplakat der Verbraucherberatung beweist. Die „INFA"-Verbrauchermesse in Hannover bot sich an, es zu verbreiten.



Diese ganze ideologische Verdrehung der Wirklichkeit ist sozusagen gratis vorausgesetzt, bevor auch nur der erste Tip für das „vernünftige Geldausgeben" an das Volk verteilt wird. Dieses Gratisgeschenkes wegen fördert der bürgerliche Staatsapparat die Verbraucherberatung und betreibt selbst Verbraucherpolitik.

„Schwer beladen, leicht erschöpft, aber dennoch zufrieden verlassen Müllers das Geschäft. Der Weg zum Parkplatz führt sie an den Schaufenstern eines anderen Geschäftes vorbei. Sie trauen ihren Augen kaum, als sie dort ‚ihr' Geschirrspülgerät entdecken, nur zu einem um 125 DM geringeren Preis. Die prall gefüllten Einkaufstüten in der Hand, den Preis des Geschirrspülgerätes vor Augen, regen sich bei Müllers erste Zweifel über die Vernünftigkeit ihres Kaufverhaltens." So will die Bourgeoisie – in unserem Beipiel handelt es sich um eine von den Ministern Remmers und Küpker herausgegebene und empfohlene Unterrichtseinheit – das „Problem der Inflation" in den Köpfen der Volksmassen gelöst sehen: Wäre das Volk nicht so blöd, brauchte es sich um die so und so schon gesunkene und sinkende Preissteigerungsrate nicht zu kümmern, sondern profitierte vom Einkaufsbummel, striche 125 DM ein und brauchte sie im Lohnkampf nicht zu fordern.

Schulbücher gegen den Lohnkampf

r.hep. Die Bourgeoisie geht umfassend gegen den Lohnkampf der Arbeiter vor. Dazu nutzt sie auch ihre Herrschaft über das Volksbildungswesen. Wie die Hetze gegen den Lohnkampf dort geeignet in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen hineingepreßt werden könne, lehrt die Wirtschaftsdidaktik.

Professor F. Decker ist ein solcher Wirtschaftsdidaktiker. „Wie kann... der junge Mensch in einer mehr ganzheitlichen und umfassenden Sinnerschließung geöffnet, aufnahmebereit (gemacht) und erzogen werden?" fragt er. Damit sich der jugendlichen Arbeitskraft der ‚Wert- und Sinngehalt' ihres künftigen Lohnarbeiterschicksals schneller erschließt, weist Professor Decker die Pädagogen an: „Der klassischen Nationalökonomie entging der Personenwert des Arbeiters..." Dies mache „eine Besinnung auf den Menschen, der ja Sinn und Zweck der Wirtschaft ist, notwendig".

Ist der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise, die maximale Kapitalverwertung, erfolgreich in der „Sinnfrage" der christlich-sozialen Reaktion aufgehoben, ist Raum geschaffen für genauere „Lernziele": „Erziehung zur verantwortungsbewußten Mitgestaltung der sinn- und sachgerechten wirtschaftspolitischen Ziele (durch konjunkturgerechtes Sparen und Konsumieren...)". Denn: „Unzählige Verbraucher, Sparer, Investoren entscheiden mit darüber, ob es einen Aufschwung gibt oder ob die Wirtschaft in die Krise gerät."

Der Blödsinn hat durchaus Methode: Nicht die kapitalistische Produktionsweise bringe gesetzmäßig die Krise hervor, sondern menschliche Fehlentscheidungen. Eine „Fehlentscheidung" steht dabei im Mittelpunkt. H. Störig, staatlich genehmigter Schulbuchautor („Wirtschaft – ein Entscheidungsbereich") präzisiert: „Es gibt lediglich einen schmalen Spielraum, innerhalb dessen die Lohnhöhe ohne Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts durch Verhandlungsgeschick und andere Unwägbarkeiten (!) beeinflußt werden kann."

Dies ist überhaupt der Kern dessen, was in den Kopf des (zukünftigen) Lohnarbeiters soll: Der Lohnkampf bringe die Krise hervor. Als Nährboden dieser Ideologie solle das „gesamtwirtschaftliche Veranwortungsbewußtsein" gestärkt werden, empfehlen die Wirtschaftsdidaktiker sodann; und die Schulbuchautoren geben sich Mühe. „Wir sitzen alle in einem Boot."

W. Hilligen („Sehen, Beurteilen, Handeln") gilt als fortschrittlich; sein Schulbuch: „Gestern Armut – heute Überfluß", „Jeder ist Verbraucher". Der eine etwas mehr, der andere etwas weniger; Hauptsache: Man muß „mit dem Einkommen auskommen". Gisela kann das nicht: „sie ist in die Stadt gefahren, um sich von ihrem ersten Lehrlingsgeld ein Paar Schuhe zu kaufen. Sie kommt zurück mit fünf Beatplatten, vier illustrierten Zeitungen, einem Satz Starfotos, einem ‚neuen' Make-up-Set und der Nachricht, daß es für die Schuhe nicht mehr reicht." Solche Verhöhnung der Arbeiterklasse soll das Schulbuch den Schülern nahebringen und, daß man auch mit weniger Geld auskommen könne. Dann kann man auch sparen.

Dabei lernt man auch gleich noch etwas: „Überall entsteht ‚Kapital' nur durch Sparen." „Wer Kapital bilden will, muß zeitweise verzichten..., aber das Opfer wird ‚belohnt'". (Alle Zitate: Hilligen) Dieser „Lohn" ist gleichwohl nicht für jeden, denn: „Kapital wird wirksam durch Ideen!" (Störig) Die Krupps, Flicks und Konsorten sind also die gediegeneren und ideenreicheren *Verbraucher!* Soviel derartigen Unsinn der Schüler auch schlucken soll, über die Quelle des Profits, die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit durch die Kapitalisten, erfährt er nichts. Erst der studierte Betriebswirt wird in diese Wissenschaft etwas offenherziger eingeführt: „Vom Standpunkt der Betriebswirtschaftslehre ist der Mensch nicht Zweck, sondern Mittel. Die Betriebswirtschaftslehre untersucht den Betriebsprozeß und betrachtet den Menschen als einen der Faktoren, die zur Realisierung der mit dem Betriebsprozeß erstrebten praktischen wirtschaftlichen Zielsetzung eingesetzt werden. Sie sieht diesen Einsatz nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit." (Professor Wöhe, betriebswirtschaftlicher Bestseller-Autor)

4. Sportbericht der Bundesregierung: „Vita-maxima-Forschung"
zur Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit

Schulbücher gegen den Lohnkampf

r.hep. Die Bourgeoisie geht umfassend gegen den Lohnkampf der Arbeiter vor. Dazu nutzt sie auch ihre Herrschaft über das Volksbildungswesen. Wie die Hetze gegen den Lohnkampf dort geeignet in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen hineingepreßt werden könne, lehrt die Wirtschaftsdidaktik.

Professor F. Decker ist ein solcher Wirtschaftsdidaktiker. „Wie kann... der junge Mensch in einer mehr ganzheitlichen und umfassenden Sinnerschließung geöffnet, aufnahmebereit (gemacht) und erzogen werden?" fragt er. Damit sich der jugendlichen Arbeitskraft der ‚Wert- und Sinngehalt' ihres künftigen Lohnarbeiterschicksals schneller erschließt, weist Professor Decker die Pädagogen an: „Der klassischen Nationalökonomie entging der Personenwert des Arbeiters..." Dies mache „eine Besinnung auf den Menschen, der ja Sinn und Zweck der Wirtschaft ist, notwendig".

Ist der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise, die maximale Kapitalverwertung, erfolgreich in der „Sinnfrage" der christlich-sozialen Reaktion aufgehoben, ist Raum geschaffen für genauere „Lernziele": „Erziehung zur verantwortungsbewußten Mitgestaltung der sinn- und sachgerechten wirtschaftspolitischen Ziele (durch konjunkturgerechtes Sparen und Konsumieren...)". Denn: „Unzählige Verbraucher, Sparer, Investoren entscheiden mit darüber, ob es einen Aufschwung gibt oder ob die Wirtschaft in die Krise gerät."

Der Blödsinn hat durchaus Methode: Nicht die kapitalistische Produktionsweise bringe gesetzmäßig die Krise hervor, sondern menschliche Fehlentscheidungen. Eine „Fehlentscheidung" steht dabei im Mittelpunkt. H. Störig, staatlich genehmigter Schulbuchautor („Wirtschaft – ein Entscheidungsbereich") präzisiert: „Es gibt lediglich einen schmalen Spielraum, innerhalb dessen die Lohnhöhe ohne Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts durch Verhandlungsgeschick und andere Unwägbarkeiten (!) beeinflußt werden kann."

Dies ist überhaupt der Kern dessen, was in den Kopf des (zukünftigen) Lohnarbeiters soll: Der Lohnkampf bringe die Krise hervor. Als Nährboden dieser Ideologie solle das „gesamtwirtschaftliche Veranwortungsbewußtsein" gestärkt werden, empfehlen die Wirtschaftsdidaktiker sodann; und die Schulbuchautoren geben sich Mühe. „Wir sitzen alle in einem Boot."

W. Hilligen („Sehen, Beurteilen, Handeln") gilt als fortschrittlich; sein Schulbuch: „Gestern Armut – heute Überfluß", „Jeder ist Verbraucher". Der eine etwas mehr, der andere etwas weniger; Hauptsache: Man muß „mit dem Einkommen auskommen". Gisela kann das nicht: „sie ist in die Stadt gefahren, um sich von ihrem ersten Lehrlingsgeld ein Paar Schuhe zu kaufen. Sie kommt zurück mit fünf Beatplatten, vier illustrierten Zeitungen, einem Satz Starfotos, einem ‚neuen' Make-up-Set und der Nachricht, daß es für die Schuhe nicht mehr reicht." Solche Verhöhnung der Arbeiterklasse soll das Schulbuch den Schülern nahebringen und, daß man auch mit weniger Geld auskommen könne. Dann kann man auch sparen.

Dabei lernt man auch gleich noch etwas: „Überall entsteht ‚Kapital' nur durch Sparen." „Wer Kapital bilden will, muß zeitweise verzichten..., aber das Opfer wird ‚belohnt'". (Alle Zitate: Hilligen) Dieser „Lohn" ist gleichwohl nicht für jeden, denn: „Kapital wird wirksam durch Ideen!" (Störig) Die Krupps, Flicks und Konsorten sind also die gediegeneren und ideenreicheren *Verbraucher!* Soviel derartigen Unsinn der Schüler auch schlucken soll, über die Quelle des Profits, die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit durch die Kapitalisten, erfährt er nichts. Erst der studierte Betriebswirt wird in diese Wissenschaft etwas offenherziger eingeführt: „Vom Standpunkt der Betriebswirtschaftslehre ist der Mensch nicht Zweck, sondern Mittel. Die Betriebswirtschaftslehre untersucht den Betriebsprozeß und betrachtet den Menschen als einen der Faktoren, die zur Realisierung der mit dem Betriebsprozeß erstrebten praktischen wirtschaftlichen Zielsetzung eingesetzt werden. Sie sieht diesen Einsatz nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit." (Professor Wöhe, betriebswirtschaftlicher Bestseller-Autor)

4. Sportbericht der Bundesregierung: „Vita-maxima-Forschung" zur Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit

z.alb. Seit 1970 verschafft die Bundesregierung in zweijährigen Abständen der Bourgeoisie einen Überblick über die mit dem Mittel der Sportförderung erzielten Ergebnisse. Im August dieses Jahres hat sie ihren vierten Sportbericht vorgelegt. Schwerpunkt der „Förderung" ist die sportwissenschaftliche Forschung und der „Breitensport mit Talentsuche". Für beides hat sich die Bundesregierung die notwendigen Mittel geschaffen. 1970 wurde das „Bundesinstitut für Sportwissenschaften" gegründet, das die Forschung zentralisiert und die jeweiligen Forschungsschwerpunkte festlegt. Den „Breitensport" hat die Bundesregierung über die Einrichtung „Sportkonferenz" in der Hand.

„Sportwissenschaftliche Forschung (muß) heute im wesentlichen interdisziplinäre Forschung sein, wenn ihre Ergebnisse praxisrelevant sein sollen", umschreibt der Sportbericht die Aufgaben des Sportwissenschaftlichen Instituts. Geforscht wird dort z.B. über die „Motorik", d.h. den Bewegungsablauf beim Menschen, über die Belastbarkeit unter extremen Bedingungen, z.B. im Rahmen der „Projekte zur Förderung des Breitensports", über den „Einfluß mehrstündiger Ausdauerbelastungen auf weibliche und männliche Personen im ausdauertrainierten und untrainierten Zustand auf den Metabolismus" (Stoffwechsel) und „die Auswirkungen eines Ausdauertrainings auf die psychologische Streßtoleranz".

„Praxisrelevant" werden die Ergebnisse dann in Modellprogrammen wie dem jüngst erarbeiteten „Sport im Betrieb", etwa um eine größere Dauerbelastbarkeit in Nacht- und Schichtarbeit durch Training der Arbeiter zu erreichen.

Ein anderes Untersuchungsprojekt „aus dem Leistungssport, insbesondere auch bei Spitzensportlern" erforscht „das Erkennen und Beurteilen von Anpassungsvorgängen des menschlichen Organismus unter extremen Belastungsbedingungen (Vita-maxima-Probleme)". Dazu heißt es im Sportbericht: „Die Grenzen der Belastbarkeit unterliegen... mannigfachen Faktoren. Einer der wesentlichsten ist das das biologische Prinzip adäquater und ausreichender Beanspruchung bzw. Belastung. Untersuchungen über die Grenzen möglicher Belastbarkeit unter extremen Leistungsbedingungen sind deswegen für die gesamte Medizin von tragender Bedeutung." Von wegen Medizin. Ein Gutachten, vom Arbeitsministerium angefordert, hat 1975 die bisherige „Bewertung menschlicher Arbeit" kritisiert und gefordert, allein die „Erträglichkeit der Arbeit" könne Grundlage der Beurteilung sein, nach der auch der Lohn bemessen werden müsse. „Erträglichkeit" ist dabei definiert als die äußerste Grenze physischer und psychischer Belastung, unter der noch eine Arbeit auf Dauer geleistet werden kann. Da diese Grenze noch nicht genügend erforscht sei, forderten die Gutachter „umfangreichere Untersuchungen" dazu. Also „Vita-maxima-Problem"forschung. Zweifellos sehr „praxisrelevant".

Zum Zweck des Schulsports erfahren wir aus dem Sportbericht: „Im Vordergrund steht der Gedanke, in kameradschaftlicher Verbundenheit unter Obhut der Schule Sport zu treiben, sich gegenseitig näher kennenzulernen und in zwangloser Freude – gestützt auf die Solidarität des Mannschaftskampfes – die Kräfte zu messen."

Was sich hinter diesen hehren Zielen verbirgt, ist einerseits die Tatsache, daß der Gesundheitszustand der Schulkinder und Jugendlichen vor allem in den Städten und dort vor allem der Arbeiterkinder erschreckend schlecht ist. Die Statistik über Musterungs- und Vorsorgeuntersuchungsergebnisse nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz gibt leichtere Wirbelsäulenschäden bei 30% des Jahrgangs 1940 und 66,6% des Jahrgangs 1955 an, die mittelschweren Schäden der Wirbelsäule sind von 2,2 Promille Häufigkeit auf 9,1 Promille angestiegen. Mittelschwere Herz-Kreislaufschäden wurden beim Jahrgang 1940 in vier Promille der Fälle, beim Jahrgang 1955 bereits bei 18,5 Promille festgestellt. 80% der jüngeren Jahrgänge haben krankhafte Veränderungen an den Füßen. Das mindert die frühzeitige maximale Belastbarkeit der jugendlichen Arbeitskraft in den Fabriken wie im Krieg. Und es kostet. Das ist die eine Triebkraft für die Förderung des Schulsports. Die andere ist, die Schulaufsicht auf die Freizeit der Kinder auszudehnen. Dazu werden inzwischen in zunehmendem Umfang „Sportarten mit hohem Freizeitwert" angeboten, zum Teil über Sportvereine, die unter Aufsicht der Schule stehen. Drittens soll über die Freude der Kinder am Sport die „allseitige Persönlichkeitsbildung" gefördert werden: „Leistungsorientierung", d.h. Konkurrenz, „Selbstdisziplin", die Sorte Kameradschaft, die die Bourgeoisie allein kennt: absoluter Gehorsam und Zusammenhalten gegen den äußeren Feind.

So ist ein Mittel der angestrebten „allseitigen Persönlichkeitsbildung" im Forschungsprogramm „Sport im Kindergarten": fünfminutige Filme „mit zugehörigen Bildfibeln und Wandpostern", wobei die Kinder zuerst gezwungen werden, sich das Zeug still sitzend anzusehen, um sich derart „zur Bewegung anregen" zu lassen.

Über die „mit der Vergabe öffentlicher Mittel zwangsläufig nach Verfassung und Gesetz verbundenen Kontrollfunktionen" hat die Bourgeoisie den Massensport wie den Hochleistungssport vollständig in der Hand.

Wie sie aus dem Interesse der Massen am Sport noch Kapital schlägt, zeigt die „Glücksspirale": Für die Olympischen Spiele wurden den Massen mit diesem extra geschaffenen Instrument 265 Mio. DM aus der Tasche gezogen. Das Geschäft gefiel dann so gut, daß die Laufzeit verlängert wurde. Inzwischen werden jährlich 40 Mio. DM „eingespielt", zur Hälfte für „Sportförderung", die andere Hälfte erhalten Wohlfahrtsverbände. Glücksspirale für die Bourgeoisie. Der Reinerlös hat sich im letzten Jahr fast verdoppelt.

Vom Spezial- und Kriegsschiffbau erhoffen sich die Werftkapitalisten die höchsten Profite

z.ere. Am Sonnabend letzter Woche gingen in Hamburg Ausstellung und Kongreß ,,Schiffbau, Maschine, Meerestechnik International'' zu Ende. Ebenso wie der EG-Kommissar Davignon sah auch der ehemalige Hamburger Innensenator Ruhnau, mittlerweile Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, eine Zeit gekommen, ,,in der man als Schiffbauer fragen muß: Quält man sich und macht weiter, oder gibt man einfach auf?'' Beide konnten auf der Ausstellung allerdings ,,niemanden, der aufzugeben bereit'' wäre, ausmachen. Für derlei Feststellungen hatten die Werftkapitalisten den Herrn Staatssekretär auch nicht nach Hamburg bestellt. Von Aufgeben kann keine Rede sein; die westdeutschen Werft- und Reederkapitalisten sind vielmehr wild entschlossen, aus der gewaltigen Konkurrenzschlacht auf dem Seeschiffmarkt mit einem deftigen Extraprofit herauszukommen.

Am 19. September, wenige Tage vor Eröffnung der Konferenz, legten die Werftkapitalisten einen ,,Bericht über Struktur und Entwicklung des Deutschen Seeschiffbaus'' vor, in dem der Bundesregierung Vorschläge, wie es heißt, für zusätzliche öffentliche Hilfen unterbreitet werden. Ruhnau sagte ihnen auch nichts anderes als die ,,volle Unterstützung'' ihrer Raubzugspläne durch die Bundesregierung zu. ,,Die Bundesregierung begrüßt den jetzt von den Werften vorgelegten Strukturbericht.''

Die Werftkapitalisten drängen immer heftiger, die staatlichen Investitionsausgaben zu erhöhen, und rufen gleichzeitig nach strenger Durchforstung der öffentlichen Haushalte. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen stehen demzufolge die Gewährung von mindestens 20 – 25% Baukostensubventionen, die als Krisenmaßnahmen für den Schiffbau aus dem Staatshaushalt gewährt werden sollen. Mit den 12,5% Reederhilfe sind dann fast ein Drittel der Produktionskosten aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen eingesackt.

Ihren imperialistischen Konkurrenten vor allem aus der japanischen Werftindustrie wollen sie die Vorteile, die diese durch riesige Staatszuschüsse (zwischen 28 und 52%) behaupten, streitig machen. Schon im März dieses Jahres hatten Davignon und der Vizepräsident der EG-Kommission Vredeling das ,,ganze Arsenal der Möglichkeiten'' in Bewegung zu bringen versucht, um durch ,,weitere Erörterungen mit der japanischen Regierung'' diese zu ,,größerer Selbstbeschränkung'' zu zwingen. Helmut Schmidt, der sich, wie allenthalben bekannt, gern als Weltökonom aufzuführen pflegt, versuchte auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel, dem japanischen Ministerpräsidenten Tanaka die geforderte ,,Selbstbeschränkung'' aufzuzwingen. Nicht ohne Genugtuung meldete die Bourgeoisie in ihren Wirt-

den Werften vorgelegten Strukturbericht.''

Die Werftkapitalisten drängen immer heftiger, die staatlichen Investitionsausgaben zu erhöhen, und rufen gleichzeitig nach strenger Durchforstung der öffentlichen Haushalte. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen stehen demzufolge die Gewährung von mindestens 20 – 25% Baukostensubventionen, die als Krisenmaßnahmen für den Schiffbau aus dem Staatshaushalt gewährt werden sollen. Mit den 12,5% Reederhilfe sind dann fast ein Drittel der Produktionskosten aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen eingesackt.

Ihren imperialistischen Konkurrenten vor allem aus der japanischen Werftindustrie wollen sie die Vorteile, die diese durch riesige Staatszuschüsse (zwischen 28 und 52%) behaupten, streitig machen. Schon im März dieses Jahres hatten Davignon und der Vizepräsident der EG-Kommission Vredeling das ,,ganze Arsenal der Möglichkeiten'' in Bewegung zu bringen versucht, um durch ,,weitere Erörterungen mit der japanischen Regierung'' diese zu ,,größerer Selbstbeschränkung'' zu zwingen. Helmut Schmidt, der sich, wie allenthalben bekannt, gern als Weltökonom aufzuführen pflegt, versuchte auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel, dem japanischen Ministerpräsidenten Tanaka die geforderte ,,Selbstbeschränkung'' aufzuzwingen. Nicht ohne Genugtuung meldete die Bourgeoisie in ihren Wirt-
schaftsblättern, daß alle fünf großen japanischen Werften heftige Rückgänge im Auftragseingang, Umsatz und ausgewiesenen Profiten aufzuweisen haben.

Schon frühzeitig hat sich die westdeutsche Bourgeoisie auf eine verbissene Konkurrenzschlacht eingestellt. Mit Ende der Krise 1966/67 entstand unter Federführung des damaligen Wirtschaftsministers der Großen Koalition, Karl Schiller, aus der Deutschen Werft in Hamburg und der Howaldtswerft in Kiel-Hamburg die Großwerft HDW, in der die Werftkapitalisten jetzt 13000 Arbeiter ausbeuten, von denen sie noch in diesem Jahr 2000 auf die Straße setzen wollen. ,,Rationalisierung durch Konzentration'' nennt die Finanzbourgeoisie ihr Expansionsprogramm. Im Hinblick auf die zukünftige Nachfrage im Weltschiffbau hat die ,,deutsche Werftindustrie eine marktgerechte Zusammensetzung zwischen einigen Großbetrieben und einer größeren Anzahl mittlerer Werften'', heißt es in dem Strukturbericht, in dem die weitere ,,Stillegung einiger Werften'' gefordert wird.

Über den Ausbau und die Festigung ihrer ,,nach wie vor führenden Position'' im europäischen Schiffbausektor erhoffen sich die westdeutschen Werftkapitalisten ihre alte Spitzenstellung auf dem Weltmarkt zurückzuerobern.

Innerhalb der EG hat die BRD ihren Anteil an der Gemeinschaftsproduktion von Handelsschiffen von 24,5 im Jahre 1970 auf 28,4 im Jahr 1977 steigern können. Das entspricht an fertiggestellten Handelsschiffen in 1000 Bruttoregistertonnen (BRT) einer Steigerung von 1317 (1970) auf 1595 (1977). Bei ihren Kalkulationen gehen die westdeutschen Kapitalisten davon aus, daß das Volumen der Trockenfracht im Ansteigen begriffen und die Fracht von Erdölerzeugnissen bald überflügeln wird. ,,Was die Flotten der Gemeinschaft anbelangt, so ist klar, daß wir uns auf Spezialschiffe umstellen müssen, z.B. Containerschiffe und Leichter sowie Schiffe zur Beförderung von Raffinerieprodukten, Methan usw. und daß wir die Zahl der Massengutfrachter verringern müssen. Die Tendenz wird daher in der Gemeinschaft dahin gehen, aufwendige und technisch hoch entwickelte Schiffe zu bauen, die den besonderen Transportbedürfnissen der Industrieländer genügen.''Ziel ist laut Acho, Vorstandsmitglied der AG Weser in Bremen und des Schiffbauverbandes, die Förderung des Spezial- und Kriegsschiffbaus, wo das Werftkapital sich die höchsten Profite erhofft.

Ein Vergleich der Weltproduktion der letzten zehn Jahre zeigt, daß in Japan, und in geringerem Maße in der EG die einfachen Schiffe, besonders Tanker, einen höheren Anteil an der Produktion ausgemacht haben als z.B. in den USA, in den RGW-Staaten sowie in Südkorea, Taiwan und Brasilien.

Bei der geplanten Produktionsum-

Jahre 1970 auf 28,4 im Jahr 1977 steigern können. Das entspricht an fertiggestellten Handelsschiffen in 1000 Bruttoregistertonnen (BRT) einer Steigerung von 1317 (1970) auf 1595 (1977). Bei ihren Kalkulationen gehen die westdeutschen Kapitalisten davon aus, daß das Volumen der Trockenfracht im Ansteigen begriffen und die Fracht von Erdölerzeugnissen bald überflügeln wird. ,,Was die Flotten der Gemeinschaft anbelangt, so ist klar, daß wir uns auf Spezialschiffe umstellen müssen, z.B. Containerschiffe und Leichter sowie Schiffe zur Beförderung von Raffinerieprodukten, Methan usw. und daß wir die Zahl der Massengutfrachter verringern müssen. Die Tendenz wird daher in der Gemeinschaft dahin gehen, aufwendige und technisch hoch entwickelte Schiffe zu bauen, die den besonderen Transportbedürfnissen der Industrieländer genügen.''Ziel ist laut Acho, Vorstandsmitglied der AG Weser in Bremen und des Schiffbauverbandes, die Förderung des Spezial- und Kriegsschiffbaus, wo das Werftkapital sich die höchsten Profite erhofft.

Ein Vergleich der Weltproduktion der letzten zehn Jahre zeigt, daß in Japan, und in geringerem Maße in der EG die einfachen Schiffe, besonders Tanker, einen höheren Anteil an der Produktion ausgemacht haben als z.B. in den USA, in den RGW-Staaten sowie in Südkorea, Taiwan und Brasilien.

Bei der geplanten Produktionsum-
stellung, die ja schon seit einigen Jahren im Gange ist, rechnen sich die west-



Streik der 4000 HDW-Arbeiter in Hamburg. Am 23. September haben die Arbeiter des Werks Dietrichsdorf/Kiel, das stillgelegt werden soll, nach der Mittagspause ebenfalls gegen das Werftprogramm der Bundesregierung gestreikt.

deutschen Kapitalisten erhebliche Pluspunkte gegenüber ihren Konkurrenten aus. Diese ,,Anpassungsfähigkeiten'', wie sie es nennen, sind in ,,erster Linie auf die Fachkenntnisse des technischen und allgemeinen Personals der Industrie zurückzuführen''.

Die Europäische Gemeinschaft muß ihre eigene Schiffbaukapazität aus, wie es heißt, ,,strategischen Gründen aufrechterhalten'', nicht nur im Sinne des Baus von Kriegsschiffen, sondern vor allem in der Konkurrenz mit den beiden Supermächten.

Die Schiffstypen, die die EG-Kapitalisten am besten herstellen, lassen gewisse Rückschlüsse darauf zu, welche Werften erhalten und welche stillgelegt werden sollen. Von den 165000 Arbeitern in der Werftindustrie der EG (in der BRD arbeiten davon allein 71000) sollen etwa 75000 bis 90000 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden.

Der Vizepräsident der EG-Kommission, Vredeling, spricht mit seinen Vorstellungen Minister Ehrenberg aus vollem Herzen. Er beabsichtigt, ,,alle Vorhaben zu unterstützen, mit denen beschäftigungslose Jugendliche im Rahmen von Tätigkeiten oder Dienstleistungen, die für die Allgemeinheit von Nutzen sind, beschäftigt werden können''. Die zwangsverpflichtete Arbeiterjugend soll im Bereich der ,,Sozialdienste, dem Schutz der natürlichen und menschlichen Umwelt'' auf den Werften ausgebeutet und unterdrückt werden. Weil der Altersaufbau der Werftarbeiter und die ,,große Zahl der Arbeitnehmer über 40 Jahre die Annahme zuläßt, daß eine Umsetzung sehr große Probleme aufwerfen wird'', schlägt Vredeling vor, ,,ob nicht die Frührente eine Lösung bringen könnte''. Durch schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft zwischen 15 und 45 Jahren wollen die Kapitalisten die Schlacht auf dem Waren-

es heißt, ,,strategischen Gründen aufrechterhalten'', nicht nur im Sinne des Baus von Kriegsschiffen, sondern vor allem in der Konkurrenz mit den beiden Supermächten.

Die Schiffstypen, die die EG-Kapitalisten am besten herstellen, lassen gewisse Rückschlüsse darauf zu, welche Werften erhalten und welche stillgelegt werden sollen. Von den 165000 Arbeitern in der Werftindustrie der EG (in der BRD arbeiten davon allein 71000) sollen etwa 75000 bis 90000 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden.

Der Vizepräsident der EG-Kommission, Vredeling, spricht mit seinen Vorstellungen Minister Ehrenberg aus vollem Herzen. Er beabsichtigt, ,,alle Vorhaben zu unterstützen, mit denen beschäftigungslose Jugendliche im Rahmen von Tätigkeiten oder Dienstleistungen, die für die Allgemeinheit von Nutzen sind, beschäftigt werden können''. Die zwangsverpflichtete Arbeiterjugend soll im Bereich der ,,Sozialdienste, dem Schutz der natürlichen und menschlichen Umwelt'' auf den Werften ausgebeutet und unterdrückt werden. Weil der Altersaufbau der Werftarbeiter und die ,,große Zahl der Arbeitnehmer über 40 Jahre die Annahme zuläßt, daß eine Umsetzung sehr große Probleme aufwerfen wird'', schlägt Vredeling vor, ,,ob nicht die Frührente eine Lösung bringen könnte''. Durch schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft zwischen 15 und 45 Jahren wollen die Kapitalisten die Schlacht auf dem Waren-
markt zu ihren Gunsten entscheiden. In dem Strukturbericht heißt es dann auch: ,,Zur Anpassung an die Marktlage planen die in die Untersuchung einbezogenen 45 Seeschiffswerften, die Fertigungsstunden im Handelsschiffneubau von 54,7 Mio. im Jahr 1975 auf 23,4 Mio. im Jahre 1980 zu reduzieren.'' Dies entspricht einer Steigerung der Intensivierung der Arbeit von bald 60%. Ferner: ,,Die Anpassungsmaßnahmen der deutschen Werften zielen darauf ab, bei starker Einschränkung der Beschäftigung im Handelsschiffsneubau die Tätigkeiten in den anderen Bereichen zu intensivieren.'' Das Fregattenprogramm der westdeutschen Imperialisten läuft an und seit längerem verhandeln die Werftkapitalisten mit Argentinien über den Bau von Kriegsschiffen. Bei Blohm und Voß in Hamburg bildeten schon 1977 der Maschinen- und Panzerbau zusammen mit Zulieferung und Reparatur den Hauptteil der Produktion. Für September hat B & V Kurzarbeit angesetzt. Mit Lohnkürzungen und Entlassungen wollen die Kapitalisten die Belegschaften in die Knie zwingen, um ihr imperialistisches Rüstungsprogramm durchführen zu können.

Mit allen Mitteln verschärfen die Werftkapitalisten die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse. Der Plan eines groß angelegten Militärzuchthauses für die Werftarbeiter soll im Geschwindschritt umgesetzt werden. Vulkan hat sein Wachpersonal selber – neben dem Zoll und dem MAD erheblich verstärkt. Die B & V-Kapitalisten schränken die Rechte der Arbeiterjugend drastisch ein, den Jugendlichen ist es untersagt, in den Sprechstunden die Jugendvertretung aufzusuchen. Mit derartigen Einschränkungen des Koalitionsrechts der Arbeiter soll die Kampfbereitschaft erstickt werden.

Die größten Befürchtungen hatten die EG-Kommissare bezüglich der Durchsetzung der politischen Maßnahmen zur Entrechtung und Unter-

zielen darauf ab, bei starker Einschränkung der Beschäftigung im Handelsschiffsneubau die Tätigkeiten in den anderen Bereichen zu intensivieren.'' Das Fregattenprogramm der westdeutschen Imperialisten läuft an und seit längerem verhandeln die Werftkapitalisten mit Argentinien über den Bau von Kriegsschiffen. Bei Blohm und Voß in Hamburg bildeten schon 1977 der Maschinen- und Panzerbau zusammen mit Zulieferung und Reparatur den Hauptteil der Produktion. Für September hat B & V Kurzarbeit angesetzt. Mit Lohnkürzungen und Entlassungen wollen die Kapitalisten die Belegschaften in die Knie zwingen, um ihr imperialistisches Rüstungsprogramm durchführen zu können.

Mit allen Mitteln verschärfen die Werftkapitalisten die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse. Der Plan eines groß angelegten Militärzuchthauses für die Werftarbeiter soll im Geschwindschritt umgesetzt werden. Vulkan hat sein Wachpersonal selber – neben dem Zoll und dem MAD erheblich verstärkt. Die B & V-Kapitalisten schränken die Rechte der Arbeiterjugend drastisch ein, den Jugendlichen ist es untersagt, in den Sprechstunden die Jugendvertretung aufzusuchen. Mit derartigen Einschränkungen des Koalitionsrechts der Arbeiter soll die Kampfbereitschaft erstickt werden.

Die größten Befürchtungen hatten die EG-Kommissare bezüglich der Durchsetzung der politischen Maßnahmen zur Entrechtung und Unter-
drückung der Arbeiter durch die Mitgliedsstaaten der EG.

Britische Hafenarbeiter gegen 5%-Lohnleitlinie

z.hef.London. Die Vertrauensleute der Liverpooler Hafenarbeiter beschlossen am 27.9., keinerlei Lieferungen von und für Ford mehr zu bearbeiten, um den Streik der Fordarbeiter zu unterstützen (s. Seite 5). Sie haben die Hafenarbeiter im ganzen Land aufgefordert, sich dem Boykott anzuschließen. Die Hafenarbeiter stehen selbst direkt vor dem Lohnkampf. Erste Verhandlungen für 50 Arbeiter des Arthur Jacobsen Kais in Portsmouth wurden nach einem 5%-Angebot der Hafenkapitalisten von der Gewerkschaft abgebrochen. Seit dem 18.9. streiken die Arbeiter. Der Streik der Stauer, Kranfahrer und Anschläger hat den Frachtverkehr zu den britischen Kanalinseln zum Stillstand gebracht. Die Kapitalisten haben kurz nach Streikbeginn alle 50 Arbeiter entlassen. Ende letzter Woche wurde von ihnen ein neues Angebot gemacht. Es solle, so sagen sie, die Akkordarbeit abgeschafft und dafür die Produktivitätsprämie an die Tonnageleistung gekoppelt werden. Damit wollen sie die 5% durchsetzen.

250 Radiotechniker der Firma Marconi streikten für drei Tage am vorletzten Wochenende in verschiedenen Häfen gegen ein 5%-Angebot. Die Techniker, die vor allem defekte Schiffsfunkgeräte reparieren, haben ein ,,Produktivitätsabkommen'' abgelehnt. Der Streik verhinderte das Auslaufen aller Schiffe, deren Funkanlage defekt war, weil sie mit defekter Anlage Häfen nicht verlassen dürfen.

Hafenarbeiter für Streik gegen Atomabenteuer der Regierung

z.hef. Die 30000 Mitglieder starke japanische Hafenarbeitergewerkschaft plant für den nächsten Monat Streiks und andere Kampfaktionen gegen das Einlaufen des atomgetriebenen Schiffes ,,Mutsu''. Die regierungseigene ,,Mutsu'' liegt seit ihrer Jungfernfahrt vor 3 Jahren mit einem Strahlungsleck vor dem nordjapanischen Hafen Mutsu. Die Versuche der Regierung, ein Dock für die Reparatur zu finden, scheiterten bisher. Der Widerstand der Fischer und Hafenarbeiter sorgte dafür, daß kein Hafen die Einfahrt des Schiffs gestattete. Der Stadtrat von Sasebo, nördlich von Nagasaki, hat jetzt dem Einlaufen der ,,Mutsu'' in das dortige Dock zugestimmt. Die Hafenarbeitergewerkschaft plant Streiks in dem umliegenden Gebiet. Gemeinsam mit den Fischern soll das Hafenbecken mit kleinen Booten vollständig abgesperrt werden. Geplanter Termin der Reise der ,,Mutsu'' ist der 12. Oktober, aber die Regierung gab bereits bekannt, daß es Verzögerungen ,,aus Sicherheitsgründen'' geben könne.

8000 Seeleute der Passagier- und Fährschiffe zwischen der japanischen Hauptinsel Honshu und Inseln im

Auslaufen aller Schiffe, deren Funkanlage defekt war, weil sie mit defekter Anlage Häfen nicht verlassen dürfen.

Hafenarbeiter für Streik gegen Atomabenteuer der Regierung

z.hef. Die 30000 Mitglieder starke japanische Hafenarbeitergewerkschaft plant für den nächsten Monat Streiks und andere Kampfaktionen gegen das Einlaufen des atomgetriebenen Schiffes ,,Mutsu''. Die regierungseigene ,,Mutsu'' liegt seit ihrer Jungfernfahrt vor 3 Jahren mit einem Strahlungsleck vor dem nordjapanischen Hafen Mutsu. Die Versuche der Regierung, ein Dock für die Reparatur zu finden, scheiterten bisher. Der Widerstand der Fischer und Hafenarbeiter sorgte dafür, daß kein Hafen die Einfahrt des Schiffs gestattete. Der Stadtrat von Sasebo, nördlich von Nagasaki, hat jetzt dem Einlaufen der ,,Mutsu'' in das dortige Dock zugestimmt. Die Hafenarbeitergewerkschaft plant Streiks in dem umliegenden Gebiet. Gemeinsam mit den Fischern soll das Hafenbecken mit kleinen Booten vollständig abgesperrt werden. Geplanter Termin der Reise der ,,Mutsu'' ist der 12. Oktober, aber die Regierung gab bereits bekannt, daß es Verzögerungen ,,aus Sicherheitsgründen'' geben könne.

8000 Seeleute der Passagier- und Fährschiffe zwischen der japanischen Hauptinsel Honshu und Inseln im
Norden streikten am 20. und 21.9. Die japanische Seeleutegewerkschaft, die zu dem Streik aufgerufen hatte, fordert Ausgleichszahlung bei der Entlassung von 6000 Seeleuten, die innerhalb der nächsten Jahre bei Fertigstellung einer neuen Brücke zwischen Honshu und den nördlichen Inseln stattfinden soll.

Kampf der Werftarbeiter in Marseille und La Ciotat

z.jon.Paris. Bei den Reparaturwerften der Terrin-Gruppe in Marseille sollen 1763 Arbeiter von 3071 entlassen werden. In den Werften im benachbarten La Ciotat 1334 von 6000 Arbeitern. Arbeitsbedingungen und Löhne sollen an die übrige Metallindustrie ,,angepaßt'' werden, das heißt verschlechtert werden. Am 14.9. demonstrierten in Marseille 20000 Arbeiter gegen diese Pläne. Die Arbeiter der Terrin-Werke SAM und Sud Marine besetzten am 18.9. die Betriebe. Am 26.9. nahmen sie die Arbeit wieder auf, nachdem die vorläufige Zurücknahme der Entlassungen zugesichert war. Sie streikten sofort wieder, als daraufhin neue Entlassungen angekündigt wurden.

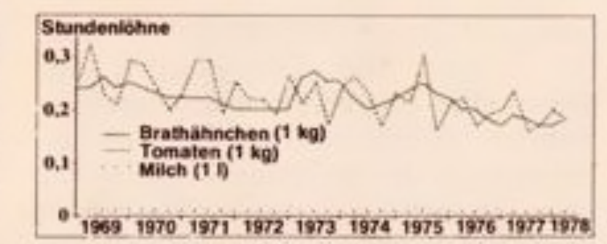


Das Bild zeigt eine Kundgebung auf dem Werftgelände von La Ciotat.

Lohnentwicklung und Lohnkonto der amerikanischen Stahlarbeiter

z.gek. Die folgende Untersuchung der Lohnentwicklung der Stahlarbeiter in den USA schließt an die in den vorigen Ausgaben der KVZ veröffentlichten Untersuchungen an und folgt derselben Methode. Ziel ist es, einen brauchbaren internationalen Vergleich anzustellen. Wir verfahren dabei so, daß wir die Entwicklung der ,,realen'' Löhne verfolgen, wie sie sich im Ankauf von in allen untersuchten Ländern üblichen und elementaren Lebensmitteln darstellt. Bzgl. der Methoden der Berechnung verweisen wir auf die vorigen Untersuchungen. Leider war es nicht möglich, für die USA die Einzelhandelspreise für eine Herrenhose zu erhalten. Die zugrundeliegenden Löhne sind diejenigen der amtlichen Statistik über ,,Durchschnittslöhne für Produktionsarbeiter und nicht-leitende Angestellte in der Stahl- und erzverarbeitenden Industrie''. Wie uns eine Stichprobe Ende 1977, wo dieser Lohn mit 7,70 Dollar angegeben ist, zeigt, entspricht dies tatsächlich im wesentlichen dem Tariflohn für einen Stahlarbeiter mittlerer Lohngruppe. Die Untersuchung zeigt zunächst, daß noch immer der Lohnanteil, den ein Stahlarbeiter in den USA für den Kauf der hier betrachteten Lebensmittel ausgeben muß, im Vergleich mit den Stahlarbeitern anderer Länder relativ geringer ist.

Andererseits aber zeigt sich, daß in den Jahren der ,,Konjunktur'' von 1969 – 1973 die Stahlarbeiter in den USA, im Unterschied zu denen in den meisten europäischen Ländern ihren Lohn kaum verbessern, zum Teil eine reale Lohnsenkung (immer bezogen auf den Kauf von Milch, Hähnchen und Tomaten) hinnehmen mußten. Erst 1972/73 ist eine leichte Verbesserung festzustellen, die aber bereits gegen Ende 1973 von einem ersten massi-



ven Teuerungsschub überholt wird. Der Lohnanteil, der für die entsprechenden Lebensmittel ausgegeben wird, steigt zum Teil von neuem an, die ,,Konten'' stagnieren im wesentlichen. Erst Ende 1975/ Anfang 1976 beginnt sich das Blatt zu wenden. Seither ist ein deutlicher Zuwachs auf den ,,Konten'' und eine Senkung des für diese Lebensmittel notwendigen Lohnanteils zu verzeichnen.

Den Gesamtverlauf der Kurven betrachtet, ergibt sich, daß sie im Vergleich mit der Lohnentwicklung in allen bisher untersuchten europäischen Ländern am ungünstigsten verlaufen. Man kann direkt sagen, daß *relativ* zur Entwicklung der Löhne der westeuropäischen Stahlarbeiter die Löhne der Stahlarbeiter in den USA *gesunken* sind. Die in Stahl machenden US-Bourgeois haben die Arbeiter eine Zeitlang für ihre Schlacht zur Verteidigung des inneren Marktes einspannen können. Aber mitten auf dem Höhepunkt dieser Schlacht, die in den letzten zwei bis drei Jahren erst zu voller Schärfe entbrannt ist, haben die Stahlarbeiter in den USA den Burgfrieden aufgekündigt. Vor allem 1977 haben die Stahlarbeiter, wie auch die Arbeiter der Kupfer-, Blei- und Aluminium-Hütten, die ebenfalls in der Stahlarbeitergewerkschaft organisiert sind, große Streikbewegungen durchgeführt, die fast alle Abteilungen der Arbeiterklasse der USA erfaßt haben.

Eine besondere Rolle spielte der viereinhalb Monate dauernde Streik der Erzbergarbeiter in Nord-Minnesota, der auch in der BRD Unterstützung fand. Mit guten Gründen: Die energische Verteidigung und (nach den Maßstäben dieser Untersuchung) deutliche Verbesserung ihres Lohnstandards, mitten in der schwersten Überproduktionskrise seit Jahrzehnten, in einer Lage zugespitzter internationaler Konkurrenz unter den Stahlmonopolen, gerade um den US-Markt selbst, diese bedeutende Errungenschaft der US-amerikanischen Stahlarbeiter bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Kampfbedingungen für die Stahlarbeiter in Westdeutschland. Auf der Schlußkundgebung der Stahlarbeitergewerkschaft im Eisenerzrevier von Minnesota im Dezember 1977, auf der auch ein Genosse von der Klöckner-Hütte in Bremen sprach, versuchte der Senator des Bundesstaates, heuchlerisch Beifall klatschend, die Arbeiter für eine US-/EG-Einheitsfront gegen die ,,unfairen japanischen Importe'' zu ködern. Das Pfeifkonzert, das er erntete, zeigt dieselbe fortschrittliche Entwicklung, die sich in unseren Lohnkurven hier ausdrückt.

Dollar
Milch (1 l)
Tomaten (1 kg)
Brathähnchen (1 kg)
180 170 160 150 140 130 120 110 100 90 80 70 60 50 40 30 20 10 0
1969 70 71 72 73 74 75 76 77 78

Arbeiter an IG Chemie: „Weg mit der Akkordarbeit!“

Bochum. Etwa 10 vor allem ausländische Arbeiter der Steinfabrik Dr. C. Otto Bochum richteten folgenden Brief an die Manteltarifkommission der IG Chemie, die am 5.10. die Verhandlungen um den Manteltarifvertrag weiterführt: „Kollegen, wir fordern Euch auf, bei den Manteltarifverhandlungen für das Verbot der Akkordarbeit bei vollem Lohnausgleich einzutreten. Die Kapitalisten behaupten, daß Akkordarbeit gerechte Entlohnung bedeutet. In Wirklichkeit bedeutet sie Arbeitshetze. Jeder, der hier schon länger arbeitet, weiß, daß die Richtsätze andauernd angehoben werden, die Kontrolle ist für uns aber äußerst schwierig. Erreichen wir den Akkord, dann müssen wir für 1300 DM netto ungeheuer reinhauen. Überschreiten wir mal 100%, dann ist das von Nachteil für uns, weil die Akkordsätze dann sicher angehoben werden. Erreichen wir den Akkord nicht, dann gehen noch mehr Nerven drauf beim Versuch,ihn zu erreichen, wir verdienen aber weniger und bezahlen mit Lohnkürzungen die dauernd auftretenden Maschinenschäden. Die dauernde Arbeitshetze greift unsere Gesundheit an und vergrößert die Unfallgefahr. Vor drei Wochen erlitt ein Kollege schwere Quetschungen, weil er eine Lichtschranke in der Eile nicht beachtete.“

Kampf gegen Akkordkürzungen auf dem Bremer Vulkan

Bremen. Zwischen 25 und 75% betragen die Akkordkürzungen an einer Brennmaschine. An dieser Maschine werden ausschließlich Teile für die Fregattenproduktion ausgebrannt. Nachdem die Arbeiter sich gegen die Schätzakkorde an dieser Maschine zur Wehr setzten, ließen die Kapitalisten diese und andere Arbeiten abstoppen. Insgesamt haben sie so an einer Maschine eine völlig neue Akkordberechnung durchgeführt. Es ist eine Frage der Zeit, wann dieses Verfahren ihrem Willen nach an den anderen Maschinen eingeführt werden soll. Nachdem aus den Verhandlungen mit dem Akkordbüro, dem Fachvertreter und den Arbeitern nichts herauskam, wird die Zeitaufnahme von den Arbeitern abgelehnt. Fast alle Arbeiter der 1 : 1 Brennmaschine unterstützen diesen Kampf der beiden betroffenen Kollegen. Wenn die Zeitaufnahme bis Montag morgen nicht für die Arbeiter befriedigend gelöst ist, will die überwiegende Mehrheit der Arbeiter an den Brennmaschinen nachmittags zwecks Klärung „die Sprechstunde“ des Betriebsrats wahrnehmen. Vorerst werden keine Arbeiten anhand der Neuberechnung ausgeführt.

400 Putzfrauen der Bundespost protestierten

Hamburg. Am 25.9. protestierten 400 Putzfrauen der Bundespost auf einer Versammlung im Gewerkschaftshaus gegen die mögliche Vergabe von Reinigungsarbeiten an Privatfirmen. Ein Vertreter der Post mußte versichern, daß die Entschei-

tion ausgebrannt. Nachdem die Arbeiter sich gegen die Schätzakkorde an dieser Maschine zur Wehr setzten, ließen die Kapitalisten diese und andere Arbeiten abstoppen. Insgesamt haben sie so an einer Maschine eine völlig neue Akkordberechnung durchgeführt. Es ist eine Frage der Zeit, wann dieses Verfahren ihrem Willen nach an den anderen Maschinen eingeführt werden soll. Nachdem aus den Verhandlungen mit dem Akkordbüro, dem Fachvertreter und den Arbeitern nichts herauskam, wird die Zeitaufnahme von den Arbeitern abgelehnt. Fast alle Arbeiter der 1 : 1 Brennmaschine unterstützen diesen Kampf der beiden betroffenen Kollegen. Wenn die Zeitaufnahme bis Montag morgen nicht für die Arbeiter befriedigend gelöst ist, will die überwiegende Mehrheit der Arbeiter an den Brennmaschinen nachmittags zwecks Klärung „die Sprechstunde“ des Betriebsrats wahrnehmen. Vorerst werden keine Arbeiten anhand der Neuberechnung ausgeführt.

400 Putzfrauen der Bundespost protestierten

Hamburg. Am 25.9. protestierten 400 Putzfrauen der Bundespost auf einer Versammlung im Gewerkschaftshaus gegen die mögliche Vergabe von Reinigungsarbeiten an Privatfirmen. Ein Vertreter der Post mußte versichern, daß die Entschei-
dung noch nicht endgültig sei.

Kirche und Sozialamt organisieren Zwangsarbeit

Aschaffenburg. Über Caritas und Sozialamt wird der Arbeitsdienst für Strafentlassene organisiert. Sie werden eingesetzt in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und in der Industrie. Sie erhalten 5 DM am Tag. Sie sind in Arbeitskolonnen tätig. Dabei sind sie vollkommen entrechtet. Die Bourgeoisie nutzt den Umstand, daß die Strafentlassenen keine Arbeit finden. Sie sind oftmals gezwungen, in Heimen zu wohnen, wo sie der gehässigsten Schikane unterworfen sind. Wer nach 22 Uhr nach Hause kommt, darf nicht mehr rein. Wer aufmuckt, wird rausgeschmissen. Solche Zwangsarbeitsmaßnahmen werden durchgeführt in Simonshof, Großerlach, Fischbach (alle bei Aschaffenburg). Träger ist die Caritas.

HAW-Betriebsrat setzt Schadstoffmessungen durch

Hamburg. Auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen ist der Krankenstand bei den Hamburger Aluminiumwerken (HAW) mit über 15% sehr hoch. Z.B. treten in der Hütte und der Gießerei verstärkt Bronchitis auf, wegen hohem Schadstoffgehalt in der Luft. Erst kürzlich wurde ein Arbeiter beim Anfahren eines neuen Ofens ohnmächtig. Während die Kapitalisten versuchen, die Arbeiter für den Krankenstand verantwortlich zu machen, haben die Arbeiter jetzt über ihren Betriebsrat Schadstoffmessungen durchgesetzt. Grundlage für die Messungen sind die MAK-Werte, Maximale Arbeitsplatzkonzentration. Diese mit der Praxis kaum konfrontierten Grenzwerte werden allerdings von den Kapitalisten selbst festgelegt.

Der Familienrichter: „Eine unzumutbare Härte ist es nicht, wenn Sie weiter in einer gemeinsamen Wohnung leben“

Scheidung mit Polizeieinsatz

z.bil. Sie haben sich beide entschlossen, sich zu trennen. Sie wollen so schnell wie möglich geschieden werden. Die Wohnung wird umgeräumt. Monika W. zieht zu dem Kind in das Kinderzimmer. Werner W. bleibt im Schlafzimmer. Es kann keiner von beiden ausziehen, weil das Geld fehlt. Monika W. ist vom Kapitalisten entlassen worden. Ihr Mann arbeitet in einem größeren Metallbetrieb und verdient rund 1200 Mark im Monat. Sie haben besprochen, daß sie es mit der Scheidung schnell machen wollen. Sie müssen damit rechnen, daß die Scheidung rund 2000 Mark kostet. Danach, wenn das alles bezahlt ist, könnten sie vielleicht auch auseinanderziehen.

Mittlerweile ist nicht einzusehen, daß er ihren Teller auf dem Tisch stehen läßt, wenn gegessen wird, oder sie zu verschiedenen Zeiten die Mahlzeiten einnehmen. Das Kind will das auch mit beiden tun. Außerdem ist es vernünftig, wenn die Wäsche beider gemeinsam in der einen Waschmaschine liegt und die Wohnung arbeitsteilig gereinigt wird. Sie reichen den Scheidungsantrag beim Familiengericht ein. Sie beantragen das Armenrecht für sich. Es wird abgelehnt, weil die „Fortsetzung der Ehe für beide keine unzumutbare Härte bedeutet“.

Das wird in dem neuen Eherecht geregelt, das die Kapitalistenklasse durch ihren Staat im Sommer 1977 in Kraft gesetzt hat. Es lautet in § 1565 BGB:

„Eine Ehe kann geschieden werden, wenn sie gescheitert ist. Die Ehe ist gescheitert, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, daß die Ehegatten sie wiederherstellen.

Leben die Ehegatten noch nicht ein Jahr getrennt, so kann die Ehe nur geschieden werden, wenn die Fortsetzung der Ehe für den Antragsteller aus Gründen, die in der Person des anderen Ehegatten liegen, eine unzumutbare Härte darstellen würde.“

Für Monika W. und Werner W. liegt eine unzumutbare Härte nicht vor. Der Beschluß des Amtsgerichts: „Von einer Trennung innerhalb der ehelichen Wohnung kann jedoch nur dann gesprochen werden, wenn die Trennung innerhalb der Wohnung vollkommen, d.h. in allen Lebensbereichen durchgeführt ist... Die Weiterführung eines gemeinschaftlichen Haushalts steht der Feststellung des Getrenntlebens entgegen, wenn die Ehegatten, wie hier, wesentliche dem Haushaltsbereich zugehörige Lebensbedürfnisse im Zusammenwirken miteinander und aus gemeinsamer Kasse befriedigen, was im vorliegenden Fall zutrifft.“

Sie müssen zusammenbleiben. Es gehe darum, „leichtfertige Scheidungen zu verhindern“, das sei der Normzweck. „Es solle nicht jeder der Ehe entgegenstehenden Emotion nachgegeben werden, soll nicht dem Austoben vorübergehender Launen Vorschub geleistet werden“, heißt es in einem Urteil des Oberlandesgerichts München (FamRZ 1978, S. 29)

Ein gewisser Alfred Odin schreibt in der Zeitschrift für Familienrecht über die „kranke Ehe“: „Wenn im Jahr auf 100 Eheschließungen 28 Scheidungen kommen, kann nicht mehr die Rede davon sein, daß Zusammenbleiben die Regel und Scheidung die Ausnahme ist. Der Damm ist gebrochen, den Gefühl, Sitte, religiöse Überzeugung, gesellschaftliche Sanktionen gegen die Scheidung aufgerichtet hatten... Je häufiger Scheidungen werden, als um so natürlicher erscheinen sie. Das wirkt auf die Ehen zurück... Jede einzelne Scheidung ist Verführung anderer Paare, ans Auseinandergehen zu denken.“ Warum hält die herrschende Kapitalistenklasse an der Familie fest und bricht in kullernde Tränen aus über die Verrohung der Sitten und ähnliches? Die kapitalistische Produktionsweise hat die Familie bürgerlichen Rechts schon längst zerstört und beseitigt sie täglich tausendfach. Die Bedürfnisse der Profitmacherei verlangen die Hin- und Herverschiebung von Arbeitermassen von einer Produktionsstätte in die andere und von einer Gegend in die andere, sie zerreißen die Familienverbände tausendfach.

Im Kommunistischen Manifest heißt es: „Worauf beruht die gegenwärtige bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existiert sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution.“

Daran hat sich nichts geändert. Die Zerschlagung der Familienverbände wird beschleunigt und massenhaft in der kapitalistischen Krise, die Tausende von Proletariern auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, gezwungen durch die Arbeitsverwaltungsgesetzgebung des Ministeriums Ehrenberg über Hunderte von Kilometern auseinanderschlägt. Wenn gleichwohl die herrschende Kapitalistenklasse das Eherecht verschärft, so ist das kein Widerspruch, sondern alleiniger Ausdruck der Tatsache, daß der imperialistische Staatsapparat jegliche Form von frei gewählten Beziehungen durch seine Dazwischenkunft der Kontrolle und Unterdrückung unterwirft.

In den Beratungen zum neuen Eherecht war der Vorschlag, *vor* jeder Ehescheidung eine Zwangseheberatung einzuführen. Nur unter der Bedingung der „Unmenschlichkeit“ und „Erniedrigung“ soll die Ehescheidung als zumutbare Härte anerkannt werden. Das Oberlandesgericht Frankfurt führt dazu aus: „Vor diesem Hintergrund wird eine unzumutbare Härte etwa anzunehmen sein bei noch fortlaufenden schweren Beleidigungen, Bedrohungen, Tätlichkeiten, Alkoholismus. Ist der andere Ehegatte indessen aus der seitherigen ehelichen Wohnung ausgezogen und entfallen derartige Belastungen, so ist auch ein Fall der unzumutbaren Härte nicht gegeben... Soweit eingewandt wird, die sogenannten unteren Bevölkerungsschichten könnten wegen ihrer bescheidenen finanziellen Möglichkeiten gar keine Trennung durch Wohnungswechsel durchführen, weswegen ihr Scheidungsbegehren immer daran scheitert, daß keine unzumutbare Härte vorliegt, ist dem entgegenzuhalten, daß nach dem Gesetz auch innerhalb der ehelichen Wohnung ein getrenntes Leben möglich und zulässig ist... Weder ein Trennungsbeschluß noch ein Scheidungsurteil löst nämlich die rein tatsächlich vorhandenen Probleme, die sich aus dem Zusammenleben in einer einzigen Wohnung ergeben. Diese mißliche Situation kann letztlich nur dadurch behoben werden, daß der bedrängte Ehegatte – notfalls mit Hilfe der Polizei und oder der Sozialbehörden – die bisherige eheliche Wohnung verläßt und sich einen neuen Lebensmittelpunkt aufbaut.“ (FamRZ 1978, S. 116)

Es ist ein übles Gesetz der Unterdrückung. Über alles wird durch das Gericht Beweis erhoben. Beabsichtigt ist die tiefe Spaltung der Massen und die Unterhöhlung ihrer Kampfmoral.

Seit 1975 erfolgreicher Mietstreik in Ausländerwohnkasernen in Frankreich

z.jon.Paris. Seit Februar 1975 kämpfen die ausländischen Arbeiter in Frankreich in den Wohnheimen der Sonacotra mit dem Mittel des Mietstreiks gegen Plünderung und Unterdrückung. Am Anfang waren es 12 Wohnheime im Raum Paris. Heute sind es 96 Heime in ganz Frankreich. Die Sonacotra ist eine Gesellschaft, an der der Staat zu 55 Prozent beteiligt ist und die auf den Bau und die Verwaltung von Ausländerwohnheimen spezialisiert ist. Insgesamt unterhält sie 300 Heime mit 76000 Bewohnern. Mit

spalten und gegeneinander ausgespielt.“

Mit einer Demonstration von 15000 bis 20000 wurde die Ausweisung von 18 Vertretern des Koordinations-Komitees im April 1976 beantwortet. Im März 1977 mußten die Ausweisungen wieder zurückgenommen werden.

Das von den Delegierten der bestreikten Heime gewählte Koordinations-Komitee hat von Anfang an den totalen Zahlungsboykott gegen die Sonacotra organisiert. Seine

zu brechen, scheiterten nach Massendemonstrationen vor den Gerichten. Im November 1977 organisierte das Komitee eine Demonstration von 9000 gegen die Versuche der Regierung, ausländische Arbeiter in Massenumfang mit einem „Handgeld“ abzuschieben.

Die Regierung arbeitet bei der Unterdrückung des Mietstreiks eng mit den Revisionisten von der KPF und den von ihr beherrschten Gewerkschaftsführungen zusammen. Mit der Begründung, es gelte, die Arbeitsplätze der Hausverwalter zu erhalten, vertei-

quidieren.

„Anerkennung der Koordinations-Komitees ist für uns eine Hauptforderung“, sagte uns einer der streikenden Arbeiter. „Das wollten sie bisher immer als erstes liquidieren. Zuerst die Staatsmacht, die es nicht dulden kann, daß die Arbeiter nach ihrem eigenen Willen handeln. Dann die Revisionisten, die es nicht dulden können, daß sich die Arbeiter mit eigenen demokratischen Organisationen ohne ihre Einmischung gegen die Staatsmacht organisieren. Für uns ist das Koordina-

regelt, das die Kapitalistenklasse durch ihren Staat im Sommer 1977 in Kraft gesetzt hat. Es lautet in § 1565 BGB:

„Eine Ehe kann geschieden werden, wenn sie gescheitert ist. Die Ehe ist gescheitert, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, daß die Ehegatten sie wiederherstellen.

Leben die Ehegatten noch nicht ein Jahr getrennt, so kann die Ehe nur geschieden werden, wenn die Fortsetzung

100 Eheschließungen 28 Scheidungen kommen, kann nicht mehr die Rede davon sein, daß Zusammenbleiben die Regel und Scheidung die Ausnahme ist. Der Damm ist gebrochen, den Gefühl, Sitte, religiöse Überzeugung, gesellschaftliche Sanktionen gegen die Scheidung aufgerichtet hatten... Je häufiger Scheidungen werden, als um so natürlicher erscheinen sie. Das wirkt auf die Ehen zurück... Jede einzelne Scheidung ist Verführung anderer Paa-

schlägt. Wenn gleichwohl die herrschende Kapitalistenklasse das Eherecht verschärft, so ist das kein Widerspruch, sondern alleiniger Ausdruck der Tatsache, daß der imperialistische Staatsapparat jegliche Form von frei gewählten Beziehungen durch seine Dazwischenkunft der Kontrolle und Unterdrückung unterwirft.

In den Beratungen zum neuen Eherecht war der Vorschlag, vor jeder

drängte Ehegatte – notfalls mit Hilfe der Polizei und oder der Sozialbehörden – die bisherige eheliche Wohnung verläßt und sich einen neuen Lebensmittelpunkt aufbaut.“ (FamRZ 1978, S. 116)

Es ist ein übles Gesetz der Unterdrückung. Über alles wird durch das Gericht Beweis erhoben. Beabsichtigt ist die tiefe Spaltung der Massen und die Unterhöhlung ihrer Kampfmoral.

Seit 1975 erfolgreicher Mietstreik in Ausländerwohnkasernen in Frankreich

z.jon.Paris. Seit Februar 1975 kämpfen die ausländischen Arbeiter in Frankreich in den Wohnheimen der Sonacotra mit dem Mittel des Mietstreiks gegen Plünderung und Unterdrückung. Am Anfang waren es 12 Wohnheime im Raum Paris. Heute sind es 96 Heime in ganz Frankreich. Die Sonacotra ist eine Gesellschaft, an der der Staat zu 55 Prozent beteiligt ist und die auf den Bau und die Verwaltung von Ausländerwohnheimen spezialisiert ist. Insgesamt unterhält sie 300 Heime mit 76000 Bewohnern. Mit
der Zuchthausordnung in den Sonacotra-Kasernen ergänzt der bürgerliche Staat für die ausländischen Arbeiter die Zuchthausordnung in der Fabrik.

Ein Mitglied des Koordinationskomitees der streikenden Sonacotra-Heime hat uns die Lage in seinem Heim geschildert, bevor sich die Bewohner im September 1975 dem Streik anschlossen:

„345 Arbeiter wohnen auf 13 Etagen in kleinen Zimmern zu 7 oder 8 qm, oft nur 5 qm. Pro Etage mit 27 Personen haben wir vier Duschen und eine kleine Küche mit fünf Kochflammen. Alle halbe Jahre wurde ohne Vorankündigung die Miete erhöht. Als sie im September 1975 wieder um fast vier Prozent auf 336 Francs erhöht werden sollte, haben wir uns zusammengesetzt und Kontakt mit den Heimen aufgenommen, die schon im Streik waren. Gegen das ausdrückliche Verbot haben wir eine Vollversammlung durchgeführt und sofort den Mietstreik beschlossen. Was aber den Streik vor allem auch ausgelöst hat, ist die totale Rechtlosigkeit. Die Hausverwalter sind meistens alte Kolonialsoldaten. Der meine ist Indochina-Veteran. Da hat er den Umgang mit Ausländern gelernt. Die führen ihr Regiment mit Hilfe einer Hausordnung, die alles verbietet. Du darfst keinen Besuch auf deinem Zimmer empfangen, du darfst nicht auf dem Zimmer essen, du darfst dich nicht mit deinen Kollegen versammeln. Der Hausverwalter kann jederzeit in dein Zimmer eindringen. Wenn er meint, daß du gegen die Hausordnung verstoßen hast, sperrt er dich aus. Kündigungsschutz hast du sowieso keinen. Es gibt über 20 Nationen in den Heimen. Sie werden nach allen Regeln ge-

spalten und gegeneinander ausgespielt.“

Mit einer Demonstration von 15000 bis 20000 wurde die Ausweisung von 18 Vertretern des Koordinations-Komitees im April 1976 beantwortet. Im März 1977 mußten die Ausweisungen wieder zurückgenommen werden.

Das von den Delegierten der bestreikten Heime gewählte Koordinations-Komitee hat von Anfang an den totalen Zahlungsboykott gegen die Sonacotra organisiert. Seine
wichtigsten Forderungen sind: Anerkennung des Koordinations-Komitees als alleinigen Vertreter der streikenden Heime, Senkung der Mieten um 100 Francs, Abschaffung der Hausordnung, Abschaffung der Hausverwalterstellen und sofortige Entlassung aller Hausverwalter, wo das von den Bewohnern gewünscht wird.

Die Versuche, den Mietstreik mit Lohnpfändungen durch die Gerichte

zu brechen, scheiterten nach Massendemonstrationen vor den Gerichten. Im November 1977 organisierte das Komitee eine Demonstration von 9000 gegen die Versuche der Regierung, ausländische Arbeiter in Massenumfang mit einem „Handgeld“ abzuschieben.

Die Regierung arbeitet bei der Unterdrückung des Mietstreiks eng mit den Revisionisten von der KPF und den von ihr beherrschten Gewerkschaftsführungen zusammen. Mit der Begründung, es gelte, die Arbeitsplätze der Hausverwalter zu erhalten, vertei-
digen sie die Zuchthausordnung in den Heimen. Sie hetzen gegen den Zahlungsboykott, er würde die Ausländer in die Illegalität und eine „schwierige Lage“ bringen. Mehrfach haben sie versucht, durch Abkommen mit lächerlichen „Liberalisierungen“ der Heimordnungen, die die Gewerkschaftsführungen ohne Auftrag abschlossen, die Bewegung zu spalten und das Koordinations-Komitee zu li-

quidieren.

„Anerkennung der Koordinations-Komitees ist für uns eine Hauptforderung“, sagte uns einer der streikenden Arbeiter. „Das wollten sie bisher immer als erstes liquidieren. Zuerst die Staatsmacht, die es nicht dulden kann, daß die Arbeiter nach ihrem eigenen Willen handeln. Dann die Revisionisten, die es nicht dulden können, daß sich die Arbeiter mit eigenen demokratischen Organisationen ohne ihre Einmischung gegen die Staatsmacht organisieren. Für uns ist das Koordina-
tions-Komitee eine Garantie unseres Kampfes.“

Während der Sommerferien 1978 wollte die Sonacotra den Mietstreik mit einer Welle von rund 50 Räumungsklagen gegen Streikführer brechen. Weil zu jedem dieser Prozesse Hunderte, in manchen Fällen Tausende mobilisiert wurden, hat sie bis auf ganz wenige Ausnahmen bisher alle diese Prozesse verloren.

Haushaltsentwurf Schleswig-Holstein

Subventionen für die Werftindustrie

r.pes. 8,052 Mrd. DM ist das Volumen des Haushaltsplans 1979 der Landesregierung Schleswig-Holsteins. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 1982 steht das gegenwärtig im Parlament zur Debatte. Heiße Rededuelle liefern sich die bürgerlichen Politiker bei ihrem Bemühen um „die Ankurbelung der Wirtschaft“. Direkte Subventionen von 838,2 Mio. DM sollen die Kapitalisten des Landes bis 1982 erhalten. Allein 25 Mio. können die Werftkapitalisten einstreichen. Kaum rückten die HDW-Kapitalisten mit der Absicht heraus, die Werke Dietrichsdorf in Kiel und Reiherstieg in Hamburg stillzulegen und 2000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen, weiß die Landesregierung Rat und verabschiedet zusätzlich ein „Sonderprogramm“ für die schleswig-holsteinischen Werften.

„Es soll... solchen Schiffbaubetrieben zugute kommen, die ihre Produktionspalette im nicht schiffbaubezogenen Bereich erweitern wollen. Das Sonderprogramm umfaßt ein Volumen bis zu zehn Mio. DM jährlich und dient neben den bereits schon jetzt gewährten Zuschüssen aus der Investitionszulage der Kreditbewilligung für neue mögliche Investitionen in neuen Bereichen.“ (Kieler Nachrichten) Diese Gelder sind also als „Stütze des Investitionsförderungsprogramms“ gedacht, nach dem schon jetzt 8,5% der Investitionen der Kapitalisten durch den Staat getragen werden. Erst kürzlich hatte sich Ministerpräsident Stoltenberg gerühmt, diese Investitionszulage des Bundes um einen Prozentpunkt erhöht zu haben. 12 Mio. DM waren für 1978 angesetzt, 9 Mio. DM sind als Werfthilfe in den Landeshaushalt eingegangen. „Die Mittel sind vorgesehen zur Ergänzung der Finanzierungshilfen im Rahmen der Bundesförderung für Schiffahrt und Schiffbau sowie für ein eigenständiges Werfthilfeprogramm des Landes“, heißt es im Haushaltsplan des Wirtschaftsministers. 1977 hatte das Land zusätzlich noch Bürgschaften in Höhe von 46 Mio. DM übernommen für kleine und mittlere Werften. 1978 sind es bislang 70 Mio. DM.

Daß all diese Gelder von den Werftkapitalisten dankbar genommen werden, um rascher ihr Programm der Steigerung der Ausbeutung und Rationalisierung durchführen zu können, macht HDW-Chef Henke deutlich. Bürgschaften hätten sie nicht gebraucht, die Subventionen nähmen sie aber gerne und auch mehr. Den Programmlohn auf der ganzen Werft durchzusetzen und die Poren des Arbeitstages zuzustopfen, hat er als sein erklärtes Ziel verkündet. Zu diesen Plänen der HDW-Kapitalisten äußerte der Wirtschaftsminister Westphal, daß sie richtig seien, denn in einigen Jahren seien die „sozialen Folgen schlimmer“. Daß die Werftarbeiter da anderer Meinung sind, haben die Streiks bei HDW in Hamburg und Kiel in der vorletzten Woche gezeigt.

EG-„Mittelmeer-Paket" – Die Imperialisten planen die Ruinierung tausender südeuropäischer Bauern

z.sie.Brüssel. Auf der ersten Sitzung nach der Sommerpause berieten am Montag und Dienstag letzter Woche die Agrarminister der EG das lang vorbereitete und gründlich ausgearbeitete „Mittelmeer-Paket", ferner die „hohen Überschüsse auf dem Milchmarkt".

Mit dem „Mittelmeer-Paket" als „Ausgangspunkt für eine neue Politik der Gemeinschaft" solle in diesem Jahr „ein großer Schritt nach vorn getan werden", äußerten sich die Politiker schon im Juli auf dem „Bremer Gipfel". Seine Laufzeit ist bis 1983/84 angesetzt; knapp 500Mio. DM jährlich, insgesamt 2,4Mrd. DM, lassen es sich die EG-Imperialisten kosten.

In den betroffenen Gebieten produzieren 30% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in der EG 18% der Gesamtagrarproduktion. „Zu hoher Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft", stellt die EG-Kommission fest, und geht ans Werk. Geplant haben die Imperialisten, durch die Enteignung und Vertreibung Hunderttausender kleiner und mittlerer Bauern Südeuropas die kapitalistische Produktionsweise in der Landwirtschaft vollständig durchzusetzen; gleichzeitig ihre Schlagkraft auf den Agrar-Weltmärkten in Konkurrenz vor allem mit den US-Imperialisten zu erhöhen; nicht zuletzt die industriellen Reservearmeen mit den ruinierten Bauernmassen aufzufüllen und so günstigste Bedingungen für verstärkten Kapitalexport herzustellen.

Ein Kernpunkt des „Pakets" ist die „Ordnung des Weinmarktes", die in ihrer ersten Phase 300000ha. Weinanbaugebiet vernichten soll. In Südfrankreich, im Gebiet Languedoc-Roussillon sollen dabei z.B. binnen kurzem 25000ha der insgesamt 140000ha Weinanbaufläche gerodet bzw. „umstrukturiert" werden. Die EG-Richtlinie sieht vor, die Anbaufläche in den Ebenen auf den Anbau von Mais und Sojabohnen umzustellen. Um den großen westdeutschen und französischen Weinproduzenten die lästige Konkurrenz der vielen kleinen Weinbauern aus dem Weg zu schaffen, setzt die EG künftig „stärkere Qualitätsnormen", die zu erreichen kein kleiner Bauer die finanziellen Mittel hat. Viele von ihnen werden der Konkurrenz erliegen. 70000 sind es allein in den letzten Jahren gewesen. Rund die Hälfte der ansässigen Bauern in Südfrankreich erreicht heute nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn von rund 900DM im Monat, ihre Arbeitslosenquote stieg 1977 auf 7%. Gleichzeitig hat sich die französische Bourgeoisie ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: „Die Maisproduzenten wollen ihren Export verdoppeln" (Figaro, 31.8.). 1978/79 soll die Maisanbaufläche auf 200000ha erweitert werden. Auf den „flurbereinigten Flächen" können sich dann die ehemaligen Bauern bei Großagrariern zu Hungerlöhnen verkaufen.

Mit „flankierenden Maßnahmen" haben die EG-Imperialisten die griechischen Bauern bedacht. Gegen ihren Protest begrenzten sie die Einfuhr griechischen Weins in die EG um 35%; außerdem die Einfuhr von Olivenöl von 11,1Mio. Dollar 1976 auf 1,4Mio. Dollar 1977, wobei die griechischen Bauern ihr Olivenöl zu gedrücktem Preis abzuliefern hatten. Knapp die Hälfte der Ausfuhren Griechenlands, im wesentlichen landwirtschaftliche Produkte, gehen in die EG-Staaten. Man mag die Wirkungen dieser Maßnahmen ermessen. Die Ruinierung der griechischen Bauern ist das erklärte Ziel der EG-Imperialisten.

Ein weiterer Schwerpunkt des „Mittelmeer-Pakets" sind die „unterentwickelten Gebiete Süditaliens", des Mezzogiorno, Siziliens und Sardiniens. In den letzten Jahren haben über 1,2Mio. enteigneter italienischer Bauern die industrielle Reservearmee gewaltig anschwellen lassen. Das EG-Bewässerungsprojekt, nach dem 200000ha im Mezzogiorno bewässert werden sollen, soll weitere Bauernexistenzen vernichten. „Die Flächengrößen dieser Region liegen unter 1 ha und auch die Bewässerung wird ohne ein Mindestmaß an Flurbereinigung, die die Schaffung von auf Grund ihrer Flächengröße rentablen und lebensfähigen Betriebseinheiten ermöglicht, sinnlos oder undurchführbar sein." (Sitzungsdokumente der EG) Schon lange wurmt es die EG-Imperialisten, daß es ihnen auch mit dem Angebot von „Renten" nicht gelungen ist, „992000 Betriebsinhaber mit Betrieben von 20ha oder weniger, die über 65 Jahre alt sind", von ihrem Land zu vertreiben.

Um ihr Programm in Süditalien durchzusetzen, schickt die EG für rund 15Mio. DM 250 „Berater" ins Land. Diese sollen insbesondere beim Obst- und Gemüseanbau auf die „Förderung der Einrichtung von Erzeugerorganisationen, die eine kollektive Disziplin einführen", drängen. Ferner sollen „Regeln betreffend Erzeugung und Vermarktung" unter Kontrolle des Staates oder von Nahrungsmittelmonopolen auf „nichtorganisierte Erzeuger" ausgedehnt werden. Schon jetzt befinden sich große Teile der italienischen Bauernmassen mit Haut und Haaren in den Klauen des Finanzkapitals. Kredite werden dort z.B. mit Zinsen von bis zu 16% vergeben. Die Preise für notwendige Produktionsmittel stiegen von 1973 auf 1977 um fast 80%.

Haben die EG-Imperialisten erst einen Teil ihrer „Strukturmaßnahmen" umgesetzt, eine große Masse von arbeitslosen Bauern geschaffen, bieten sie als „Wohltat" in ihrem „Mittelmeer-Paket" an: Bereitstellung von mehreren Millionen DM, um eine Infrastruktur mit dem Bau von Elektrizitäts- und Wasserleitungen, Straßenbau von ca. 3000km in Süditalien, Anschluß an das italienische Eisenbahnnetz usw., zu schaffen. Durch verstärkten Kapitalexport vor allem der westdeutschen und französischen Imperialisten kann „der Überschuß an landwirtschaftlichen Arbeitskräften" zu Billiglöhnen „aufgesaugt" werden.

„Nebenbei" wurde auf der EG-Tagung über „die hohen Überschüsse auf dem Milchmarkt" beraten. Wie bisher schon sollen die Milchbauern zur „Überschußbeseitigung" auch weiterhin einen „Milchpfennig" zahlen. Wie sich die „Überschußbeseitigung" austoben soll, zeigt das Beispiel Irland, wo zum großen Teil Milchwirtschaft betrieben wird. Dort sollen nach Angaben der EG 10% der Bauern in diesem Jahr und weitere 20% im nächsten Jahr gezwungen werden, ihren Betrieb aufzugeben. Wohin es die EG-Imperialisten gerne treiben möchten: In Westirland gehörten „nur 2000 von den 103000 Bauern zur Gruppe der entwicklungsfähigen Betriebe." Schon längst erwärmen sich die BRD-Imperialisten für Irland als Land mit „gutem Investitionsklima".

Wie in den vergangenen Jahren haben auch in diesem Jahr die französischen und italienischen Bauern viele Kämpfe gegen die Agrarpolitik der EG und ihrer Bourgeoisien geführt. Die belgischen Bauern bereiten für die nächsten Wochen eine Demonstration vor. „Viel böses Blut" gibt es auch in den westdeutschen Dörfern, zu dieser Feststellung muß die Frankfurter Allgemeine in ihrem Artikel „Die geköderten Bauern" kommen (26.9.). „Bauernpräsident Heeremann (habe) öffentlich bekannt, das Solidaritätsbewußtsein unter den Bauern stumpfe ab". Die Finanzbourgeoisie fürchtet, Großagrarier von Heeremann werde des Unmuts und Zornes der westdeutschen Bauernmassen nicht Herr.

US-Landarbeiter: „Wir werden die Tomaten rot werden lassen"

z.gab. Über 200 der streikenden Saisonarbeiter marschierten Mitte September von den Tomatenfeldern im Nordwesten Ohios in das 100 Meilen entfernte Ohio, dem Sitz der beiden US-Konzerne Campbell Soup Company and Libby und McNeil and Libby, in deren Besitz der größte Teil der Plantagen und Konservenfabriken im Nordwesten Ohios ist. Die in der Landarbeitergewerkschaft FLOC organisierten streikenden Saisonarbeiter fordern: Lohnerhöhung von 35 Cents pro Packkorb, gefüllt mit Tomaten (33 Pfund), garantierter Mindestlohn von 3,25 Dollar, Abschaffung der Entschädigung bei Ernteausfall, Anerkennung ihrer Gewerkschaft FLOC und Zahlung einer Krankenversicherung für die Landarbeiter während der ganzen Erntesaison. Über 2000 der in der FLOC organisierten Landarbeiter stehen seit dem 25.8. im Streik. Die Arbeiter haben sich auf einen harten Kampf eingestellt. Während die beiden US-Konzerne gegen die Gewerkschaft wegen 1,08 Mio. Dollar Produktionsverlust, „Verletzung fremden Eigentums" und illegaler Massenzusammenrottung klagen und drohen, mit Gewalt gegen die streikenden Landarbeiter vorzugehen, die Kapitalisten und Grundbesitzer auf Streikbrecher für die bald einsetzende Tomatenernte hoffen, haben die Streikführer der FLOC in Ohio erklärt: „Wir werden auch vor den Politikern nicht in die Knie gehen... Wir werden die Tomaten rot werden lassen." Erst ein Viertel der gesamten Tomatenernte ist bis jetzt eingebracht.

Internationale Fleisch-Konferenz

z.ulg.Rom. Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen der EG für Fleisch haben auf der 3. Internationalen Fleischkonferenz in Florenz, an der in der letzten Woche Delegationen aus 51 Ländern teilgenommen haben, die Fleisch exportierenden Länder, vor allem Argentinien, Australien und Neuseeland gefordert. Die Siedlerkolonien Australien und Neuseeland haben die britischen Kolonialisten eigens zur Produktion von Fleisch und Wolle eingerichtet, Argentinien haben sie seit dem 19. Jahrhundert zum Fleischlieferanten für England degradiert. 45 Prozent der Rindfleisch- und sogar 60 Prozent der Gefrierfleischimporte der EG stammten 1976 aus Argentinien und dem benachbarten Uruguay – die absoluten Mengen aber sind gering, weil die EG zunächst mit „Schutzklauseln", dann mit „Abschöpfungen", die höher liegen als die Weltmarktpreise selbst, die Einfuhr von Rindfleisch nach Westeuropa unterbindet. Die Länder der Dritten Welt, die in den letzten Jahren eigene Weiterverarbeitungsindustrien aufgebaut haben, sind zur Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft auf den Fleischexport angewiesen. Die gastgebenden italienischen Imperialisten, die der größte Fleischimporteur sind, haben die Konferenz nutzen wollen, um die Forderung nach höheren Einfuhrquoten aus „Drittländern" durchzusetzen. Der EG-Kommissar Gundelach hat die Forderungen abgelehnt: Kritik an der

Ertls Schlachtruf: „Prosperitätsklausel strenger handhaben"

Einzelbetriebliche Förderung – Eine Bilanz 1975/76

r.scd. „Insgesamt positiv" und „sollten die Länder bezüglich der Prosperitätsklausel einmal nachprüfen, ob diese nicht etwas strenger gehandhabt werden könnte" sollen Ertls Worte bei der Vorstellung des Berichts über den Vollzug der Gemeinschaftsaufgabe

tragen muß. Weiterhin schreibt das Gesetz die Erstellung regelmäßiger Rahmenpläne vor, deren Ergebnisse in dem jetzt veröffentlichten Bericht aufgeführt sind.

Die einzelbetriebliche Förderung

nimmt mit 28% den größten Raum des fünf Punkte umfassenden Rahmenplans ein, worauf wiederum knapp 90% auf die Förderung in „entwicklungsfähige Betriebe" entfällt. Gefördert wird, wer Haupterwerbslandwirt ist, sich der Buchführungspflicht unterwirft und einen Jahresabschluß möglichst gleich auf Magnetband vorlegt sowie in regelmäßigen Betriebsentwicklungsplänen nachweist, daß er Verbesserungen seiner „wirtschaftlichen Betriebsergebnisse" erreicht.

währt. Die vielgepriesene Abschlachtaktion der Milchkühe zeigt deutlich in der Tabelle, was sie ist: Aufstockung bei den Großagrariern und Abnahme bei den kleinen Bauern. Daß Institutionen, egal welcher Art, den Ruin der Kleinbauern nicht aufhalten, zeigt die Stagnation des Minimums je Familienarbeitskraft. Real bedeutet dies Abnahme, denn das Standardbetriebseinkommen ist geschätzt (siehe Tabelle).

Die Konsequenzen für das Bundesministerium daraus sind eindeutig. Betriebe mit 20000 bis 50000 DM sollen

Kennwerte geförderter Betriebe mit Betriebsentwicklungsplan(1) nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens(2)

unter 10000 | 10000 – 20000 | 20000 – 30000 | 30000 – 50000 | 50000 u. mehr
1975 1976 1975 1976 1975 1976 1975 1976 1975 1976
Bruttoinvestitionen (in Tsd. DM) 208 190 214 244 208 232 166 205 168 200

mit den ruinierten Bauernmassen aufzufüllen und so günstigste Bedingungen für verstärkten Kapitalexport herzustellen.

Ein Kernpunkt des „Pakets" ist die „Ordnung des Weinmarktes", die in ihrer ersten Phase 300000ha. Weinanbaugebiet vernichten soll. In Südfrankreich, im Gebiet Languedoc-Roussillon sollen dabei z.B. binnen kurzem 25000ha der insgesamt 140000ha Weinanbaufläche gerodet bzw. „umstrukturiert" werden. Die EG-Richtlinie sieht vor, die Anbaufläche in

Hälfte der Ausfuhren Griechenlands, im wesentlichen landwirtschaftliche Produkte, gehen in die EG-Staaten. Man mag die Wirkungen dieser Maßnahmen ermessen. Die Ruinierung der griechischen Bauern ist das erklärte Ziel der EG-Imperialisten.

Ein weiterer Schwerpunkt des „Mittelmeer-Pakets" sind die „unterentwickelten Gebiete Süditaliens", des Mezzogiorno, Siziliens und Sardiniens. In den letzten Jahren haben über 1,2Mio. enteigneter italienischer Bau-

Gefördert wird in den Investitions-

schen Bauernmassen mit Haut und Haaren in den Klauen des Finanzkapitals. Kredite werden dort z.B. mit Zinsen von bis zu 16% vergeben. Die Preise für notwendige Produktionsmittel stiegen von 1973 auf 1977 um fast 80%.

Haben die EG-Imperialisten erst einen Teil ihrer „Strukturmaßnahmen" umgesetzt, eine große Masse von arbeitslosen Bauern geschaffen, bieten sie als „Wohltat" in ihrem „Mittelmeer-Paket" an: Bereitstellung von mehreren Millionen DM, um eine

belgischen Bauern bereiten für die nächsten Wochen eine Demonstration vor. „Viel böses Blut" gibt es auch in den westdeutschen Dörfern, zu dieser Feststellung muß die Frankfurter Allgemeine in ihrem Artikel „Die geköderten Bauern" kommen (26.9.). „Bauernpräsident Heeremann (habe) öffentlich bekannt, das Solidaritätsbewußtsein unter den Bauern stumpfe ab". Die Finanzbourgeoisie fürchtet, Großagrarier von Heeremann werde des Unmuts und Zornes der westdeutschen Bauernmassen nicht Herr.

Internationale Fleisch-Konferenz

z.ulg.Rom. Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen der EG für Fleisch haben auf der 3. Internationalen Fleischkonferenz in Florenz, an der in der letzten Woche Delegationen aus 51 Ländern teilgenommen haben, die Fleisch exportierenden Länder, vor allem Argentinien, Australien und Neuseeland gefordert. Die Siedlerkolonien Australien und Neuseeland haben die britischen Kolonialisten eigens zur Produktion von Fleisch und Wolle eingerichtet, Argentinien haben sie seit dem 19. Jahrhundert zum Fleischlieferanten für England degradiert. 45 Prozent der Rindfleisch- und sogar 60 Prozent der Gefrierfleischimporte der EG stammten 1976 aus Argentinien und dem benachbarten Uruguay – die absoluten Mengen aber sind gering, weil die EG zunächst mit „Schutzklauseln", dann mit „Abschöpfungen", die höher liegen als die Weltmarktpreise selbst, die Einfuhr von Rindfleisch nach Westeuropa unterbindet. Die Länder der Dritten Welt, die in den letzten Jahren eigene Weiterverarbeitungsindustrien aufgebaut haben, sind zur Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft auf den Fleischexport angewiesen. Die gastgebenden italienischen Imperialisten, die der größte Fleischimporteur sind, haben die Konferenz nutzen wollen, um die Forderung nach höheren Einfuhrquoten aus „Drittländern" durchzusetzen. Der EG-Kommissar Gundelach hat die Forderungen abgelehnt: Kritik an der
EG-Agrarpolitik sei „nicht gerechtfertigt".

Ertls Schlachtruf: „Prosperitätsklausel strenger handhaben"

Einzelbetriebliche Förderung – Eine Bilanz 1975/76

r.scd. „Insgesamt positiv" und „sollten die Länder bezüglich der Prosperitätsklausel einmal nachprüfen, ob diese nicht etwas strenger gehandhabt werden könnte" sollen Ertls Worte bei der Vorstellung des Berichts über den Vollzug der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz 1975 und 1976 gewesen sein (Landvolk Nr. 18/78). Im erhobenen Berichtszeitraum von 1975 und 1976 wurden 15700 Betriebe ab 1 ha ausgelöscht. Die Zahl der Betriebe ab 30 ha nahm dabei noch zu.

Prosperität heißt Erfolg, Wirtschaftsaufstieg laut Brockhaus. „Prosperitätsklausel strenger handhaben" bedeutet nichts anderes, als die Zuschüsse, Darlehen und Zinsverbilligungen konzentrierter an die großen Betriebe zu vergeben, wie dies 1975/76 mit einem Anteil von rund 80% für die Standardbetriebseinkommen 30000 bis 50000 DM und 50000 und mehr DM bereits geschah.

Wesentlicher Hebel der Strukturpolitik der Bourgeoisie ist diese Gemeinschaftsaufgabe, deren Grundlage ein entsprechendes Gesetz aus dem Jahre 1969 ist, in dem festgehalten wird, daß der Bund bei Ausbau und Neubau von Hochschulen, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (siehe KVZ Nr. 39/78) und Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes mindestens die Hälfte der Ausgaben tragen muß. Weiterhin schreibt das Gesetz die Erstellung regelmäßiger Rahmenpläne vor, deren Ergebnisse in dem jetzt veröffentlichten Bericht aufgeführt sind.

Die einzelbetriebliche Förderung nimmt mit 28% den größten Raum des fünf Punkte umfassenden Rahmenplans ein, worauf wiederum knapp 90% auf die Förderung in „entwicklungsfähige Betriebe" entfällt. Gefördert wird, wer Haupterwerbslandwirt ist, sich der Buchführungspflicht unterwirft und einen Jahresabschluß möglichst gleich auf Magnetband vorlegt sowie in regelmäßigen Betriebsentwicklungsplänen nachweist, daß er Verbesserungen seiner „wirtschaftlichen Betriebsergebnisse" erreicht.

Gefördert wird in den Investitionsgrenzen 20000 bis 600000 DM mit Zinsverbilligungen bis zu 4% und Zuschüssen von 10000 bis 20000 DM bei Aus- und Teilaussiedlung nach einer Flurbereinigung.

1976 wurden gegenüber 1975 weniger Betriebe gefördert, die Höchstbeträge nahmen aber entsprechend zu. Die meisten Mittel wurden für bauliche Maßnahmen, danach für Aufstockung der Milchkühe und Mastschweine gewährt. Die vielgepriesene Abschlachtaktion der Milchkühe zeigt deutlich in der Tabelle, was sie ist: Aufstockung bei den Großagrariern und Abnahme bei den kleinen Bauern. Daß Institutionen, egal welcher Art, den Ruin der Kleinbauern nicht aufhalten, zeigt die Stagnation des Minimums je Familienarbeitskraft. Real bedeutet dies Abnahme, denn das Standardbetriebseinkommen ist geschätzt (siehe Tabelle).

Die Konsequenzen für das Bundesministerium daraus sind eindeutig. Betriebe mit 20000 bis 50000 DM sollen den Schwerpunkt bilden, die über 50000 DM müssen gefördert werden, um ihr Niveau zu halten, die unter 20000 DM sollen nur dann gefördert werden, wenn in bestimmten Bereichen keine Großagrarier sich herausbilden, wie dies vielfach in Süddeutschland der Fall ist, mit Beihilfe für sogenannte Auffangbetriebe, nach dem Motto: Einige der Kleinbauern abspalten, damit die anderen niederkonkurriert werden können.

Kennwerte geförderter Betriebe mit Betriebsentwicklungsplan(1) nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens(2)

	unter 10000		10000 – 20000		20000 – 30000		30000 – 50000		50000 u. mehr	
	1975	1976	1975	1976	1975	1976	1975	1976	1975	1976
Bruttoinvestitionen (in Tsd. DM)	208	190	214	244	208	232	166	205	168	200
landwirtschaftlich genutzte Fläche (in Hektar)	13,8	23,8	15,6	17,3	22,8	22,8	31,1	30,8	55,8	54,5
Milchkühe	2,2	1,1	8,8	8,5	13,3	13,5	15,5	15,8	17,1	18,1
Mastschweine	0,7	1,3	4,8	7,1	12,8	13,4	30,4	29,8	174,7	196,4
Gewinn je Familienarbeitskraft (in Tsd. DM)	19,6	19,6	17,0	17,4	18,4	18,7	21,6	22,7	30,4	31,7
Verteilung der Förderungsfälle Niedersachsen	70	43	414	365	1313	1336	2695	2095	3805	2598

(1) Quelle: Betriebsentwicklungspläne aus 1626 Betrieben aus mehreren Bundesländern. Sofern Buchführungsergebnisse vorlagen, wurden sie vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingearbeitet.
(2) Das Standardbetriebseinkommen ist das geschätzte Betriebseinkommen eines schuldenfreien und pachtfreien Betriebes bei „durchschnittlicher ordnungsgemäßer und standortgerechter Bewirtschaftung". Es spiegelt besser die Unterschiede zwischen Klein-, Mittel- und Großbauern wider als die Einteilung nach Größe der landwirtschaftlichen Fläche, weil der Viehbestand mit enthalten ist.

Computerfirma in Niedersachsen kontrolliert 78% der milchkuhhaltenden Betriebe

r.scd. „Ohne Computer geht es nicht mehr", unter dieser Überschrift preist die Zeitung „Das Landvolk" das „Rechenzentrum zur Förderung der Landwirtschaft" mit Sitz in Verden. Träger dieses Rechenzentrums sind 343 niedersächsische Milchkontrollvereine, acht Besamungsorganisationen und sechs Herdbuchverbände. 60% aller Rindviehbestände sind bereits datenmäßig erfaßt (Bundesdurchschnitt 42%); das sind Daten von 625000 Milchkühen, die nach züchterischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgewertet werden.

Nutzen von diesen Daten haben nur die Großagrarier, die, wie z.B. die „Rinderproduktion Niedersachsen GmbH Bremen-Hannover" (RPN), aus den Daten 120 Elitekühe aus einem Bestand von 120000 Herdbuchkühen auswählten und für die weitere Zucht verwandten. Bullenkälber dieser Elitekühe werden zur weiteren Zucht verwandt. Je besser der „Stammbaum" einer Kuh, desto mehr Milchleistungsertrag, desto teurer. Leisten können sich solche Kühe wiederum nur die Großbauern bzw. Züchterfirmen. So wurden bei einer Auktion in Verden im Dezember 1977 Preise für Zuchtkühe erzielt von durchschnittlich 2800 DM. Der Preis für die Masse der Tiere lag bei 2200 DM, einige wenige erhielten Spitzenpreise von 5100 DM. Bei ihnen handelte es sich um Nachfolger der RPN-Spitzentiere.

Die Bauern geben die Daten für diese Auswahlen und umfassende Kontrolle ihrer Produktion und Erzeugnisse nicht freiwillig heraus. Daß bereits 78% aller kuhhaltenden Betriebe einer der acht Besamungsorganisationen angehören und 1977 die Daten von rund 715000 Erstbesamungen registriert wurden, zeigt, daß die Bauern, wollen sie es nur annähernd zu einigermaßen Zuchterfolgen bringen, ihre Daten zur Verfügung stellen müssen. Hinzu kommt neben der Zucht die Berechnung über die Umwelt (Fütterung) und Wirtschaftlichkeit.

Sobald aber ein Bauer Wirtschaftlichkeitsberechnungen für seinen Hof durchführen läßt, stellt er alle Betriebs- und Erzeugnisdaten dem Rechenzentrum zur Verfügung, egal, ob er Mitglied einer dieser Trägerorganisationen ist oder einen Lohnauftrag vergibt.

Mit dem Mittel der EDV hat sich damit die Bourgeoisie einen Hebel geschaffen, um kurzfristig und regelmäßig an die Berichte der Bauern heranzukommen. Neben den zehn jährlichen Landwirtschaftszählungen und den Betriebsentwicklungsplänen bei staatlichen Förderungen sind die EDV-Daten die wohl realsten und aktuellsten, auf deren Grundlage die jeweilige Regierung sich schnell einen Überblick über die „Förderungswürdigkeit" und der Großagrarier und die Zuchtfirmen über profitversprechende Anlagen beschaffen kann.

Afrikanische Staaten entwickeln gemeinsamen Ernährungsplan

z.pek. 49 afrikanische Staaten haben auf der Regionalkonferenz der FAO (UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft), die vom 18. bis 29. September in Arusha (Tansania) abgehalten wurde, einen gemeinsamen Ernährungsplan beschlossen. Das Ziel ist die Erreichung der Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln innerhalb von zehn Jahren und als Schritt dahin Selbstversorgung zu 94% bis 1985. Nach einer Studie der FAO mußten die afrikanischen Länder 1973 5 Mio. Tonnen Getreide aus den imperialistischen Ländern importieren, gegenüber 3,3 Mio. Tonnen 1963, und für ihre gesamten Nahrungsmitteleinfuhren 1,884 Mrd. Dollar zahlen. Ende August haben neun westafrikanische Länder ein Seminar über die Verbesserung des Anbaus von Rüben- und Knollenfrüchten abgehalten. Die süd- und ostafrikanischen Länder haben Anfang September ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Zusammenarbeit in der Viehzucht und Kontrolle der Tiergesundheit beschlossen. Botswana unterstützt dabei mit seinen Erfahrungen bei der Ausrottung der Tsetsefliege, die durch Übertragung der Tsetsekrankheit schwere Verluste in den Viehbeständen der Bauern verursacht, die anderen afrikanischen Länder. Seit 1960 konnte Botswana seinen Viehbestand von 1 Mio. Rinder auf 2,5 Mio. erhöhen. Durch die gemeinsamen Anstrengungen konnte auch in Sambia die Tsetsefliege weitgehend ausgerottet werden. Zur Steigerung des Viehbestandes der Bauern hat die Regierung Sambias die Abnahmepreise für Rinder erhöht und Kredite für die Bauern bereitgestellt.

IGM-Jugend unterstützt Patriotische Front

Hamburg. Antrag an die Kreisjugendkonferenz des DGB, Kreis Hamburg. Der OJA der IGM hat beschlossen: „... Die KJK fordert die Bundesregierung auf, die Patriotische Front von Zimbabwe als legitime Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anzuerkennen und sofort die Beschlüsse der UNO zu akzeptieren und die Anträge der Völker der Dritten Welt zu unterstützen... Der KJA wird beauftragt, im Dezember 1978 eine Veranstaltung mit Vertretern der Patriotischen Front von Zimbabwe im Gewerkschaftshaus zu organisieren." Der Antrag setzte sich gegen einen Antrag der Revisionisten durch, der die Gewerkschaftsjugend auf die „Beschlüsse der Weltjugendfestspiele von Havanna, Kuba" festlegen wollte.

Studiengang Wirtschaftswissenschaften wird auf die Bedürfnisse der Kapitalisten zugeschnitten

Eine 27köpfige Kommision unter Vorsitz des Dekans des Fachbereichs Rechts-und Wirtschaftwissenschaften Dr. Peter Wossidlo tagte am 22.9.78 im Bildungszentrum der Bayreuther IHK, um, „*Strukturierung und Ausgestaltung des Studiengangs Betriebwirtschaftslehre*" zu beraten.

Erschienen waren Vertreter der Kapitalisten, der Staatsregierung und der Universität. Der Direktor der Thyssen-Werke in Essen, Dr. Jürgen Wein meinte: „*Was im Moment von der Uni kommt, ist zumeist furchtbar introvertiert, hauptsächlich auf eine Hochschullaufbahn trainiert, besitzt keinerlei Bezug zur Realität und ist für uns somit ungeeignet.*" Er fordert neue Dressurmethoden, schärfere Unterdrückung, um „*bereits fertige Führungskräfte*" zu kriegen.

So sollen „*künftig mehr Lehrstuhlinhaber aus der Berufspraxis (kommen), die Studenten schon auf der Hochschule spezielle Retorik - Führungs- und Argumentationskurse (besuchen), mehrmonatige Wirtschaftspraktika während der Semesterferien Pflicht (werden).*" Geeinigt haben sich die vereinigten Ausbeuter und Unterdrücker auf folgendes: „*Rein wissenschaftliche Disziplinen wie Mathematik, Statistik u.ä. ... sollen auf ein Minimum reduziert werden ... Schwerpunkte sollen gesetzt werden im Bereich der Menschenführung und Verhaltensforschung sowie auf das Erlernen von Fremdsprachen.*"

Arbeits- und Wettbewerbsrecht werden in den Katalog der Pflichtveranstaltungen aufgenommen. Insgesamt kommt für die Studenten eine wesentliche Erhöhung der Pflichtstunden - und Pflichtscheinzahlen heraus.

Auslandsschulen: „ ... besser als bisher ein positives Deutschlandbild vermitteln"

Genscher legt Rahmenplan für Ausbau der Schulstützpunkte vor

z.mav. Überall, „wo das deutsche wirtschaftliche Engagement sehr stark ist" – so Außenminister Genscher in seinem „Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik im Schulwesen" vom 18.9.1978 – gibt es deutsche Auslandsschulen oder sollen welche errichtet werden.

Schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts hat die deutsche Bourgeoisie mit der Eroberung fremder Märkte und Rohstoffquellen begonnen, Auslandsschulen zu gründen, in Europa, in Lateinamerika, in Afrika, in Asien. Die Schulen dienten den alten Kolonialisten dazu, ihren Nachwuchs auszurichten auf die Fortsetzung der Unterdrückung fremder Völker und als ideologische und politische Brutstätte zur Legitimation ihrer Greueltaten in diesen Ländern.

In dieser Tradition steht die Politik der Bundesregierung und der Rahmenplan Genschers. Das zeigen schon die Namen der Schulen, wie z.B. „Schule in der Lüderitz-Bucht". Die Völker befreien sich von Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Um dennoch Einfluß zu behalten und ihre koloniale Politik fortsetzen zu können, ändern die Imperialisten ihre „Kulturpolitik", wie in Azania z.B., wo das Siedlerregime zusammenbricht und wo die BRD-Imperialisten es sich jetzt nicht mehr leisten können, ihre Schulen „nur für Weiße" zu betreiben. Für eine solche Änderung der Politik legt die Bundesregierung die Richtung fest: „Im südlichen Afrika (nimmt) seit einigen Jahren auf unseren Wunsch auch die nichtweiße Bevölkerung in steigendem Maße an dem von der Bundesrepublik geförderten Austauschprogramm teil ... Die unabhängig gewordenen Staaten des südlichen Afrika werden auf unsere Bereitschaft zur kulturellen Zusammenarbeit rechnen können" (Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Enquetekommission „Auswärtige Kulturpolitik" vom 23.9.1977). Unter Begriffen wie „Zusammenarbeit" hofft die Bundesregierung jetzt ihre neokoloniale Politik zu verdecken.

Insgesamt 507 Auslandsschulen mit 125921 Schülern sind es, die in Zukunft, so Genscher, noch „besser als bisher ein positives Deutschlandbild vermitteln" sollen. Entsprechend der Absicht der westdeutschen Imperialisten, zunächst die Vorherrschaft in Europa zu erreichen, um gestützt darauf am Kampf um die Weltherrschaft teilhaben zu können, legt die Bundesregierung den Schwerpunkt im Aufbau der Auslandsschulen auf Europa. Sie spricht von dem „natürlichen Vorrang Europas und der anderen westlichen Industriestaaten bei der regionalen Zuordnung der verfügbaren Mittel". Um die Vorherrschaft in Europa zu bekommen, muß die Bourgeoisie die Völker spalten – deshalb „reformiert" die Bundesregierung die Auslandsschulen und -kindergärten in Spanien auch gerade so, daß nur noch Kinder zugelassen werden, deren Eltern *beide* Deutsche sind.

Die Auslandsschulen sollen „einen Beitrag zur Weiterentwicklung des landeseigenen Schulsystems leisten", „an den Reformbemühungen des Sitzlandes aktiv und kooperativ" teilnehmen – also mitmischen und einmischen, um Macht zu bekommen, dazu sollen die Auslandsschulen genutzt werden.

Wo das Schulwesen „ausschließlich von den Regierungen dieser Länder selbst gestaltet wird", „besonders in Ungarn, Rumänien und der Sowjetunion ... beschränken sich die Förderungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen auf Beiträge zur Aus- und Fortbildung von Deutschlehrern". In solchen Fällen muß um so mehr darauf geachtet werden, daß Lehrer ausgebildet werden, die es verstehen, sich in die Angelegenheiten fremder Völker einzumischen, ist die Devise der Bundesregierung.

Offensichtlich kommt es immer häufiger vor, daß die Lehrer im Ausland – anstatt die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie zu vertreten, wie es die Bundesregierung will – sich mit den kämpfenden Völkern zusammenschließen. Jedenfalls sieht Minister Genscher sich veranlaßt, in seinem Rahmenplan darauf hinzuweisen, daß die Lehrkräfte an den Auslandsschulen „auf Zeit beurlaubte Landesbeamte" seien und daß dieser Status und die damit verbundene Aufgabenstellung Veranlassung gibt, zusammen mit den Ländern eine Überprüfung einzuleiten mit dem Ziele, die Verpflichtung der Lehrer gegenüber den deutschen Behörden, in deren öffentlichem Auftrag sie tätig sind, in der vertraglichen Vereinbarung stärker zu berücksichtigen." Die Bundesregierung plant:

„a) die zu entsendenden Lehrer noch gründlicher auf ihre Tätigkeit im Ausland vorzubereiten und ihnen die Bedeutung ihrer außenkulturpolitischen Aufgabe deutlich zu machen, b) ungeeignete Lehrer aus dem Auslandsschuldienst vorzeitig zurückzurufen."

Um in der Sicherung ökonomischer Positionen in fremden Ländern weiter vorzustoßen, will die Bundesregierung in diesem Jahr 40,4 Mio. DM mehr für „ausländische Kulturarbeit" ausgeben als im letzten Jahr. Gleichzeitig will sie diese Kosten senken: „Hierzu wird eine Überprüfung der Zuwendungen für Auslandslehrer erforderlich sein", und die Baukosten sollen reduziert werden. Am liebsten wollen die Imperialisten, daß die Völker der Welt die Kosten für die Unterdrückungsmaschinerie selbst zahlen. Die Bundesregierung schreibt: „Ein ermutigendes Beispiel ist die nach Lehrprogramm, Lehrerpersonal und Sprache an Deutschland orientierte Technische Universität in Rasht (Iran) ... Bei ihr werden die gesamten Kosten für Errichtung und Betrieb einschließlich der Tätigkeit deutscher Wissenschaftler vom Iran getragen. Sie kann als erste Gründung dieser Art durchaus ein Modell für andere Länder werden."

5. Änderungsgesetz des BAFöG in Ausschußberatung Gesetz zur Beseitigung des Lohns jugendlicher Arbeiter

z.hns. Die Plünderwirkung, die das Bundesausbildungsförderungsgesetz in seiner Anwendung auf die Studentenmassen und den Lohn ihrer Eltern ausübt, ist schon verschiedentlich dargestellt worden. 1971 wurde es beschlossen, bis 1976 hatte die Bourgeoisie es erreicht, daß im Durchschnitt nur noch 28,6% der Ausbildungskosten eines Studenten vom Staat bezahlt wurden, 71,4% dagegen von den Eltern oder von ihm selbst.

Durch den § 1, „Grundsatz", der dem Gesetz vorangestellt ist, ist festgelegt, daß Anspruch auf Zahlung nur besteht, „wenn dem Auszubildenden die für den Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen." „Anderweitig zur Verfügung" aber steht laut Gesetz zuerst mal der Lohn der Eltern, des Ehegatten und des Auszubildenden selbst, soweit er neben der Ausbildung noch arbeitet. Der „Grundsatz" des Gesetzes ist also die Plünderung von Lohngeldern.

In § 5.2 heißt es: „Ausbildungsförderung wird nur geleistet, wenn ... die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden voll in Anspruch nimmt." Beschlagnahme von jugendlicher Arbeitskraft durch den bürgerlichen Staat ohne Bezahlung ist das Wesen dieses Gesetzes.

Schülerzahlen und Ausgaben nach BAFöG in Bayern

Jahr	Berufsfachschule	BAFöG in 1000 DM	Gymnasium	BAFöG in 1000 DM	Heil- und Pfl.berufe	BAFöG in 1000 DM
1973	11083	7214	270958	23510	11525	3373
1974	20448	16887	283609	27871	13409	5676
1975	23267	28443	295436	43473	14302	3421

Diese segensreiche Wirkung etwa bloß auf die Studenten in Anwendung zu bringen, war daher von Anfang an nicht die Absicht der Bourgeoisie. Im § 2.3 des BAföG ist daher eine Generalklausel enthalten, die die beliebige Ausdehnung des Anwendungsgebietes des Gesetzes ermöglicht: „Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß Ausbildungsförderung geleistet wird für den Besuch von Ausbildungsstätten, die nicht (genauer) ... bezeichnet sind ..."

Schon 1970 war die „Förderung" Auszubildender in Heilberufen gesetzlich geregelt, 1974 wurde dann aufgrund des BAföG die „Verordnung über die Ausbildungsförderung für den Besuch von Ausbildungsstätten für Heilberufe" erlassen. Schon im Mai 1971 war die entsprechende Verordnung für landwirtschaftlich-, milchwirtschaftlich- und biologisch-technische Assistenten geschaffen worden, im September 1971 die Verordnung für Teilnehmer an Vorbereitungskursen für Kollegs und Hochschulen.

Von hier aus ging die Bourgeoisie dazu über, mit dem BAföG direkt Lohn zu beseitigen. Sie richtete das Praktische Jahr für Mediziner ein, die bis dahin als Assistenzärzte ca. 1200 DM bekommen hatten.

Jetzt werden sie als Studenten dem BAföG unterworfen, nicht nur ihr Lohn beseitigt, sondern auch ihre gewerkschaftlichen Rechte. Das gleiche ist geplant für den zweiten Ausbildungsabschnitt der Krankenpflegeschüler, die in den „Schülerstatus" versetzt werden sollen.

Zum 1. November soll rückwirkend zum Beginn des laufenden Schuljahres 1978/79 das 5. Änderungsgesetz des BAföG in Kraft treten. Gegenwärtig wird es in den Ausschüssen des Bundestages ausgefeilt. In ihm soll geregelt werden, daß künftig Schüler der 10. Klassen aller Formen der beruflichen Grundbildung und der 10. Klassen der Berufsfachschulen in die „Förderung" einbezogen werden.

Streik der Hamburger Berufsschüler

„Lehrerfeuerwehr" soll

Essen, Dr. Jürgen Wein meinte: „*Was im Moment von der Uni kommt, ist zumeist furchtbar introvertiert, hauptsächlich auf eine Hochschullaufbahn trainiert, besitzt keinerlei Bezug zur Realität und ist für uns somit ungeeignet.*" Er fordert neue Dressurmethoden, schärfere Unterdrückung, um „*bereits fertige Führungskräfte*" zu kriegen.

So sollen „*künftig mehr Lehrstuhlinhaber aus der Berufspraxis (kommen), die Studenten schon auf der Hochschule spezielle Retorik - Führungs- und Argumentationskurse (besuchen), mehrmonatige Wirtschaftspraktika während der Semesterferien Pflicht (werden).*" Geeinigt haben sich die vereinigten Ausbeuter und Unterdrücker auf folgendes: „*Rein wissenschaftliche Disziplinen wie Mathematik, Statistik u.ä. ... sollen auf ein Minimum reduziert werden ... Schwerpunkte sollen gesetzt werden im Bereich der Menschenführung und Verhaltensforschung sowie auf das Erlernen von Fremdsprachen.*"

Arbeits- und Wettbewerbsrecht werden in den Katalog der Pflichtveranstaltungen aufgenommen. Insgesamt kommt für die Studenten eine wesentliche Erhöhung der Pflichtstunden - und Pflichtscheinzahlen heraus.

len „nur für Weiße" zu betreiben. Für eine solche Änderung der Politik legt die Bundesregierung die Richtung fest: „Im südlichen Afrika (nimmt) seit ei-

len und -kindergärten in Spanien auch gerade so, daß nur noch Kinder zugelassen werden, deren Eltern *beide* Deutsche sind.

mit verbundene Aufgabenstellung Veranlassung gibt, zusammen mit den Ländern eine Überprüfung einzuleiten

kann als erste Gründung dieser Art durchaus ein Modell für andere Länder werden."

5. Änderungsgesetz des BAFöG in Ausschußberatung Gesetz zur Beseitigung des Lohns jugendlicher Arbeiter

z.hns. Die Plünderwirkung, die das Bundesausbildungsförderungsgesetz in seiner Anwendung auf die Studentenmassen und den Lohn ihrer Eltern ausübt, ist schon verschiedentlich dargestellt worden. 1971 wurde es beschlossen, bis 1976 hatte die Bourgeoisie es erreicht, daß im Durchschnitt nur noch 28,6% der Ausbildungskosten eines Studenten vom Staat bezahlt wurden, 71,4% dagegen von den Eltern oder von ihm selbst.

Durch den § 1, „Grundsatz", der dem Gesetz vorangestellt ist, ist festgelegt, daß Anspruch auf Zahlung nur besteht, „wenn dem Auszubildenden die für den Lebensunterhalt und seine Ausbildung erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen." „Anderweitig zur Verfügung" aber steht laut Gesetz zuerst mal der Lohn der Eltern, des Ehegatten und des Auszubildenden selbst, soweit er neben der Ausbildung noch arbeitet. Der „Grundsatz" des Gesetzes ist also die Plünderung von Lohngeldern.

In § 5.2 heißt es: „Ausbildungsförderung wird nur geleistet, wenn ... die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden voll in Anspruch nimmt." Beschlagnahme von jugendlicher Arbeitskraft durch den bürgerlichen Staat ohne Bezahlung ist das Wesen dieses Gesetzes.

Schülerzahlen und Ausgaben nach BAFöG in Bayern

Jahr	Berufsfachschule	BAFöG in 1000 DM	Gymnasium	BAFöG in 1000 DM	Heil- und Pfl.berufe	BAFöG in 1000 DM
1973	11083	7214	270958	23510	11525	3373
1974	20448	16887	283609	27871	13409	5676
1975	23267	28443	295436	43473	14302	3421

Diese segensreiche Wirkung etwa bloß auf die Studenten in Anwendung zu bringen, war daher von Anfang an nicht die Absicht der Bourgeoisie. Im § 2.3 des BAföG ist daher eine Generalklausel enthalten, die die beliebige Ausdehnung des Anwendungsgebietes des Gesetzes ermöglicht: „Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß Ausbildungsförderung geleistet wird für den Besuch von Ausbildungsstätten, die nicht (genauer) ... bezeichnet sind ..."

Schon 1970 war die „Förderung" Auszubildender in Heilberufen gesetzlich geregelt, 1974 wurde dann aufgrund des BAföG die „Verordnung über die Ausbildungsförderung für den Besuch von Ausbildungsstätten für Heilberufe" erlassen. Schon im Mai 1971 war die entsprechende Verordnung für landwirtschaftlich-, milchwirtschaftlich- und biologisch-technische Assistenten geschaffen worden, im September 1971 die Verordnung für Teilnehmer an Vorbereitungskursen für Kollegs und Hochschulen.

Von hier aus ging die Bourgeoisie dazu über, mit dem BAföG direkt Lohn zu beseitigen. Sie richtete das Praktische Jahr für Mediziner ein, die bis dahin als Assistenzärzte ca. 1200 DM bekommen hatten.

Jetzt werden sie als Studenten dem BAföG unterworfen, nicht nur ihr Lohn beseitigt, sondern auch ihre gewerkschaftlichen Rechte. Das gleiche ist geplant für den zweiten Ausbildungsabschnitt der Krankenpflegeschüler, die in den „Schülerstatus" versetzt werden sollen.

Zum 1. November soll rückwirkend zum Beginn des laufenden Schuljahres 1978/79 das 5. Änderungsgesetz des BAföG in Kraft treten. Gegenwärtig wird es in den Ausschüssen des Bundestages ausgefeilt. In ihm soll geregelt werden, daß künftig Schüler der 10. Klassen aller Formen der beruflichen Grundbildung und der 10. Klassen der Berufsfachschulen in die „Förderung" einbezogen werden.

„Lehrerfeuerwehr" soll abgeschafft werden – Remmers hat neue Pläne

r.kbr. In einer Pressemitteilung vom 6. September 1978 kann man folgendes lesen:

„Zur Frage des Vertretungsunterrichts – der sog. ‚Feuerwehrstellen' – führte der Minister aus, er werde aufgrund der negativen Erfahrungen bei der Regelung des Vertretungsunterrichts durch sog. ‚Feuerwehrlehrer' bemüht sein, hier eine effektive Neuregelung zu treffen." Mit „negativen Erfahrungen" meint Remmers die Tatsache, daß die Lehrerbezirkspersonalräte in Niedersachsen solche Stundenverträge in der Regel ablehnen. Remmers hatte deshalb am 18. April per Erlaß angeordnet, ihm „unverzüglich" die Fälle vorzulegen, in denen Lehrerbezirkspersonalräte Feuerwehrverträge abgelehnt hatten. Offensichtlich ist die Sache dadurch noch nicht recht in Gang gekommen; Remmers: „Entscheidend für die Regelung des Vertretungsunterrichts ist, daß nach all den Ärgernissen mit den Personalräten ein Verfahren entwickelt wird, das eine kurzfristige und schnelle Einstellung und Beauftragung zuläßt." Aus der Pressemitteilung weiter:

„Grundsätzlich seien zwei Modelle denkbar. Zum einen könnten den Bezirksregierungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sowohl für befristete BAT-Verträge mit unterschiedlicher Stundenanzahl als auch für stundenweise Beschäftigungen und Mehrarbeit eingesetzt werden. Andererseits könnte überlegt werden, ob der Einsatz von ‚Springern' zweckmäßig sein könnte." Diese Vorschläge sollen die Lehrer spalten und die Teilzeitarbeit durchsetzen.

Landesschülerratswahlen Niedersachsen

r.düb. Die Schülervertretung an der Neuen Oberschule in Braunschweig hat den Kampf der Schüler unter der Losung „Strebe muß weg" (das ist der Rektor) unterstützt. Spaltungsversuche und Prozesse gegen SV-Mitglieder haben Strebe nichts genutzt. Zu den Wahlen jetzt kandidieren Schüler, die den Kampf gegen Strebe weiterführen und mit der Kritik an dem Unterricht verbinden wollen, den Strebe den Schülern aufzwingen will.

Bei der SV-Wahl an der Berufsschule Inselwall im letzten Frühjahr wurde durchgesetzt, daß die Schülervertretung nicht von den Klassensprechern, sondern von den Schülern direkt gewählt wurde – sie hatte kandidiert unter Forderungen gegen das Notensystem, für Abschaffung des Berufsgrundbildungsjahres, zwei Tage Berufsschule und Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche. Vor den Ferien hatte die Schülervertretung die Lage der Schüler untersucht und für die Demonstration gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen aufgerufen.

An der IGS (Gesamtschule) in Braunschweig hat die Schülervertretung im letzten Schuljahr dreimal gewechselt, die Schüler sehen eher Möglichkeiten, ihre Interessen über die Schülerzeitung als die Schülervertretung zu organisieren.

Wie an der IGS ist es den Jugendorganisationen der bürgerlichen Parteien teilweise gelungen, die Schülervertretungen zur Lähmung und Spaltung einzusetzen in der Diskussion um die richtigen Forderungen. An der Ina-Seidel-Schule ist es ihnen gelungen, dem Streik der Schüler die Stoßrichtung gegen die Regierung und das Notensystem zu nehmen und mit Aktionen wie „Beerdigung der Bildungsreform" unter die Fuchtel der bürgerlichen Politiker zu bringen.

Die Gründung des „Arbeitskreises Schule" (AKS) vor einem halben Jahr ist der Versuch der bürgerlichen Jugendorganisationen, einen Durchbruch an den Schulen zu erzielen. SDAJ, Jusos, Falken, Jungdemokraten und teilweise die Junge Union kandidieren jetzt zu den Landesschülerratswahlen mit einem Programm des AKS. Es ist darauf angelegt, die Politik der Aktionseinheit an den Schulen für Forderungen, mit denen man sich gegen die Regierung durchsetzen kann, reformistisch und revisionistisch zu verdrehen. Es setzt auf die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Politikern: Statt den Angriff gegen das Notensystem zu organisieren, soll „das Prinzip der Auslese durch das Prinzip der Förderung ersetzt" werden; statt Abschaffung des Berufsgrundbildungsjahres, 60% Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche und Recht auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse und einen Abschluß im gewählten Fach: „Beseitigung des Leistungsdrucks durch das Recht auf Arbeit" – eben Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres als Einrichtung für die Zwangsarbeit großer Massen von Jugendlichen. Statt Kontrolle des Volksbildungswesens durch die Volksmassen „sollen Schulbücher und Lehrpläne der öffentlichen (also *staatlichen*, Verf.) Kontrolle unterliegen und frei sein vom Einfluß der Unternehmerverbände."

Der Kommunistische Jugendbund kandidiert an drei Schulen mit einem Aufruf dagegen.

Streik der Hamburger Berufsschüler gegen Kurssystem und Stufenausbildung

Hamburg. 21.9.: Rund 900 Lehrlinge der G 10 und der G 16 (Berufsschulen für Nachrichten-, Feinwerk-, Zeitmeß- und Elektrotechnik) streikten den 2. Tag gegen Kurssystem und Stufenausbildung. 80% der Schüler waren aktiv beteiligt. Die Forderung der Vollversammlung der streikenden Lehrlinge an die Gewerkschaften lautet: „Die Gewerkschaften müssen die Forderungen der Berufsschüler unterstützen und die Unterstützung in den Betrieben organisieren." 22.9.: Streikposten vor der G 10/G 16. Die Streikversammlung beschließt, da der letzte Blocktag ist, sich nicht auf Kurse einteilen zu lassen, sondern in den Klassen zu bleiben, auch im nächsten Block. Nach Versuchen, die Blocksprecher der G 10 und G 16 und den Schulsprecher der G 10 mit Hausverbot durch die Schulaufsicht (OSR Brüggemann, Schulleiter Birk und Hänisch) und mit Polizei vom Schulgelände zu entfernen, wird eine Delegation zum Berufsschulzentrum Lübecker Straße von 300 Lehrlingen entsandt. Die Aula der Gewerbeschule 5 wird von den streikenden Lehrlingen besetzt. Gemeinsam mit der Vollversammlung der G 9 und den streikenden Lehrlingen der G 9 (KFZ-Technik) wird eine Streikversammlung durchgeführt. Es wird beschlossen, zu einer Berufsschüler-Konferenz am 28.9.78 um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus aufzurufen. Gegen Kurssystem und Stufenausbildung. G 9: Am 22.9. streikten ca. 450 Lehrlinge der Gewerbeschule 9 gegen das Kurssystem.

Nur Klassen, die noch in der Probezeit waren, diskutierten während des Unterrichts. Die Forderungen: Sofortige Rücknahme des Beschlusses zur Einführung des Wahlpflichtbereiches und der Stundentafeländerung, Weg mit dem Kurssystem, Keiner darf durchfallen, Keine Stufen- und Kurzausbildungsgänge, Übernahme aller in die zweite Stufe, wurden von der Streikversammlung beschlossen. Andere Berufsschulen und die Gewerkschaften wurden durch Delegationen besucht.

G 6: Der Schülerrat der G 6 (Tischler und Raumgestalter) unterstützt den Streik. Das Kurssystem wurde bisher an der G 6 nicht eingeführt, weil diese Schule bei der Stundenplanänderung nicht mit eingeschlossen ist. G 13: Der Schülerrat der G 13 (Chemiefachwerker u.a.) unterstützt in einer Resolution die Forderungen gegen das Kurssystem und die Stufenausbildung. Auch an der G 13 gibt es Stufenberufe (Chemiefachwerker). Die Einführung des Kurssystems wurde mehrfach mit Boykott der Kurse verhindert. Jetzt sollen Neigungskurse den Lehrlingen das Kurssystem schmackhaft machen. Eine Vollversammlung gegen Kurssystem und Stufenausbildung wird durchgeführt. G 1: Der Schülerrat der G 1 (Maschinenbau) unterstützt den Streik ebenfalls. An der G 1 wurde bereits 1973 mit Streik die Einführung des Kurssystems bekämpft und zurückgeschlagen. Eine Vollversammlung wird stattfinden. G 11: Am 22.9. besetzt die Polizei den Schulhof der G 11 (Köche), weil die Schulaufsicht dem Schulleiter mitgeteilt hatte, daß Kommunisten der G 10 die Schule stürmen wollten. An der G 11 wurde das Kurssystem bisher nicht eingeführt.

Auf Europa ist der Warschauer Pakt schon lange nicht mehr beschränkt

Gipfeltreffen des Warschauer Paktes / Mongolei und Vietnam als neue Mitglieder?

z.rua. In der ersten Oktoberhälfte soll in Budapest ein Gipfeltreffen der Warschauer-Pakt-Staaten stattfinden. Dem Gipfeltreffen voraus gingen die ,,traditionellen Sommertreffen auf der Krim'', zu denen das sozialimperialistische Staatsoberhaupt Breschnew die Regierungschefs Bulgariens, der DDR, Polens, der CSSR, Ungarns, Rumäniens und der Mongolei geladen hatte. In seiner Rede in Baku am 22. September würdigte Leonid Breschnew diese Treffen: ,,Für die Zusammenarbeit der Bruderländer gibt es neue, großartige Perspektiven. Das Leben wirft ständig neue Probleme auf, die erörtert und gelöst werden müssen... Wir schätzen die zweiseitigen Treffen als eine Form der Abstimmung der Standpunkte ein. Sie helfen, jene gemeinsame Linie abzustecken, die die Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages gemeinsam auf den Tagungen ihres Politischen Beratenden Ausschusses festlegen.'' (Neues Deutschland, 23.9.)

Das Problem, das die sozialimperialistische Supermacht dringend gelöst wissen will, ist, wie sie die VR China paralysieren kann, um sich für ihre Kriegsvorbereitungen gegen die US-imperialistische Supermacht um Europa den Rücken freizumachen. Die Selbstverständlichkeit, mit der Breschnew die VR Mongolei in eine Reihe mit den Warschauer-Vertrags-Staaten stellt, zeugt von seinen Absichten. Die VR Mongolei ist *nicht* Mitglied des Warschauer Pakts. Noch nicht.

Der Warschauer Pakt wurde 1955 gegen das imperialistische NATO-Bündnis gegründet. Von den Revisionisten der UdSSR wurde er von Anfang an genutzt, um über ihn ihre Expansionsabsichten in die Tat umzusetzen. Die UdSSR stellt in allen Gremien des Warschauer Paktes den Vorsitz und verfügt damit über die absolute Befehlsgewalt. Ursprünglich auf 20 Jahre Mitgliedschaft verpflichtet, die am 14. Mai 1975 auslief, sind die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes nunmehr jeweils auf weitere zehn Jahre an die Mitgliedschaft gebunden.

Integraler Bestandteil des Warschauer Vertrages sind bilaterale Abkommen über ,,Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand'' zwischen der UdSSR und den anderen Mitgliedsstaaten, nach denen die Stationierung der sozialimperialistischen Besatzertruppen in den einzelnen Staaten geregelt und die Mitgliedsstaaten auf Geheiß der Sozialimperialisten verpflichtet sind, jederzeit zur Verteidigung der ,,sozialistischen Errungenschaften'' in die anderen Mitgliedsstaaten einzufallen. Deutlichster Beweis ist die sozialimperialistisch angeführte Intervention 1968 in der CSSR. 1970 und 1976, als die polnischen Arbeiter und Bauern sich zu großen Kämpfen erhoben, stand die sozialimperialistische Intervention unmittelbar bevor, konnte aber gegen die Völker der Warschauer-Pakt-Staaten nicht durchgesetzt werden.

Die Sozialimperialisten haben im Sommer dieses Jahres ihre Besatzertruppen in den Staaten des Warschauer Pakts erhöht. Die Schützendivisionen in der DDR wurden z.B. von 11000 Mann auf 14000 Mann gesteigert, die Besetzungen der Panzerdivisionen von 9000 auf 11000. Die Anzahl der Panzer wurde um 30% gesteigert und der neue T-72 in Einsatz gebracht. An der Westgrenze der UdSSR sind 22 Divisionen stationiert, die binnen 48 Stunden in die anderen Staaten des Warschauer Pakts vorrücken können. Während die sozialimperialistische Supermacht ihre Kriegsvorbereitungen um Europa trifft, macht sie alle Anstrengungen, die Truppen des Warschauer Pakts für ihre Hegemoniepläne in der ganzen Welt zum Einsatz zu bringen. In den bilateralen Beistandsabkommen, die sie seit 1967 abgeschlossen bzw. erneuert hat, hat sie den Passus der gegenseitigen ,,Hilfeleistung'', der sich bisher auf *Europa* beschränkte, gestrichen.

So befehligte sie den Einsatz von Truppen der DDR, Bulgariens, der CSSR und Ungarns z.B. am Horn von Afrika oder in Angola. Mit der VR Mongolei und Vietnam hat sie ebenfalls zweiseitige Abkommen geschlossen, nach denen z.B. in der Mongolei mindestens zwei sowjetische Panzerdivisionen an der Grenze zur VR China stationiert sind.

Absicht der Sozialimperialisten ist es, die VR Mongolei und Vietnam offiziell als Mitglieder in den Warschauer Pakt aufzunehmen, um sich so die Möglichkeit zu schaffen, die Truppen des Warschauer Paktes als ganzes auf einen Einsatz gegen die VR China zu verpflichten.

Auf der letzten Gipfelkonferenz des Warschauer Paktes im November 1976 warteten die Sozialimperialisten mit dem Vorschlag auf, NATO und Warschauer Pakt sollten auf die Aufnahme weiterer Mitglieder verzichten. Dieser Vorschlag ist genauso scheinheilig wie die Beteuerung, der Warschauer Pakt würde sich bei Auflösung der NATO ebenfalls auflösen. Genauso wenig wie sie sich freiwillig auflösen werden, werden die imperialistischen Militärbündnisse auf neue Mitglieder verzichten. Es darf niemanden wundern, wenn die Sozialimperialisten in Kürze bekanntgeben, daß die Mongolei und Vietnam als Mitglieder in das ,,sozialistische Verteidigungsbündnis'' aufgenommen wurden. Somit hätten sie sich dann alle formalrechtlichen Vorwände geschaffen, um an der Grenze zur VR China massive Truppenkonzentrationen aufzufahren und die VR China zu bedrohen.

Daß diese sozialimperialistischen Absichten auch in die Tat umgesetzt werden können, ist überhaupt nicht sicher. Zu groß ist der Haß der Völker in den besetzten Staaten auf die Sozialimperialisten. Bereits 1967 sind sie bei dem Versuch, gemeinsame Großverbände mehrerer Warschauer-Pakt-Armeen zu bilden, gescheitert. ,,Das Projekt scheiterte am Widerstand der kleineren Warschauer-Pakt-Staaten, die 1967/68 einen Einsatz ihrer Soldaten an der chinesischen Grenze – ein Schreckgespenst für die Bevölkerung Ost-Mitteleuropas – befürchteten'' kommentiert Friedrich Wiener im Truppendienst-Taschenbuch ,,Der Warschauer Pakt''.

Konsequent widersetzt sich Rumänien den sozialimperialistischen Expansionsplänen und ist damit Vorbild für die anderen unterdrückten Staaten des Warschauer Pakts. Rumänien hat es 1968 abgelehnt, den Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen zu unterzeichnen. Im bilateralen Abkommen mit der UdSSR verweigert Rumänien die Stationierung sowjetischer Truppen und die Abhaltung multinationaler Manöver auf seinem Territorium. Ein Gesetz wurde verabschiedet, das den Einsatz rumänischer Truppen auf das eigene Territorium begrenzt. Anläßlich eines Manövers zur Verteidigung der Unabhängigkeit und einer gemeinsamen Tagung des rumänischen Oberkommandos mit Vertretern der Kommunistischen Partei Rumäniens führte Präsident Ceausescu aus: ,,...

Ich möchte aber einmal mehr erklären, daß wir unter keinen Umständen uns an einem Krieg gegen ein anderes Volk beteiligen werden...'' Er bekräftigte, ,,daß Rumänien auch mit Armeen anderer sozialistischer Staaten als des Warschauer Pakts zusammenarbeiten muß, sowie mit den Armeen der Entwicklungsländer''. Zu diesem Zweck haben Rumänien und die Volksrepublik China Militärdelegationen ausgetauscht.

DDR-Armee: Mehr Berufssoldaten zur Unterdrückung der Volksmassen

z.krk.,,Ich schwöre, an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der verbündeten sozialistischen Länder als Soldat der Nationalen Volksarmee jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und mein Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen.'' So die zweite Strophe des Eides, den die Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) leisten müssen, wenn sie ihren ,,militärischen Ehrendienst'' antreten. Was Wunder, wenn die Jugend von dem Gedanken des Mitwirkens in dieser Armee nicht begeistert ist, denn wer will schon sein Leben lassen im Dienste der Supermacht Sowjetunion gegen fremde Völ-

sen und Fähigkeiten vor. Die zentrale Organisation für die militärische Ausbildung der Jugend ist die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die ,,Schule der Soldaten von morgen''.

Ihre Grundorganisationen sind überall, in den Betrieben, Verwaltungen, Schulen, Hochschulen und Wohngebieten. Sie nutzt das Interesse der Jugend für die Technik, das Militärwesen und den Sport aus, um sie frühzeitig auf die Ziele der Sozialimperialisten auszurichten. Seit 1961 gibt es GST-Sekretäre an allen Schulen, die GST betreibt eigene zentrale Lager und

Platzkonzert für Manöver ,,Saxon Drive'' geplatzt

Warschauer Pakts. Noch nicht.

Der Warschauer Pakt wurde 1955 gegen das imperialistische NATO-Bündnis gegründet. Von den Revisionisten der UdSSR wurde er von Anfang an genutzt, um über ihn ihre Expansionsabsichten in die Tat umzusetzen. Die UdSSR stellt in allen Gremien des Warschauer Paktes den Vorsitz und verfügt damit über die absolute Befehlsgewalt. Ursprünglich auf 20 Jahre Mitgliedschaft verpflichtet, die

Westgrenze der UdSSR sind 22 Divisionen stationiert, die binnen 48 Stunden in die anderen Staaten des Warschauer Pakts vorrücken können. Während die sozialimperialistische Supermacht ihre Kriegsvorbereitungen um Europa trifft, macht sie alle Anstrengungen, die Truppen des Warschauer Pakts für ihre Hegemoniepläne in der ganzen Welt zum Einsatz zu bringen. In den bilateralen Beistandsabkommen, die sie seit 1967 abge-

geben, daß die Mongolei und Vietnam als Mitglieder in das ,,sozialistische Verteidigungsbündnis'' aufgenommen wurden. Somit hätten sie sich dann alle formalrechtlichen Vorwände geschaffen, um an der Grenze zur VR China massive Truppenkonzentrationen aufzufahren und die VR China zu bedrohen.

Daß diese sozialimperialistischen Absichten auch in die Tat umgesetzt werden können, ist überhaupt nicht si-

Ich möchte aber einmal mehr erklären, daß wir unter keinen Umständen uns an einem Krieg gegen ein anderes Volk beteiligen werden...'' Er bekräftigte, ,,daß Rumänien auch mit Armeen anderer sozialistischer Staaten als des Warschauer Pakts zusammenarbeiten muß, sowie mit den Armeen der Entwicklungsländer''. Zu diesem Zweck haben Rumänien und die Volksrepublik China Militärdelegationen ausgetauscht.

DDR-Armee: Mehr Berufssoldaten zur Unterdrückung der Volksmassen

z.krk.,,Ich schwöre, an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der verbündeten sozialistischen Länder als Soldat der Nationalen Volksarmee jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und mein Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen.'' So die zweite Strophe des Eides, den die Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) leisten müssen, wenn sie ihren ,,militärischen Ehrendienst'' antreten. Was Wunder, wenn die Jugend von dem Gedanken des Mitwirkens in dieser Armee nicht begeistert ist, denn wer will schon sein Leben lassen im Dienste der Supermacht Sowjetunion gegen fremde Völker, z.B. in Äthiopien, oder gar im Einsatz gegen das eigene Volk.

Mehr Berufssoldaten sollen nun in die NVA, und diesen Schritt, die Zahl der Berufssoldaten zu erhöhen, unternimmt die Bourgeoisie immer aus zwei Gründen: wenn die wehrpflichtige Jugend nicht willig oder schwer im Zaume zu halten ist und wenn das ihre Kriegsvorbereitungspläne erfordern. Bei den von den Sozialimperialisten für sich vereinnahmten Truppen des Warschauer Paktes kann man getrost von beiden Voraussetzungen ausgehen. Für die Laufbahn des Berufssoldaten soll nun die DDR-Jugend frühzeitig gewonnen werden. Bereits ab dem Alter von 14 bis 15 sollen die der Offizierslaufbahn zugeneigten Jugendlichen vom Staat auf diesen Beruf vorbereitet werden, gemacht werden soll ,,eine zielgerichtete und kontinuierliche politisch-ideologische Arbeit mit den Bewerbern...'' (DDR-Zeitschrift ,,Militärwesen'', zitiert nach ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.78).

Die FDJ – die Jugendorganisation der SED – bildet gesonderte ,,Bewerberkollektive für militärische Berufe'', die genau diese Aufgabe erfüllen sollen. Laut derselben Zeitschrift soll es bereits 680 solcher Kollektive im Lande geben.

Wenn auch die Betonung auf mehr Berufssoldaten neu ist, so ist die Gängelung, Bespitzelung und direkte Unterdrückung der Jugend in der Form vormilitärischer Ausbildung keineswegs neu. Der ,,Rahmenplan für Bildung und Erziehung im Schulhort'' sieht bereits für Schüler der 1.Klasse die Vermittlung von einfachen geographischen und militärischen Kenntnissen und Fähigkeiten vor. Die zentrale Organisation für die militärische Ausbildung der Jugend ist die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die ,,Schule der Soldaten von morgen''.

Ihre Grundorganisationen sind überall, in den Betrieben, Verwaltungen, Schulen, Hochschulen und Wohngebieten. Sie nutzt das Interesse der Jugend für die Technik, das Militärwesen und den Sport aus, um sie frühzeitig auf die Ziele der Sozialimperialisten auszurichten. Seit 1961 gibt es GST-Sekretäre an allen Schulen, die GST betreibt eigene zentrale Lager und Ausbildungsstätten. Drei von vier zum Wehrdienst Einberufenen haben bereits eine militärische Grund- bzw. Spezialausbildung erhalten. Der Wirkungsbereich der GST wird zügig erweitert: anläßlich der dritten GST-Wehrspartakiade in Halle im Juli dieses Jahres wurden neue Ausbildungs- und Wehrsportstätten übergeben. Ausbildungslager für GST-Mitglieder werden auch direkt in der Sowjetunion organisiert, so in diesem Sommer das ,,Lager der Freundschaft'' in dem von den Sowjetrevisionisten in Wolgograd umbenannten Stalingrad.

Das System der verschiedenen Organisationen, mit denen der Staat die Jugend für die imperialistischen Abenteuer der Sozialimperialisten und die Unterdrückung des Volkes im eigenen Lande gewinnen will, ist engmaschig und ausgedehnt, die GST ist von allen neben der FDJ die umfassendste Organisation. Die kürzlich erfolgte Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen ist nur eine Weiterentwicklung dieses Systems. Doch scheint weder die ideologische Offensive noch die organisierte Gängelung und Unterdrükkung die erwünschten Erfolge zu zeitigen – wäre doch sonst die kostspielige Maßnahme mit der Vermehrung der Berufssoldaten nicht notwendig. Mag die GST vielleicht ab und an bei der Disziplinierung jugendlicher Mopedfahrer erfolgreich sein, wie das DDR-Fernsehen am 5.6. dieses Jahres berichtete. Aber die Demonstration von Jugendlichen am Berliner Alexanderplatz gerade vor einem Jahr und die dort gerufene Parole ,,Russen raus!'' war ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Jugend nicht für die Ziele der Sozialimperialisten zu marschieren gedenkt.

Platzkonzert für Manöver ,,Saxon Drive'' geplatzt



r.wom. 20 Millionen DM Manöverschäden, 13 Tote und über 50 Verletzte, stundenlang verstopfte Straßen, besetzte Dörfer und ohrenbetäubende Tiefflugübungen – das war die Bilanz nach einer Woche NATO-Manöver in Norddeutschland. Mit Militärkonzerten in Lüneburg, Uelzen und Nienburg durch die hauptsächlich am Manöver ,,Saxon Drive'' beteiligten niederländischen Truppen wollte das die Manöverleitung übertünchen. Dies ist gründlich daneben gegangen. Das Platzkonzert am Freitag, den 23.9., abends in Lüneburg konnte erst mit zwanzigminütiger Verspätung anfangen, weil vorher eine Kundgebung des KBW und des SRK Hamburg-Unterelbe gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO, für den Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, für den Austritt der BRD aus der NATO, für einen Friedensvertrag und Bezahlung aller Manöverschäden stattfand. Die Forderungen fanden breite Zustimmung. Nachdem die erste Pause der Imperialistenmusik wirksam mit Parolen ausgefüllt wurde, machten sie keine weiteren Pausen mehr. Mit dem Ergebnis, daß den Bläsern nach einer halben Stunde die Luft ausging und sie ihre Köfferchen packen mußten. Der KBW beendete die Veranstaltung mit einer Kundgebung. 39,37 DM wurden für die Ausrüstung der ZANLA-Kompanie gesammelt. Am nächsten Morgen dasselbe in Uelzen. 22,50 DM wurden für die ZANLA-Kompanie gesammelt, ein holländischer Soldat kaufte die KVZ. Nach diesen schlechten Erfahrungen ließ sich die Manöverleitung für den Abend etwas ,,Neues'' einfallen: Sie bot zwei imperialistische Militärkapellen auf; sobald die eine den letzten Takt gespielt hatte, fing sofort die andere an. Plaziert wurden sie gleich hinter Gittern. Das hat ihnen trotzdem nichts genutzt. Die Parolen wurden vom SRK Hannover lautstark gerufen – schließlich hat die Imperialistenmusik auch leisere Stellen – und die Veranstaltung mit einer Kundgebung beendet. Gekommen waren eh nur wenige Menschen, die gerade in der Stadt spazieren gingen. Unser Bild zeigt, wie der Angriff auf das Manöverkonzert in Uelzen die niederländischen Soldaten zersetzt.

NATO-Übung im Mittelmeerraum

Bremen. Im Oktober werden 5 deutsche Zerstörer zusammen mit Versorgungsschiffen an NATO-Manövern im Mittelmeerraum teilnehmen. Beteiligt sind auch Einheiten der 6. US-Flotte. Angelaufen werden Häfen in Italien, Griechenland, Türkei und Tunesien.

Überfall auf Personenzug geprobt

Heidelberg. Am Montag, 18.9., morgens um 9.45 Uhr haben am Heidelberger Bahnhof ca. 2025 bewaffnete Polizisten den Überfall auf einen aus Richtung Osterburken kommenden Personenzug geprobt. Als der Zug ankam, wurde über Lautsprecher verboten, den Zug zu verlassen und die Polizisten umstellten den Zug mit gezogenen Pistolen. Nach ca. 2 Minuten wurde den Fahrgästen erlaubt, den Zug zu verlassen.

Landemanöver auf der Autobahn

Südbaden. Auf einem noch nicht eröffneten Teilstück der Autobahn Stuttgart-Bodensee bei Böhringen, Kreis Rottweil, fand am 27.9. zum ersten Mal ein Landemanöver der US-Besatzertruppen statt. Der 4-Sterne-General William P. Moore war dazu extra aus den USA eingeflogen. Neben den amerikanischen Herkules C 100 durfte auch die Bundeswehr mit der Transall mitmachen. Es wurden 600 Mann auf dem 2200 Meter langen brückenfreien Autobahnstück mit betonierten Mittelstreifen abgesetzt. Insgesamt gibt es jetzt laut Nachrichten 11 solche Autobahnlandeplätze in der BRD u.a. auf der Autobahn Basel — Frankfurt in der Nähe des Bundeswehr-Flughafens Bremgarten und des Flughafens der kanadischen Besatzertruppen bei Lahr.

Fernmeldeübung

Osnabrück. Unter der Überschrift ,,Folgen eines Terroranschlages — realistische Übung der Bundeswehrfernmelder in Dissen'' berichtete die ,,Neue Osnabrücker Zeitung'' vom 26.9.: ,,Eine realistische Annahme lag der Übung der 1. Abteilung des Fernmelderegiments 11 zugrunde... Keine kriegerische Auseinandersetzung mit einem potentiellen Gegner, sondern Ausfall ständig besetzter Fernmeldeeinrichtungen der Luftwaffe als Folge eines Terroranschlages auf einen Fernmeldeknotenpunkt.'' Der Abteilungsgefechtsstand dieser Übung lag im Rathaus von Dissen, der Bürgermeister Riecke war ständiger ,,Zaungast''. Aufgabe der 2. Kompanie, die in Osnabrück stationiert ist, war es, ,,im Blitzeinsatz die für die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik notwendigen Fernmeldeeinrichtungen der Luftwaffe zu ersetzen''. Am Sonntag war Besuchstag mit Lagerfeuer, Erbsensuppe und Vorträgen des Kommandeurs Oberstleutnant Seifert. Zum ,,Besinnlichen Abschluß'' war Feldgottesdienst, den der Militärpfaffe aus Münster abhielt, wo er die Rolle der Bundes-

u.a. auf der Autobahn Basel — Frankfurt in der Nähe des Bundeswehr-Flughafens Bremgarten und des Flughafens der kanadischen Besatzertruppen bei Lahr.

Fernmeldeübung

Osnabrück. Unter der Überschrift ,,Folgen eines Terroranschlages — realistische Übung der Bundeswehrfernmelder in Dissen'' berichtete die ,,Neue Osnabrücker Zeitung'' vom 26.9.: ,,Eine realistische Annahme lag der Übung der 1. Abteilung des Fernmelderegiments 11 zugrunde... Keine kriegerische Auseinandersetzung mit einem potentiellen Gegner, sondern Ausfall ständig besetzter Fernmeldeeinrichtungen der Luftwaffe als Folge eines Terroranschlages auf einen Fernmeldeknotenpunkt.'' Der Abteilungsgefechtsstand dieser Übung lag im Rathaus von Dissen, der Bürgermeister Riecke war ständiger ,,Zaungast''. Aufgabe der 2. Kompanie, die in Osnabrück stationiert ist, war es, ,,im Blitzeinsatz die für die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik notwendigen Fernmeldeeinrichtungen der Luftwaffe zu ersetzen''. Am Sonntag war Besuchstag mit Lagerfeuer, Erbsensuppe und Vorträgen des Kommandeurs Oberstleutnant Seifert. Zum ,,Besinnlichen Abschluß'' war Feldgottesdienst, den der Militärpfaffe aus Münster abhielt, wo er die Rolle der Bundeswehr als Friedensinstrument hervorhob. Die Zeitung berichtet eifrig, daß trotzdem, von den meisten unbemerkt, der Dienstbetrieb uneingeschränkt weiterlief.

Schwere Verwüstungen bei Manöver Red Tornado

Korbach/Edertal. Im Bereich des Nato-Manövers Red Tornado (1. belgisches Corps) sind schwerste Verwüstungen der Felder und Zerstörungen der Straßen angerichtet worden. Am stärksten betroffen sind die Orte Altwildungen, Reitzhagen, Anraff, Affolder und Gifflitz im Edertal. Die Manöverschäden gehen bei weitem über das bisherige Maß hinaus. Die Edertaler Gemeindevertretung kritisierte die ,,Totale Rücksichtslosigkeit der Soldaten beim Manöver. Nicht nur Straßen sind beschädigt worden, auch Bordsteine wurden herausgerissen sowie Feldwege und Wassergräben von den schweren Panzern kaputtgefahren. Zäune von Grundstücken seien in großen Maßen einfach niedergewalzt worden.'' (Waldeckische Allgemeine, 23.9.78) Der Kreisbauernverband hatte vorher die Manöverleitung darauf hingewiesen, nicht abgeerntete Felder mit dem Panzer nicht zu befahren und Rücksicht auf den wertvollen Erntestand zu nehmen. Die Manöverleitung hatte auch zugesichert, verstärkt Feldwege zu benutzen. Von diesen Vorsätzen hatte man nichts gemerkt, teilte der Sprecher des Kreisbauernverbandes mit. Im Raum Zwesten und Wabern-Zenner seien die Manöverfahrzeuge teilweise über Grundstücke und Äcker gefahren und hätten Grünstreifen zerstört, obwohl über nahegelegene Feldwege dasselbe Ziel zu erreichen gewesen wäre. (Aus: Hessisch-Niedersächsische Allgemeine) Ein Bauer über die Natotruppen: ,,Sie haben gehaust wie die Vandalen, als ob sie hier möglichst realistisch Krieg spielen wollten.''

Japan protestiert gegen sowjetische Schießübungen auf Etorofu

z.mih. Zum wiederholten Male veranstalten die Sozialimperialisten auf der japanischen Insel Etorofu bzw. in den Gewässern direkt in deren Umgebung Schießübungen. Die Insel Etorofu gehört zu vier Inseln nördlich von Hokkaido, die noch immer von den Sozialimperialisten besetzt gehalten und als Sprungbrett für ihr Hegemoniestreben ausgebaut werden. Die neuen Zaren haben dort direkt innerhalb der japanischen Hoheitsgewässer eine ,,danger zone“ errichtet, in der sie sowjetische Soldaten und Matrosen unter Drill das Schießen lehren lassen. Am 12. September hat die japanische Regierung durch ihren Botschafter in Moskau scharfen Protest gegen diese erneute Provokation seitens der Sowjetunion eingelegt. Der Chefsekretär des japanischen Ministerrats Shintaro Abe sagte dazu, daß die japanische Regierung die Sowjetunion gebeten habe, die Errichtung der ,,danger zone“ rückgängig zu machen. Das ließ die neuen Zaren kalt wie bei dem vorangegangenen Protest Japans gegen ihre Schießübungen in der gleichen Zone zwischen dem 5. und 11. Juni. Sie kündigten darüberhinaus an, daß weiterhin Schießübungen sowjetischer Streitkräfte dort abgehalten werden würden, wie die letzten am 15. und 17. September.

Malta und Libyen bauen Luftverkehr aus

z.hef. Die US-Fluggesellschaft International Aviation mußte Malta am 15.9. verlassen. Libyen und Malta haben ein Abkommen über den gemeinsamen Aufbau einer Fluggesellschaft, der Air Mediterrenean, getroffen. Zur Diskussion der Durchführung dieses und anderer Abkommen besuchte der maltesische Minister für Industrie, Fischerei, Landwirtschaft Danny Cremona vom 9. bis zum 12. September Libyen. Nach dem Luftfahrtabkommen wird jetzt der ehemalige britische Marineflughafen zu einem Hubschrauberflughafen umgebaut. Libyen liefert Malta dafür u.a. fünf Hubschrauber. Die britische Armee hatte diesen Stützpunkt in diesem Jahr endgültig verlassen müssen. Zuvor war Malta 164 Jahre kolonial unterdrückt und weitere 14 Jahre zur Duldung des britischen Stützpunktes gezwungen gewesen – die britische Kolonialmacht hatte die Wirtschaft Maltas so zugrunde gerichtet, daß der unabhängige Staat dringend auf die Einnahme aus den Gebührenzahlungen der britischen Imperialisten von zuletzt 3 Mio. Pfund angewiesen war, sie machten immerhin 35% der gesamten Deviseneinnahmen aus. Mit der Unterstützung anderer Länder der Dritten Welt kann Malta sich von der imperialistischen Unterdrückung befreien. Libyen und Malta haben verschiedene Abkommen über wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit abgeschlossen, die der Stärkung der Unabhängigkeit dienen und in denen sie ausdrücklich das Ziel festhal-

Italiens Ehrenberg ,,saniert“ die Rentenversicherung

Rentenkürzung, höhere Altersgrenze, Beitragserhöhung für Bauern und Handwerker

z.ulg.Rom. ,,Lama, Macario, Benvenuto, der Rentner wird nicht ausverkauft“. Mit diesem Sprechchor zieht der Block aus Ivrea auf den Mailänder Domplatz. Lama, Macario und Benvenuto, das sind die Generalsekretäre der drei Gewerkschaftsbünde, die sich gerade mit der Regierung über die geplante ,,Rentenreform“ verständigen. Über 40000 waren am letzten Montag dem Aufruf der Gewerkschaften und der ihnen angeschlossenen Rentnerverbände zur regionalen Demonstration für Norditalien nach Mailand gefolgt, ebensoviele waren es zwei Tage später bei der Demonstration für Mittelitalien in Florenz. Eine dritte Demonstration, für den Süden, hat am Freitag in Neapel stattgefunden. Nie zuvor sind in Italien soviele Rentner auf die Straße gegangen. Und nicht nur Rentner, fast alle großen Fabriken haben Delegationen entsandt: ,,Einheit von Arbeitern und Rentnern“, ist auf vielen Spruchbändern zu lesen, auf anderen: ,,Von 102000 Lire (knapp 250 DM, der jetzigen Mindestrente) kann man nicht leben, von 20000 mehr (der für Januar geplanten Erhöhung) auch nicht.“ Von der Forderung nach höheren Renten ist in der Mailänder Kundgebungsrede des CISL-Generalsekretärs Macario freilich nicht die Rede, um so mehr davon, daß auch die Rentner bereit wären, ,,ihren Beitrag zur Sanierung des Defizits der Rentenversicherung zu leisten“.

Diesen ,,Beitrag“ den Arbeitern und Bauern, den alten wie den jungen, abzupressen, ist jedenfalls die feste Absicht des Arbeitsministers Scotti. In der letzten Woche hat er sich mit den Parteien der Regierungsmehrheit geeinigt, wie die im Pandolfi-Plan vorgesehenen 2400 Mrd. Lire (5,7 Mrd. DM) schon im nächsten Jahr aus der Rentenversicherung eingebracht werden sollen. Ein Betrag, mit dem die Staatszuschüsse zur Sozialversicherung fast auf Null gesenkt werden könnten, um alsdann zur Verwandlung in Kapital zur Verfügung zu stehen. Die Rentenversicherung selbst als ,,Kapitalgeber der Wirtschaft“ zu plündern, dazu hat es die italienische Finanzbourgeoisie seit dem Faschismus kaum mehr gebracht, nur für wenige Jahre lagen die Beitragseinnahmen über den Rentenzahlungen. Die Überschüsse, die bei der Rentenversicherung der Lohnabhängigen bis-



Insgesamt über Hunderttausend folgten in der letzten Woche dem Aufruf der italienischen Gewerkschaften und Rentnerverbände zu regionalen Demonstrationen in Mailand (Bild), Florenz und Neapel.

her regelmäßig angefallen sind, mußten zur Deckung des chronischen Defizits der Altersversorgung der Landwirte herangezogen werden, Folge des gewaltigen Bauernlegens nach dem Krieg. Dem traditionellen ,,Altenteil“ für die älteren Bauern ist damit die Grundlage entzogen worden, während die drastisch verminderte Zahl der verbliebenen Bauern und Pächter nicht in der Lage ist, die Beiträge auch nur für die Hungerrenten aufzubringen, die die landwirtschaftliche Rentenkasse zahlt. Der direkten Plünderung der Rentenversicherung ist zudem noch durch die Tatsache eine gewisse Schranke gesetzt, daß der Hauptteil der Beiträge von den Kapitalisten selbst gezahlt werden muß, gegenwärtig 16,61 Prozent des Lohns gegenüber 7,15 Prozent ,,Arbeitnehmeranteil“.

Über 7 Millionen, fast zwei Drittel aller Rentner, beziehen gegenwärtig nur die kümmerliche Mindestrente von 102000 Lire, 27 Prozent des durchschnittlichen Tariflohns in der Industrie. Ein großer Teil davon sind ehemalige Bauern, viele andere sind zu früh in der Fabrik zerschunden worden, um auf die vorgeschriebenen 40 Beitragsjahre für die Höchstrente von 80 Prozent des letzten Einkommens zu kommen. Seit 1975 übersteigt die Zahl der Invalidenrenten die der Altersrenten, Beweis für die erbarmungslose Vernutzung der Arbeitskraft. Voraussetzung für Altersrente sind 15 Beitragsjahre und die Erreichung des 60. (für Frauen des 55.) Lebensjahres oder – unabhängig vom Alter – 35 Beitragsjahre. Für Invalidenrente sind nur fünf Beitragsjahre vorgeschrieben, die Rente ist dann freilich auch kaum ein Taschengeld: für jedes Beitragsjahr zwei Prozent des Lohnes.

Nicht einmal Scotti hat gewagt, an der ,,Dynamik“ der Mindestrenten zu rühren. Wie bisher werden sie jährlich an den Index der Tariflöhne in der Industrie angepaßt. Um so kräftiger soll bei den auch nur etwas darüber liegenden Renten zugelangt werden. (Die durchschnittliche Altersrente lag Ende 1976 kaum 40 Prozent über dem Mindestsatz.) In großen Streiks hatte die Arbeiterklasse Ende der 60er Jahre für diese Renten folgendes Anpassungsverfahren durchgesetzt: Ebenso wie bei der ,,gleitenden Lohnskala“ wird die Zahl der durch die Preissteigerung verfallenen Indexpunkte festgestellt, diese Zahl wird dann mit einem für alle Renten gleichen Einheitswert multipliziert. Da der Einheitswert etwa 70 Prozent des entsprechenden Werts für die Industriearbeiter beträgt, die Durchschnittsrente aber kaum ein Drittel des Lohns, stiegen danach die Renten nominal bisher etwas schneller als die Löhne. Denn entsprechend der Differenz zwischen den Indizes der Tariflöhne und der offiziellen Lebenshaltungskosten kam eine prozentige Erhöhung hinzu. Hier will Scotti nun gleich doppelt kürzen: der prozentige Anteil soll künftig statt nach den Tariflöhnen in der Industrie nach den Durchschnittslöhnen überhaupt berechnet und dann nicht auf die Gesamtrente angewandt werden. Die seit 1976 angesammelten — für alle gleichen — Inflationszuschläge, die heute etwa 80000 Lire, meist über die Hälfte der Rente betragen, bleiben unberücksichtigt. Da die ,,Lohnskala“ die wirklichen Preissteigerungen nicht deckt, bedeutet das reale Rentensenkung. Für den CGIL-Generalsekretär Lama ist die damit absehbare Herabdrückung von noch mehr Renten auf das Hungerniveau der Mindestrente die ,,Verwirklichung eines großen Grundsatzes der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit“. (Kundgebungsrede in Florenz, 27.9.78) Allein durch diese Maßnahme sollen 1979 413 Mrd. Lire (ca. 1 Mrd. DM) eingebracht werden. Zu allem Überfluß soll sodann den zahllosen Rentnern, die weiter zu Lohnarbeit gezwungen sind, um nicht zu verhungern, die Rente um einen ,,progressiv steigenden“ Betrag gekürzt werden. Dafür ,,darf“ sich, wer die 40 Beitragsjahre nicht voll hat, künftig über die bisherige Altersgrenze von 60 bzw. 55 Jahren hinaus ausbeuten lassen. Weitere Kürzungen sind beim Bezug mehrerer Renten gleichzeitig, z.B. Alters- und Witwenrente, geplant.

Nach Gewerkschaftsangaben betragen die Beiträge der Selbständigen, die einen für alle gleichen Festbetrag zahlen, gegenwärtig etwa 100000 Lire (240 DM) jährlich, die Beiträge für Lohnabhängige dagegen durchschnittlich 900000 Lire. Um dem Bauernlegen und der Ruinierung der kleinen Handwerker und Händler einen weiteren kräftigen Anstoß zu geben, will die Regierung ihre Beitragssätze ab 1. Januar fürs erste gleich einmal verdoppeln. Die bürgerlichen Gewerkschaftsführer arbeiten der Spaltung zwischen der Arbeiterklasse und ihren engsten Verbündeten, den kleinen Bauern, direkt in die Hände, wenn sie jetzt lauthals nach ,,Beitragsgerechtigkeit“, sprich: Beitragserhöhung, schreien.

Macario hat in seiner Mailänder Rede gesagt: ,,Wir hatten mit diesen Demonstrationen auch die Absicht, die gewerkschaftlichen Kämpfe dieses Herbstes einzuleiten.“ Die italienischen Arbeiter haben allen Grund, diese düstere Ankündigung über die Absichten der Reformisten und Revisionisten im Kampf um die Renten wie um die neuen Tarifverträge ernst zu nehmen.

Die unterdrückten Nationen in der UdSSR bekämpfen das großrussische Zuchthaus

z.rua. Mit der Geräuschlosigkeit eines Panzers ist der in früher Kindheit unter Zarenherrschaft russifizierte Ukrainer Leonid Breschnew am 22. September in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku angerollt. Außenpolitisch demonstrierte er damit die Absicht der Sozialimperialisten, den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens im Ringen mit der US-imperialistischen Super-

gebiet entsandt. Gleichzeitig wurden aus allen Unionsrepubliken Polizeikräfte in die größeren Städte Armeniens, Georgiens und Aserbaidschans geschickt. Man erkennt sie an den vielfältigen Uniformen, in denen sie durch die Städte wimmeln. Von den Volksmassen werden sie eingekreist, beschimpft und aufgefordert, zu verschwinden. Tatsache ist, daß sich die

Kultur eine eigene Universität und eine eigene Fernsehstation. Gut, haben die russischen Sozialimperialisten scheinheilig gesagt, wir beugen uns euch. Wobei sie verschwiegen haben, daß seit Beginn der 70er Jahre gegründete Universitäten *russische* Universitäten sind, in denen die Lehrveranstaltungen ausschließlich in russischer Sprache und von russischen Dozenten abgehalten

und mit höchster Effektivität zu arbeiten“. Georgien liegt an letzter Stelle in der Planerfüllung. Insbesondere in der Konsumgüterproduktion werden die Pläne nicht erfüllt. Die georgischen Volksmassen leiden Mangel am Notwendigsten. Waren aus anderen Unionsrepubliken zu beschaffen, ist per Gesetz verboten.

1977 wurde in einem Beschluß des

z.hef. Die US-Fluggesellschaft International Aviation mußte Malta am 15.9. verlassen. Libyen und Malta haben ein Abkommen über den gemeinsamen Aufbau einer Fluggesellschaft, der Air Mediterrenean, getroffen. Zur Diskussion der Durchführung dieses und anderer Abkommen besuchte der maltesische Minister für Industrie, Fischerei, Landwirtschaft Danny Cremona vom 9. bis zum 12. September Libyen. Nach dem Luftfahrtabkommen wird jetzt der ehemalige britische Marineflughafen zu einem Hubschrauberflughafen umgebaut. Libyen liefert Malta dafür u.a. fünf Hubschrauber. Die britische Armee hatte diesen Stützpunkt in diesem Jahr endgültig verlassen müssen. Zuvor war Malta 164 Jahre kolonial unterdrückt und weitere 14 Jahre zur Duldung des britischen Stützpunktes gezwungen gewesen – die britische Kolonialmacht hatte die Wirtschaft Maltas so zugrunde gerichtet, daß der unabhängige Staat dringend auf die Einnahme aus den Gebührenzahlungen der britischen Imperialisten von zuletzt 3 Mio. Pfund angewiesen war, sie machten immerhin 35% der gesamten Deviseneinnahmen aus. Mit der Unterstützung anderer Länder der Dritten Welt kann Malta sich von der imperialistischen Unterdrückung befreien. Libyen und Malta haben verschiedene Abkommen über wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit abgeschlossen, die der Stärkung der Unabhängigkeit dienen und in denen sie ausdrücklich das Ziel festhal-
ten, daß Malta niemals wieder zum Stützpunkt für ausländische Truppen gemacht wird.

Erneute Demonstrationen im Iran

z.hef. Trotz Kriegsrechts kam es am vorletzten Wochenende und in der Woche zu erneuten Demonstrationen im Iran gegen die Unterdrückung durch die Imperialisten und das Schah-Regime. Die Volksmassen nutzten einen Trauerzug für einen religiösen Führer, der bei einem Autounfall gestorben war, zu einer Massenkundgebung in der zentraliranischen Stadt Golpayegan. Die Fenster verschiedener Banken gingen zu Bruch. Die Demonstranten riefen Sprechchöre gegen das Schah-Regime. Die Armee verhaftete Teilnehmer und versuchte mit Schüssen in die Luft die Demonstrationen aufzulösen.

Die Hoffnungen der Imperialisten, das Erdbeben in der Umgebung von Tabas werde die Kämpfe dämpfen und dem Schah-Regime Luft geben, erweisen sich als trügerisch. Die Massen selbst leisten die einzige Hilfe, die effektiv ist. Die bürokratische und unfähige ,,Hilfeleistung“ der Regierung löst unter den Überlebenden des Erdbebens große Verbitterung aus.

Bürgerliche Presse und Rundfunk berichten von imperialistischem Kapital, das den Iran verläßt. Die US-Imperialisten ergreifen Maßnahmen, um die Riesenprofite aus dem Iran zu erhalten. Das US-Verteidigungsministerium gab die Lieferung von Waffen für fast eine Milliarde Mark bekannt.

des Defizits der Rentenversicherung zu leisten“.

Diesen ,,Beitrag“ den Arbeitern und Bauern, den alten wie den jungen, abzupressen, ist jedenfalls die feste Absicht des Arbeitsministers Scotti. In der letzten Woche hat er sich mit den Parteien der Regierungsmehrheit geeinigt, wie die im Pandolfi-Plan vorgesehenen 2400 Mrd. Lire (5,7 Mrd. DM) schon im nächsten Jahr aus der Rentenversicherung eingebracht werden sollen. Ein Betrag, mit dem die Staatszuschüsse zur Sozialversicherung fast auf Null gesenkt werden könnten, um alsdann zur Verwandlung in Kapital zur Verfügung zu stehen. Die Rentenversicherung selbst als ,,Kapitalgeber der Wirtschaft“ zu plündern, dazu hat es die italienische Finanzbourgeoisie seit dem Faschismus kaum mehr gebracht, nur für wenige Jahre lagen die Beitragseinnahmen über den Rentenzahlungen. Die Überschüsse, die bei der Rentenversicherung der Lohnabhängigen bis-

durch die Tatsache eine gewisse Schranke gesetzt, daß der Hauptteil der Beiträge von den Kapitalisten selbst gezahlt werden muß, gegenwärtig 16,61 Prozent des Lohns gegenüber 7,15 Prozent ,,Arbeitnehmeranteil“.

Über 7 Millionen, fast zwei Drittel aller Rentner, beziehen gegenwärtig nur die kümmerliche Mindestrente von 102000 Lire, 27 Prozent des durchschnittlichen Tariflohns in der Industrie. Ein großer Teil davon sind ehemalige Bauern, viele andere sind zu früh in der Fabrik zerschunden worden, um auf die vorgeschriebenen 40 Beitragsjahre für die Höchstrente von 80 Prozent des letzten Einkommens zu kommen. Seit 1975 übersteigt die Zahl der Invalidenrenten die der Altersrenten, Beweis für die erbarmungslose Vernutzung der Arbeitskraft. Voraussetzung für Altersrente sind 15 Beitragsjahre und die Erreichung des 60. (für Frauen des 55.) Lebensjahres oder – unabhängig vom Alter – 35 Bei-

destsatz.) In großen Streiks hatte die Arbeiterklasse Ende der 60er Jahre für diese Renten folgendes Anpassungsverfahren durchgesetzt: Ebenso wie bei der ,,gleitenden Lohnskala“ wird die Zahl der durch die Preissteigerung verfallenen Indexpunkte festgestellt, diese Zahl wird dann mit einem für alle Renten gleichen Einheitswert multipliziert. Da der Einheitswert etwa 70 Prozent des entsprechenden Werts für die Industriearbeiter beträgt, die Durchschnittsrente aber kaum ein Drittel des Lohns, stiegen danach die Renten nominal bisher etwas schneller als die Löhne. Denn entsprechend der Differenz zwischen den Indizes der Tariflöhne und der offiziellen Lebenshaltungskosten kam eine prozentige Erhöhung hinzu. Hier will Scotti nun gleich doppelt kürzen: der prozentige Anteil soll künftig statt nach den Tariflöhnen in der Industrie nach den Durchschnittslöhnen überhaupt berechnet und dann nicht auf die Gesamtrente angewandt

hängige dagegen durchschnittlich 900000 Lire. Um dem Bauernlegen und der Ruinierung der kleinen Handwerker und Händler einen weiteren kräftigen Anstoß zu geben, will die Regierung ihre Beitragssätze ab 1. Januar fürs erste gleich einmal verdoppeln. Die bürgerlichen Gewerkschaftsführer arbeiten der Spaltung zwischen der Arbeiterklasse und ihren engsten Verbündeten, den kleinen Bauern, direkt in die Hände, wenn sie jetzt lauthals nach ,,Beitragsgerechtigkeit“, sprich: Beitragserhöhung, schreien.

Macario hat in seiner Mailänder Rede gesagt: ,,Wir hatten mit diesen Demonstrationen auch die Absicht, die gewerkschaftlichen Kämpfe dieses Herbstes einzuleiten.“ Die italienischen Arbeiter haben allen Grund, diese düstere Ankündigung über die Absichten der Reformisten und Revisionisten im Kampf um die Renten wie um die neuen Tarifverträge ernst zu nehmen.

Die unterdrückten Nationen in der UdSSR bekämpfen das großrussische Zuchthaus

z.rua. Mit der Geräuschlosigkeit eines Panzers ist der in früher Kindheit unter Zarenherrschaft russifizierte Ukrainer Leonid Breschnew am 22. September in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku angerollt. Außenpolitisch demonstrierte er damit die Absicht der Sozialimperialisten, den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens im Ringen mit der US-imperialistischen Super-
macht die Friedfertigkeit der UdSSR zuteil werden zu lassen. Um aber kriegsfähig zu sein, müssen die Widersprüche in dem Völkergefängnis, in das die Sozialimperialisten die Sowjetunion verwandelt haben, befriedet werden. Der großrussische Chauvinismus muß gegen die unterdrückten Nationalitäten durchgesetzt werden. Außerordentliche Schwierigkeiten haben die Erben der alten Zaren dabei.

In Aserbaidschan sind 80% der dort lebenden Bevölkerung aserbaidschanischer Nationalität. Die restlichen 20% sind zum großen Teil Russen, deren Vorfahren von den alten Zaren zur Erschließung der Erdölvorkommen des Kaspischen Meeres in Aserbaidschan angesiedelt wurden. In Baku wurde durchgesetzt, daß fast ausschließlich russisch gesprochen wird. Die aserbaidschanischen Volksmassen kämpfen gegen diese Unterdrückung. Im Sommer dieses Jahres wurden der Innenminister und sein Stellvertreter erschossen.

Im April dieses Jahres haben die georgischen Volksmassen in großen Kämpfen erzwungen, daß die von den Sozialimperialisten vorgesehene Republikverfassung, in der die georgische Sprache als Amtssprache zugunsten des Russischen beseitigt werden sollte, zurückgenommen werden mußte. Die Sozialimperialisten reagierten darauf einerseits mit großen Truppenkonzentrationen in den Republiken des Kaukasusgebiets. Während des Manövers ,,Kaukasus II“, das von Anfang bis Mitte September durchgeführt wurde, wurden 250000 Soldaten ins Kaukasus-
gebiet entsandt. Gleichzeitig wurden aus allen Unionsrepubliken Polizeikräfte in die größeren Städte Armeniens, Georgiens und Aserbaidschans geschickt. Man erkennt sie an den vielfältigen Uniformen, in denen sie durch die Städte wimmeln. Von den Volksmassen werden sie eingekreist, beschimpft und aufgefordert, zu verschwinden. Tatsache ist, daß sich die
Polizeistreifen nur noch trauen, mindestens zu zweit auf Patrouille zu gehen. Trotz des massiven Polizeiaufgebots tauchen an den georgischen Wänden zunehmend neben den verwitterten Parolen zum Ruhme des Georgiers Josef Stalin neue, mit frischer weißer Farbe gemalte Parolen auf.

Der Erfolg, den die georgischen Volksmassen gegen den großrussischen Chauvinismus errungen haben, stärkt die Völker der anderen Nationalitäten des Kaukasusgebietes. Die Sozialimperialisten wollen die Völker spalten und aufeinanderhetzen. Kurz nach der erzwungenen Verfassungsrücknahme lancierten sie in der georgischen Zeitung ,,Zarja Vostoka“ (,,Morgenröte des Ostens“) die Meldung, daß die Abchasische Autonome Sowjetrepublik, eine Teilrepublik Georgiens, von Georgien abgetrennt und an die Russische Föderative Sowjetrepublik angegliedert werden wolle. Was war wirklich? Die abchasischen Volksmassen haben seit dem letzten Jahr in Protestschreiben, Demonstrationen und Kundgebungen die Politik der Zwangsassimilierung, der Unterdrückung der nationalen Sprache und Kultur und die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen des Landes durch die russischen Sozialimperialisten angegriffen. Russische Offiziere, die auf der größten Kundgebung im Mai dieses Jahres mit 30000 Teilnehmern in Sukumi die Forderungen der abchasischen nationalen Minderheit als rückständig und reaktionär angriffen, wurden gewaltsam vom Rednerpodium entfernt. Die abchasischen Volksmassen wollen zur Förderung der nationalen Sprache und
Kultur eine eigene Universität und eine eigene Fernsehstation. Gut, haben die russischen Sozialimperialisten scheinheilig gesagt, wir beugen uns euch. Wobei sie verschwiegen haben, daß seit Beginn der 70er Jahre gegründete Universitäten *russische* Universitäten sind, in denen die Lehrveranstaltungen ausschließlich in russischer Sprache und von russischen Dozenten abgehalten
werden; die Lehrbücher gibt es ebenfalls nur in russisch, und die Prüfungsarbeiten müssen in russischer Sprache geschrieben werden. Darauf haben die abchasischen Volksmassen verzichtet und sich mit der georgischen Regierung gegen die sozialimperialistischen Führer geeinigt, daß für abchasische Studenten an der Universität von Tiflis, an der in georgischer Sprache unterrichtet wird, Lehrveranstaltungen in ihrer Landessprache eingerichtet werden.

Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um Sprache und Traditionen der unterdrückten Nationalitäten auszurotten. An vielen Grundschulen wird ausschließlich ab der ersten Klasse in Russisch unterrichtet. In Georgien sank von 1970 auf 1975 die Zahl der in georgischer Sprache veröffentlichten Bücher und Zeitschriften um 13,5%, georgische Druckereien und Verlage wurden geschlossen. Die nationalen Rundfunkprogramme senden nur 13% der Sendungen in der Landessprache, alles andere in russisch. In Theatern und Kinos werden fast ausschließlich russische Stücke gezeigt. Die georgischen Volksmassen gehen da nicht hin. Edward Schewardnadse, der Parteivorsitzende, griff sie auf dem Plenum der georgischen Kommunistischen Partei deshalb an als diejenigen, die nicht wissen, wie sie ihre Zeit vergeuden sollen, statt sich von der großen russischen Kultur beseelen zu lassen. Statt die Zeit zu vergeuden, sollten die georgischen Arbeiter und Bauern mehr arbeiten. Leonid Breschnew empfahl in seiner Rede in Baku, ,,im buchstäblichen Sinne rund um die Uhr
und mit höchster Effektivität zu arbeiten“. Georgien liegt an letzter Stelle in der Planerfüllung. Insbesondere in der Konsumgüterproduktion werden die Pläne nicht erfüllt. Die georgischen Volksmassen leiden Mangel am Notwendigsten. Waren aus anderen Unionsrepubliken zu beschaffen, ist per Gesetz verboten.

1977 wurde in einem Beschluß des
ZK der Kommunistischen Partei Georgiens gegen die ,,negativen Traditionen“ festgehalten, ,,daß z.B. die gekünstelte, in höchstem Grade spießbürgerliche, verschwenderische und berauschende ‚Gastfreundschaft‘, die jeglicher Vernunft fern ist, nichts mit den wahren Traditionen des Volkes gemein hat“. Es soll nicht nur die ,,Tradition“ des Essens beseitigt werden. Die georgischen Volksmassen beginnen Feste und Veranstaltungen grundsätzlich damit, daß sie ihres großen revolutionären Landsmannes gedenken. Statt dieser ,,negativen Traditionen“ wollen die Neuen Zaren ,,neue Traditionen“ — ,,Arbeitsfeiertage“ — schaffen. Zu allen Anlässen, Hochzeit, Geburt, Todesfälle usw. sollen Arbeitseinsätze geleistet werden. Im März und April mußten z.B. in Abchasien während solcher ,,Arbeitsfeiertage“ 31000 Grünanlagen angepflanzt werden.

Die Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten der UdSSR erkennen immer deutlicher, daß die von den Sozialimperialisten betriebene ,,Internationalisierung der Nationen“ mit der sozialistischen Nationalitätenpolitik, die von Lenin und Stalin betrieben wurde und in der die Traditionen und Kultur der von den Zaren unterdrückten Nationalitäten zu ihrer vollen Blüte gelangen, nichts gemein hat. Sie schließen sich im Kampf gegen die Unterdrückung durch die Neuen Zaren zusammen. Immer mehr Reisegruppen aller Nationalitäten, insbesondere russische Arbeiter und Bauern, kommen nach Tiflis, um das dortige Stalinmuseum zu besichtigen und sich mit Stalinbildern zu versorgen.

OPEC-Staaten bereiten die Anhebung des Ölpreises vor

Verringerung der Ölförderung und Entwicklung der anderen Zweige der Produktion

z.pek.Wien. Mit einer Verringerung der Erdölförderung bereiten die Mitgliedsländer der OPEC gegenwärtig den Boden für eine Erhöhung des Ölpreises um 5 bis 10% Anfang 1979. Insgesamt haben die OPEC-Länder ihre Produktion in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um neun Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gedrosselt. Saudi-Arabien reduzierte seine Förderung im Mai auf 6,7 Mio. Barrel pro Tag, gegenüber 8,02 Mio. Barrel im Durchschnitt der Monate Januar bis April. Nigeria produziert gegenwärtig 1,7 Mio. Barrel pro Tag. Der Durchschnitt des Jahres



Nigeria entwickelt seine Waldreserven zum Aufbau der nationalen Wirtschaft: 16 neue Baumschulen wurden errichtet

1977 lag bei 2,1 Mio. Barrel. Mit der Verdoppelung der Förderung aus den Ölfeldern Alaskas und der Nordsee auf gegenwärtig 3 Mio. Barrel pro Tag beabsichtigen die Imperialisten eine „Ölflut“ herbeizuführen und so die Front der OPEC-Länder für eine Ölpreiserhöhung zu Fall zu bringen. Dagegen erklärte der nigerianische Erdölminister, Muhammed Buhari, daß gegenwärtig eine Einschränkung in der Produktion der OPEC-Länder notwendig ist, um eine Ölpreiserhöhung durchzusetzen.

Gegen die Bestrebungen der Imperialisten, Norwegen zur „Vorratskammer in Fragen und Sachen Energie für ganz Europa“ (Österreichischer Rundfunk, Mittagsjournal, 27.9.78) zu machen und das Land damit als Spaltkeil gegen die OPEC einzusetzen, veranstalteten die Organisation der Arabischen Erdölproduzierenden Länder (OAPEC) und Norwegen vom 27. bis 29. September in Oslo ein gemeinsames Seminar zur Entwicklung ihrer Zusammenarbeit bei der Förderung und Verarbeitung von Erdöl. Dabei stand auch die Beratung über eine gemeinsame Preispolitik gegenüber den Imperialisten auf der Tagesordnung.

Der stellvertretende amerikanische Finanzminister, Lisle Widman, gab am 7. September seiner Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß die Zahlungsbilanzüberschüsse der OPEC-Länder in diesem Jahr auf 18 Mrd. Dollar, die Hälfte des Vorjahresstandes, absinken werden. Die Verluste der OPEC-Länder durch die fortgesetzte Dollaraggression sowie durch überhöhte Preise für Maschinen und Anlagen der Imperialisten bezifferte der Generalsekretär der OPEC, Ali M. Jaidah, am 20. September auf ein Drittel der gesamten Einnahmen seit Anfang des Jahres 1977. Es ist klar, daß die Folgen dieser gewaltigen Raubzüge der Imperialisten mit der kommenden Erhöhung von 5 bis 10% nicht beseitigt sind. Saudi-Arabien, Algerien und Kuwait treten daher für regelmäßige schrittweise Preiserhöhungen in den nächsten Jahrzehnten ein. Der Erdölminister Kuwaits und Präsident der OPEC, Scheich Ali Khalifa Al-Shaba, erklärt dazu: „Wenn wir die Preise schrittweise erhöhen, z.B. 2 bis 2,5% jedes Vierteljahr, dann wird eine Preisexplosion 1985 vermieden werden können. Aber wenn wir es für uns zulassen, in den alten Fehler niedriger Energiekosten und der damit verbundenen Ausweitung der Nachfrage verfallen, dann werden wir 1985 mit Sicherheit eine Preisexplosion haben.“ (OPEC-Bulletin, 24.7.78)

Der Kampf der OPEC-Länder für eine Erhöhung des Ölpreises ist Teil ihrer Strategie für die planmäßige Nutzung ihrer Ölreserven im Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft. „Das Zurückbleiben des Preises für Öl hinter den Preisen in jedem anderen Bereich hat im Westen zu der falschen und gefährlichen Illusion geführt, daß Erdöl ein unbeschränkt verfügbarer Rohstoff sei, der nach Lust und Laune vergeudet werden könne“, erklärte Generalsekretär Jaidah am 18. September anläßlich des 18. Jahrestages der Gründung der OPEC. Mit der Erhöhung des Ölpreises unterbinden die OPEC-Länder diesen schrankenlosen Zugriff der Imperialisten und verschaffen sich gleichzeitig die dringend benötigten Mittel zum Aufbau der anderen Zweige der Produktion. Jaidah erklärt dazu weiter: „Wir müssen uns auf den Tag vorbereiten, an dem wir kein Öl mehr haben. Wir müssen jetzt damit beginnen, die lebensnotwendigen wirtschaftlichen Infrastrukturen aufzubauen, die uns aus der Abhängigkeit von einem nicht erneuerbaren Rohstoff befreien und eine gesunde, tragfähige Grundlage für unseren zukünftigen wirtschaftlichen Aufbau schaffen.“

Nigeria hat, um seine Abhängigkeit von Erdölexporten, die 90% der Außenhandelseinnahmen des Landes erbringen, zu verringern, Programme zur Entwicklung aller Zweige der Produktion eingeleitet. Im Mai wurde ein landwirtschaftliches Kreditprogramm, mit dem die kleinen Bauern bei der Steigerung ihrer Produktion unterstützt werden, in Gang gesetzt. Die Nigerianische Zentralbank hat dafür 100 Mio. Naira (ca. 300 Mio. DM) bereitgestellt. Durch die Nigerianische Landwirtschaftsbank wurden in der Periode des laufenden Entwicklungsplans Kredite in Höhe von 128 Mio. Naira (ca. 400 Mio. DM) zur Unterstützung der kleinen Bauern ausbezahlt. Zur Steigerung der Kakaoproduktion hat die nigerianische Regierung die Abnahmepreise erhöht und 75% der Kosten für Düngemittel übernommen. In acht Bundesstaaten werden Großfarmen für die Nahrungsmittelproduktion mit einer landwirtschaftlichen Fläche von je 4000 Hektar errichtet. Gemeinsam mit dem benachbarten Staat Benin werden Zuckerfabriken für die Versorgung der beiden Länder gebaut.

Die Nutzung seiner Rohstoffe nimmt Nigeria unter seine eigene Kontrolle. Anfang dieses Jahres wurde die Gesellschaft „Amalgamated Tin Mines“, mit der die Imperialisten die Ausplünderung der Zinnvorkommen Nigerias betrieben hatten, verstaatlicht. Mit dem Dekret zur Förderung nigerianischer Unternehmen hatte die Regierung 1977 festgelegt, daß die imperialistischen Gesellschaften höchstens 40% des Vermögens von Betrieben in Nigeria erwerben oder besitzen dürfen.

Gegen die Abhängigkeit von Importen von Industrieprodukten der Imperialisten baut Nigeria seine eigene Leicht- und Schwerindustrie auf. Im Entwicklungsplan für 1975 bis 1980 ist der Bau von drei Zementwerken vorgesehen. Das erste davon mit einer Jahresleistung von 1,4 Mio. Tonnen ist im Juni eröffnet worden. Eine Ziegelfabrik mit einer Jahresleistung von 16 Mio. Ziegeln wird im Bundesstaat Cross Rivers bis 1979 fertiggestellt. Im Sommer wurde der Auftrag für ein neues Stahlwerk, das bis 1981 fertiggestellt wird, vergeben.

Das Verkehrsnetz, das von den Imperialisten nur zum schnellen und billigen Abtransport der Rohstoffe des Landes entwickelt worden war, wird besonders im Innern des Landes und zu den Nachbarstaaten ausgebaut. Durch die nigerianische Bundesregierung wurden im letzen Jahr 1900 km neuer Straßen und durch die Regierungen der Bundesstaaten 7000 km gebaut. Mit Liberia wurde im Februar ein Abkommen über den Ausbau der Schiffsverbindungen zwischen den beiden Ländern geschlossen. Zur Versorgung des Stahlwerks Hajel Fijah und der anderen neuen Industrieobjekte wird in Warri ein Hafen mit 6 Liegeplätzen für Massengutfrachter und automatischen Ladeeinrichtungen für Öltanker gebaut.

Gemeinsam bauen die erdölproduzierenden Länder eigene Transporteinrichtungen für Erdöl auf. Die Arab Maritime Petroleum Transport Company (AMPTC), die von den Mitgliedsländern der OAPEC gegründet wurde, verfügt über acht Großtanker mit einer Tonnage von zusammen über 2 Mio. BRT. Auf der Jahreskonferenz der AMPTC am 19.9. in Taif haben die Mitgliedsländer der OAPEC Maßnahmen zum weiteren Aufbau der Gesellschaft beschlossen.

Das Volk von Ost-Timor führt einen langandauernden Volkskrieg

z.hev. Dem Suharto-Regime ist es trotz massiver US-Waffenhilfe und dem Einsatz von US-Militärberatern in Ost-Timor nicht gelungen, die Kontrolle über das Land zu gewinnen. Vor 2 Jahren wurde Ost-Timor als 27. Provinz Indonesien angegliedert, die tatsächliche Macht Suhartos aber bleibt auf die Städte beschränkt. Die wenigen Straßen auf der bis 3000 Meter ansteigenden vulkanischen Insel sind von der Fretilin, der Befreiungsorganisation des Volkes von Ost-Timor, so gründlich unterbrochen worden, daß die Panzer, die Suharto gegen den Volkskrieg einsetzen möchte, von einem Ort zum anderen per Schiff transportiert werden müssen. Die rund 40000 Mann starke Besatzertruppe Suhartos versucht die Taktik des Einkreisungsfeldzuges, mußte dabei aber durch geschickte Gegenangriffe der Fretilin, die bis wenige Kilometer an die Hauptstadt Dili herangetragen wurden, große Verluste hinnehmen, während die Befreiungskämpfer eine Menge an Waffen und Munition erbeuten konnten. Die materielle Grundlage, auf der das Volk in Ost-Timor seinen langandauernden Volkskrieg aufbaut, ist die Umwandlung der Landwirtschaft, die von den portugiesischen Kolonialherren als Kaffeeplantagenmonokultur hinterlassen worden war. Um die im Seegebiet zwischen Australien und Ost-Timor vermuteten großen Ölfelder haben nahezu alle großen imperialistischen Ölgesellschaften einen erbitterten Konkurrenzkampf begonnen. Esso und ein Konsortium mit Shell, Mid-Eastern Oil und Woodside-Oil wollen im September 1979 mit den Bohrungen beginnen.

Mauritius: Aus dem Paradies für Investoren wird nichts

z.rua. Im Oktober reist Scheel nach Mauritius. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gibt ihm am 20.9. mit auf den Weg, dafür zu sorgen, daß der Inselstaat im Indischen Ozean zu einem „Paradies für Investoren“ wird. Recht irdisch haben die EG-Imperialisten Mauritius bisher ausgequetscht. Über das Lomé-Abkommen an die EG assoziiert, muß Mauritius, auf dessen Boden zu 90% Zuckerrohr angebaut wird, seit 1975 über 80% seiner Zuckerexporte zu festen Preisen in die EG liefern. Die Preise der EG-Imperialisten für Nahrungsmittel- und Maschinenexporte nach Mauritius klettern ganz frei. Seit 1976 wird das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit von Mauritius rapide größer. 1971 erpreßten die Imperialisten von Mauritius für ihren Kapitalexport Zoll-und Steuerbefreiung sowie die freie Rückführbarkeit ihrer Profite, die sie aus den Arbeitern, insbesondere in der Textil- und Elektroindustrie, ziehen. Mauritius macht Schluß mit dem Himmel auf Erden für die Imperialisten. Im nationalen Entwicklungsplan nimmt die Verringerung des Zuckerrohranbaus zugunsten des Getreideanbaus wie der Aufbau der kleinen Industrie, vor allem für die Dünge- und Futtermittelproduktion, einen Schwerpunkt ein. Mauritius ist Mitglied der Afrika-Mauritius-Entwicklungsbank, die von 17 afrikanischen Staaten als Instrument der regiona-

„Hohe Auslandsverschuldung, die ständige Finanzierung erfordert“, ist die Voraussetzung für die räuberische Erpressung von Camp David

z.and.Rom. Dem Außenminister des US-Imperialismus Vance ist es weder in Jordanien noch in Saudi-Arabien oder Syrien gelungen, die Abkommen von Camp David an den Mann zu bringen. König Hussein von Jordanien hat bekräftigt, daß es ohne die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes kei-

hat ein großes Bevölkerungswachstum, chronisches Zahlungsbilanzdefizit, eine hohe Auslandsverschuldung, die ständige Finanzierung erfordert, eine hohe Inflationsrate und hohe Subventionen auf Grundnahrungsmittel.“

Das „Erfordernis ständiger Finanzierung“ haben die US-Imperialisten seit 1974 genutzt, um mit der Vergabe

Kreditvergabe der US-Imperialisten an Ägypten
in Mio. Dollar

* geplant

	1946–67	1968–73	1974	1975	1976	1977	1978
„Wirtschaftshilfe“	895,1	2,3	21,3	370,1	464,3	700	950*
Kredite	595,2	1,5	9,5	298,8	351,7	—	
„Zuschüsse“	299,9	0,8	11,8	71,3	112,6	—	—

den Warenimport, der gebunden ist an

US-Exporte nach Ägypten landwirt-

höhung zu Fall zu bringen. Dagegen erklärte der nigerianische Erdölminister, Muhammed Buhari, daß gegenwärtig eine Einschränkung in der Produktion der OPEC-Länder notwendig ist, um eine Ölpreiserhöhung durchzusetzen.

Gegen die Bestrebungen der Imperialisten, Norwegen zur „Vorratskammer in Fragen und Sachen Energie für ganz Europa“ (Österreichischer Rundfunk, Mittagsjournal, 27.9.78) zu machen und das Land damit als Spaltkeil gegen die OPEC einzusetzen, veranstalteten die Organisation der Arabischen Erdölproduzierenden Länder (OAPEC) und Norwegen vom 27. bis 29. September in Oslo ein gemeinsames Seminar zur Entwicklung ihrer Zusammenarbeit bei der Förderung und Verarbeitung von Erdöl. Dabei stand auch die Beratung über eine gemeinsame

Preiserhöhungen in den nächsten Jahrzehnten ein. Der Erdölminister Kuwaits und Präsident der OPEC, Scheich Ali Khalifa Al-Shaba, erklärt dazu: „Wenn wir die Preise schrittweise erhöhen, z.B. 2 bis 2,5% jedes Vierteljahr, dann wird eine Preisexplosion 1985 vermieden werden können. Aber wenn wir es für uns zulassen, in den alten Fehler niedriger Energiekosten und der damit verbundenen Ausweitung der Nachfrage verfallen, dann werden wir 1985 mit Sicherheit eine Preisexplosion haben.“ (OPEC-Bulletin, 24.7.78)

Der Kampf der OPEC-Länder für eine Erhöhung des Ölpreises ist Teil ihrer Strategie für die planmäßige Nutzung ihrer Ölreserven im Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft. „Das Zurückbleiben des Preises für Öl hinter den

Mio. Naira (ca. 300 Mio. DM) bereitgestellt. Durch die Nigerianische Landwirtschaftsbank wurden in der Periode des laufenden Entwicklungsplans Kredite in Höhe von 128 Mio. Naira (ca. 400 Mio. DM) zur Unterstützung der kleinen Bauern ausbezahlt. Zur Steigerung der Kakaoproduktion hat die nigerianische Regierung die Abnahmepreise erhöht und 75% der Kosten für Düngemittel übernommen. In acht Bundesstaaten werden Großfarmen für die Nahrungsmittelproduktion mit einer landwirtschaftlichen Fläche von je 4000 Hektar errichtet. Gemeinsam mit dem benachbarten Staat Benin werden Zuckerfabriken für die Versorgung der beiden Länder gebaut.

Die Nutzung seiner Rohstoffe nimmt Nigeria unter seine eigene Kontrolle. Anfang dieses Jahres wurde die Gesellschaft „Amalgamated Tin

ein Abkommen über den Ausbau der Schiffsverbindungen zwischen den beiden Ländern geschlossen. Zur Versorgung des Stahlwerks Hajel Fijah und der anderen neuen Industrieobjekte wird in Warri ein Hafen mit 6 Liegeplätzen für Massengutfrachter und automatischen Ladeeinrichtungen für Öltanker gebaut.

Gemeinsam bauen die erdölproduzierenden Länder eigene Transporteinrichtungen für Erdöl auf. Die Arab Maritime Petroleum Transport Company (AMPTC), die von den Mitgliedsländern der OAPEC gegründet wurde, verfügt über acht Großtanker mit einer Tonnage von zusammen über 2 Mio. BRT. Auf der Jahreskonferenz der AMPTC am 19.9. in Taif haben die Mitgliedsländer der OAPEC Maßnahmen zum weiteren Aufbau der Gesellschaft beschlossen.

ber 1979 mit den Bohrungen beginnen.

Mauritius: Aus dem Paradies für Investoren wird nichts

z.rua. Im Oktober reist Scheel nach Mauritius. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gibt ihm am 20.9. mit auf den Weg, dafür zu sorgen, daß der Inselstaat im Indischen Ozean zu einem „Paradies für Investoren“ wird. Recht irdisch haben die EG-Imperialisten Mauritius bisher ausgequetscht. Über das Lomé-Abkommen an die EG assoziiert, muß Mauritius, auf dessen Boden zu 90% Zuckerrohr angebaut wird, seit 1975 über 80% seiner Zuckerexporte zu festen Preisen in die EG liefern. Die Preise der EG-Imperialisten für Nahrungsmittel- und Maschinenexporte nach Mauritius klettern ganz frei. Seit 1976 wird das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit von Mauritius rapide größer. 1971 erpreßten die Imperialisten von Mauritius für ihren Kapitalexport Zoll-und Steuerbefreiung sowie die freie Rückführbarkeit ihrer Profite, die sie aus den Arbeitern, insbesondere in der Textil- und Elektroindustrie, ziehen. Mauritius macht Schluß mit dem Himmel auf Erden für die Imperialisten. Im nationalen Entwicklungsplan nimmt die Verringerung des Zuckerrohranbaus zugunsten des Getreideanbaus wie der Aufbau der kleinen Industrie, vor allem für die Dünge- und Futtermittelproduktion, einen Schwerpunkt ein. Mauritius ist Mitglied der Afrika-Mauritius-Entwicklungsbank, die von 17 afrikanischen Staaten als Instrument der regiona-

len Kooperation gegen die imperialistische Plünderung gegründet wurde. Daß die VR China „ohne politische Gegenleistung“ einen Großflughafen auf dem Inselstaat baut, veranlaßt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu knirschen: „sollte als Warnsignal verstanden werden“.

„Hohe Auslandsverschuldung, die ständige Finanzierung erfordert“, ist die Voraussetzung für die räuberische Erpressung von Camp David

Kreditvergabe der US-Imperialisten an Ägypten
in Mio. Dollar

* geplant

	1946–67	1968–73	1974	1975	1976	1977	1978
„Wirtschaftshilfe“	895,1	2,3	21,3	370,1	464,3	700	950*
Kredite	595,2	1,5	9,5	298,8	351,7	—	
„Zuschüsse“	299,9	0,8	11,8	71,3	112,6	—	—

z.and.Rom. Dem Außenminister des US-Imperialismus Vance ist es weder in Jordanien noch in Saudi-Arabien oder Syrien gelungen, die Abkommen von Camp David an den Mann zu bringen. König Hussein von Jordanien hat bekräftigt, daß es ohne die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes kei-

nen Frieden im Nahen Osten geben kann. In Saudi-Arabien wurde Vance gleich wieder ins Flugzeug gesetzt, seine schon angekündigte „abschließende Erklärung“ auf dem Flughafen von Riad konnte er nicht halten.

Am Wochenende haben auch Nordjemen, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuweit und Qatar die Ergebnisse der Gipfelkonferenz zurückgewiesen. Algerien, Libyen, Syrien, Südjemen und die PLO haben auf ihrer gemeinsamen Konferenz beschlossen, Kontakt zu den anderen Staaten der arabischen Liga aufzunehmen, um den Kampf gegen die Erpressung der US-Imperialisten zu koordinieren. Der Bürgermeister von Ramallah im westlichen Jordantal hat erklärt, für das palästinensische Volk seien diese Bedingungen vollständig unannehmbar. All das zeigt den großen Willen der arabischen Völker zur Einheit gegen den US-Imperialismus und die Zionisten. Trotzdem ist es den USA gelungen, Präsident Sadat zur Unterzeichnung dieser Vereinbarungen gegen die Interessen des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation zu erpressen. Voraussetzung dafür war die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit, in die sie Ägypten gezwungen haben.

Ende 1977 stellte eine vom US-amerikanischen Kongreß entsandte „Studienkommission“, geleitet von Lee Hamilton, dem Chef der Unterabteilung für internationale Beziehungen zu Europa und dem Nahen Osten, befriedigt fest: „Heute haben die USA und Ägypten enge Beziehungen, unser Botschafter in Kairo hat ausgezeichneten Zugang zur ägyptischen Führung. Ägypten ist ein Land mit mehreren wirtschaftlichen Problemen. Das Land

hat ein großes Bevölkerungswachstum, chronisches Zahlungsbilanzdefizit, eine hohe Auslandsverschuldung, die ständige Finanzierung erfordert, eine hohe Inflationsrate und hohe Subventionen auf Grundnahrungsmittel.“

Das „Erfordernis ständiger Finanzierung“ haben die US-Imperialisten seit 1974 genutzt, um mit der Vergabe

von Krediten die Ausplünderung Ägyptens erneut zu forcieren. In der Zeit zwischen den beiden letzten Kriegen der arabischen Völker gegen den zionistischen Besatzerstaat hatten sie ihre „Wirtschaftshilfe“ fast vollständig eingestellt. Die ägyptische Wirtschaft war infolge der Ausplünderung durch den Sozialimperialismus zerrüttet. Ägypten hatte ein Handelsbilanzdefizit von 2,8 Mrd. Dollar und eine Inflationsrate von ca. 30 Prozent. Vor allem die ägyptische Baumwollproduktion (Baumwolle ist noch immer Ägyptens wichtigster Exportartikel) hatte sich die Sowjetunion unterworfen. Nachdem die Sozialimperialisten notwendige Ersatzteile nicht lieferten und sich nach dem Oktoberkrieg weigerten, die Schulden Ägyptens für Waffenlieferungen zu stunden, vielmehr auf „pünktlicher Zahlung“ bestanden, hat Ägypten die sowjetischen Militärberater 1974 aus dem Land geworfen und 1976 den „Freundschaftsvertrag“ mit der Sowjetunion aufgekündigt. Heute versuchen die Sozialimperialisten auf ähnliche Weise Syrien auszuplündern Den syrischen Staatspräsidenten Assad haben sie nach Moskau zitiert, um ihm einen Verteidigungspakt aufzudrängen. Ägypten hat jetzt noch ca. 3 Mrd. Dollar Schulden an die Sowjetunion. Die US-Imperialisten erboten sich, die finanzielle Lage des Landes zu „erleichtern“, und haben seit 1975 mit schwungvoll steigenden neuen Krediten die Zinsplünderung auf neue Höhen geführt.

Die „Studienkommission“ des Kongresses stellt dazu fest: „Das US-Hilfsprogramm zielt auf eine Erleichterung des Zahlungsbilanzdefizits durch eine Kombination von Darlehen für den Warenimport, der gebunden ist an den Kauf von US-Waren, und Krediten. Aufgabe für einen Teil unseres Hilfsprogramms ist die Unterstützung von Projekten für eine langfristige Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft.“ Im Bunde mit IWF und Weltbank haben die US-Imperialisten mit solcher „Hilfe“ in wenigen Jahren eine Steigerung der Auslandsverschuldung Ägyptens auf jetzt ca. 15 Mrd. Dollar erzwungen.

175 US-imperialistische Konzerne beuten in Ägypten direkt die Arbeiterklasse aus zu Hungerlöhnen von nicht viel mehr als 200 Dollar im Jahr. Diese Konzerne beherrschen einen Großteil der ägyptischen Wirtschaft. Stolz berichtet die Wochenzeitschrift „American Commerce“: „US-Firmen sind tätig im Bereich der Banken, Hotels, Versicherungsunternehmen, Ölförderung, Verwaltung, Architektur, Maschinenbau, Handelsunternehmen, Konstruktionsbüros und Fabriken.“ Die Ölförderung soll bis 1980 um das Doppelte auf eine Million Barrel gesteigert werden. Die Exploration von Ölvorkommen betreiben in Ägypten ausschließlich ausländische Gesellschaften. Die „Studienkommission“ fordert weitere Verbesserung des Investitionsklimas: „US-Geschäfte in Ägypten sind gebunden an eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und sollten sich vermehren, wenn ... einschränkende Gesetze geändert werden.“ Erzwungen haben die US-Imperialisten bereits die Einrichtung von steuerfreien Zonen, Steuerbefreiung in den ersten fünf Jahren und Investitionsschutzabkommen. Zur „Verbesserung des Investitionsklimas“ soll auch beitragen, daß 60 Prozent aller US-Exporte nach Ägypten landwirtschaftliche Produkte sind und ein Lieferstopp eine Hungersnot heraufbeschwören könnte.

Mit der „Unterstützung von Entwicklungsprojekten“ wollen die US-Imperialisten vor allem die Produktionszweige und allgemeinen Produktionsbedingungen, die für den Aufbau einer eigenen nationalen Wirtschaft entscheidend sind, unter ihre Kontrolle bringen. Die nächsten Projekte der US-Agency for International Development (AID) sind der Bau eines 300-Megawatt-Wärmekraftwerks bei Ismailia, ein nationales Energiekontrollzentrum, die Projektierung von Wasser- und Abwasseranlagen für Kairo, Alexandria und die Suez-Kanal-Zone, eine „abschließende Studie“ und die Planung der weiteren Entwicklung des Fernmeldewesens.

„Die Verwirklichung von wirtschaftlicher Liberalisierung ist extrem schwierig in den niederen Ebenen der Verwaltung, weil die Angestellten, gewöhnt an die Ideologie des arabischen Sozialismus, privaten Unternehmen mißtrauen“, klagt die Studienkommission. Mehrfach haben die ägyptischen Volksmassen in großen Streiks gegen die Ausplünderung durch die US-Imperialisten gekämpft. Die anderen arabischen Staaten unterstützen Ägypten im Kampf um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit. Durch Darlehen vor allem der Gulf Organisation for the Development of Egypt (GODE), der die arabischen Ölförderländer am Golf angehören, konnte das Zahlungsbilanzdefizit vermindert werden. Saudi-Arabien hat angeboten, die Ausrüstung der ägyptischen Armee in den nächsten fünf Jahren zu unterstützen.

4. Kongreß der F.POLISARIO

z.jon.Paris. Zu Beginn des 4. Kongresses der F.POLISARIO am 25.9. in Oued El Nasr in den befreiten Gebieten gab der Verteidigungsminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara den 400 Delegierten und zahlreichen ausländischen Delegationen neue militärische Siege bekannt: unter anderem wurde am 21.9. eine feindliche Kolonne 30 Kilometer südlich von Smara aufgerieben. 35 Marokkaner wurden getötet, drei Geschütze, sieben Jeeps und drei Lastwagen zerstört. Nördlich Bir-Enzaran wurden am gleichen Tag bei einer ähnlichen Operation 18 marokkanische Militärs getötet. An der Südfront hat die Regierung der DARS Mauretanien einseitig den Waffenstillstand erklärt, um der neuen mauretanischen Regierung Gelegenheit zum Friedensabschluß und zum Abzug aus den besetzten Gebieten zu geben. Nach ihrer Niederlage im Süden streben die US- und französischen Imperialisten, die vor allem hinter der marokkanischen Aggression stehen, jetzt einen „Frieden“ an, bei dem sie die marokkanische Besatzung über die Phosphatvorkommen im Norden erhalten wollen. Dafür haben sie einen Vertreter der alten spanischen Kolonialmacht zum F.POLISARIO-Kongreß geschickt. Mohamed Abdelaziz, Generalsekretär der F.POLISARIO, erklärte: „Es kann keinen dauerhaften Frieden geben, solange das freie sahaurische Volk nicht seine Souveränität auf dem ganzen nationalen Territorium errichtet hat.“

Briefe von Metallarbeitern gegen das Steuerpaket

Vulkan-Arbeiter nehmen Stellung gegen „Steuerreform“

„Bremen, den 26.9.78

An den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Herbert Wehner, Bonn, Bundeshaus
Durchschrift an die ‚IG-Metall-Zeitung‘ Frankfurt

Sehr geehrter Herr Wehner,
Berechnungen der Auswirkungen der ‚Steuerreform‘ haben ergeben, daß für die unteren Lohngruppen (wohlgemerkt unterhalb der Facharbeiterlohngruppen) nichts, für die Facharbeiter zwischen sieben und um die dreißig DM ab 1979 herausspringen soll. Allein dieses Ergebnis genommen, verdient es nicht einmal die Bezeichnung ‚Tröpfchen auf den heißen Stein‘. In Verbindung mit der gleichzeitigen Anhebung der Mehrwertsteuer ist es nicht unbedingt schwierig zu errechnen, um welchen Betrag unser Lohn darüber hinaus geschmälert werden soll. Entscheidend aber ist die tiefe Spaltung, die diese ‚Steuerreform‘ in den unteren Lohngruppen und denen oberhalb des Facharbeiterecklohns schafft, welche durch die anstehende Progression in den kommenden Jahren noch entscheidend vertieft wird. Die Tatsache, daß wir vor heißen Kämpfen um die Erhöhung unseres Lohnes stehen, gebietet, an unserer Forderung nach einem monatlichen Steuerfreibetrag von 1500 DM festzuhalten, welcher mit überwiegender Mehrheit der Kollegen und des Vertrauensleutekörpers des Bremer Vulkan anläßlich des 1. Mai 1977 beschlossen wurde. Darüberhinaus setzen wir uns für die Anhebung des Grundfreibetrages um 2000 DM jährlich ein, was immerhin für die Arbeiter und Angestellten monatlich einen spürbaren Lohnzuwachs zur Folge hätte.

Mit dem gräflichen Vorschlag des Herrn Minister Lambsdorff werden wir so verfahren, daß wir entschieden die Aussage des IG-Metallvorsitzenden Loderer unterstützen, der in Sachen ‚Einschränkungen bei den kommenden Lohnkämpfen‘ vertrat, daß er seinen Mitgliedern eine solche Zurückhaltung nicht empfehlen würde. Um die Höhe der aufzustellenden Forderung zu ermitteln, werden zur Zeit auf dem Bremer Vulkan Berechnungen durchgeführt. Wir werden dabei dafür eintreten, daß die tief angelegte Spaltung der ‚Steuerreform‘ in dieser Berechnung gebührend berücksichtigt wird.“

Einstimmig beschlossen von 53 Kollegen in der Pausenversammlung.
Dieser Brief wurde bereits am 21.9. von 6 Arbeitern, darunter einem Jugendvertreter, aus der Schlosserei und 5 Arbeitern aus dem Schiffbaubereich an Wehner und „Metall“ versendet.

Brief von Still-Arbeitern für Anhebung des Grundfreibetrages

Der Vertrauensleutekörper hat am 27.9.78 beschlossen, einen Brief an den Hauptvorstand der IGM, an die Ortsverwaltung Hamburg der IGM, an die Redaktion „Metall“ und die Bundestagsfraktion der SPD zu schicken, der von acht Arbeitern als Antrag eingebracht wurde. In dem Brief wendet sich der Vertrauensleutekörper gegen das Steuerpaket der Bundesregierung, gegen die Abspaltung der unteren Lohngruppen, gegen die Mehrwertsteuererhöhung und die Abschaffung der Lohnsummensteuer, weil sie nur weiter Gebührenerhöhungen und Erhöhung indirekter Steuern zur Folge haben wird. Sie schreiben: „Die Parlamentarier der SPD, FDP und CDU/CSU sind sich schon einig darin, daß wir zahlen müssen. Nur über das Wie und Wann gibt es Differenzen. Unser Interesse nach tatsächlicher Steuersenkung durch die Anhebung des Grundfreibetrages soll so zertreten werden.“

Brief von 6 Arbeitern von BBC Stotz-Kontakt und einem Werkstudenten Heidelberg. „Mit der Steuerreform sollte ‚mehr Steuergerechtigkeit‘ geschaffen werden. Solche Phrasen haben sich als Betrug erwiesen, um die neue Steuerreform zu lancieren. Das ist ein Machwerk, um die Arbeiterklasse im anstehenden Tarifkampf zu spalten und mittels der Mehrwertsteuererhöhung von uns Arbeitern das Geld zu schröpfen, das den Kapitalisten mittels Streichung der ‚Lohnsummensteuer‘ und der Senkung von ‚Gewerbesteuern‘ in den Rachen geschoben wird. ‚Leistungshemmnisse‘ sollten jetzt beseitigt werden.

Eine Akkordarbeiterin hat einen Bruttolohn von 1200 DM tariflich. Weil das nicht reicht, muß sie 135% Akkord schaffen. Dann hat sie etwa 1650 DM. Die Steuern, die ihr automatisch abgezogen werden vom Lohn, schnellen astronomisch in die Höhe. Weit über 200 DM sind das in Steuerklasse I. Ganze 7 DM monatlich soll sie 1979 weniger zahlen.

Der Abteilungsleiter mit 4000 DM soll dafür 70 DM monatlich weniger zahlen, die bestgeschmierten Nichtarbeiter gar bis zu 1800 DM im Jahr.

Bei den mittleren Löhnen, bei Facharbeitern und Angestellten, ist eine scharfe Differenzierung bezweckt. 1 DM Unterschied im Stundenlohn macht hier 10 bis 20 DM mehr oder weniger ‚Reformertrag‘ aus. Womit will man das begründen, wenn nicht mit beabsichtigter Spaltung im Tarifkampf.

So geht das auf keinen Fall. Es geht auch nicht darum, daß mehr ‚Kaufkraft‘ geschaffen würde. Die Kapitalisten wollen ihren Profit erhöhen auf Kosten der Arbeiterklasse. Darum geht's.

Wir verlangen dagegen, daß unten mindestens dasselbe rauskommt wie oben. Der Steuerfreibetrag muß um mindestens 2000 DM erhöht werden! Die Mehrwertsteuererhöhung muß fallen! Die Gewerkschaftsführung der IG Metall, in der wir Mitglied sind, muß dieses Jahr für den Tarifkampf eine Festgeldforderung aufstellen.“

13 Arbeiter von Teldix-Wieblingen haben ebenfalls eine Erklärung mit ähnlichem Inhalt verfaßt, in der sie auch eine Festgeldforderung von 150 DM fordern.

Brief von neun Blaupunktarbeitern aus Hildesheim

„An die Bundestagsfraktion der SPD
zu Händen Herbert Wehner
Bundeshaus, Hermann-Ehlers-Straße,
5300 Bonn

Betrifft: Steuerreform
Sehr geehrter Herr Wehner!
Bei Blaupunkt (Boschgruppe) in Hildesheim sind 60% der Blaupunktarbeiter in Lohngruppe 3 eingestuft; wir, die Unterzeichner, überwiegend in Lohngruppe 5 und 6. Das ergibt z.B. im Juni bei einem — mit einigen Zuschlägen — Bruttolohn von 1797,05 DM. Also reichlich! Ihre Fraktion ist nun maßgeblich an einer Änderung der Steuergesetzgebung beteiligt.

Wir haben uns das genau ausgerechnet und festgestellt, daß Sie damit offenbar Teile der Facharbeiter von den unteren Lohngruppen abspalten bzw. über ein kleines Almosen die Progression absichern wollen. Ganz davon abgesehen, daß unsere Meister, Abteilungsleiter usw. ganz schön geschmiert werden. Für uns ergibt sich jedenfalls eine Minderbelastung von 7 DM. Ein Hohn, weil Sie ja gleichzeitig die Mehrwertsteuer erhöhen wollen. Wir zahlen also insgesamt drauf und zwar kräftig.

Wenn das nicht geschehen soll, brauchen wir einen um ca. 2000 DM erhöhten Freibetrag. Allgemein ist unsere Meinung: Ein monatlicher Freibetrag von 1500 DM wäre richtig sowie die Abschaffung der indirekten Steuern. Jedenfalls werden wir uns in den kommenden Tarifauseinandersetzungen von den 7 DM nicht ablenken lassen. Wir schätzen, daß wir uns auf 150 DM für alle einigen können.“

Neun Arbeiter und Angestellte der Firma Hein, Heidelberg

unterzeichneten folgenden Brief:

„Mit der Steuerreform, die demnächst im Bundestag vorliegt, sollen durch Erhöhung der Mehrwertsteuer über 7 Milliarden DM von den Löhnen, Renten, Arbeitslosengeldern usw. kassiert und den Kapitalisten durch Steuererlaß zugeschossen werden. Wir sind nicht bereit, zur ‚Belebung der Wirtschaft‘ auf unsere Lebensmittel zu verzichten. Deshalb muß die Mehrwertsteuererhöhung weg. Und mit ihr alle indirekten Steuern auf die Massenkonsumgüter!

Die geplante ‚Senkung‘ der Lohnsteuer bringt für die Arbeiter unter 2000 DM Bruttolohn nicht einmal den Mehrwertsteuerzuwachs herein, sondern 7 bis 15 DM; während z.B. ein hoher Angestellter mit 3500 DM brutto zusammen mit seiner ‚berufstätigen‘ Gattin mit 2000 DM brutto einen Reformertrag von 140 DM einstreicht.

Dazwischen sollen genau die Facharbeiterschichten durch unterschiedliche Reformerträge auseinandergerissen und der obere Teil von den Massen der Arbeiter abgespalten werden.

Dieser Regierungsplan brächte ab 1.1.79 eine günstige Lage für die Kapitalisten, um im Frühjahr niedrige prozentuale Lohnerhöhungen gegen uns durchzusetzen, und dann ab 1.7.79 mit der Mehrwertsteuer diesen Lohnsenkungsschachzug zu vollenden.

Also verlangen wir die Erhöhung des geplanten Grundfreibetrages um 2000 DM auf 5690 DM, weil dann die unteren Lohngruppen nicht noch tiefer unter die höheren gedrückt werden. Wir wollen im Gegensatz zur offensichtlichen Regierungsabsicht die Einheit der Arbeiter gegen weitere Lohnsenkungen. Deshalb fordern wir jetzt von der SPD-Fraktion im Bundestag die Streichung der Mehrwertsteuererhöhung sowie 2000 DM mehr Steuerfreibetrag, und werden uns in unserem Lohnkampf für eine ausreichend hohe Festgeldforderung einsetzen.“

wurde. Darüberhinaus setzen wir uns für die Anhebung des Grundfreibetrages um 2000 DM jährlich ein, was immerhin für die Arbeiter und Angestellten monatlich einen spürbaren Lohnzuwachs zur Folge hätte.
Mit dem gräflichen Vorschlag des Herrn Minister Lambsdorff werden wir so verfahren, daß wir entschieden die Aussage des IG-Metallvorsitzenden Loderer unterstützen, der in Sachen ‚Einschränkungen bei den kommenden Lohnkämpfen‘ vertrat, daß er seinen Mitgliedern eine solche Zurückhaltung nicht empfehlen würde. Um die Höhe der aufzustellenden Forderung zu ermitteln, werden zur Zeit auf dem Bremer Vulkan Berechnungen durchgeführt. Wir werden dabei dafür eintreten, daß die tief angelegte Spaltung der ‚Steuerreform‘ in dieser Berechnung gebührend berücksichtigt wird.“
Einstimmig beschlossen von 53 Kollegen in der Pausenversammlung.
Dieser Brief wurde bereits am 21.9. von 6 Arbeitern, darunter einem Jugendvertreter, aus der Schlosserei und 5 Arbeitern aus dem Schiffbaubereich an Wehner und „Metall“ versendet.
Brief von Still-Arbeitern für Anhebung des Grundfreibetrages
Der Vertrauensleutekörper hat am 27.9.78 beschlossen, einen Brief an den Hauptvorstand der IGM, an die Ortsverwaltung Hamburg der IGM, an die Redaktion „Metall“ und die Bundestagsfraktion der SPD zu schicken, der von acht Arbeitern als Antrag eingebracht wurde. In dem Brief wendet sich der Ver-
heim sind 60% der Blaupunktarbeiter in Lohngruppe 3 eingestuft; wir, die Unterzeichner, überwiegend in Lohngruppe 5 und 6. Das ergibt z.B. im Juni bei einem — mit einigen Zuschlägen — Bruttolohn von 1797,05 DM. Also reichlich! Ihre Fraktion ist nun maßgeblich an einer Änderung der Steuergesetzgebung beteiligt.
Wir haben uns das genau ausgerechnet und festgestellt, daß Sie damit offenbar Teile der Facharbeiter von den unteren Lohngruppen abspalten bzw. über ein kleines Almosen die Progression absichern wollen. Ganz davon abgesehen, daß unsere Meister, Abteilungsleiter usw. ganz schön geschmiert werden. Für uns ergibt sich jedenfalls eine Minderbelastung von 7 DM. Ein Hohn, weil Sie ja gleichzeitig die Mehrwertsteuer erhöhen wollen. Wir zahlen also insgesamt drauf und zwar kräftig.
Wenn das nicht geschehen soll, brauchen wir einen um ca. 2000 DM erhöhten Freibetrag. Allgemein ist unsere Meinung: Ein monatlicher Freibetrag von 1500 DM wäre richtig sowie die Abschaffung der indirekten Steuern. Jedenfalls werden wir uns in den kommenden Tarifauseinandersetzungen von den 7 DM nicht ablenken lassen. Wir schätzen, daß wir uns auf 150 DM für alle einigen können.“
Neun Arbeiter und Angestellte der Firma Hein, Heidelberg
unterzeichneten folgenden Brief:
„Mit der Steuerreform, die demnächst im Bundestag vorliegt, sollen durch Erhöhung der Mehrwertsteuer über 7 Milliarden DM von den Löhnen, Renten, Ar-

Bundeshaushalt 1979: Eine Kampfansage in Westdeutschland sowie gegen

z.mif. Der Haushalt ist das „aussagehaltigste Beweisstück für die von der regierenden Mehrheit verfolgte Politik“. (Dr. Gablers Wirtschaftslexikon) Die „Aussage“ des Bundeshaushalts 1979 ist eine Kampfansage an die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland sowie die Völker der Dritten Welt einerseits und an die imperialistischen Konkurrenten einschließlich der Sozialimperialisten andererseits.

„Wir haben in diesem Jahr besonders diejenigen Ausgaben ausgeweitet, von denen wir eine nachhaltige Förderung der Wirtschaft und ihrer Wachstumschancen erwarten“, erklärt der Bundesminister der Finanzen. Das heißt Maßnahmen, die die Lohnsenkung erleichtern sollen, Übernahme von Kosten, die die Profitrate belasten, und direkte Mästung der Kapitalisten mit den geraubten Lohngeldern.

Die wichtigsten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen dafür, daß die Kapitalisten mit der Senkung der Arbeiterlöhne vorankommen, sind die 7-DM-Steuerreform sowie die Erhöhung des Kindergeldes und das „Mutterschaftsgeld“. Sie sollen „in der deutschen Wirtschaft — materiell wie psychologisch — zur notwendigen weiteren Klimaverbesserung als wesentlicher Voraussetzung für die Rückkehr zu einem mittelfristig rascheren Wirtschaftswachstum beitragen“ (Finanzplan des Bundes 1978 bis 1982). Unter „mittelfristig rascher“ stellt sich die Bourgeoisie eine reale Steigerung des Bruttosozialprodukts um 21,5% in den nächsten fünf Jahren vor (1972 bis 1977: 11,1%). Der Anteil des „privaten Verbrauchs“ soll von 55,7 auf 55,1% heruntergedrückt werden, zugunsten der „Bruttoanlageinvestitionen“. Das sind die salonfähigen Ausdrücke für Verelendung, verschärfte Arbeitshetze und Ausweitung der Schichtarbeit.

Bei der 1. Lesung im Bundestag stand die Frage der Mehrwertsteuererhöhung im Zentrum: soll damit nur die entgangene Lohnsteuer wieder reingeholt werden, oder wird sie verbunden mit einer noch weitergehenden Streichung der Steuern auf Profit, als von der Regierung geplant. Das „Handelsblatt“ findet es „wirtschaftlich nicht mehr vertretbar, ein Steuersystem aufrecht zu erhalten, das investitions-und wachstumsfeindlich wirkt“ (Verlagsbeilage, 22.9.).

Nach dem Kräftemessen beim „Treffen der Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrieländer am 16. und 17. Juli 1978 in Bonn“ hat sich die westdeutsche Bourgeoisie vorgenommen, sich von der US-imperialistischen Supermacht noch weniger sagen zu lassen und mit einer neuerlich verschärften Schweißauspressung den Konkurrenten weiteren Boden abzunehmen. Die Bundesregierung hat sich „bei den Verhandlungen letztlich von ihrer eigenen Beurteilung unserer wirtschaftlichen Lage leiten lassen“. Diese „Beurteilung“ erfordert die Streichung der Lohnsummensteuer und die Anhebung des Freibetrags bei der Gewerbeertragssteuer, macht einen „Wegfall von etwa einer Million Gewerbesteuerfälle. Dies bedeutet eine spürbare Verwaltungsvereinfachung.“

Dabei stellt Matthöfer fest: „Auch wenn der Handel mit den östlichen Staatshandelsländern nur einen geringen Anteil am deutschen Außenhandel ausmacht, so ist doch das im Mai 1978 mit der Sowjetunion abgeschlossene langfristige Wirtschaftsabkommen von großer Bedeutung. Durch den Abschluß von Kooperationsabkommen mit den östlichen Staatshandelsländern unterstützt die Bundesregierung die deutsche Wirtschaft beim Ausbau ihrer Beziehungen zu diesen Ländern. Wir hoffen, damit unseren Bemühungen um Entspannung und Abrüstung eine festere wirtschaftliche Grundlage zu geben.“

Dies steht scheinbar außerhalb des Zusammenhangs der Lobrede auf das Blutsaugertreffen vom 16. und 17. Juli. Tatsächlich weist Matthöfer damit aber auf eine selbständige Operationsbasis des westdeutschen Imperialismus hin, in der er sich einigen Vorsprung vor den US-Imperialisten geschaffen hat. Diese Operationsbasis soll die Ellbogen- und Stiefelfreiheit in anderen Erdteilen vergrößern helfen. Die materiellen Voraussetzungen sind dabei Monopole von größerer Schlagkraft und ein Vorsprung in den strategisch entscheidenden Techniken. Matthöfer betont daher: „Der Bundesminister für Forschung und Technologie verfügt bis 1982 über 25 Milliarden DM. Das sind gegenüber der bisherigen Planung 5 Milliarden DM mehr. Die Mehrausgaben sollen insbesondere in den Bereichen Energieforschung, Rohstoffsicherung, Ökologie und Umwelt, Meerestechnik und Verkehrstechnik eingesetzt werden. Verstärkt wird auch die Förderung der Entwicklung elektronischer Techniken und der Nachrichtentechnik sowie der Gesundheitsforschung.“

Im einzelnen: „Die erhebliche Aufstockung der Mittel für die Kokskohlebeihilfe auf 740 Millionen DM für 1979 soll dem deutschen Steinkohlebergbau einen kostendeckenden Preis und der Stahlindustrie die Verwendung deutscher Kokskohle zu international vergleichbaren Preisen ermöglichen.“ Die eigene strategische Basis wird im Innern gefestigt und nach außen erweitert. „Der langfristigen Sicherung der Erdölversorgung der Bundesrepublik dient ein weiteres DEMINEX-Anschlußprogramm von insgesamt 600 Millionen DM bis 1981. Damit sollen neue ausländische Erdölfelder erschlossen und der Kauf von Erdölfeldern durch die Privatwirtschaft im Ausland gefördert werden. Der Ausbau der Rohölreserve zur verstärkten Krisenvorsorge auf 8 Millionen Tonnen Rohöl wird vorzeitig erreicht.“

Für „Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet“ darf der Finanzminister nach dem Haushaltsgesetz 1979 Bürgschaften bis zur Höhe von 4 Milliarden DM übernehmen. Derartige Bürgschaften gibt es auf allen Gebieten, auf denen die Bourgeoisie in den Schlachten um die Neuaufteilung der Welt mit kriegerischer Zuspitzung rechnet: „Im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner“, sowie „im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht“, kann der Finanzminister Bürgschaften bis 145 Milliarden DM übernehmen; ferner zur „Förderung der gewerblichen Wirtschaft..., des Verkehrswesens..., der Fischwirtschaft, im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen... im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, insbesondere aus Anlaß des Betriebes von Atomanlagen..., im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen...“ usw. Für diesen Bereich sind Bürgschaften bis 48,2 Milliarden DM im Haushaltsgesetz vorgesehen. In der Begründung heißt es, die „Ausweitung des Ermächtigungsrahmens entspricht dem wachsenden Bedarf der Wirtschaft nach Ausfuhrbürgschaften, der vor allem in der Zunahme der Exporte in die absicherungsbedürftigen Entwicklungsländer, insbesondere in die Ölländer, und in den ständig größer werdenden Projektdimensionen seine Ursache hat.“

Einnahmen

10 Milliarden DM Steuermindereinnahmen soll die Änderung des Einkommenssteuertarifs für die Bundeskasse bedeuten. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. Juli 1979 auf 13% sollen 1979 2,5 Mrd. DM zusätzlich hereinkommen. (1980 bereits 7 Mrd DM). Die erwarteten Steuereinnahmen werden im Haushaltsplan nicht aufgeschlüsselt. Die Gesamtsumme soll mit 159,5 Milliarden um 9,6 Milliarden höher als 1978 liegen. Woher die kommen sollen, zeigt ein Blick auf die Steuereinnahmen des Bundes 1977:

Summe:	144 943
Lohnsteuer (Bundesanteil 43%)	39 032
Mehrwertsteuer (Bundesanteil 69%)	27 156
Reine Bundessteuern (Mineralöl-, Tabak-, Branntwein- u.a. Steuern)	37 130
Veranlagte Einkommenssteuer (Bundesanteil 43%)	15 268
Körperschaftssteuer (Bundesanteil 50%)	8 415
Kapitalertragssteuer (Bundesant. 50%)	1 690
Einfuhrumsatzsteuer (Bundesanteil 69%)	16 096
u.a.	
Neuverschuldung 1979	35 505

ren Klimaverbesserung als wesentlicher Voraussetzung für die Rückkehr zu einem mittelfristig rascheren Wirtschaftswachstum beitragen“ (Finanzplan des Bundes 1978 bis 1982). Unter „mittelfristig rascher“ stellt sich die Bourgeoisie eine reale Steigerung des Bruttosozialprodukts um 21,5% in den nächsten fünf Jahren vor (1972 bis 1977: 11,1%). Der Anteil des „privaten Verbrauchs“ soll von 55,7 auf 55,1% heruntergedrückt werden, zugunsten der „Bruttoanlageinvestitionen“. Das sind die salonfähigen Ausdrücke für Verelendung, verschärfte Arbeitshetze und Ausweitung der Schichtarbeit.
Bei der 1. Lesung im Bundestag stand die Frage der Mehrwertsteuererhöhung im Zentrum: soll damit nur die entgangene Lohnsteuer wieder reingeholt werden, oder wird sie verbunden mit einer noch weitergehenden Streichung der Steuern auf Profit, als von der Regierung geplant. Das „Handelsblatt“ findet es „wirtschaftlich nicht mehr vertretbar, ein Steuersystem aufrecht zu erhalten, das investitions-und wachstumsfeindlich wirkt“ (Verlagsbeilage, 22.9.).
Nach dem Kräftemessen beim „Treffen der Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrieländer am 16. und 17. Juli 1978 in Bonn“
hin, in der er sich einigen Vorsprung vor den US-Imperialisten geschaffen hat. Diese Operationsbasis soll die Ellbogen- und Stiefelfreiheit in anderen Erdteilen vergrößern helfen. Die materiellen Voraussetzungen sind dabei Monopole von größerer Schlagkraft und ein Vorsprung in den strategisch entscheidenden Techniken. Matthöfer betont daher: „Der Bundesminister für Forschung und Technologie verfügt bis 1982 über 25 Milliarden DM. Das sind gegenüber der bisherigen Planung 5 Milliarden DM mehr. Die Mehrausgaben sollen insbesondere in den Bereichen Energieforschung, Rohstoffsicherung, Ökologie und Umwelt, Meerestechnik und Verkehrstechnik eingesetzt werden. Verstärkt wird auch die Förderung der Entwicklung elektronischer Techniken und der Nachrichtentechnik sowie der Gesundheitsforschung.“
Im einzelnen: „Die erhebliche Aufstockung der Mittel für die Kokskohlebeihilfe auf 740 Millionen DM für 1979 soll dem deutschen Steinkohlebergbau einen kostendeckenden Preis und der Stahlindustrie die Verwendung deutscher Kokskohle zu international vergleichbaren Preisen ermöglichen.“ Die eigene strategische Basis wird im Innern gefestigt und nach außen erweitert. „Der langfristigen Sicherung der Erdölversorgung der Bundesrepublik
Für „Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet“ darf der Finanzminister nach dem Haushaltsgesetz 1979 Bürgschaften bis zur Höhe von 4 Milliarden DM übernehmen. Derartige Bürgschaften gibt es auf allen Gebieten, auf denen die Bourgeoisie in den Schlachten um die Neuaufteilung der Welt mit kriegerischer Zuspitzung rechnet: „Im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausführern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner“, sowie „im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht“, kann der Finanzminister Bürgschaften bis 145 Milliarden DM übernehmen; ferner zur „Förderung der gewerblichen Wirtschaft..., des Verkehrswesens..., der Fischwirtschaft, im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen... im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, insbesondere aus Anlaß des Betriebes von Atomanlagen..., im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen...“ usw. Für diesen Bereich sind Bürgschaften bis 48,2 Milliarden DM im Haushaltsgesetz vorgesehen. In der Begründung heißt es, die „Ausweitung des Ermächtigungsrah-

Bundeshaushalt 1979: Ausgaben (in Mio. DM)

Gewaltapparat: 52 023		Ersparung von Lohnkosten für die Kapitalisten 76 495		Ersparung von konstantem Kapital, Zahlungen an Kapitalisten: 76 083	
Verteidigung	38 604	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben	70 909	Wohnungswesen	2 268
Öffentl. Sicherheit	1 414	Gesundheit, Sport, Erholung	1 689	Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten	2 757
Polit. Führung, Verwaltung	5383	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung	3 897	Energie- u. Wasserwirtschaft	5 630
Auswärtige Angelegenheiten	6 456			Verkehrs- u. Nachrichtenwesen	13 636
Rechtsschutz	156			Wirtschaftsunternehmen, Allg. Grund- und Kapitalvermögen	15 098
				Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschule	7 373
				Wiedergutmachung	1 103
				Allg. Finanzwirtschaft (Steuern, Schulden, Versorgung)	28 318

an die Arbeiterklasse und die Volksmassen die Völker der Dritten Welt

Neue Unterdrückungsgesetze

z.mif. „Gibt es zu viele Gesetze?“ Auf diese Frage antwortet der Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt, Kissel, am 26.9. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ abgeklärt: „Je weniger absolute, nicht regelungsbedürftige, weil allgemein anerkannte Werte unter den Staatsbürgern bestehen, desto größer ist die Aufgabe des Gesetzgebers, zu bestimmen, welche Werte bestehen und wie sie konkret verwirklicht werden.“ Also: Je schärfer der Klassenkampf, desto mehr Gesetze braucht die Bourgeoisie.

Neues Versammlungsgesetz

Der Bundespräsident hat am 26.9.78 das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge“ unterzeichnet, nachdem am Freitag vorher der Bundesrat dem Gesetz nicht zugestimmt hatte. §2 Abs. 3 des Versammlungsgesetzes erhält folgende Fassung: „Niemand darf bei öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen Waffen oder sonstige Gegenstände, die ihrer Art nach zur Verletzung von Personen oder zur Beschädigung von Sachen geeignet und bestimmt sind, mit sich führen, ohne dazu behördlich ermächtigt zu sein.“ Bis zu einem Jahr Gefängnis soll nach §27 das Tragen solcher Gegenstände einbringen, wenn man kein Polizeispitzel ist. Die Teilnahme an verbotenen Versammlungen wird als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bis 1000 DM bestraft, der Leiter mit bis zu 5000 DM. Die CDU wollte noch den bestraft wissen, der Dinge mitführt, die „vor der Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Poizei zu schützen“ geeignet sind sowie den, der „sich maskiert oder sonst unkenntlich macht“. Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft. (Bundestagsdrucksache 8/1845)

Strafverfahrensänderungsgesetz 1979

Das Gesetz wurde am 22.9. vom Bundesrat gebilligt. Es enthält Verschärfungen der Strafprozeßordnung. §29 Abs. 2 Satz 1: „Wird ein Richter während der Hauptverhandlung abgelehnt, so kann diese fortgesetzt werden, solange die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen ist; über das Ablehnungsgesuch ist spätestens bis zum Beginn des übernächsten Verhandlungstages und stets vor Beginn der Schlußvorträge zu entscheiden.“ „Gefährdete“ Zeugen brauchen den Wohnort nicht mehr anzugeben. Im neuen §245 wird die Ablehnung von Anträgen zur Zeugenvernehmung und zu „sonstigen herbeigeschafften Beweismitteln“ erleichtert. Insgesamt werden 36 Artikel der Strafprozeßordnung und andere Gesetze geändert. Die CDU hatte noch einige weitere Verschärfungen beantragt, sich aber dann mit dem Entwurf des Vermittlungsausschusses einverstanden erklärt. (Bundestagsdrucksache 8/1844)

Gesetz über Personalausweise und Meldepflicht

Noch einmal vor den Bundestag kommt das Gesetz über Personalausweise und über Meldepflicht in Beherbergungsstätten (Bundestagsdrucksache 8/1845). Er kann es mit absoluter Mehrheit verabschieden. Damit wird praktisch das Recht auf Auswanderung abgeschafft. Im Bericht des Vermittlungsausschusses heißt es: „Das geltende Personalausweisrecht bietet im Gegensatz zum Paßrecht nicht die Möglichkeit, dem Inhaber eines gültigen Personalausweises aus Gründen der inneren Sicherheit die Ausreise aus dem Bundesgebiet zu verwehren. Diese gravierende Schwachstelle des geltenden Personalausweisrechts soll durch Novellierung des Personalausweisgesetzes beseitigt werden.“ Bei „Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit“ oder „Beeinträchtigung erheblicher Belange“ wird nach dem Paßgesetz der Paß entzogen; dies soll jetzt auch für den Personalausweis gelten.

Staatshaftungsgesetz und Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes

Am 26.5. an den Bundesrat geleitet, am 28.9. im Bundestag in erster Lesung behandelt (vgl. KVZ 33, S.5); nach Vorschlag der Regierung sollen beide 1982 in Kraft treten. Das Staatshaftungsgesetz sieht die „Entschädigung“ der Kapitalisten vor, wenn z.B. statische Fehler zum Einstürzen eines Gebäudes führen, nachdem das Bauamt den Plan genehmigt hatte. Bei „vorsätzlicher“ und „grob fahrlässiger“ Handlungsweise haften die Beschäftigten der öffentlichen Dienste („Rückgriffshaftung“). Ferner wird eine „zeitgemäße Tumultentschädigung“ bei „unfriedlichem Verhalten einer Menschenmenge“ eingeführt. „Die Entschädigungspflicht tritt nicht ein gegenüber Personen, die sich an dem unfriedlichen Verhalten der Menschenmenge beteiligen. Die Beteiligung an einem unfriedlichen Verhalten wird vermutet, sofern jemand an einer verbotenen Versammlung teilnimmt oder sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht unverzüglich aus der Menschenmenge entfernt“ (§18). Das Gesetz bereitet das gezielte Schießen in eine Menschenmenge haftungsrechtlich vor: „Wird jemand getötet, so sind die Kosten der Bestattung demjenigen zu ersetzen, der sie aufgrund rechtlicher Verpflichtung getragen hat“ (§9). (Bundesratsdrucksache 215/78 und Bundestagsdrucksache 8/2008)

Dem Staat ist die „Haftungsabwehr möglich, wenn die gebotene Sorgfalt beachtet worden ist“. Die Bourgeoisjuristen rechnen mit zahlreichen Haftungsfällen „durch das Versagen von Verkehrsampeln“, wobei sie genüßlich feststellen, daß sich „Unfälle infolge Ampelversagens ohne gleichzeitiges menschliches Fehlverhalten bei der Wartung und Aufsicht der Ampelanlagen bisher nur selten ereignet haben.“

Bei Gelegenheit dieses Gesetzes wird das Grundgesetz in vier Artikeln geändert; die wichtigste Änderung betrifft Artikel 14 (Eigentum, Erbrecht und Enteignung). Abs. 3 Satz 4 hieß bisher: „Wegen der Höhe der Entschädigung (bei Enteignung) steht im Streitfall der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“ Jetzt soll es heißen: „Im Streitfalle steht der Rechtsweg offen“, d.h. nicht nur bezüglich der Höhe der Entschädigung, sondern auch gegen die Enteignung selbst kann vor Gericht gegangen werden. So wird sichergestellt, daß wirklich nur Enteignungen zum „Wohle der Allgemeinheit“ der Bourgeoisklasse vorkommen.

Neue Gesetzesvorhaben zum Lohnraub und für Zahlungen an die Kapitalisten

Entwicklungsländer-Steuergesetz

z.hku. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Änderung des Entwicklungsländer-Steuergesetzes“ hat zum erklärten Ziel, den Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt zu fördern. In der Begründung legt die Bundesregierung dar, daß die privaten Kapitalanlagen aus Westdeutschland in Ländern der Dritten Welt stark gestiegen sind, von 8552,6 Mio. DM zum 1.1.74 auf 12859,1 Mio. DM zum 30.6.77. Daß aber gleichzeitig die „Ausgangslage ... tendenziell ungünstiger geworden“ ist. „Die besonderen politischen und wirtschaftlichen Risiken, die mit Kapitalanlagen in Ent-

buße bis 1000 DM bestraft, der Leiter mit bis zu 5000 DM. Die CDU wollte noch den bestraft wissen, der Dinge mitführt, die „vor der Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Poizei zu schützen“ geeignet sind sowie den, der „sich maskiert oder sonst unkenntlich macht“. Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft. (Bundestagsdrucksache 8/1845)

Strafverfahrensänderungsgesetz 1979

Das Gesetz wurde am 22.9. vom Bundesrat gebilligt. Es enthält Verschärfungen der Strafprozeßordnung. §29 Abs. 2 Satz 1: „Wird ein Richter während der Hauptverhandlung abgelehnt, so kann diese fortgesetzt werden, solange die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen ist; über das Ab-

Bundesregierung und Bundesrat / Opposition über die Höhe der Gelder, die sie den Kapitalisten für die Kapitalakkumulation und Rationalisierung zusätzlich bereit halten wollen. Unbestrittener Ausgangspunkt für alle ist: „Entscheidender Faktor für die weitere Entwicklung ist die betriebliche Investitionsneigung. Es sind deshalb insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen die Forschungs- und Entwicklungsbedingungen zu verbessern.“

Entsprechend ist die Absicht der Bundesregierung, für alle Investitionen, die die Kapitalisten zur Rationalisierung aufwenden („Forschung und

den Personalausweisrechts soll durch Novellierung des Personalausweisgesetzes beseitigt werden.“ Bei „Gefährdung der inneren oder äußeren Sicherheit“ oder „Beeinträchtigung erheblicher Belange“ wird nach dem Paßgesetz der Paß entzogen; dies soll jetzt auch für den Personalausweis gelten.

Staatshaftungsgesetz und Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes

Am 26.5. an den Bundesrat geleitet, am 28.9. im Bundestag in erster Lesung behandelt (vgl. KVZ 33, S.5); nach Vorschlag der Regierung sollen beide 1982 in Kraft treten. Das Staatshaftungsgesetz sieht die „Entschädigung“ der Kapitalisten vor, wenn z.B. statische Fehler zum Einstürzen eines Gebäudes führen, nachdem das Bau-

Umsatzsteuer-Gesetzes“ geht es um prinzipielle Fragen, was nicht besteuert werden soll mit der Mehrwertsteuer und wann der ermäßigte (halbe) Steuersatz angewendet werden soll. Die wichtigsten Änderungen sind (in Klammern der erwartete Ertrag pro Jahr):
— der private Verbrauch in Freihäfen (durch Hafenarbeiter und Seeleute) soll besteuert werden (10 Mio. DM);
— ebenso der Kauf und Verkauf von Münzen zu Sammlerzwecken (30 Mio. DM);
— als neue Quelle der Steuerbereicherung erschlossen werden soll die „kurzfristige Vermietung von Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen“

Wartung und Aufsicht der Ampelanlagen bisher nur selten ereignet haben.“

Bei Gelegenheit dieses Gesetzes wird das Grundgesetz in vier Artikeln geändert; die wichtigste Änderung betrifft Artikel 14 (Eigentum, Erbrecht und Enteignung). Abs. 3 Satz 4 hieß bisher: „Wegen der Höhe der Entschädigung (bei Enteignung) steht im Streitfall der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“ Jetzt soll es heißen: „Im Streitfalle steht der Rechtsweg offen“, d.h. nicht nur bezüglich der Höhe der Entschädigung, sondern auch gegen die Enteignung selbst kann vor Gericht gegangen werden. So wird sichergestellt, daß wirklich nur Enteignungen zum „Wohle der Allgemeinheit“ der Bourgeoisklasse vorkommen.

Neue Gesetzesvorhaben zum Lohnraub und für Zahlungen an die Kapitalisten

Entwicklungsländer-Steuergesetz

z.hku. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Änderung des Entwicklungsländer-Steuergesetzes“ hat zum erklärten Ziel, den Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt zu fördern. In der Begründung legt die Bundesregierung dar, daß die privaten Kapitalanlagen aus Westdeutschland in Ländern der Dritten Welt stark gestiegen sind, von 8552,6 Mio. DM zum 1.1.74 auf 12859,1 Mio. DM zum 30.6.77. Daß aber gleichzeitig die „Ausgangslage ... tendenziell ungünstiger geworden“ ist. „Die besonderen politischen und wirtschaftlichen Risiken, die mit Kapitalanlagen in Ent-wicklungsländern im Vergleich zu solchen in Industrieländern verbunden sind, stellen eine erhebliche Hürde dar.“ Der antiimperialistische Kampf der Völker der Dritten Welt ist die Hürde. — Weiterer und forcierter Kapitalexport ist aber dringlich für den westdeutschen Imperialismus, weil er „eine Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung“ fördert, eine „Entlastung auf der Kostenseite“ für die Kapitalisten bringt und schließlich die strategische „Rohstoff- und Energieversorgung“ sichern hilft.

Die Maßnahmen: Bei Kapitalanlagen, die in „am wenigsten entwickelte Länder“ getätigt werden, können statt 6 Jahre künftig 12 Jahre die Profite steuerfrei angehäuft werden (wegen der „langen Anlaufzeiten“); die Profite, die aus der Ausbeutung im „Rohstoff- und Energiebereich“ gezogen werden, sollen besser geschützt werden durch Erhöhung der steuerfreien Rücklagen von 40 auf 60% und für 12 Jahre statt 6. Wollen westdeutsche Kapitalisten sich im „Bereich der Gewinnung von Bodenschätzen“ einkaufen, dann soll dies schon bei einer Beteiligung von 5% statt bisher 15% mit Steuererlaß belohnt werden; das gilt auch dann, wenn die Sache über „Holding“-Schwindelgesellschaften eingefädelt wird. Jede Bemühung, gegenüber der imperialistischen Konkurrenz und dem Unabhängigkeitsstreben der Völker dort Fuß zu fassen, soll unbedingt gefördert werden (Bundestagsdrucksache 8/1857).

Investitionszulagen-Änderungsgesetz

Immer noch nicht einig sind sich Bundesregierung und Bundesrat / Opposition über die Höhe der Gelder, die sie den Kapitalisten für die Kapitalakkumulation und Rationalisierung zusätzlich bereit halten wollen. Unbestrittener Ausgangspunkt für alle ist: „Entscheidender Faktor für die weitere Entwicklung ist die betriebliche Investitionsneigung. Es sind deshalb insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen die Forschungs- und Entwicklungsbedingungen zu verbessern.“

Entsprechend ist die Absicht der Bundesregierung, für alle Investitionen, die die Kapitalisten zur Rationalisierung aufwenden („Forschung und Entwicklung“) bis zur Höhe von 500000 DM im Jahr eine steuerfreie Zulage von 15% statt vorher 7,5% draufzulegen, auch für Gebäude, in denen „teilweise“ geforscht und an Rationalisierung gearbeitet wird, und für „immaterielle Wirtschaftsgüter“ wie Gutachten, Patente usw. Dies soll den Kapitalisten 110 Mio. DM jährlich bringen (Bundestagsdrucksache 8/1409).

Der Bundesrat setzt nach und erhöht auf 450-500 Mio. DM: die Investitionszulage soll 25% betragen bis zu einer Million, danach immer noch 12,5%; gekaufte Forschungsarbeit soll steuerlich begünstigt, die Investitionszulagen für das „Zonenrandgebiet“ und den imperialistischen Brückenkopf Westberlin nochmals erhöht werden. Ausdrücklich fördern möchte der Bundesrat den Bau von „Wärmepumpenanlagen, Solarenergieanlagen und Windkraftanlagen“, da diese Anlagen sich gegenwärtig „an der Schwelle zur wirtschaftlichen Nutzung“ befinden. Und: „In der politischen Diskussion kann künftig der Nachweis erbracht werden, daß die Nutzung alternativer Energiequellen konsequent gefördert wird. Dieser Nachweis wird auch in der Diskussion um die Kernenergie hilfreich sein“ (Bundesratsdrucksache 332/78; Stellungnahme des Bundesrats in der Bundestagsdrucksache 8/1409).

Umsatzsteuergesetz

Mit der „Steuerharmonisierung“ in der EG wollen die Imperialisten das Niveau der Steuerausplünderung anheben. In dem von der Bundesregierung vorgelegten „Entwurf eines Umsatzsteuer-Gesetzes“ geht es um prinzipielle Fragen, was nicht besteuert werden soll mit der Mehrwertsteuer und wann der ermäßigte (halbe) Steuersatz angewendet werden soll. Die wichtigsten Änderungen sind (in Klammern der erwartete Ertrag pro Jahr):
— der private Verbrauch in Freihäfen (durch Hafenarbeiter und Seeleute) soll besteuert werden (10 Mio. DM);
— ebenso der Kauf und Verkauf von Münzen zu Sammlerzwecken (30 Mio. DM);
— als neue Quelle der Steuerbereicherung erschlossen werden soll die „kurzfristige Vermietung von Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen“ und die „kurzfristige Vermietung auf Campingplätzen“, womit sich vor allem Bauern etwas dazuverdienen (zusammen 45 Mio. DM);
— *Nicht* mehr versteuert werden soll die Verwaltung von „Sondervermögen“ (z.B. Wertpapier- und Grundstücksfonds) (10 Mio. DM Mindereinnahmen);
— Die „freiberuflichen Leistungen von Unternehmern“, die sich aus ihrer Tätigkeit als Kapitalist ergeben, sollen nur noch mit 6% besteuert werden (bringt ihnen 50 Mio. DM).
— Bei der Besteuerung der Herstellung von Zahnprothesen und kieferorthopädischen Apparaturen haben die Erfolge der Volksmassen in den übrigen imperialistischen Ländern der Gier der Imperialisten eine Schranke gesetzt. Mit Hinweis auf die Gleichheit mit diesen Ländern soll nur noch der halbe Steuersatz erhoben werden (Mindereinnahmen von 250 Mio. DM) (Bundestagsdrucksache 8/1779).

Feuerschutz-Steuergesetz

Die Länder Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben über den Bundesrat einen „Entwurf eines Feuerschutz-Steuergesetzes“ vorgelegt. Danach sollen für Hausrats- und Gebäudeversicherungen Feuerschutzsteuer gezahlt und der Steuersatz auf 6% nach oben „vereinheitlicht“ werden. Dadurch sollen 60 Mio. DM jährlich zum Ausbau des „Brandschutzes“ als halbmilitärischem Hilfsdienst hereingeholt werden (Bundesratsdrucksache 292/78).

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Veranstaltung zu den Landtagswahlen

Plünderung der Massen durch Steuern und Gebühren und Raub der Versicherungsgelder für die Füllung der Kriegskassen der Imperialisten

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

„Halbzeitbilanz“ der Bundesregierung – Rückblick auf die reaktionäre Gesetzgebung seit 1977

z.bil. Im November 1976 hat Schmidt das Regierungsprogramm der Bundesregierung verlesen. Die Spuren dieses Programms der verschärften Ausbeutung und Expansion lassen sich in rund 9000 Seiten Gesetzgebung verfolgen:

Der Haushalt des Finanzkapitals. Die imperialistische Steuerreform – ein Plünderungsfeldzug

Kurz nach Regierungsantritt wird ein 430-Mio.-ABM-Programm beschlossen und Maßnahmen zur „Förderung der Arbeitsaufnahme“.

Am 1. Januar 1977 tritt die Reform der Körperschaftssteuer in Kraft. Die Netto-Dividende der Konzerne erhöht sich um runde 50%. Auch am 1. Januar wird die Tabaksteuer um 18% und die Branntweinabgabe um 20% erhöht. Am 24.3.78 wird das neue Gewerbesteuergesetz verkündet.

Im Mai 1977 werden zusätzliche 0,6 Mrd. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt und 1600 zusätzliche Planstellen für die Bundesanstalt für Arbeit.

27.5.1977: Der Bundestag beschließt das Gesetz über steuerliche Begünstigung bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude. Wesentlicher

es „koordiniert“ die Pfändungsfreigrenze mit dem Sozialhilfesatz.

Entzug der Lebensgrundlagen durch die Rentenanpassungs- und Krankenversicherungskostendämpfungsgesetze

Am 27.6.1977 wird das 20. Rentenanpassungsgesetz und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz verkündet. Die Wirkungen der Kostendämpfung sind bekannt: Entzug von notwendigen Medikamenten, Senkung der Verweildauer im Krankenhaus, Erhöhung der Pflegesätze, brutale Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit für die Beschäftigten.

Das 20. Rentenanpassungsgesetz beinhaltet:
– eine Verschiebung der Rentenerhöhung vom 1.1.78 auf den 1.1.79;
– die Kürzung der Beiträge der Rentenversicherung an die Krankenversicherung;
– sodann die Beseitigung der Anpassung der Kinderzuschüsse in der Rentenversicherung; sie werden auf den Stand von Juni 1977 eingefroren, also direkte Kürzung der Lebensmittel der Arbeiterklasse;
– Einführung von Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung für die Empfänger von Arbeitslosen-, Unterhalts- und Schlechtwettergeld, sowie Arbeitslosenhilfe.

Westdeutschland

„Halbzeitbilanz“ der Bundesregierung – Rückblick auf die reaktionäre Gesetzgebung seit 1977

z.bil. Im November 1976 hat Schmidt das Regierungsprogramm der Bundesregierung verlesen. Die Spuren dieses Programms der verschärften Ausbeutung und Expansion lassen sich in rund 9000 Seiten Gesetzgebung verfolgen:

Der Haushalt des Finanzkapitals. Die imperialistische Steuerreform – ein Plünderungsfeldzug

Kurz nach Regierungsantritt wird ein 430-Mio.-ABM-Programm beschlossen und Maßnahmen zur „Förderung der Arbeitsaufnahme“.

Am 1. Januar 1977 tritt die Reform der Körperschaftssteuer in Kraft. Die Netto-Dividende der Konzerne erhöht sich um runde 50%. Auch am 1. Januar wird die Tabaksteuer um 18% und die Branntweinabgabe um 20% erhöht. Am 24.3.78 wird das neue Gewerbesteuergesetz verkündet.

Im Mai 1977 werden zusätzliche 0,6 Mrd. DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt und 1600 zusätzliche Planstellen für die Bundesanstalt für Arbeit.

27.5.1977: Der Bundestag beschließt das Gesetz über steuerliche Begünstigung bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude. Wesentlicher Gehalt: Ausdehnung des § 7b Einkommenssteuergesetz auf Altbau-Erwerb und Fortfall der Grunderwerbssteuer bis zu gewissen Höchstgrenzen. Das Steueränderungsgesetz vom 16. August 1977 hebt die Mehrwertsteuer von 11 auf 12% an. Das Bundeskindergeld wird verändert.

Vom 4.11.1977 ist das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung“. Es enthält:
– Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von bisher 100 DM auf 400 DM noch für 1977;
– Verbesserung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter sowie Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsbauten und den frei finanzierten Mietwohnungsbau ab 1.9.77;
– Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Lohn- und Einkommenssteuer von 3000 auf 3300 DM für Ledige, bzw. von 6000 auf 6600 DM für Verheiratete ab 1978;
– Einführung eines allgemeinen Tariffreibetrages bei der Lohn- und Einkommenssteuer von 510 DM für Ledige bzw. 1020 DM für Verheiratete ab 1978.

11. Januar 1978: Die Bundesregierung beschließt Novelle zum Entwicklungsländer-Steuergesetz zur Förderung des Kapitalexports.

Am 28. Juli 1978 beschließt die Bundesregierung die Lohnsteuerreform für 1979.

Der Haushalt 1977: Ausgaben 171,3 Mrd. DM, Neuverschuldung 20,7 Mrd DM. Der Haushalt 1978: Ausgaben 188,7 Mrd. DM, Neuverschuldung 30,8 Mrd. DM.

Seit dem 28.2.1978 in Kraft: das Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen, es „koordiniert“ die Pfändungsfreigrenze mit dem Sozialhilfesatz.

Entzug der Lebensgrundlagen durch die Rentenanpassungs- und Krankenversicherungskostendämpfungsgesetze

Am 27.6.1977 wird das 20. Rentenanpassungsgesetz und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz verkündet. Die Wirkungen der Kostendämpfung sind bekannt: Entzug von notwendigen Medikamenten, Senkung der Verweildauer im Krankenhaus, Erhöhung der Pflegesätze, brutale Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit für die Beschäftigten.

Das 20. Rentenanpassungsgesetz beinhaltet:
– eine Verschiebung der Rentenerhöhung vom 1.1.78 auf den 1.1.79;
– die Kürzung der Beiträge der Rentenversicherung an die Krankenversicherung;
– sodann die Beseitigung der Anpassung der Kinderzuschüsse in der Rentenversicherung; sie werden auf den Stand von Juni 1977 eingefroren, also direkte Kürzung der Lebensmittel der Arbeiterklasse;
– Einführung von Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung für die Empfänger von Arbeitslosen-, Unterhalts- und Schlechtwettergeld, sowie Arbeitslosenhilfe.

Das 21. Rentenanpassungsgesetz setzt diese Linie fort:
– direkte Kürzung der Renten: die Erhöhung wird beschränkt zunächst auf 4,5%, dann zum 1.1.1980 und zum 1.1.1981 auf jeweils 4%;
– Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner ab 1982. Ergebnis: Mehreinnahmen allein durch die Beitragssteigerung von 2,9 Mrd. DM (1982); Leistungskürzungen von 1978-1981 von insgesamt 32,7 Mrd. DM. Das sind jährliche Kürzungen zwischen 600 und 800 Mark pro Rentner.

Unterdrückung, Bespitzelung, Isolationsfolter

Am 27.1.1977 wird das Bundesdatenschutzgesetz verabschiedet. Der Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes ist seit Regierungsantritt in Beratung. Im September 1977 tritt das Kontaktsperregesetz in Kraft. Es bedeutet Unterbindung jeglichen Kontakts zur Außenwelt bei den Gefangenen in den Haftanstalten. Das Gefängnis wird zur Gruft. Seit dem 19. April 1978 in Kraft: Das Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung. Es regelt die Errichtung von Kontrollstellen: Ganze Straßen können abgesperrt, jede Person durchsucht und die Häuser durchkämmt werden. Inhaftierung bis zu 12 Stunden zur „Identitätsfeststellung“. Die Trennscheibe wird eingeführt, die jegliche Gespräche zwischen Verteidiger, Angehörigen und Freunden mit dem Angeklagten nur durch Panzerglas zuläßt.

Ebenfalls im April wird das Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit zwecks Legitimierung der Bespitzelung beschlossen.

Rau: „Akzente in Kohle und Stahl“

r.kiu. Johannes Rau, neuer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hatte schon bei seiner Nominierung zum Kandidaten für dieses Amt angekündigt, wo er die Schwerpunkte setzen wolle: „Kohle und Stahl“. Rau tritt die Nachfolge von Kühn an, den die Kohle- und Stahl-Monopole 1966 zum Ministerpräsidenten gemacht hatten, als es ihnen darum ging, einen gewaltigen Rationalisierungssprung gegen die Bergarbeiter durchzusetzen. Kühn ist verschlissen, Rau kündigt an, daß er alles dransetzen wird, um in dieser Hinsicht ein guter Nachfolger Kühns zu sein und noch mehr. „Mit Förderungsmaßnahmen und gesetzlichen Initiativen solle die Wirtschaftsstruktur des Landes verbessert werden“, kündigt er an. Mit dieser Begründung ist 1968 die Ruhrkohle AG gegründet worden und haben sich die Bergbau-Monopole Milliarden Steuergelder an Land gezogen, um die Ausbeutung in den Bergwerken sprunghaft zu erhöhen. Für die Sanierung der Stahlmonopole wäre eine ähnliche Regelung gerade passend. Das Programm von Rau, wie er es in seiner Regierungserklärung vorgetragen hat, entspricht in allen Punkten dem Programm der Bundesregierung. Um diesen Plänen auch tatsächlich zum Durchbruch zu verhelfen, führt Rau einige sozialdemokratische Manöver durch: „Die Förderung der heimischen Kohle sei notwendig, für einen Leichtwasserreaktor bestehe derzeit kein Bedarf.“ Aber selbstverständlich betreibt die Landesregierung den Ausbau des Kernkraftwerkes Kalkar und gleichzeitig den Ausbau der Kohlekraftwerke. Rau hat sich als Hochschulminister als heftigster Unterdrücker und Spalter der Studenten bewährt. Dem entspricht sein Programm in allen Punkten.

Würdig zum Rechtsanwalt ist nur, wer die Ausbeuterordnung verteidigt

r.hoo. Dem Anwaltsassessor P. Drude in Kiel hat das schleswig-holsteinische Justizministerium auf seinen Antrag hin die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert. Seine Zulassung kann P. Drude jetzt nur noch auf dem Klagewege erreichen. Das Justizministerium weiß sich im Einklang mit dem Vorstand der schleswig-holsteinischen Rechtsanwaltskammer; auch diese hat sich gegen die Zulassung ausgesprochen. Die Bourgeoisie hält P. Drude für „unwürdig“, Rechtsanwalt zu werden. „Unwürdigkeit“ ist nach der Bundesrechtsanwaltsordnung ein Versagungsgrund für die Zulassung als Rechtsanwalt. Die Begründung für die „Unwürdigkeit“ von P. Drude markiert einen Fortschritt der Bourgeoisie in der Verschärfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen für Anwälte: Neben zwei Verurteilungen in politischen Strafverfahren wird P. Drude vorgeworfen, als Listenkandidat des KBW bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein kandidiert zu haben; darüberhinaus sei er Kontaktanschrift für das Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein in der Zeitschrift „Volksmiliz“ gewesen. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung soll jetzt Voraussetzung für die Anwaltszulassung sein. Auf der gleichen Linie liegen Gesetzesentwürfe, die die Bourgeoisie in Vorbereitung hat. Durchsetzen will der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat den Militärgerichtsprozeß.

Neue Anzugsordnung für Justizorgane

r.hep. Am 18. September teilte die Rechtsanwaltskammer Celle per Rundschreiben mit, daß sich in letzter Zeit die Fälle mehren, daß Rechtsanwälte ohne Robe auftreten. Standesbewußte Anwälte werden aufgefordert, den unschwarzen Schafen ihre Robe leihweise aufzudrängen zwecks Durchsetzung des Robenzwangs. Dem Schreiben liegt zugrunde, daß der niedersächsische Justizminister mit Verfügungen vom 21.3. und 30.5.78 allen Justizorganen eine neue Kleiderordnung verpaßt hatte. Den Anwälten wird da als beamtenmäßige Amtstracht verordnet „Robe von schwarzer Farbe, Hemd weiß oder von unauffälliger Farbe, weißer Langbinder“. Die Bourgeoisie hat in den letzten Jahren Stück um Stück den Angeklagten Rechte genommen, Verschärfung des Haftrechts, Verteidigerausschluß usw. Strafgesetze hat sie verschärft, neue eingeführt wie den Maulkorbparagraphen 88a. Gefangene hat sie der zerstörenden Isolationshaft und Kontaktsperre unterworfen. Rechtsanwälte, die ihre Mandanten konsequent vertreten, verfolgt sie mit Standes- und Strafverfahren. Sie hat damit die Angeklagten nicht ducken können und auch viele Rechtsanwälte nicht – da wird auch der weiße Langbinder nichts nützen. Groteske Blüte schäumender Reaktion ist die Anzugsordnung.

Küstenschutz als „Gemeinschaftsaufgabe“

Vom alten Deichrecht bleiben lediglich die Kosten / Wirtschaftsförderung in Niedersachsen mit Schwerpunkt Küste

r.her. Mit der vergangenen Woche haben alle Parlamentarier in den nördlichen Bundesstaaten der BRD ihre Sommerpause beendet und mit der „Wohltätigkeit“ wieder begonnen. Die Bundesregierung hat ihr Programm in Form des Haushalts 1979 auf den Tisch gelegt, und wenn dann die Europawahlen im nächsten Frühjahr sind, werden wir es vor „Gemeinwohl“ nicht mehr aushalten können.

Niedersachsens Wirtschaftsministerin z.B. setzt Schwerpunkte. Frau Breuel will den Katalog von gegenwärtig 60 verschiedenen Förderungsmaßnahmen, der zusätzlich eine riesige Antragsflut nach sich ziehe, für die Kapitalisten leichter machen. Das ist einer ihrer Schwerpunkte. So werden mehr Kräfte im imperialistischen Staatsapparat zur Überwachung und Kontrolle der Masse der Bevölkerung freigesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt, den sich die niedersächsische Landesregierung gesetzt hat, ist, daß der Bau des Dollarthafens vorangetrieben wird, sowie der weitere Ausbau der landeseigenen Häfen an der See und im Binnenland. „Insgesamt“, so kündigt die bürgerliche Politikerin an, „wolle das Land seine Standortvorteile an der Küste ausspielen“. Da die BRD-Imperialisten ihre Position auf dem Weltmarkt weiter auszudehnen beabsichtigen, werden sie auf Grundlage der Ausbeutung im eigenen Land den Weltmarkt weiter mit Waren überschwemmen wollen. Ein schneller Umschlag der produzierten Waren ist ein Mittel, den Eingang des erst durch den Verkauf realisierbaren Profits zu beschleunigen.

Unter anderem dient dieser Ausbau auch der „Sicherheit unseres Landes“. So konnten die ersten 1000 Ledernacken der US-Marine zu Kriegsmanövern in Europa im Brunsbütteler Hafen die Hafenanlagen des bundeseigenen VEBA-Konzerns nutzen. (Ledernacken sind besondere, als Elite bezeichnete Truppen, die sich z.B. in Vietnam durch Massaker an der Bevölkerung hervorgetan haben.)

Wir wollen uns im weiteren dem Küstenschutz als „Gemeinschaftsaufgabe“ an der Nordseeküste zuwenden, um zu untersuchen, in welcher Weise diese „Wohltätigkeit“ des imperialistischen Staatsapparates zum Nutzen der Bevölkerung aufgewendet wird und wer überhaupt aufwendet und wofür. Bis 1990 sollen noch 2 Milliarden DM zum Schutz der etwa 1100 km langen Nordseeküste aufgewendet werden. 70% trage die Bundesregierung und 30% die beteiligten Länder. 1,4 Millionen DM wollen z.B. die Bremer Behörden als nächstes für zwei neue Schiffswerften in Bremen Nord ausgeben; und ihrem Schutz vor Sturmflut ist die Ausgabe „gewidmet“. Das Risiko tragen in jedem Fall die Massen. So werden für das mißglückte Experiment in der Meldorfer Bucht, wo versucht wurde, mit einem Kunststoffschlauch zu dichten, aus Steuergeldern zusätzliche 2,5 Mio. DM aufgewendet.

„Ein absoluter Schutz vor Sturmfluten sei allerdings nicht zu bezahlen.“ Zu diesem Schluß kam die internationale Expertenkonferenz für das Küstenschutzwesen, die Ende August / Anfang September in Hamburg stattfand. Obwohl der Küstenschutz in die Verantwortung der Länder fällt, mißt das Bundesforschungsministerium diesem Arbeitsgebiet eine hohe Bedeutung bei. So die allgemeine Propaganda. Volker Hauff propagierte aber anderes auf dieser Konferenz: „Wir glauben, daß es sich hier um eine sehr zukunftsträchtige und wichtige Aufgabe handelt. Das gilt zunächst vor allem für den weiten Bereich der Off-Shore-Technologie, ein neuer Industriezweig, der im Augenblick im Entstehen ist und deshalb von uns gefördert wird.“ Noch während der Tagung hat Volker Hauff einen Betonklotz getauft, der zum Durchbruch der deutschen Meerestechnik auf dem internationalen Markt führen soll. Es handelt sich um eine Trägerkonstruktion für die Produktion von Erdöl und Erdgas aus dem Meeresgrund. Das Projekt wurde unter der Regie des Thyssen-Konzerns betrieben und vom Bund mit 30 Millionen DM gefördert.

Der eigentliche Küstenschutz wird gerne unter dem Motto „Ohnmacht des Menschen“ behandelt. Aus der „unbezahlbaren“ Technik, wie die Konferenzexperten es noch ausführten, wird dann geschwind in der bürgerlichen Presse, wenn tatsächlich und immer wieder sogenannte Naturkatastrophen auftreten: „Aller *wohlfeile* technische Fortschritt ändert nichts daran, daß die Menschen auch gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts weitergehend hilflos sind, wenn die entfesselten Gewalten der Natur über sie hereinbrechen.“ (Kieler Nachrichten, 4.9.78) Das ist dann halt Schicksal – etwa vergleichbar der „katholischen Katastrophe“ durch den plötzlichen Tod des gerade gekürten Papstes.

In den Lehren für Wissenschaft und Praxis aus der Nordsee-Sturmflut am 16./17. Februar 1962 wird wissenschaftlich festgestellt, daß die Menschen hinter dem Deich seit 137 Jahren keine praktische Erfahrung mehr gemacht haben mit den Gefahren der See. Daß die Verluste an Menschenleben und Sachwerten an der Elbe so hoch waren, lag danach in erster Linie an der Schwere der Sturmflut – logisch –, nicht etwa an den ungenügenden Schutzmaßnahmen. „Zweitens aber auch leider an noch etwas anderem, einer psychologischen Erscheinung... Sie (die Menschen, die hinter den Deichen wohnen) haben einfach kein Empfinden mehr dafür.“ Die Konsequenz des Prof. Dr. Ing. Walter Hensen: „Diese psychologische Erscheinung macht deutlich, daß solche Sturmflutereignisse eigentlich häufiger kommen müßten.“

„Nicht der Tradition wegen hat der Gesetzgeber die Selbstverwaltung des Deichschutzes aufrechterhalten, sondern um das Interesse an den ursprünglich eigenen Angelegenheiten, das entsprechende Gefahrenbewußtsein und nicht zuletzt die Opferbereitschaft der unmittelbar Beteiligten wachzuhalten und in den Dienst der Sache zu stellen“, heißt es daher folgerichtig in einem 1964 verfaßten Kommentar zum 1963, dem Jahr nach der Februarsturmflut, erstellten Niedersächsischen Deichgesetz. Das notwendige Bewußtsein wird, wie sollte es anders sein, am besten über die Kosten hergestellt: „Der Träger der Deicherhaltung (Zwangsgemeinschaft aller, die Land hinter dem Deich besitzen) hat deren Kosten im gesamten Umfang zu tragen.“ Allerdings sind sie begrenzt auf das „Zumutbare“. Zumutbar ist jedoch ein schwer zugänglicher Begriff, das stellt auch der Kommentator des Gesetzes fest: „Zumal die Entscheidung der Behörden in den Bereich der pädagogischen Bewertung übergreift.“ Mit der zitierten Tradition in der Selbstverwaltung der Deiche des freien friesischen Bauernvolkes nach dem Grundsatz: Well neet will dieken, mutt wieken – haben diese Regelungen tatsächlich nichts gemein.

„Dem Erntedankfest neuen Sinn geben“



„Erntedankwagen“ der Landjugend auf der „infa 78“.

r.kea. Im Bulletin der Bundesregierung hat es der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Josef Ertl hochoffiziell verkündet: Das Erntedankfest wird zu neuem Leben erweckt. Es seien dabei „in den ursprünglichen Sinn dieses Festes neue Gedanken hineinzulegen und zu Aussagen für unsere Zeit zu kommen“.

Auf der *infa 78* (Informations- und Verkaufsausstellung Hauswirtschaft und Familie) in Hannover wurde der Vorschlag gleich umgesetzt: Bei einer „Erntedankaktion“ mit Verteilen von Früchten und Quizspielen sollten die Besucher für eine reaktionäre Ideologie eingefangen werden.

Die Frage lautet nämlich: Wer hat hier eigentlich Anlaß, dankbar zu sein, und wofür? „Die Landwirtschaft hat in diesem Jahr in Deutschland die mengenmäßig größte Ernte seit langem eingebracht. Sie hatten allen Grund, unserem Herrgott dankbar zu sein, daß dies trotz teilweise ungünstiger Witterung möglich war“, antwortet der fromme Ertl und denkt dabei an die jüngste Statistik seines Ministeriums, wonach die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte auf den tiefsten Stand seit drei Jahren gesunken sind (im August lagen sie um 7,6% unter dem letzten Jahr).

Beim Getreide z.B. wurden Rekordernten erzielt, von denen für die produzierenden Bauern unterm Strich weniger als früher bleibt. Geerntet haben wieder einmal die Lebensmittelkonzerne und Banken, die den kleinen und mittleren Bauern die Früchte ihrer Arbeit rauben und ihre Existenz vernichten.

Die Geschichte der Wahlgesetzgebung in Westberlin...

Kleinlich gezielte Manöver, um den Parlamentsbetrug zu wahren

kraftwerke. Rau hat sich als Hochschulminister als heftigster Unterdrücker und Spalter der Studenten bewährt. Dem entspricht sein Programm in allen Punkten.

Würdig zum Rechtsanwalt ist nur, wer die Ausbeuterordnung verteidigt

r.hoo. Dem Anwaltsassessor P. Drude in Kiel hat das schleswig-holsteinische Justizministerium auf seinen Antrag hin die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert. Seine Zulassung kann P. Drude jetzt nur noch auf dem Klagewege erreichen. Das Justizministerium weiß sich im Einklang mit dem Vorstand der schleswig-holsteinischen Rechtsanwaltskammer; auch diese hat sich gegen die Zulassung ausgesprochen. Die Bourgeoisie hält P. Drude für „unwürdig“, Rechtsanwalt zu werden. „Unwürdigkeit“ ist nach der Bundesrechtsanwaltsordnung ein Versagungsgrund für die Zulassung als Rechtsanwalt. Die Begründung für die „Unwürdigkeit“ von P. Drude markiert einen Fortschritt der Bourgeoisie in der Verschärfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen für Anwälte: Neben zwei Verurteilungen in politischen Strafverfahren wird P. Drude vorgeworfen, als Listenkandidat des KBW bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein kandidiert zu haben; darüberhinaus sei er Kontaktanschrift für das Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein in der Zeitschrift „Volksmiliz“ gewesen. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung soll jetzt Voraussetzung für die Anwaltszulassung

wollen. Ein schneller Umschlag der produzierten Waren ist ein Mittel, den Eingang des erst durch den Verkauf realisierbaren Profits zu beschleunigen.

Unter anderem dient dieser Ausbau auch der „Sicherheit unseres Landes“. So konnten die ersten 1000 Ledernacken der US-Marine zu Kriegsmanövern in Europa im Brunsbütteler Hafen die Hafenanlagen des bundeseigenen VEBA-Konzerns nutzen. (Ledernacken sind besondere, als Elite bezeichnete Truppen, die sich z.B. in Vietnam durch Massaker an der Bevölkerung hervorgetan haben.)

Wir wollen uns im weiteren dem Küstenschutz als „Gemeinschaftsaufgabe“ an der Nordseeküste zuwenden, um zu untersuchen, in welcher Weise diese „Wohltätigkeit“ des imperialistischen Staatsapparates zum Nutzen der Bevölkerung aufgewendet wird und wer überhaupt aufwendet und wofür. Bis 1990 sollen noch 2 Milliarden DM zum Schutz der etwa 1100 km langen Nordseeküste aufgewendet werden. 70% trage die Bundesregierung und 30% die beteiligten Länder. 1,4 Millionen DM wollen z.B. die Bremer Behörden als nächstes für zwei neue Schiffswerften in Bremen Nord ausgeben;

betrieben und vom Bund mit 30 Millio- kein Empfinden mehr dafür.“ Die sächlich nichts gemein.

„Dem Erntedankfest neuen Sinn geben“



„Erntedankwagen“ der Landjugend auf der „infa 78“.

r.kea. Im Bulletin der Bundesregierung hat es der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Josef Ertl hochoffiziell verkündet: Das Erntedankfest wird zu neuem Leben erweckt. Es seien dabei „in den ursprünglichen Sinn dieses Festes neue Gedanken hineinzulegen und zu Aussagen für unsere Zeit zu kommen“.

Auf der infa 78 (Informations- und Verkaufsausstellung Hauswirtschaft und Familie) in Hannover wurde der Vorschlag gleich umgesetzt: Bei einer „Erntedankaktion“ mit Verteilen von Früchten und Quizspielen sollten die Besucher für eine reaktionäre Ideologie eingefangen werden.

Die Frage lautet nämlich: Wer hat hier eigentlich Anlaß, dankbar zu sein, und wofür? „Die Landwirtschaft hat in diesem Jahr in Deutschland die mengenmäßig größte Ernte seit langem eingebracht. Sie hatten allen Grund, unserem Herrgott dankbar zu sein, daß dies trotz teilweise ungünstiger Witterung möglich war“, antwortet der fromme Ertl und denkt dabei an die jüngste Statistik seines Ministeriums, wonach die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte auf den tiefsten Stand seit drei Jahren gesunken sind (im August lagen sie um 7,6% unter dem letzten Jahr).

Beim Getreide z.B. wurden Rekordernten erzielt, von denen für die produzierenden Bauern unterm Strich weniger als früher bleibt. Geerntet haben wieder einmal die Lebensmittelkonzerne und Banken, die den kleinen und mittleren Bauern die Früchte ihrer Arbeit rauben und ihre Existenz vernichten.

Die Geschichte der Wahlgesetzgebung in Westberlin...

Kleinlich gezielte Manöver, um den Parlamentsbetrug zu wahren

r.brr. Die bürgerlichen Parteien bereiten die im März nächsten Jahres stattfindenden Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus mit sehr viel Sorgfalt und Aufwand vor. Nicht nur der Ruf des Kirchenmannes Weizsäcker nach Westberlin, der mit „Menschenwürde“ und christlicher Nächstenliebe den Wahlkampf bestreiten will, auch die Stellungnahmen der Sozialdemokraten deuten darauf hin, daß mehr als bisher „Weltpolitik“ von Berlin aus gemacht werden soll. Weizsäcker denkt dabei offensichtlich an eine Menschenrechtskampagne nach dem Muster Carters, diesmal halt nicht aus dem Weißen Haus, sondern aus der alten Reichshauptstadt.

Sicherlich ist Weizsäcker auch der Mann, der den neuen bürgerlichen Konkurrenzunternehmen aus den Reihen der Bunten und Grünen den Schneid zumindest zu einem gewissen Teil abzukaufen in der Lage ist – ob er auch zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung taugt, muß sich erst zeigen. Vorderhand jedenfalls scheint sich die Bourgeoisie mehr auf das Geschäft der „hundsgewöhnlichen“ Unterdrückung und Schikane von revolutionären Organisationen verlassen zu wollen. Zu diesem Zweck hat das bürgerliche Justizwesen verfügt, daß bei der kommenden Wahl nicht mehr 40, sondern 80 Unterschriften pro Wahlkreis erforderlich sind, um an den Wahlen teilnehmen zu können. Westberlin hat 75 solcher Wahlkreise.

Die Bourgeoisie ist durch und durch routiniert in der Verfügung von Maßnahmen, die die Revolutionäre von der Beteiligung an den Wahlen abhalten sollen, oder, wenn es nicht anders geht, gleich ganz ausschließen. Diese Routine hat sich in der Geschichte entwickelt.

Mit Artikel 26, Absatz 2 der Berliner Verfassung wird die 5%-Klausel eingeführt. Dies richtete sich vor allem gegen die SED. Sie sollte vom Parlament ferngehalten werden.

1954: Ab sofort galt, daß nur die Partei sich an den Wahlen beteiligen konnte, die mindestens 80 Unterschriften pro Wahlkreis auf ihren Wahlvorschlag vereinigen konnte.

1958: Nach der Vollstreckung des KPD-Verbotes verfeinerten sich die Unterdrückungsmethoden. Jedem, der mehr als einer Partei die Unterschrift leistete, wurde diese als ungültig erklärt. Da das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum KPD-Verbot nicht direkt auf Westberlin anwendbar war, wurde extra ins Wahlgesetz aufgenommen, daß eine Partei, die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt wurde, keine Wahlvorschläge einreichen darf. Darüberhinaus wurde eingeführt, daß ein Wahlvorschlag nur dann gültig ist, wenn die Partei in allen Wahlbezirken eines Wahlkreisverbandes kandidiert. In Anlehnung an ein Urteil des Bundesverfassungsrichts mußte allerdings die erforderliche Unterschriftenzahl pro Wahlkreis auf 40 heruntergeschraubt werden.

1974: Nach dem neuerlichen Aufschwung der demokratischen Massenbewegung und ein Jahr vor der erstmaligen Beteiligung des KBW an den Westberliner Abgeordnetenhauswahlen verfügte die Bourgeoisie, daß eine Partei, die sich an der vorhergehenden Wahl nicht in mindestens einem Wahlkreisverband mit eigenen Wahlvorschlägen beteiligt hat, nur noch dann zugelassen wird, wenn sie erstens nachweist, daß sie „Einfluß auf die Willensbildung der Bürger“ nehmen will, d.h. sämtliche Veröffentlichungen zur Begutachtung vorlegt, und zweitens, daß diese Partei „nach Umfang und Festigkeit, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine sichere Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bietet“. Inzwischen waren aus den 13 Paragraphen des Wahlgesetzes von 1950 bereits 31 Paragraphen geworden.

Selbstverständlich wäre es der Bourgeoisie vom juristischen Standpunkt aus ein Leichtes gewesen, den KBW 1975 von den Wahlen auszuschließen. Dieser Plan ist aus politischen Erwägungen heraus zunächst fallengelassen worden, wenngleich Verfahren gegen Kommunisten im öffentlichen Dienst aufgrund der Wahlbeteiligung durchgeführt wurden.

Für die Wahlen 1979 wurde zunächst die Unterschriftenzahl wiederum auf 80 festgesetzt und wurden allerlei Unverschämtheiten in Gang gebracht. Gegenwärtig wird versucht, den KBW durch Nichtherausgabe der Unterschriftenlisten zu treffen. Jeder Wahlkreisleiter hat dafür eine andere Begründung. Das reicht von der „defekten Druckmaschine“ bis zur angeblichen Neuerstellung der Listen. Die Wahlen 1979 scheinen der Bourgeoisie sehr wichtig zu sein. Uns auch!

... und in Schleswig-Holstein

r.drp. Nach einem Erlaß der Stoltenberg-Regierung werden im April 1979 die Neuwahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag durchgeführt. Gewählt werden sollen 73 Abgeordnete, davon 44 direkt in den einzelnen Wahlkreisen und 29 über Landeslisten. Der KBW strebt dazu eine Kandidatur mit eigenen Kandidaten an.

Durchgesetzt werden muß das gegenüber noch größeren politischen Schikanen als etwa zu den Kommunal- und Kreistagswahlen im März dieses Jahres. So ist für politische Parteien, die bisher nicht im Landtag vertreten waren, ein besonderes Anerkennungsverfahren in §24 des Landeswahlgesetzes vorgesehen. 100 Unterschriften sind für jeden Kreiswahlvorschlag und ebensoviele für die Landesliste nach §25 vorzulegen. Zwischen 5 und 20 waren es je nach Gemeindegröße für die Wahlvorschläge zu den Gemeinde- und Kreiswahlen. Insbesondere die Kandidatur der Kommunisten auf dem Lande soll erschwert werden. Auf der anderen Seite bieten die großen 44 Direktwahlkreise die Möglichkeit, *alle* Revolutionäre in einem Kreis gerade auf dem Land in der Kandidatur zusammenzufassen. Dafür sind die Wahlvorschläge am 41. Tage vor der Wahl einzureichen, also eine Woche früher als zu den Gemeinde- und Kreiswahlen, obwohl voraussichtlich die gleichen Kreiswahlausschüsse wie im März über die Zulassung zu entscheiden haben. Dies soll die Hoffnung der Bourgeoisie sichern, die erforderlichen Unterschriften könnten nicht aufgebracht werden.

Grüne Listen – das ist es, was die Bourgeoisie braucht

b.kaq. Die Grüne Liste Schleswig-Holstein hat sich als Partei konstituiert, mit Satzung aber ohne Programm. Der hochgespielte Krach um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, ob Mitglieder der Grünen Liste anderen Parteien und Organisationen angehören dürfen, ist mit deren Festlegung jetzt beendet, sie dürfen nicht. Aber die Bourgeoisie kann mit dem, was sich dort abgespielt hat, ganz zufrieden sein.

Baldur Springmann, einer der drei gleichberechtigten Vorsitzenden der Grünen und lange bekannter Vertreter reaktionärer Ideologien in der Bauernschaft, hatte die Versmmlung eröffnet mit fünf Minuten der Besinnung für die Ziele: „Schonungslose Aufdeckung der Profit- und Konsumgier – die absolute Maßlosigkeit muß bekämpft werden – für eine funktionstüchtige und schöne Umwelt – Ehrfurcht vor dem Leben."

Die Massen sind also konsumgierig und maßlos und nur die Ehrfurcht vor dem Leben hat Vorrang. Man riecht die braune Suppe, die da angerührt wurde förmlich heraus, diese faschistische Grundsuppe an der die Bourgeoisie schon lange dreht, um sich ein weiteres Reservois gegen die Revolution zu verschaffen. Wenn bisher die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen verhindert haben, daß sich so etwas herausbildet, so kann jetzt auf der Grundlage von Niederlagen und Zersplitterung die Umweltbewegung dafür herhalten.

Die Arbeiterklasse ist immun gegen soche Bewegungen, deshalb redet die Bourgeoisie auch zur Abdämpfung soviel von Zersplitterung der Grünen, aber die Arbeiterklasse soll ja auch isoliert werden durch den Zusammenschluß von Teilen der Bewegung gegen das Energieprogramm aus der Bauernschaft, der Intelligenz und dem Mittelstand. Unter der scheinbaren Zersplitterung der Grünen wird die Einheit auf reaktionärer Grundlage gerührt. So steht der Beschluß, nach der Hessenwahl gemeinsam mit der GAZ Grüne Aktion Zukunft und Führer Gruhl ein gemeinsames Programm auszuarbeiten.

Die Bourgeoisie kann das als Erfolg verbuchen. Daß der KB-Nord dabei seine Existenz aufgegeben hat, indem er den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zugestimmt hat, was ja wohl seine Auflösung bedeutet, ist nur ein Nebenprodukt diese Erfolges.

Den Kampf zu organisieren gegen den Bau von Brokdorf und die Wiederinbetriebnahme von Brunsbüttel, war nicht Bestandteil der Beratung der Grünen. „Leute, die mit radikal-demokratischen Vorstellungen aus den Bürgerinitiativen zu uns kommen, müssen diese Vorstellungen ablegen und sich den parlamentarischen Stil angewöhnen." Dafür gabs großen Beifall.

lagen und Zersplitterung die Umweltbewegung dafür herhalten.

Die Arbeiterklasse ist immun gegen soche Bewegungen, deshalb redet die Bourgeoisie auch zur Abdämpfung soviel von Zersplitterung der Grünen, aber die Arbeiterklasse soll ja auch isoliert werden durch den Zusammenschluß von Teilen der Bewegung gegen das Energieprogramm aus der Bauernschaft, der Intelligenz und dem Mittelstand. Unter der scheinbaren Zersplitterung der Grünen wird die Einheit auf reaktionärer Grundlage gerührt. So steht der Beschluß, nach der Hessenwahl gemeinsam mit der GAZ Grüne Aktion Zukunft und Führer Gruhl ein gemeinsames Programm auszuarbeiten.

Die Bourgeoisie kann das als Erfolg verbuchen. Daß der KB-Nord dabei seine Existenz aufgegeben hat, indem er den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zugestimmt hat, was ja wohl seine Auflösung bedeutet, ist nur ein Nebenprodukt diese Erfolges.

Den Kampf zu organisieren gegen den Bau von Brokdorf und die Wiederinbetriebnahme von Brunsbüttel, war nicht Bestandteil der Beratung der Grünen. „Leute, die mit radikal-demokratischen Vorstellungen aus den Bürgerinitiativen zu uns kommen, müssen diese Vorstellungen ablegen und sich den parlamentarischen Stil angewöhnen." Dafür gabs großen Beifall.

Für die Arbeiter, Bauern und die Volksmassen gilt es, diesen reaktionären Zusammenschluß zu zerschlagen, im Angriff auf ihre reaktionären Positionen aber auch in der Fortsetzung des Kampfes gegen das Energieprogramm. Auf der Konferenz in Wilster am Vortage, an der 8 Bürgerinitiativen teilnahmen, ist nicht wie die Bourgeoispresse rumlügt, der Vorschlag einer Demonstration für die sofortige und endgültige Stillegung von Brunsbüttel verworfen worden, sondern er wird in den Initiativen erneut beraten.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/72 08 76/77
Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/72 08 76/77
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon: 089/531348
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon: 040/382168
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon: 0421/6160455
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon: 031/6145099
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon: 0611/730231
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J 7, 14, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/16279
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon: 0711/611805
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon : 089/531348

Berufsschule 2/3 Kiel: Die SV-Wahlen zum weiteren Zusammenschluß für eine einheitliche und umfassende Ausbildung nutzen!

b.toh. Im letzten Jahr haben sich an der Berufsschule II/III in Kiel hartnäckige Kämpfe gegen die Politik der Kapitalistenklasse an den Schulen und Berufsschulen entwickelt. Zunächst verweigerten die Druckerunterstufenlehrlinge die Zahlung von Lehrmitteln und forderten vollständige Lehrmittelfreiheit. Es gelang ihnen, die SV darum zusammenzuschließen, so daß sie ein gutes Fachkundebuch erhielten und die neuen Unterstufenklassen in diesem Jahr sofort am ersten Tag Bücher erhielten.

Die Druckerlehrlinge im ersten Lehrjahr haben ebenfalls gefordert „Weg mit dem Notensystem!" und die Gesamtschülervertreteung rief dazu auf unter der Forderung „Weg mit dem Zensurensystem!" gegen den Schulgesetzentwurf zu demonstrieren. Dort, wo diese Forderung zur Grundlage des Kampfes im Unterricht gemacht wurde, setzten sich die Schüler durch. In Fachrechnen und Fachkunde z.B. war in der Druck U 2 die schlechteste Zeugniszensur eine drei!

Gleichzeitig traten die Kollegen, die Freitags zur Schule gingen, für ihr Recht auf umfassenden Berufsschulunterricht ein. Den Friseurunterstufen wurde die praktische Fachkunde gestrichen. Nachdem die Tages-SV die sofortige Wiedereinführung verlangte, und die Gewerkschaft zur Inspektion des Berufsschulunterrichtes einlud, wurde jetzt das Fach wiedereingeführt.

Gestützt auf solche Erfahrungen im Zusammenschluß gelang es auch, die Unterdrückung durch bestimmte reaktionäre Lehrer zu bekämpfen. Lehrer Grahl ist z.B. dafür bekannt, daß er Kollegen rausschmeißt und in den Betrieb schickt. Die Tages-SV schickte den Tagessprecher in die Konditorenunterstufe, wo durchgesetzt wurde, daß keiner mehr von Grahl rausgeschmissen wurde!

Die Gesamtschülervertretung forderte vom Direktor, jeden Tag eine Woche lang Vollversammlungen zum Schulgesetz durchführen zu können. Hartz lehnte es ab, mit der Begründung, die SV sei „beschlußunfähig" und „keine Plattform für kommunistische Propaganda"! Daraufhin wichen die Reformisten zurück. Nur die Tages-SV vom Freitag hielt am Kampf gegen das Schulgesetz fest und rief zu Urabstimmung und Streik am 30.6. auf. Dieser wurde auch erfolgreich gegen den Direktor durchgesetzt. Die Tages-SV konnte sich eine Woche später ohne Behinderung und Genehmigung treffen, nur zwei Klassensprecher erhielten Eintragungen wegen „unentschuldigten Fehlens".

Es zeigt sich, daß die Schüler und Lehrlinge der Berufsschule II/III sich im letzten Jahr gegen Notenunterdrückung und Entrechtung für eine umfassende Ausbildung zusammengeschlossen haben. Dieser Zusammenschluß muß jetzt in den SV-Wahlen, die tagweise vom 2. bis 6.10. und für die Gesamt-SV am 7.11.stattfinden, bewußt niederschlagen. Daher haben sich diejenigen Kräfte, die im letzten Jahr den Kampf gegen den Schulgesetzentwurf organisiert haben, zu einer Initiativgruppe zusammengeschlossen. Ein Programmvorschlag wird diskutiert.

Dieser richtet sich gegen die Abrichtung der Jugend nach den Profitinteressen des Kapitals und fordert eine umfassende Ausbildung aller Jugendlichen in den Grundlagen der Produktion. „Weg mit dem Notensystem!", „12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen" und „Einheitsschule für alle Jugendlichen gleich bis zum 18. Lebensjahr" stehen im Mittelpunkt. Weiter heißt es: „Unsere Rechte an der Schule können wir nur erkämpfen, wenn wir politische Rechte und Freiheiten fordern; freie politische Betätigung, eine von uns selbst bestimmte SV, das Streikrecht.

Die SV sollte in diesem Jahr mindestens folgendes tun:

1. Durchführung von Vollversammlungen aller Schüler an jedem Tag eine Woche lang. Da kann über das Schulgesetz und die Forderungen der SV diskutiert werden.
2. Gemeinsame Veranstaltungen mit den Gewerkschaften, die auch zu den Sitzungen der SV eingeladen werden sollten. Hier kann beraten werden, wie man gemeinsam für die Rechte und Interessen eintritt. Themen wären z.B. die Lehrlingsentlohnung, die Ausbildung im Betrieb, die Lehrmittelfreiheit.
3. Die Kritik der Schüler am Unterricht und an der Unterdrückung und Sieberei durch manche Lehrer muß aufgegriffen und mit den Lehrern und der Schulleitung verhandelt werden. Kommt keine Einigung zustande, müssen Kampfmaßnahmen ergriffen werden. Letztes Jahr z.B. schickte die Tages-SV den Tagessprecher in den Unterricht des Lehrers Grahl bei den Konditoren, wo durchgesetzt wurde, daß Grahl keine Kollegen mehr herausschmeißt und in den Betrieb schickt.

4. Auf Landesebene ist ein Schüler- und Lehrlingskongreß der LSV im Gespräch. Das ist gut, denn nur gemeinsam kann man seine Forderungen durchsetzen. Darum sollte die SV diesen Kongreß unterstützen . . ."



Am 30.9.78 hat das Komitee gegen den §218 eine Aktion gegen die Veranstaltung der schleswig-holsteinischen Ärztekammer zum §218 in Bad Segeberg durchgeführt. Mußte die Bourgeoisie zu Beginn der Veranstaltung erst einmal die Forderungen der Massen nach ersatzloser Streichung des §218 von dem Gebäude entfernen lassen, so konnte das Komitee in einem Umzug in die Innenstadt und auf zwei Kundgebungen die Absichten Sozialminister Claussens angreifen und für die Mitgliederversammlung des Komitees die Propaganda entfalten. Trotz Verbots der Aktion in der Innenstadt mußte sich die Polizei zurückhalten. Zu bekannt ist der Haß der Massen auf diesen Klassenparagrafen. Am Ende der Aktion wurde vor der medizinischen Akademie eine Abschlußkundgebung durchgeführt und die Forderungen ‚Weg mit dem §218! Volksentscheid!' sind wieder an dem Gebäude zu lesen.

wurde die praktische Fachkunde gestrichen. Nachdem die Tages-SV die sofortige Wiedereinführung verlangte, und die Gewerkschaft zur Inspektion des Berufsschulunterrichtes einlud, wurde jetzt das Fach wiedereingeführt.

Gestützt auf solche Erfahrungen im Zusammenschluß gelang es auch, die Unterdrückung durch bestimmte reaktionäre Lehrer zu bekämpfen. Lehrer Grahl ist z.B. dafür bekannt, daß er Kollegen rausschmeißt und in den Betrieb schickt. Die Tages-SV schickte den Tagessprecher in die Konditorenunterstufe, wo durchgesetzt wurde, daß keiner mehr von Grahl rausgeschmissen wurde!

Die Gesamtschülervertretung forderte vom Direktor, jeden Tag eine Woche lang Vollversammlungen zum Schulgesetz durchführen zu können. Hartz lehnte es ab, mit der Begründung, die SV sei „beschlußunfähig" und „keine Plattform für kommunistische Propaganda"! Daraufhin wichen die Reformisten zurück. Nur die Tages-SV vom Freitag hielt am Kampf gegen das Schulgesetz fest und rief zu Urabstimmung und Streik am 30.6. auf. Dieser wurde auch erfolgreich gegen den Direktor durchgesetzt. Die Tages-SV konnte sich eine Woche später ohne Behinderung und Genehmigung treffen, nur zwei Klassensprecher erhielten Eintragungen wegen „unentschuldigten Fehlens".

stimmte SV, das Streikrecht.

Die SV sollte in diesem Jahr mindestens folgendes tun:

sam kann man seine Forderungen durchsetzen. Darum sollte die SV diesen Kongreß unterstützen . . ."



Am 30.9.78 hat das Komitee gegen den §218 eine Aktion gegen die Veranstaltung der schleswig-holsteinischen Ärztekammer zum §218 in Bad Segeberg durchgeführt. Mußte die Bourgeoisie zu Beginn der Veranstaltung erst einmal die Forderungen der Massen nach ersatzloser Streichung des §218 von dem Gebäude entfernen lassen, so konnte das Komitee in einem Umzug in die Innenstadt und auf zwei Kundgebungen die Absichten Sozialminister Claussens angreifen und für die Mitgliederversammlung des Komitees die Propaganda entfalten. Trotz Verbots der Aktion in der Innenstadt mußte sich die Polizei zurückhalten. Zu bekannt ist der Haß der Massen auf diesen Klassenparagrafen. Am Ende der Aktion wurde vor der medizinischen Akademie eine Abschlußkundgebung durchgeführt und die Forderungen ‚Weg mit dem §218! Volksentscheid!' sind wieder an dem Gebäude zu lesen.

Die „humanen Arbeitsbedingungen" der NGG sind kein Ersatz für eine kräftige Lohnerhöhung

b.brg. Die „traditionelle Lohnpolitik" werde in Zukunft eine geringere Rolle spielen als bisher, so der 2. Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuß und Gaststättengewerbe auf dem achten Gewerkschaftskongress letzte Woche.

Bisher erhält eine weibliche Aushilfskraft bei der Firma Ebbrecht Neumünster(Konservenfabrik) 6,43 DM die Stunde, Festangestellte 6,93 DM, Hilfsarbeiter 8,70 und Facharbeiter 10,20 DM die Stunde. So sieht das Ergebnis der bisherigen Tarifpolitik aus, die jetzt eine noch geringere Rolle spielen soll. *Stattdessen* : „Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer, ein zusätzlicher Urlaub für Schichtarbeiter und eine Verlängerung des Urlaubs für alle Arbeitnehmer könnten auch mit dem einen oder anderen Prozent Lohnerhöhung finanziert werden. (KN v. 26.9.78) Hochgejubelt wird der Tarifabschluß in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, als „Durchbruch zu mehr Menschsein in der Arbeitswelt".

„Humanere Arbeitsbedingungen", so lautet der Schlachtruf, der jetzt an erster Stelle stehen soll. Diese Propaganda, die gegen den Lohnkampf gerichtet ist, fußt auf den miserablen Arbeitsbedingungen die im Bereich NGG bestehen.

Bei der Firma Ebbrecht in Neumünster ist es so, daß gerade die älteren Kollegen und Kolleginnen Schwierigkeiten haben, das hohe Arbeitstempo durchzuhalten. 120 bis 220 Dosen werden von einer Verarbeitungslinie produziert, die mit 20 Leuten besetzt ist. Extrem feuchte und warme Luft treibt den Schweiß aus den Poren. Die Zugluft, die beim Öffnen der Türen entsteht, ruft Erkältungen und steifen Nacken hervor.

Um einen einigermaßen ausreichenden Lohn zu bekommen, machen die Arbeiter Überstunden. Hausfrauen arbeiten in der Saison nachts für 7 DM ohne Steuerkarte, um den Haushalt der Familie abzusichern, der Kapitalist spart Sozialabgaben, Nacht- und Schichtzulagen.

Aufgrunddessen kann Ebbrecht es sich leisten, mehr Gemüse auf den Hof fahren zu lassen als in acht Stunden verarbeitet werden kann. Daß es nicht verrotten soll, damit werden dann die Überstunden begründet. Oder er schiebt zum Saisongemüse, das laufend von den Anbauflächen geliefert wird, anderes Gemüse wie z.B. Kartoffeln dazwischen, um jede Produktionslücke zu vermeiden. Fast alle Maschinen laufen auf Überkapazität, was besondere Anstrengungen erfordert. Klappernde Dosen und Gläser tragen ihren Teil zur Vernutzung der Arbeitskraft bei.

All das zeigt, daß es richtig ist, den Kampf um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu führen und der Ruinierung der Arbeitskraft Schranken zu setzen. Notwendig ist dafür aber allerdings das Verbot der Nacht-Schicht- und Akkordarbeit und die 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie die Einhaltung der 40-Stunden-Woche.

Aber dann auch für alle. Forderungen wie nach der 32-Stunden-Woche für 60-jährige, mehr Urlaub für Schichtarbeiter und einen Tag für alle anderen, ermöglichen keinen einheitlichen Kampf der Arbeiter in der NGG. Die 32-Stunden-Woche bedeutet für die Kollegen 230 – 370 DM weniger Lohn am Monatsende, das überbrückt auch nicht ein Arbeitstag. Sie werden so zu noch schnellerem Akkord und zu Überstunden gezwungen oder in die Frührente, was den Kapitalisten auch recht ist. Hinaussetzen der alten verbrauchten Arbeitskraft, um sie durch junge schärfer ausbeutbare Arbeitskräfte zu ersetzen.

Der niedrige Lohn zwingt zu Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, deshalb ist der Kampf um ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag grundlegend für den Kampf gegen Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit.

Veranstaltungen und Termine

Mittwoch, 4.10.78, 20 Uhr
Kreisveranstaltung Lauenburg
„Autobahn Hamburg-Westberlin und Nordlandautobahn: das westdeutsche Finanzkapital strebt nach Expansion und bereitet den Krieg vor".
Mölln. Gaststätte „Eulenspiegelklause"

Donnerstag, 5.10.78, 20 Uhr
Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein
1923: Die demokratische Revolution des Kemal Atatürk. – Die Große Oktoberrevolution hat den Kampf gegen den Imperialismus und Feudalismus machtvoll gefördert; die Politik der Bolschewiki unterscheidet sich grundlegend vom Expansionismus der alten Zaren.
Kiel. Aula der Humboldtschule, Knooper Weg.

Freitag, den 6.10.78, 20 Uhr
Kreisveranstaltung Rendsburg
„Entlassungsdrohungen gegen die Werftarbeiter: Druckmittel zur Erzwingung von Überstunden und verschärftem Arbeitstempo."
Rendsburg, Kreisberufsschule.

Kreisveranstaltung Plön
„Die ‚von Bülow' und ‚von Donner' haben Generationen von Landarbeitern vernutzt für Großgrundbesitz und Bauernlegen im Pakt mit der Landesregierung"
Preetz. Gaststätte „Schellhorner Berg"

Kreisveranstaltung Pinneberg
„Die Kämpfe der Jugend im Kreis Pinneberg haben eine große Tradition – um erfolgreich zu sein, müssen sie die Spaltung durch die Opportunisten überwinden"
Pinneberg, Karl-Sörensen-Schule, Lindenstraße

Kreisveranstaltung Lübeck
„Krankenhausschließung Priwall – Das Ehrenberg'sche Mordprogramm soll durchgesetzt werden"
Lübeck. „Leuschner's", Kronsforder Allee

Kreisveranstaltung Steinburg
„Das Gesundheitswesen im Kreis Steinburg – die Maßnahmen zur Zentralisierung und Kostendämpfung durch Landrat Brümmer tragen die Handschrift des Sterbehelfers Ehrenberg"
Itzehoe. „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

Samstag, 7.10.78, 15 Uhr
Fußballturnier des Kommunistischen Jugendbundes Kiel zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Eritrea.
Kiel, Gaarden, Schwarzlandwiese, Ostring
18 Uhr: Veranstaltung gemeinsam mit der Gaarden-Zelle des KBW in „Kleinckes Eck", Elisabethstraße/Kirchenweg

Kreisveranstaltung Storman
„Mülldeponie Stapelfeld. Der Unrat der kapitalistischen Profitproduktion ruiniert die Naherholungsgebiete"
Ahrensburg. „Baracke", Stormanstraße

erfolgreich zu sein, müssen sie die Spaltung durch die Opportunisten überwinden"
Pinneberg, Karl-Sörensen-Schule, Lindenstraße

Kreisveranstaltung Lübeck
„Krankenhausschließung Priwall – Das Ehrenberg'sche Mordprogramm soll durchgesetzt werden"
Lübeck. „Leuschner's", Kronsforder Allee

Kreisveranstaltung Steinburg
„Das Gesundheitswesen im Kreis Steinburg – die Maßnahmen zur Zentralisierung und Kostendämpfung durch Landrat Brümmer tragen die Handschrift des Sterbehelfers Ehrenberg"
Itzehoe. „Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

Samstag, 7.10.78, 15 Uhr
Fußballturnier des Kommunistischen Jugendbundes Kiel zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Eritrea.
Kiel, Gaarden, Schwarzlandwiese, Ostring
18 Uhr: Veranstaltung gemeinsam mit der Gaarden-Zelle des KBW in „Kleinckes Eck", Elisabethstraße/Kirchenweg

Kreisveranstaltung Storman
„Mülldeponie Stapelfeld. Der Unrat der kapitalistischen Profitproduktion ruiniert die Naherholungsgebiete"
Ahrensburg. „Baracke", Stormanstraße

Donnerstag, 12.10.78, 20 Uhr
Mitgliederversammlung des §218-Komitee Holstein
„Durch die dauernden Lohnsenkungen erzwingen die Kapitalisten Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Die Zerstörung der Arbeiterfamilie ist im Kapitalismus gesetzmäßig"
Kiel, Aula der Humboldtschule, Knooper Weg

Freitag, den 13.10.78, 20 Uhr
Kreisveranstaltung Segeberg
„Der Flughafen Kaltenkirchen – die Arbeiter und Bauern werden ihn verhindern"
Segeberg. „Zur Lohmühle", Kurhausstraße

Mittwoch, 11.10.78, 20 Uhr
Kreisveranstaltung Kiel
„Unterdrückung der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes und frühzeitige Abrichtung für die kapitalistische Produktion. Die Politik des Kieler Magistrats."
Kiel. Aula der Humboldtschule, Knooper Weg.

Prozesse gegen Mitglieder des SRK's ausgesetzt

b.Lübeck Vor überfülltem Zuschauerraum wurden am 28.9. auf Antrag der Verteidigung beide Prozesse gegen Mitglieder des SRK's wegen Flugblattverteilung beim Rekruteneinzug und Auftreten des SRK-Spielmannszuges ausgesetzt, weil die Akte der Staatsanwaltschaft unvollständig war und das zur Identifizierung benutzte Bildmaterial fehlte und jetzt herbeigeschafft werden soll.

Betriebsversammlung VAW – Kollegen fordern Abschaffung des Prämiensystems – 1,20 DM auf den Grundlohn für alle

b.Neumünster. Am 28.9. war bei VAW Neumünster Betriebsversammlung. Schon Tage vorher hatten sich die Kollegen in der Profilweiterverarbeitung verständigt, daß man diese Betriebsversammlung nutzen muß, um die Abschaffung des 6-stufigen Prämiensystems und stattdessen eine Erhöhung des Grundlohns um 1,20 DM durchzusetzen. Seit Januar existiert dieses Prämiensystem, wo man von einer Kommission, bestehend aus Betriebsrat, Meister, Personalchef und Abteilungsleiter in einer der Prämienstufen 40 Pf, 80 Pf, 1,20 DM, 1,60 DM und 2,- DM eingestuft wird. Das Ergebnis war eine enorme Steigerung der Arbeitshetze. So werden z.B. an einer Fräse, heute 500 Teile pro Schicht gefahren, wo es vor einem Jahr noch 300 Stück waren. Der Forderung der Kollegen mußten selbst der Vorarbeiter und der Meister zustimmen. Am Tag vor der Betriebsversammlung sind zwei Kollegen zum Betriebsratsvorsitzenden hochgegangen und haben ihn aufgefordert, ihre Forderung auf der Betriebsversammlung einzubringen und zu unterstützen und sind erst wieder gegangen, als er das zugesagt hatte. Auf der Betriebsversammlung haben sich der Betriebsführer Dr. Müller-Busse und der Personalchef Junghans gar nicht erst blicken lassen. Der Betriebsratsvorsitzende hat die Forderung nicht vorgebracht, sondern ellenlange Vorträge über die Spindverteilung gehalten usw. 5 Minuten vor Schluß konnten die Kollegen die Forderung doch noch einbringen und verlangte außerdem, daß eine Reihe von Erpressungsbriefen, die an kranke Kollegen gegangen waren und in denen es wörtlich heißt: „. . . und sollte sich der Gesundheitszustand nicht nachhaltig bessern, sehen wir uns gezwungen, das Beschäftigungsverhältnis in ihrem eigenen Interesse zu kündigen.", schriftlich von der Betriebsführung zurückgenommen werden. Der Betriebsratsvorsitzende hat dann eine Abstimmung der Kollegen aus der Abteilung durchgeführt. Von 20 anwesenden Kollegen waren weit über die Hälfte (etwa 13) für die Forderungen.

Der Betriebsrat tagt jetzt am Montag und muß dann die Forderungen beschließen und unterstützen.

Kantinpreiserhöhung bei HDW

b.Kiel. Ab 1.10.78 werden bei HDW die Preise für Mittagsmahlzeiten erhöht. Das Essen, das bisher 1,50 DM gekostet hat, wird 1,70 DM, das Essen mit Suppe zu 1,70 DM wird 2 DM kosten. Allein die Preiserhöhung macht bei 220 Arbeitstagen im Jahr 44 bis 66 DM aus. Die Qualität des Essens wird demgegenüber nicht erhöht. Klar, daß diese Unverschämtheit bei den Lohnkämpfen berücksichtigt wird.

Lügen eines ehemaligen Kreistagsabgeordneten und Lehrers zurückgewiesen

b.Itzehoe. Am Dienstag, den 12.9.78 wurde der bürgerliche Politiker (bis März 78 Kreistagsabgeordneter der FDP im Steinburger Kreistag und Studienrat) Griesmann im Gemeinschaftskundeunterricht wegen der geplanten Mülldeponie in Ecklak/Wilstermarsch angegriffen. In der Klasse für Maschinenschlosser behauptete er, dort solle überhaupt kein Industriemüll abgelagert werden und auch die Bayer-Kapitalisten hätten damit nichts zu tun. Er log genauso, wie seine Kumpanen im Kreistag. Am Samstag darauf wurde er in einer anderen Klasse nochmal angegriffen. Diesmal konkreter, er wurde gefragt, ob er das Abfallbeseitigungsgesetz von 1974 kennen würde. Nach Rumdrucksen gab er schließlich zu, daß er weiß, daß dort Industriemüll abgelagert werden soll. Unter der Androhung den Notenknüppel schwingen zu wollen, brach er dann die Diskussion gewaltsam ab. Denn schließlich „lernt man ja gar nichts, wenn man immer nur diskutiert". Festgenagelt wird der Mann trotzdem weiter.

ten vor Schluß konnten die Kollegen die Forderung doch noch einbringen und verlangte außerdem, daß eine Reihe von Erpressungsbriefen, die an kranke Kollegen gegangen waren und in denen es wörtlich heißt: „. . . und sollte sich der Gesundheitszustand nicht nachhaltig bessern, sehen wir uns gezwungen, das Beschäftigungsverhältnis in ihrem eigenen Interesse zu kündigen.", schriftlich von der Betriebsführung zurückgenommen werden. Der Betriebsratsvorsitzende hat dann eine Abstimmung der Kollegen aus der Abteilung durchgeführt. Von 20 anwesenden Kollegen waren weit über die Hälfte (etwa 13) für die Forderungen.
Der Betriebsrat tagt jetzt am Montag und muß dann die Forderungen beschließen und unterstützen.
Kantinpreiserhöhung bei HDW
b.Kiel. Ab 1.10.78 werden bei HDW die Preise für Mittagsmahlzeiten erhöht. Das Essen, das bisher 1,50 DM gekostet hat, wird 1,70 DM, das Essen mit Suppe zu 1,70 DM wird 2 DM kosten. Allein die Preiserhöhung macht bei 220 Arbeitstagen im Jahr 44 bis 66 DM aus. Die Qualität des Essens wird demgegenüber nicht erhöht. Klar, daß diese Unverschämtheit bei den Lohnkämpfen berücksichtigt wird.
Lügen eines ehemaligen Kreistagsabgeordneten und Lehrers zurückgewiesen
b.Itzehoe. Am Dienstag, den 12.9.78

Qualifizierung erkämpft

b.rja. Seit ca. sechs Monaten läuft in Kiel, von der Arbeitslosenkasse finanziert, ein „Anpassungs-Fortbildungslehrgang" für Maschinenschlosser. Von Anpassung bekommt man viel zu spüren, von Fortbildung dagegen wenig. Seit Monaten kämpfen die Kollegen für eine qualifizierte Ausbildung, insbesondere für einen Schweißerkurs mit Zeugnis. Trotz Hinhaltetaktik ist es den Kollegen gelungen, den Kursus durchzusetzen. Der Vertreter des Arbeitsamtes wurde in den Unterricht bestellt und so lange weichgeklopft, bis er notgedrungen seine Zustimmung gab, obwohl seine Vorschriften eine weitergehende Qualifizierung nicht zulassen.

Von wegen „Überlebenskampf" – das Ziel der HDW-Kapitalisten ist der Höchstprofit

b.pes. „Ganz generell darf ich sagen, daß wir für die Zukunft zwar nicht mehr Investitionen in der Größenordnung der letzten Jahre vornehmen werden (in den letzten 4 Geschäftsjahren haben wir knapp DM 400 Mio investiert), daß aber bei HDW nach wie vor im Rahmen der Unternehmensziele und -politik investiert wird. Manchmal ist es schwer, sich zu großen Investitionen zu entschließen. Das gilt gerade in Zeiten wie heute, wo sich ein solches Unternehmen praktisch in einem Überlebenswettbewerb befindet und in denen die Neigung, fast gar nichts zu investieren zunimmt. In solchen Zeiten zeigt sich allerdings auch an den Investitionen die unternehmerische Haltung und Einstellung, und dieses ist eines der Kriterien, an denen Unternehmertum gemessen werden kann." So endet ein Vortrag, den Norbert Henke, Vorstandsvorsitzender der HDW, im Frühjahr am betriebswirtschaftlichen Institut der Universität zum Thema „Investitionsplanung bei der Howaldtswerke Deutsche Werft AG" gehalten hat. Die 400 Mio teilen sich wie folgt auf: 1973/74 Beginn des Baus des Großdocks Kiel und der Zentralschlosserei in Gaarden; Beginn der Erweiterung eines Schwimmdocks in Hamburg und des Baus einer Schiffsbauhalle ebenfalls in Hamburg, investiert 139,6 Mio DM; 1975 kamen zu diesen Projekten nochmal 137,9 Mio DM und 1976 73 Mio DM dazu. Im letzten Geschäftsjahr wurden die Gebäude und das Grundstück des Werks Süd gekauft, es war vorher nur gepachtet, ein Molengebäude errichtet sowie eine Zentrallagerhalle zur „Rationalisierung der Versorgung" errichtet. Im selben Zeitraum sanken die Beschäftigtenzahlen von 16007 auf 13795.

Was Henke jetzt mit den kleineren Investitionen meint, sind bestimmte Vorkehrungen für die Einführung des Programmlohnsystems auch auf den Schiffen.

„Im Grundsatz denken wir im Bereich unserer Planung in 5-Jahreszeiträumen" (ebenda). Jetzt ist der Zeitraum der umfassenden Vernichtung von Kapital großen Stils gekommen. Werftanlagen mit einem annähernden Buchwert von 90 Mio DM sollen abgestoßen werden, weil es veraltetes Kapital ist. HDW will das Reparaturgeschäft in Hamburg komplett loswerden es bringt nicht genug Profite. Zum anderen soll der „Wasserkopf des Gemeinkostenbereichs" ausgetrocknet werden. 3488 Angestellte waren im letzten Geschäftsjahr bei HDW beschäftigt. 3852 waren es noch 3 Jahre vorher. Bekanntlich fassen die Kapitalisten unter Angestellte die Antreiber vor Ort über die Manager in den Vorstandsetagen bis zu den Schreibkräften. Natürlich geht es Henke darum Schreibkräfte, Konstrukteure, Techniker usw. rauszuschmeißen und nicht etwa die Schar der Aufpasser zu senken. Im Auge hat er dabei, daß es zuviele Beschäftigte gibt, die keinen Mehrwert produzieren, die aber dennoch Lohn bekommen. Das drückt auf die Profitrate.

Die Profitrate ist das Verhältnis des Mehrwerts zum eingesetzten Kapital. Die HDW Kapitalisten sind jetzt an eine Grenze gekommen, wo nur die Verschärfung der Ausbeutung, sprich die Mehrwertauspressung nicht hinlangt, um in der Konkurrenz an die Spitze zu stoßen. Notwendig ist es für sie, sich Teilen des kostanten und variablen Kapitals zu entledigen. Dabei sind Lohnkürzungen zwar ein Mittel, aber viel rascher und durchgreifender wirkt der Rausschmiß von 2000 Arbeitern. Man kann sich das gut durchrechnen. Umsätze von 1,215 Mrd DM sind letztes Jahr gemacht worden. In Hamburg wollen sie das Reparaturgeschäft dichtmachen, das einen Umsatzanteil von 209 Mio DM hatte, aber ein insgesamt unbefriedigendes Jahresergebnis brachte: Runde 72 Mio. DM wollen die HDW Kapitalisten durch die 2000 Entlassungen und damit die Minderung des variablen Kapitalteils rausschinden, wobei gleichzeitig die absolute Höhe des Mehrwerts nur geringfügig sinkt, weil die Investitionen wirken, sprich weil die Akkorde raufgesetzt werden und der Programmlohn durchgesetzt wird.

Die Masse des Mehrwerts ist von 1976 (171777 Mio DM) bis 1977 (169 Mio DM) gesunken. Das heißt bei 700 Entlassungen in diesem Zeitraum, daß die Ausbeutung relativ gesteigert worden ist. Die Kapitalisten wollen aber die absolute Steigerung des Mehrwerts, deshalb wollen sie unprofitable Kapitalteile absoßen bei gleichzeitiger Verschärfung des Akkords, Senkung des Lohns und Verlängerung des Arbeitstages. Dagegen gilt es den Kampf zu führen.

Jeder BAFöG-Empfänger zum Streikbruch verpflichtet

Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Streikrecht der Studenten

b.vom. Während der Dauer eines studentischen Streiks ist kein BAFöG zu zahlen, entschied kürzlich das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), sofern der Student die Unterbrechung seiner Ausbildung zu vertreten hat.
Das BAFöG wurde 1971 per Gesetz eingeführt. Verhüllt wurde damit der einfache Sachverhalt, daß es sich bei der studierenden Jugend um Auszubildende handelt, die ihre Arbeitskraft dem Staat als Organisator der Hochschulausbildung zum Zwecke des Erwerbs bestimmter, für die Organisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses und der Ausführung der Geschäfte des bürgerlichen Staates notwendigen Kenntnisse zur Verfügung stellen. Sie werden nicht wie jeder Verkäufer der Ware Arbeitskraft behandelt, der per arbeitsvertraglicher Regelung Feststellungen hinsichtlich der Art und Dauer der Vernutzung der Arbeitskraft mit dem Aufkäufer der Arbeitskraft trifft und für die Vernutzung der Arbeitskraft ein entsprechendes Entgelt verlangt; der sich weiterhin zum Zwecke der gemeinsamen Regelung der Bedingungen mit denjenigen in einer Koalition zusammenschließt, die dem gleichen Aufkäufer der Arbeitskraft gegenüberstehen. Durch diese Maßnahmen sollte der zwangsläufig zu Tage tretende Widerstand der Studentenmassen gegen die Indoktrinierung der bürgerlichen Wissenschaft
die Einführung des Ordnungsrechtes, etc. gegen das BAFöG-System selbst stattfanden, haben die Univerwaltungen über die zuständigen Stellen für das BAFöG mittels Entzug von BAFöG versucht, die Streikfront aufzubrechen. So auch in Kiel, als die Studenten im Wintersemester 1972 an der Fachhochschule für Sozialwesen gegen die Einführung einer neuen Prüfungsordnung einen hartnäckigen Kampf führten, der das ganze Semester über andauerte. Im dritten Streikmonat begann das BAFöG-Amt Zahlungen zurückzufordern und verweigerte neue Zahlungen.
Dagegen richtete sich die Klage einer Studentin. Unter dem Druck der Bewegung erklärte das VG Schleswig das Vorenthalten von BAFöG während des Streiks für nicht gerechtfertigt. Das OVG Lüneburg gab dem BAFöG-Amt in der Berufung recht, während das BVerwG jetzt dieses Urteil aus Lüneburg aufhob und zur erneuten Verhandlung zurückverwies.
Unstimmigkeit herrschte bei den Richtern darüber, wann ein Student die Unterbrechung seiner Ausbildung zu vertreten hat: muß er zum Nachweis des „Nichterscheinen-Müssens" aktiv den Streikbruck organisieren oder reicht es aus, wenn er sich aus dem Streik nur raushält, war hier die entscheidende Frage.
Das OVG Lüneburg hatte hierzu die Auffassung vertreten: „Der Auszubil-
gründung: Bei einem Streik handele es sich um eine kollektive Erscheinung, die von der studentischen Solidarität geprägt sei. Dies bringe es mit sich, daß auch die nicht streikwilligen Studenten die Mehrheitsbeschlüsse und ihre Befolgung letzten Endes gegen sich gelten lassen müßten, zumal innerhalb der Studentenschaft auch die Möglichkeit bestanden habe, entgegengesetzte Entscheidungen herbeizuführen und so den Streik zu vermeiden.
Mit dieser Entscheidung stütze sich das OVG Lüneburg auf die vom Reichsarbeitsgericht entwickelte Sphärentheorie. Im Arbeitsrecht bedeutet diese Sphärentheorie, daß der Kapitalist „bei einem von keiner Seite verschuldeten Ereignis das Betriebsrisiko nicht zu tragen hat, wenn die Unmöglichkeit der Arbeitnehmer in deren Sphäre ihren Ursprung hat", eine Antwort auf die sozialdemokratische Taktik, bei einer Lohnbewegung nicht die Arbeiter der betroffenen Branche in den Streik zu führen, sondern Schwerpunktstreiks durchzuführen. Das OVG Lüneburg, das diese Ausführungen zur Rechtswidrigkeit studentischer Streiks macht, greift diese Sphärentheorie auf, um damit den Entzug von BAFöG-Geldern begründen zu können.
Gleichzeitig hat das Urteil aber einen richtigen Kern: den Streik der Studenten zu behandeln als Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Ar-
fentlichen Hand, die in einem Abhängigkeitsverhältnis von einem Kollektivverhalten der Auszubildenden gesehen werden könnte und dürfte. Es handelt sich vielmehr um eine individuelle Ausbildungsförderung." Folglich sei die Sphärentheorie nicht anwendbar. Denn: „Unbeschadet der kollektiven Aktionen fehlt es beim studentischen Lernboykott gerade an der Solidargemeinschaft, die für den legitimen, von Gewerkschaften getragenen Arbeitsstreik kennzeichnend ist dergestalt, daß das Ausbleiben der Lohnzahlungen weitgehend aus Zahlungen der gewerkschaftlichen Streikkassen kompensiert wird."
Das „Vertreten-Müssen" der Ausbildungsunterbrechung wird wie folgt bestimmt: „Der Student hat die Ausbildungsunterbrechung grundsätzlich dann zu vertreten, wenn er bei entsprechendem Willen in der Lage gewesen wäre, sich zwecks kontinuierlicher Fortsetzung der Ausbildung in den vorgeschriebenen oder vorgesehenen Lehrveranstaltungen trotz Proklamation eines Lernboykotts einzufinden und ihm dies den Umständen nach auch zugemutet werden kann."
Verpflichtet sind die Bezieher von BAFöG demnach, sich gegen einen Streik in der Urabstimmung auszusprechen und, wenn es trotzdem zum Streik kommt, sich aktiv als Streikbrecher zu betätigen.

b.vom. Während der Dauer eines studentischen Streiks ist kein BAFöG zu zahlen, entschied kürzlich das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), sofern der Student die Unterbrechung seiner Ausbildung zu vertreten hat.

Das BAFöG wurde 1971 per Gesetz eingeführt. Verhüllt wurde damit der einfache Sachverhalt, daß es sich bei der studierenden Jugend um Auszubildende handelt, die ihre Arbeitskraft dem Staat als Organisator der Hochschulausbildung zum Zwecke des Erwerbs bestimmter, für die Organisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses und der Ausführung der Geschäfte des bürgerlichen Staates notwendigen Kenntnisse zur Verfügung stellen. Sie werden nicht wie jeder Verkäufer der Ware Arbeitskraft behandelt, der per arbeitsvertraglicher Regelung Feststellungen hinsichtlich der Art und Dauer der Vernutzung der Arbeitskraft mit dem Aufkäufer der Arbeitskraft trifft und für die Vernutzung der Arbeitskraft ein entsprechendes Entgelt verlangt; der sich weiterhin zum Zwecke der gemeinsamen Regelung der Bedingungen mit denjenigen in einer Koalition zusammenschließt, die dem gleichen Aufkäufer der Arbeitskraft gegenüberstehen. Durch diese Maßnahmen sollte der zwangsläufig zu Tage tretende Widerstand der Studentenmassen gegen die Indoktrinierung der bürgerlichen Wissenschaft leichter gebrochen werden können. In den Streiks der Studenten, die in vielen Orten mit großer Hartnäckigkeit gegen die Auflösung ihrer gewählten Vertretungsorgane, gegen Verschärfungen von Prüfungsordnungen, gegen die Einführung des Ordnungsrechtes, etc. gegen das BAFöG-System selbst stattfanden, haben die Univerwaltungen über die zuständigen Stellen für das BAFöG mittels Entzug von BAFöG versucht, die Streikfront aufzubrechen. So auch in Kiel, als die Studenten im Wintersemester 1972 an der Fachhochschule für Sozialwesen gegen die Einführung einer neuen Prüfungsordnung einen hartnäckigen Kampf führten, der das ganze Semester über andauerte. Im dritten Streikmonat begann das BAFöG-Amt Zahlungen zurückzufordern und verweigerte neue Zahlungen.

Dagegen richtete sich die Klage einer Studentin. Unter dem Druck der Bewegung erklärte das VG Schleswig das Vorenthalten von BAFöG während des Streiks für nicht gerechtfertigt. Das OVG Lüneburg gab dem BAFöG-Amt in der Berufung recht, während das BVerwG jetzt dieses Urteil aus Lüneburg aufhob und zur erneuten Verhandlung zurückverwies.

Unstimmigkeit herrschte bei den Richtern darüber, wann ein Student die Unterbrechung seiner Ausbildung zu vertreten hat: muß er zum Nachweis des „Nichterscheinen-Müssens" aktiv den Streikbruck organisieren oder reicht es aus, wenn er sich aus dem Streik nur raushält, war hier die entscheidende Frage.

Das OVG Lüneburg hatte hierzu die Auffassung vertreten: „Der Auszubildende hat die Unterbrechung durch einen Vorlesungsstreik nicht nur dann zu vertreten, wenn er sich aktiv dafür eingesetzt hat, sondern auch dann, wenn er ihn lediglich zwangsläufig befolgt hat" (Urteil vom 29.1.76). Begründung: Bei einem Streik handele es sich um eine kollektive Erscheinung, die von der studentischen Solidarität geprägt sei. Dies bringe es mit sich, daß auch die nicht streikwilligen Studenten die Mehrheitsbeschlüsse und ihre Befolgung letzten Endes gegen sich gelten lassen müßten, zumal innerhalb der Studentenschaft auch die Möglichkeit bestanden habe, entgegengesetzte Entscheidungen herbeizuführen und so den Streik zu vermeiden.

Mit dieser Entscheidung stütze sich das OVG Lüneburg auf die vom Reichsarbeitsgericht entwickelte Sphärentheorie. Im Arbeitsrecht bedeutet diese Sphärentheorie, daß der Kapitalist „bei einem von keiner Seite verschuldeten Ereignis das Betriebsrisiko nicht zu tragen hat, wenn die Unmöglichkeit der Arbeitnehmer in deren Sphäre ihren Ursprung hat", eine Antwort auf die sozialdemokratische Taktik, bei einer Lohnbewegung nicht die Arbeiter der betroffenen Branche in den Streik zu führen, sondern Schwerpunktstreiks durchzuführen. Das OVG Lüneburg, das diese Ausführungen zur Rechtswidrigkeit studentischer Streiks macht, greift diese Sphärentheorie auf, um damit den Entzug von BAFöG-Geldern begründen zu können.

Gleichzeitig hat das Urteil aber einen richtigen Kern: den Streik der Studenten zu behandeln als Kampf um die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft. Gegen diese Begründung ist das BVerwG aufgetreten: „Die Förderungsleistungen haben keinen Entgeldcharakter. Ihre Gewährung aus öffentlichen Mitteln ist auch nicht Ausfentlichen Hand, die in einem Abhängigkeitsverhältnis von einem Kollektivverhalten der Auszubildenden gesehen werden könnte und dürfte. Es handelt sich vielmehr um eine individuelle Ausbildungsförderung." Folglich sei die Sphärentheorie nicht anwendbar. Denn: „Unbeschadet der kollektiven Aktionen fehlt es beim studentischen Lernboykott gerade an der Solidargemeinschaft, die für den legitimen, von Gewerkschaften getragenen Arbeitsstreik kennzeichnend ist dergestalt, daß das Ausbleiben der Lohnzahlungen weitgehend aus Zahlungen der gewerkschaftlichen Streikkassen kompensiert wird."

Das „Vertreten-Müssen" der Ausbildungsunterbrechung wird wie folgt bestimmt: „Der Student hat die Ausbildungsunterbrechung grundsätzlich dann zu vertreten, wenn er bei entsprechendem Willen in der Lage gewesen wäre, sich zwecks kontinuierlicher Fortsetzung der Ausbildung in den vorgeschriebenen oder vorgesehenen Lehrveranstaltungen trotz Proklamation eines Lernboykotts einzufinden und ihm dies den Umständen nach auch zugemutet werden kann."

Verpflichtet sind die Bezieher von BAFöG demnach, sich gegen einen Streik in der Urabstimmung auszusprechen und, wenn es trotzdem zum Streik kommt, sich aktiv als Streikbrecher zu betätigen.

Notwendig ist es, daß sich die Studenten das Koalitions- und Streikrecht erkämpfen und einen Tarifvertrag mit dem Staat als Organisator der Ausbildung über die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft abschließen.

„. . .tiefe Frömmigkeit und opferbereite Liebe . . ."

Der Beitrag von „Brot für die Welt" bei der imperialistischen Expansion

b.kal. „Brot für die Welt" – das ist die größte Aktion des Weltkirchenrates in den imperialistischen Ländern (im Weltkirchenrat sind fast alle nichtkatholischen christlichen Kirchen zusammengeschlossen), mit der die spontane Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt eingefangen werden soll.

Über 2,1 Mio. DM hat die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) für 1978 allein dafür angesetzt, daß sie in Gang gehalten wird (davon sind über 1,3 Mio. DM Werbungskosten). „Öffnet die Faust – wir brauchen Frieden! Brot für die Welt – den Frieden entwickeln", diese Losung der Aktion 1976 sagt bereits alles aus über deren Zweck und Ziel. „Die geballte Faust, ein Symbol für Gewalt, Drohung, Haß!", so sieht es die EKD. Die geballte Faust, sie ist immer für die Arbeiterklasse und die Volksmassen ein Zeichen zur gewaltsamen Befreiung von Kapitalismus und Imperialismus gewesen. Und dann der Appell an die Volksmassen: „Macht die Fäuste auf – auch die kleinen Fäuste in den eigenen Taschen, mit denen eigenes Glück, Recht und Geld vor der Teilung mit den Rechtlosen und Ohnmächtigen bewahren soll" (Flugblatt der EKD, zitiert nach Jugendpfarramt der Probstei Kiel, ohne Datum).

Zur Zeit läuft die Aktion „Jute statt Plastik". „Jute statt Plastik heißt Arbeit für Bangladesh", heißt es in einer Werbeschrift. „Sie (die Jutetaschen) werden von Hunderten von armen Frauen, die sich in einfachen Genossenschaften organisiert haben, in Heimarbeit genäht. So erhalten die ärmeren Schichten einen Verdienst, ohne daß neue Fabriken gebaut werden müßten" (Werbeschrift, s. o.). Reaktionär bis auf die Knochen ist auch diese Aktion: „Die ärmeren Schichten" von Bangladesh sind jahrzehntelang ausgequetscht worden vom britischen Imperialismus, jetzt will sich das Land eine eigene nationale Wirtschaft aufbauen – und in der Tat auch moderne Fabriken – und nicht für einige „den Gürtel enger schnallen"-Ideologen in Westdeutschland den Weg zurück zur Natur ebnen. Statt die Bestrebungen der Länder der Dritten Welt – Aufbau einer eigenen Wirtschaft in nationaler Souveränität – zu unterstützen, schickt z.B. die Nordelbische Kirche (NEK) den Vorsitzenden der Kirchenleitung Bischof Hübner (Lübeck), nach Indien, um mit in Lagern zusammengepferchten Jugendlichen Bäume anzupflanzen. Erfahrung in Sachen „Hilfe für die Armen" hat er genug: als Sohn eines Missionars in Indien geboren, hat er in der damaligen britischen Kolonie selbst vor dem Zweiten Weltkrieg als Missionar gewirkt.

In ihrer Antwort an die EKD im Dokument „Rassentrennung verleugnet Evangelium" vom 30.8.77, hält die NEK fest: „Die Kirche hat den Auftrag, ‚das Evangelium der Versöhnung und nicht der Gewalt zu predigen' (Lukas de Vries, Präsident der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Südwest-Afrikas." „Viele Kirchenväter im südlichen Afrika sehen es so: (Wenn die Kirchen nicht den ‚Kampf gegen die Apartheid' unterstützen), werden sich viele Afrikaner vom Christentum abwenden und im Kommunismus ihr Heil suchen." „. . . Unsere schwarzen Mitchristen, . . . würden sich am ehesten schützend vor Weiße (sprich: Imperialisten) stellen." Dafür ist der NEK allerdings der Sonderfonds des Weltkirchenrates ein zu riskantes Unternehmen. Deswegen: „Kein Pfennig aus den Kirchensteuern und aus ‚Brot für die Welt' . . . in den Sonderfonds." Stattdessen unterstützt die NEK den ‚Fonds für Gerechtigkeit und Versöhnung' der Vereinigten ev.-luth. Kirche Deutschlands, über dessen Verwendung allein der Südafrikanische Kirchenrat entscheidet (Rassentrennung, ebenda).

Am 22. November (Bußtag) wird die „Aktion Brot für die Welt 1978" mit einem Jugendgottesdienst und dem Musikspiel „Franz von Assisi" in Kiel eröffnet.

„Weltfreudiges Wesen und inniges Naturgefühl paarten sich bei ihm mit tiefer Frömmigkeit und opferbereiter Liebe", schreibt der „Volksbrockhaus" über diesen Gründer des Franziskaner-Ordens, dessen Mönche sich „zur Armut verpflichten" und als „Seelsorger"-Missionare in aller Welt waren.

Opferbereitschaft für die Imperialisten und die revolutionäre Gewalt hassend, die von Ausbeutung und Unterdrückung durch dieses Parasitenpack befreit, dahin wollen diese Pfaffen die Jugend haben. Die Eröffnungsfeier wird nicht so glatt über die Bühne gehen. Für die gerechte Sache der Völker der Dritten Welt wird die Jugend zu gewinnen sein, und dort die Sammlung für Schulmaterial für vier Schulen in Eritrea unterstützen.

Unter der Flagge der „Sicherung der Ostsee" die Invasion in die DDR und Polen proben

Marinestrategie während des Manövers Bold Guard

b.reh. Die Gefechtsübung „Bold Guard" war mit 65000 Soldaten nicht nur die größte NATO-Übung seit dem Zweiten Weltkrieg, sie hatte auch einen neuen Bestandteil: Das erste Mal wurden amphibische Anlandungen in großem Umfang in der Ostsee geprobt.

Fehmarn war das Objekt, von dem die vierte Brigade der US-Marineinfanteristen Besitz ergriff. Sicherung, also Verteidigung der Kontrolle über den Fehmarn-Belt, sollte der Zweck der Übung gewesen sein. Ausgerechnet die Insel Fehmarn sollen sich die Sozialimperialisten als Stützpunkt ausgesucht haben um die Durchfahrt zu den Ostseezugängen zu erkämpfen. Die Insel ist aber flach wie ein Pfannkuchen, hat kaum Befestigungsanlagen und lediglich einen Tiefwasserhafen bei Puttgarden. Ein denkbar ungünstiges Objekt für die SU-Truppen, die sich hüten werden, auf diesem Präsentierteller größere Verbände zu halten.

Daß die NATO-Imperialisten ebenfalls von dieser Einschätzung ausgehen, zeigt der Verlauf der Landungsübungen am 20.9. Im Morgengrauen landeten niederländische Marineinfanteristen als „rote" Partei an der Nord-Ost-Küste Fehmarns – ohne Feindberührung. Wenige Stunden später die von der bürgerlichen Presse groß herausgeputzten Anlandungen der „US-Ledernacken". Mit großem Getöse, wilden Schießereien und unwahrscheinlichem Terror gegen die Fehmarner Bauern, marschierten sie vor. Auch sie marschierten, wie schon zuvor die Niederländer, ohne irgendeinen gegnerischen Soldaten zu Gesicht zu bekommen. Also eine unsinnige Übung?

Mitnichten. Das ganze Manöver bekommt einen Sinn, wenn man sich die Anlandungen an die Küsten der DDR oder Polens verlegt denkt. Dann hat es nämlich den Zweck verfolgt, amphibische Anlandungen unter den konkreten Bedingungen der Ostsee und der Ostseeküsten zu erproben.

Ein solches Manöver ist auch dringend erforderlich für die Vorwärtsstrategie, weil bislang nicht geübt. Erst zu Beginn dieses Jahres waren die 20 Mehrzwecklandungsboote der Bundesmarine von Wilhelmshafen an die Ostsee nach Kiel verlegt worden, ihrer auch tatsächlich geplanten Ausgangsbasis. Amphibische Einheiten sind offensichtlich Waffen zu expansionistischen Zwecken, bestimmt dazu, Truppen an fremden Küsten abzusetzen. Nahezu zwei Jahrzehnte mußten die westdeutschen Imperialisten diese Boote in der Nordsee zurückhalten. Eine Stationierung in der Ostsee hätte die expansionistischen Ziele der NATO den Volksmassen allzu deutlich werden lassen. Weil sie gegenüber den Massen mit verdeckten Karten arbeiten müssen, haben die westdeutschen Imperialisten in diesem Manöver zwar ihre Landungsboote eingesetzt, aber noch keine westdeutschen Truppenteile. Das übernahmen die US-Soldaten, die mit der Inbesitznahme Fehmarns gleichzeitig demonstrierten, daß der US-Imperialismus die Vormacht ausübt, daß er das Kommando führt.

Ihre Vorbereitungen auf kommende Raubzüge versucht die westdeutsche Bourgeoisie durch den Farbwechsel der Sowjetunion zu einer imperialistischen Supermacht zu kaschieren.

Beide Supermächte müssen sich in ihrem Kampf um die Weltherrschaft auf Mitteleuropa konzentrieren. Für die SU wird entscheidend sein, die Nachschublinien der US-Imperialisten und der anderen NATO-Staaten über den Atlantik abzuschneiden. Das ist geplant und mehrfach in Manövern demonstriert durch eine Zangenbewegung der Mittelmeerflotte und der Nordmeerflotte.

Die Nachschubversorgung dieser Flotten müßte sich auf Transporte durch die Ostseezugänge zur Nordsee stützen, da das Nordpolarmeer über Norwegen den größten Teil des Jahres durch Eismassen nicht passierbar ist und das Mittelmeer, durch den Kampf der Mittelmeervölker nach Abzug aller fremden Flotteneinheiten, eine äußerst unsichere Passage darstellen würde.

Entsprechend der Bedeutung der Ostseezugänge, haben die Neuen Zaren über 522 Schiffseinheiten, 250 Flugzeuge und 44 Hubschrauber im Ostseeraum stationiert (KN vom 10.3.78).

Angesichts einer derartigen Bedrohung schrieb A. Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" im September 1976, ist „Vorneverteidigung zu wenig", „die NATO muß die Abwehrplanung geistig umstellen auf Vorwärtsverteidigung".

Was Weinstein „geistig" fordert, hat die Marine in der Ostsee schon längst in Angriff genommen: In den letzten Jahren wurde die Stationierung von Waffeneinheiten im Ostseeraum auf folgenden Stand gehoben: 40 Schnellboote, 24 U-Boote, 39 Minensuchboote, 7 Zerstörer und die 20 Mehrzwecklandungsboote, sowie 117 Marinejagdflugzeuge.

Mit diesen Einheiten soll sowohl verhindert werden, daß die SU-Flotte die Ostseezugänge zwischen den dänischen Inseln durchquert und damit die Lage entsteht, daß für die vormarschierenden NATO-Armeen die Nachschublinien gekappt werden. Dazu werden die Minensuch- und -legeboote gestützt auf die U-Boote und die Schnellboote, die samt und sonders mit Lenkwaffen ausgerüstet sind, die Wasserstraßen verriegeln.

Zum anderen soll durch amphibische Einheiten, die gestützt werden durch S-Boote und Tornado-Jäger, Truppen an den Flanken und im Rükken der Warschauer-Pakt-Truppen angelandet werden. Letztere Aufgabe wollen die US-Imperialisten unter ihrer direkten Regie durchgeführt wissen. Die 11000 „Marines" bei Bold Guard haben signalisiert: Sie wollen dazu US-Verbände in Dänemark oder Schleswig-Holstein fest stationieren. Von der Insel Bornholm, die die NATO-Imperialisten gern als Sprungbrett im vorgelagerten Raum der Ostsee besetzen wollen, aber nicht können, weil die dänischen Massen die Stationierung fremder Truppen auf dänischem Territorium nicht zulassen, wird von der deutschen Besatzungszeit während des Zweiten Weltkrieges folgendes berichtet: „Zwischen der Bevölkerung und der Besatzung gab es ‚Episoden'-Schlägereien, ... später gab es kleinere Sabotagefälle, ...Streiks, illegale Schriften. Einige aufdringliche Kollaborateure wurden von der organisierten Widerstandsbewegung erschossen" („Wehrkunde", Nov. 1972).

„Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein"
Ein Unterdrückungsinstrument wird ausgefeilt
b.wik. Die deutsche Bourgeoisie, nicht durch eine Revolution, sondern durch das Bündnis mit dem Adel bei der Niedertretung einer Revolution an die Macht gekommen, hat den feudalen Gewalt- und Unterdrückungsapparat nicht zerschlagen, sondern übernommen und für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt. Sie hat ihn weiter ausgebaut, verfeinert und jede Entwicklung der Produktivkräfte zum weiteren Ausbau der sachlichen Hilfsmittel von Armee, Polizei, kurz der besonderen Formationen bewaffneter Menschen, benutzt. Die Kosten dieser sich immer weiter hochblähenden Geschwulst am Körper der Gesellschaft bürdet sie den
waffneten Aufstands vor, von dessen Unvermeidlichkeit Schwarz gesprochen hatte.
„Das Amt der Polizei ist, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehende Gefahr zu treffen", regelte der §10 II 17 des allgemeinen Landrechts in Preußen, das den Aufgabenbereich der preußischen Gendarmerie bestimmte, die „als eine straff organisierte, militärisch gegliederte und geführte Polizei auf dem Lande geschaffen (wurde und) aus gedienten Soldaten – Offizieren und Un-
zialdemokrat, preußischer Innenminister, 1920/21, 1921 – 1926, 1930 – 1932, dessen Dienste die Bourgeoisie in entscheidenden Wendepunkten des Klassenkampfes immer wieder beanspruchte: „Die Mannschaften und die Bewaffnung sollten so beschaffen sein, daß die zu bildenden Einheiten zur Bekämpfung von Unruhen geschlossen und schnell eingesetzt werden konnten. Auch in anderen preußischen Gebietsteilen, die als Gefahrenzone für die öffentliche Ruhe und Sicherheit anzusprechen waren, wurden ähnliche Vorbereitungen getroffen, so daß im Frühjahr 1920 schon ein nicht unbeträchtlicher Teil der neuen Polizei
Streiks der Landarbeiter auf Fehmarn, Lütjenburg, der Streik der Eisenbahner in Schleswig-Holstein, die Kämpfe der Arbeiter, die das ganze Land erfaßt hatten und niedergeschlagen wurden, „brachten den Beweis, daß sie (die Schutzpolizei) bei entsprechender Führung den gestellten Anforderungen gerecht zu werden und sich auch in schwierigen Situationen durchzusetzen vermochte" (S.103). Dieser Beweis ist in Toten und Verwundeten erbracht und Resultate der Tatsache, daß die Kritik der Waffen nicht radikal geführt, sondern von den Sozialdemokraten verraten und von den Formationen der Bourgeoisie blutig zertreten
Getöse, wilden Schießereien und unwahrscheinlichem Terror gegen die Fehmarner Bauern, marschierten sie vor. Auch sie marschierten, wie schon zuvor die Niederländer, ohne irgendeinen gegnerischen Soldaten zu Gesicht zu bekommen. Also eine unsin-
US-Imperialismus die Vormacht ausübt, daß er das Kommando führt.
Ihre Vorbereitungen auf kommende Raubzüge versucht die westdeutsche Bourgeoisie durch den Farbwechsel der Sowjetunion zu einer imperialistischen Supermacht zu kaschieren.
die Marine in der Ostsee schon längst in Angriff genommen: In den letzten Jahren wurde die Stationierung von Waffeneinheiten im Ostseeraum auf folgenden Stand gehoben: 40 Schnellboote, 24 U-Boote, 39 Minensuchboote, 7 Zerstörer und die 20 Mehrzweck-
‚Episoden'-Schlägereien, ... später gab es kleinere Sabotagefälle, ...Streiks, illegale Schriften. Einige aufdringliche Kollaborateure wurden von der organisierten Widerstandsbewegung erschossen" („Wehrkunde", Nov. 1972).

„Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein"

Ein Unterdrückungsinstrument wird ausgefeilt

b.wik. Die deutsche Bourgeoisie, nicht durch eine Revolution, sondern durch das Bündnis mit dem Adel bei der Niedertretung einer Revolution an die Macht gekommen, hat den feudalen Gewalt- und Unterdrückungsapparat nicht zerschlagen, sondern übernommen und für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt. Sie hat ihn weiter ausgebaut, verfeinert und jede Entwicklung der Produktivkräfte zum weiteren Ausbau der sachlichen Hilfsmittel von Armee, Polizei, kurz der besonderen Formationen bewaffneter Menschen, benutzt. Die Kosten dieser sich immer weiter hochblähenden Geschwulst am Körper der Gesellschaft bürdet sie den werktätigen Massen auf, die dafür bluten müssen, daß sie diese Gewalt- und Unterdrückungsmaschinerie noch nicht durch die proletarische Revolution zerschlagen haben.

„Politische Umbrüche und Unruhen verlangten häufig ein Überdenken, eine Umorganisation, eine Anpassung der Polizei an den fortschreitenden Wandel auf allen Gebieten der Technik – Kraftfahrzeuge, Schiffe, Nachrichtenwesen, Ausrüstung, Bewaffnung", läßt ein Gerd Stolz auf der Umschlagseite seines Buches „Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein" schreiben. Es ist das erste Buch, das „eine umfassende Gesamtdarstellung der Geschichte der Polizei einschließlich Kriminal-, Wasserschutz- und Bereitschaftspolizei" gibt. Schon der Preis von 48 DM zeigt an, daß es für auserwähltes, bürgerliches Publikum bestimmt ist. Innenminister Titzck gibt ihm das Geleitwort: „Heute können wir mit Freude und Stolz feststellen, daß die Polizei darüberhinaus ein Garant der Freiheit des Einzelnen geworden ist. Das muß so bleiben! Dafür müssen wir gemeinsam und entschlossen eintreten." Garant der Freiheit des Eigentums. „Polizeihaushalt erreicht Rekordhöhe", vermeldet die bürgerliche Presse voller Entzücken. „Es muß die Chance bestehen, eine gewaltsame Revolution niederzuschlagen", hatte der rheinland-pfälzische Innenminister Schwarz geäußert. Neues Polizeirecht inklusive gezieltem Todesschuß in Bayern, neue Gesetzesmaßnahmen zur Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes, planmäßig bereitet die Bourgeoisie sich auf die Niederschlagung des bewaffneten Aufstands vor, von dessen Unvermeidlichkeit Schwarz gesprochen hatte.

„Das Amt der Polizei ist, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehende Gefahr zu treffen", regelte der §10 II 17 des allgemeinen Landrechts in Preußen, das den Aufgabenbereich der preußischen Gendarmerie bestimmte, die „als eine straff organisierte, militärisch gegliederte und geführte Polizei auf dem Lande geschaffen (wurde und) aus gedienten Soldaten – Offizieren und Unteroffizieren – bestand" und dem Kriegsministerium unterstellt war.

1910 erachtete die Bourgeoisie je einen Polizisten auf 567 Einwohner für ausreichend, um ihre Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. 1977 sind es bereits in ganz Schleswig-Holstein 414 Einwohner, auf die ein Polizist kommt.

„Am 3. November 1918 meuterten die Matrosen in Kiel ... Der Ausbruch der Novemberrevolution 1918 und die damit zusammenhängenden Unruhen, Demonstrationen und Streiks, die einen nahezu permanenten Staatsnotstand als Resultat aufzeigten, stellten an die Polizei Anforderungen solchen Ausmaßes, denen sie mit eigenen Kräften nicht mehr entsprechen konnte" (S.55). Berufssöldner und Freikorps mußten her, um die revolutionären Arbeiter und Matrosen niederzuschießen. Die Polizei und ihre Bewaffnung waren unter den Bedingungen des bewaffneten Aufstandes unzureichend organisiert und auf die Hilfe der Armee angewiesen. „Um den hohen Sicherheitsanforderungen nachzukommen und dem neuen Staat zugleich ein zuverlässiges sicherheitspolizeiliches Exekutivorgan für den inneren Bereich zu schaffen, das auch ohne Unterstützung militärischer Verbände oder paramilitärischer Organisationen größeren Unruhen wirksam begegnen kann, mußte das Hauptgewicht auf die Verstärkung, Neugliederung und Aufrüstung der Polizei gemessen an den Notwendigkeiten und Bedürfnissen der Zeit gelegt werden", schreibt Stolz die Erfahrungen seiner Klasse bei der Niederschlagung einer Revolution zusammenfassend. Carl Severing, Sozialdemokrat, preußischer Innenminister, 1920/21, 1921 – 1926, 1930 – 1932, dessen Dienste die Bourgeoisie in entscheidenden Wendepunkten des Klassenkampfes immer wieder beanspruchte: „Die Mannschaften und die Bewaffnung sollten so beschaffen sein, daß die zu bildenden Einheiten zur Bekämpfung von Unruhen geschlossen und schnell eingesetzt werden konnten. Auch in anderen preußischen Gebietsteilen, die als Gefahrenzone für die öffentliche Ruhe und Sicherheit anzusprechen waren, wurden ähnliche Vorbereitungen getroffen, so daß im Frühjahr 1920 schon ein nicht unbeträchtlicher Teil der neuen Polizei stand und eingesetzt werden konnte" (S.56).

In Schleswig-Holstein wurde die Sicherheitspolizei, so nannte sich die „neue Polizei", 1919 gegründet. Als Bewaffnung dieser Bürgerkriegsarmee der Konterrevolution waren vorgesehen: Infantriegewehr, Säbel, je Hundertschaft zwei leichte Minenwerfer, tragbare Flammenwerfer, Handgranaten, leichte und schwere Maschinengewehre, für technische Hundertschaften außerdem noch leichte Geschütze, schwere Minenwerfer und Scheinwerferzüge. „Die Ausbildung für den geschlossenen Einsatz, die intensiv betrieben wurde, schloß auch Übungen ein, die auch Räumung und Absperrung von Häusern und Plätzen, Verteidigung von Häusern und Straßenzügen, das Vorgehen in Stoßtrupps, Besetzung von Gebäuden und Abtransport von Gefangenen umfaßte." Ausbildung und Bewaffnung waren voll und ganz auf die Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes in den großen Städten ausgerichtet, die sich in uneinnehmbare Festungen verwandeln können, wenn das Proletariat kühn und entschlossen handelt, nach der Wahl des richtigen Zeitpunkts.

Auf Verlangen der Siegermächte des Ersten imperialistischen Krieges mußten die deutschen Imperialisten die Sicherheitspolizei auflösen, erhielten aber Polizeikräfte in Höhe von 150000 Mann zugebilligt zur „Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren."

Die offenen Klassenschlachten zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu Beginn der zwanziger Jahre, die Aufstände in Schlesien und Sachsen, die Streiks der Landarbeiter auf Fehmarn, Lütjenburg, der Streik der Eisenbahner in Schleswig-Holstein, die Kämpfe der Arbeiter, die das ganze Land erfaßt hatten und niedergeschlagen wurden, „brachten den Beweis, daß sie (die Schutzpolizei) bei entsprechender Führung den gestellten Anforderungen gerecht zu werden und sich auch in schwierigen Situationen durchzusetzen vermochte" (S.103). Dieser Beweis ist in Toten und Verwundeten erbracht und Resultate der Tatsache, daß die Kritik der Waffen nicht radikal geführt, sondern von den Sozialdemokraten verraten und von den Formationen der Bourgeoisie blutig zertreten wurde. Ebenso der Kampf der Bauern gegen Ausplünderung und Enteignung durch den bürgerlichen Staat Ende der zwanziger Jahre, den Stolz unter dem Stichwort „Bauernaufstand in Neumünster" abtut.

Beim Einmarsch in Österreich und in die CSSR war die Schutzpolizei auch dabei. 1945, nach dem Einmarsch der Alliierten, wird sie zunächst entwaffnet, nach wenigen Monaten jedoch wieder erneut organisiert und bewaffnet. Zunächst mit Holzknüppeln, später mit Gummiknüppeln und Pistolen. 1951 wird als erste abgesonderte bewaffnete Formation die Bereitschaftspolizei aufgestellt. „Um der Ende der 1960/Anfang der 1970er Jahre stark anwachsenden Gewaltkriminalität entgegenzuwirken (gemeint ist die demokratisch-revolutionäre Massenbewegung) durch Terror und Bandenbildung gekennzeichnete Erscheinungsformen einzudämmen" werden die Mobilen Einsatzkommandos, die Spezialeinsatzkommandos und die Präzisionsschützenkommandos gebildet, bezahlte Killer, die erst schießen und dann „Hände hoch!" rufen.

Das Buch über die Polizei in Schleswig-Holstein ist im wesentlichen eine Rezeptküche gegen den bewaffneten Aufstand. Eine geschichtliche Rezeptküche gegen den bewaffneten Aufstand. Die Geschichte der Polizei selbst ist mit Blut und Terror geschrieben, dem Blut der Arbeiter und Bauern. Es ist die Geschichte des Kampfes gegen die Festung des bürgerlichen Staates die wegen der Fehler der revolutionären Führung noch nicht geschliffen ist. Diese Aufgabe steht an.

Ledernacken

b.Kiel. „Vorbildlich, nett und freundlich war die Spezialeinheit, so urteilte die Kieler Polizei" und „wie wär's, kommt Kielius der Gedanke, wenn man mal ein paar von ihnen zur nächsten Kieler Woche einladen würde?" schreibt Kielius frech in den KN (28.9.78). Das Manöver und das Auftreten der Besatzertruppen hier wird eine gute Grundlage sein, um ihnen einen entsprechenden Empfang zu bereiten. Der Stadtteil Wik sah aus wie ein Kriegsschauplatz. Die vom Manöver Bold Guard zurückgekehrten Ledernacken hatten ein militärisches Wartelager in der Wik errichtet. Eine riesige Wiese, die bisher grasbewachsen war, ist zum Schlammplatz geworden, weil dicht an dicht Militärfahrzeuge und Zelte dort aufgebaut worden waren. Die Straßen waren durch die Fahrzeuge so verdreckt, daß teilweise die Mittelstreifen nicht mehr zu erkennen sind. Ruhig schlafen konnte man seit Tagen nicht mehr, weil man laufend durch Militärtransporte aufgeschreckt wurde. Es ist klar, daß die US-Soldaten merken, daß den Manövern ziemlicher Haß entgegenschlägt.

Beim KVZ-Verkauf in Kiel-Wik äußerte ein Soldat der Ledernacken auf die Frage: „Was hälst Du vom Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland?" „Hervorragend, wir halten sowieso nichts davon, im fremden Land Kriegsübungen zu machen. Wir wollen nach Hause."

Schwerbehindertenausweis seit zwei Jahren verweigert

b.Kiel Seit zwei Jahren kämpft der Rentner W. Mahler um die Wiederbewilligung für einen Schwerbehindertenausweis. W.Mahler hat sich im zweiten Weltkrieg während der Haft Herz- und Kreislaufschäden, ein Gallen-, Lungen- und ein Nervenleiden zugezogen. Die Erwerbsunfähigkeit wird vom Land Schleswig-Holstein mit 100% zugestanden. Um den Rentenanspruch kämpft der Genosse Mahler seit mehreren Jahren. Nachdem für 1976 ein Ausweis für Schwerbeschädigte zur kostenlosen Beförderung im Nahverkehr bewilligt wurde, war das für 1977 und 1978 nicht mehr der Fall. Als Begründung wird vom Land Schleswig-Holstein angeführt: „Eine Behinderung liegt nur vor, wenn Personen in ihrer Bewegungsfähigkeit durch die Beeinträchtigung ihres Stütz- oder Bewegungssystems nicht nur vorübergehend wesentlich behindert sind oder bei denen eine Spaltbildung des Gesichts oder des Rumpfes besteht."

Ein CDU-Mitglied aus Kiel ganz beiläufig: „Herr Mahler habe ja selbst Schuld, wenn er für den KBW Politik macht und auf der Straße Flugblätter verteilt, kann er niemals den Antrag genehmigt bekommen."

Nicht nur halbtot mußt Du sein, sondern auch ducken sollst Du Dich, um so einen Ausweis bewilligt zu bekommen, so hätte es die Landesregierung im Auftrag von Ehrenberg gern. Das wird sie nicht durchsetzen, dazu wird man den Prozeß,

ner W. Mahler um die Wiederbewilligung für einen Schwerbehindertenausweis. W.Mahler hat sich im zweiten Weltkrieg während der Haft Herz- und Kreislaufschäden, ein Gallen-, Lungen- und ein Nervenleiden zugezogen. Die Erwerbsunfähigkeit wird vom Land Schleswig-Holstein mit 100% zugestanden. Um den Rentenanspruch kämpft der Genosse Mahler seit mehreren Jahren. Nachdem für 1976 ein Ausweis für Schwerbeschädigte zur kostenlosen Beförderung im Nahverkehr bewilligt wurde, war das für 1977 und 1978 nicht mehr der Fall. Als Begründung wird vom Land Schleswig-Holstein angeführt: „Eine Behinderung liegt nur vor, wenn Personen in ihrer Bewegungsfähigkeit durch die Beeinträchtigung ihres Stütz- oder Bewegungssystems nicht nur vorübergehend wesentlich behindert sind oder bei denen eine Spaltbildung des Gesichts oder des Rumpfes besteht."
Ein CDU-Mitglied aus Kiel ganz beiläufig: „Herr Mahler habe ja selbst Schuld, wenn er für den KBW Politik macht und auf der Straße Flugblätter verteilt, kann er niemals den Antrag genehmigt bekommen."
Nicht nur halbtot mußt Du sein, sondern auch ducken sollst Du Dich, um so einen Ausweis bewilligt zu bekommen, so hätte es die Landesregierung im Auftrag von Ehrenberg gern. Das wird sie nicht durchsetzen, dazu wird man den Prozeß,
der für den Herbst angesetzt ist, nutzen.

„Kibupu" für Einstellung der SRK-Prozesse

b.Kiel. Die „Kieler Bürgerinitiative gegen Berufsverbote und politische Unterdrükkung", die aus Mitgliedern von KB, SB, GIM besteht, hat eine Resolution gegen die Prozesse gegen die SRKs vor der Flensburger Staatsschutzkammer gefaßt. Sie fordern: „Ersatzlose Streichung des § 89 StGB! Freie und politische Betätigung in der Bundeswehr! Freiheit der antimilitaristischen Propaganda! Aufhebung der o.a. Urteile (damit sind die Urteile gegen M. Schöttler, R. Lötzer und V. Block gemeint – d. Red.)!" Außerdem fordern sie die sofortige Einstellung des Prozesses gegen C.U. Monica.

Stromausfall auf Wachstation der Unikliniken

b.Kiel. In der Nacht vom 27.9. auf den 28.9.78 fiel auf der Station der Chirurgie der Unikliniken Kiel der Strom einmal für 15 Minuten und noch einmal für 5 Minuten ohne Vorwarnung vollständig aus. Sowohl das Licht als auch die drei Beatmungsgeräte der beatmeten Patienten fielen mit darunter. Es heißt, ein Defekt in der Energiezentrale hätte vorgelegen. Was das Notstromaggregat in dieser Zeit gemacht hat, ist im Dunkeln geblieben. Es ist dem schnellen Einsatz der Beschäftigten und einer großen Portion Glück zuzuschreiben, daß alle Patienten diesen „kleinen" Zwischenfall überlebt haben.

Die Theorie vom Teufelskreis

Loderer, Kluncker und Vetter zum 100. Jahrestag des Sozialistengesetzes

z.hev. Mit ziemlichem Aufwand versuchen Vetter, Kluncker und Loderer den 100. Jahrestag der Sozialistengesetze vom 21. Oktober 1878 zu nutzen, um mit den revolutionären Erfahrungen der Arbeiterklasse aufzuräumen. Die IGM-Zeitung ,,Metall" brachte im Laufe dieses Jahres eine 13-teilige Serie ,,Sozialistengesetz" in der Reihe ,,Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung", und Klunckers ÖTV-Magazin widmet in seiner Septemberausgabe 8 Seiten dem Sozialistengesetz unter dem Titel ,,Als der Eiserne Kanzler an den Roten scheiterte".

Karl-Alexander Hellfaier, der Verfasser dieses Artikels, ist von tiefer Sorge um den Bestand des Bismarck-Staates und vor allem den Bestand des bundesrepublikanischen Gemeinwesens geplagt. ,,An den Hypotheken, die uns Otto von Bismarck und seine Helfer aus dem Bürgertum hinterlassen haben, tragen wir noch heute." Und ,,die Risse, die damals entstanden, sind immer noch nicht geschlossen." Bismarck war auch zu dumm und die Bündnispartner der preußischen Junker, das ,,liberale Bürgertum" auch, denn es verleugnete ,,im Kampf gegen Katholizismus und Arbeiterschaft seine besten Traditionen". Die Bourgeoisie hätte die Sozialistengesetze verhindern sollen, wünscht sich Hellfaier, und die ganze Angelegenheit der Ausbeutung und der Unterdrückung der Arbeiterbewegung um Gottes Willen nicht so plump anpacken sollen. ,,Die höchst knifflige Entscheidung über umstürzlerische sozialdemokratische Bestrebungen wurde irgendeinem Kommissar oder einem Wachtmeister der Polizei zugemutet ... Die Bezeichnung dessen, was verboten werden sollte, war so allgemein gehalten, daß bereits in den langen Reichstagsdebatten ... niemand sagen konnte, was eigentlich verboten ist oder verboten werden sollte." Zutiefst verunsichert ist der Hellfaier, wie ungeschickt die Obrigkeit alles geregelt hat, der Kaiser allerdings sei so vernünftig gewesen, das Todesurteil gegen den Klempner Max Hödel nicht zu unterschreiben, der am 11. Mai 1878 auf ihn geschossen hatte. ,,Als ihn Scharfmacher endlich dazu brachten, unterschrieb er es nicht selber, sondern überließ es dem Kronprinzen." Welch edler Zug. Der Reichskanzler dagegen habe dem August Bebel noch mehr als sieben Jahre später vorgehalten, daß er über die Pariser Kommune gesagt habe, ,,in einigen Jahren werde der Ruf der Kommunarden der Schlachtruf des ganzen Proletariats sein." Wie kann man nur so kurzsichtig sein, dem August seine Jugendsünden nicht zu verzeihen! Aber Bismarck konnte ja eigentlich gar nichts dafür: ,,Ein positives Verhältnis hat Otto von Bismarck zur Sozialdemokratie nie finden können, weil er bei seinen Urteilen und Maßnahmen als adliger Großgrundbesitzer nur von der Kenntnis der Verhältnisse auf dem Land ausging. Von den ganz anders beschaffenen Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft wußte er so gut wie nichts." Wenn es ihm doch einer gesagt hätte! Nehmt euch ein Beispiel an Helmut Schmidt, der redet auf Betriebsversammlungen, und gar nicht hochgestochen, er sagt zwar im Prinzip das gleiche wie Bismarck, aber – das walte Gott – viel geschickter. Statt dessen verfielen die Behörden und Gerichte des Junkers ,,in eine maßlose Verfolgungswut", Bismarck ,,überschätzte die Bedeutung der ,Ersten Internationale'" und ,,deutete den Pariser Kommuneaufstand falsch", die Sozialdemokratie sei ganz anders gewesen, so quasi genau wie heute, was man an einem Flugblatt sehen könne, das die aus Berlin während des Belagerungszustandes ausgewiesenen Arbeiter angeblich verteilt haben sollen. Es ist ein Flugblatt, das vom preußischen Innenminister Robert von Puttkammer inspiriert sein könnte, und das der heutige Gewerkschaftssozialdemokrat Kluncker den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst unterjubeln will als Beweis für – ja was? Für eine schon immer zahme und alle bürgerlichen Gesetze einhaltende Arbeiterklasse. Es lautet: ,,Laßt euch nicht provozieren! Weist die Versucher ab, die Euch zu geheimen Verbindungen und Putschen reizen wollen. Haltet fest an der Losung, die wir Euch so oft zugerufen: An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen. Gedenket unserer Weiber und unserer Kinder."

Um das Maß vollzumachen, wird noch Engels verfälscht, der gegen ,,*die* antiparlamentarischen Strömungen in der Mitgliedschaft gegen Ende des ,Sozialistengesetzes'" vorgegangen sei, während Engels tatsächlich den Parlamentarismus niemals zum Prinzip erhob, für den das Parlament immer nur Tribüne war, auf der die revolutionären Arbeiter ihre Propaganda machen konnten.

Was auf den 8 Seiten des ÖTV-Magazins den Arbeitern und Angestellten geboten wird, ist offene und zynische Unterdrückung der Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Es ist der plumpe Versuch, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes direkt abzuspalten von der Arbeiterbewegung und ihnen einzureden, daß sie sich den Kopf der jeweils regierenden Ausbeuter und Unterdrücker zerbrechen sollen darüber, wie und vor allem wie geschickt der Arbeiterklasse beizukommen sei.



Streikende Arbeiter während der Zeit der Sozialistengesetze. Die Tischler von Stuttgart 1883, die Tischler von Königsberg und die Maurer von Berlin 1885, die Schlosser von Hamburg 1888 und schließlich die 150000 Bergarbeiter im ganzen Deutschen Reich 1889 haben mit diesen Streiks trotz Verbot der Gewerkschaften zum Fall des Sozialistengesetzes entscheidend beigetragen. Gemälde von Robert Köhler 1886.



Streikende Arbeiter während der Zeit der Sozialistengesetze. Die Tischler von Stuttgart 1883, die Tischler von Königsberg und die Maurer von Berlin 1885, die Schlosser von Hamburg 1888 und schließlich die 150000 Bergarbeiter im ganzen Deutschen Reich 1889 haben mit diesen Streiks trotz Verbot der Gewerkschaften zum Fall des Sozialistengesetzes entscheidend beigetragen. Gemälde von Robert Köhler 1886.

Zwei Karikaturen, zwei Linien: Der Schlächter Bismarck ,,hackt der Freiheit die Beine ab", als ob die Arbeiterklasse vor dem Sozialistengesetz jemals frei gewesen wäre. Die Karikatur ist natürlich im ÖTV-Magazin veröffentlicht. Die andere: Unterdrückung der Arbeiterklasse vorher wie nachher.

Nicht so offen, aber nicht weniger zynisch und hinterhältig, läßt das Loderer einen Peter Scherer in der ,,Metall" machen. In der ,,Metall" wird berichtet, daß der Kampf von Marx, Engels und Bebel gegen die opportunistischen Strömungen und kleinbürgerlichen Vertreter in der Partei Bedingung und Voraussetzung dafür war, daß unter der Illegalität ein kompromißloser Kampf gegen die Regierung geführt wurde, daß die revolutionäre Linie der Partei zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung gegen alle Versuche, sie durch Wohlverhalten hoffähig zu machen, gestärkt wurde. Aber das sind keineswegs die Lehren, die die Arbeiterklasse aus dem vorbildlichen Kampf der Partei Bebels ziehen soll. Was am Ende herauskommt, ist die Theorie vom ,,Teufelskreis": ,,Die Krise — das lehrt die Geschichte — war und ist die Stunde der Reaktion. Die arbeiterfeindliche Auslegung der bestehenden Gesetze, einzelne Notverordnungen, schrittweise Entmachtung des Parlaments, Einschränkung der demokratischen Rechte – das war immer nur der Anfang. Dann folgten radikalere Mittel. 1878, im sechsten Krisenjahr, folgte das Sozialistengesetz, 1933, im fünften Krisenjahr, folgte das Ermächtigungsgesetz." Und 1974 ...? Man brauche sich aber nicht in dies Schicksal zu ergeben, tröstete Vetter im April Gewerkschafter in Ulm. ,,Nicht die Politik gutgläubiger Partnerschaft, sondern die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung kann allein den Teufelskreis zerschlagen, der aus der Wechselwirkung von Krise und politischer Reaktion entsteht." Und in ,,Der Gewerkschafter" vom Juli 1978 heißt es dann, daß es die Kampfkraft der Arbeiterbewegung war, ,,die den herrschenden Klassen Zugeständnisse abrang", zitiert nach einem Vorwort Loderers zum IGM-Arbeitsheft 512. So wird er auch auf der für den 6. Oktober geplanten Großveranstaltung in der Niedersachsenhalle in Hannover auftreten und die Ziele der Arbeiterklasse nach Beseitigung der Ausbeuterherrschaft herunterbringen auf den Kampf für einige jämmerliche Zugeständnisse, oder das, was die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer darunter verstehen, etwa ,,Arbeitsbeschaffungsprogramme", die sozialdemokratische Variante des Arbeitsdienstes, oder Einführung der Teilzeitarbeit in großem Maßstab als angebliches Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit, tatsächlich alles Mittel der Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Wohin die Loderers, Klunckers und Vetters die Arbeiterklasse bringen wollen, zeigt schon eine bloße Gegenüberstellung der Stellungnahme des ,,Sozialdemokraten" vom 12. April 1883 zu den Ergebnissen des Kopenhagener Kongresses. Der ,,Sozialdemokrat" war die illegale Zeitung der Partei, deren Erscheinen und immer größere Verbreitung Bismarcks Schergen nicht verhindern konnten. Unter dem Titel ,,Trotz alledem!" heißt es da: ,,Wir sind keine parlamentarische Partei ... wir sind aber auch keine Revolutionsmacher. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, in ihrem Verhalten stets den Grundsätzen ihres großen Meisters Marx gefolgt zu sein, der weder vom Parlamentarismus noch von der Revolutionsmacherei etwas wissen wollte. Wir sind eine revolutionäre Partei, unser Ziel ist ein revolutionäres, und wir geben uns über seine Durchführung auf parlamentarischem Weg keinen Illusionen hin. Aber wir wissen auch, daß die Art, in der es zur Verwirklichung gelangen wird, nicht von uns abhängt, daß wir die Bedingungen, unter denen wir kämpfen, nicht machen können, sondern sie zu studieren haben, und daß unsere Aufgabe neben dieser Erkenntnis darin besteht, lediglich dem Erkannten gemäß zu handeln. Nicht ins Blaue hinein experimentieren, sondern die realen Verhältnisse im Auge, erst prüfen und dann handeln, ist unsere Losung. Und daß sie es nicht philisterhaft beim Prüfen bewenden lassen, sondern auch, wo es am Platze, entschlossen zur Tat geschritten sind, das haben – allen Verächtern sei es zugerufen – die deutschen Sozialdemokraten in den vier Jahren seit Bestand des Sozialistengesetzes zu Genüge bewiesen.

Kräftig und ungebrochen steht unsere Partei da, das hat sich auf dem Kongreß aufs neue gezeigt. Einzelne Personen sind abgefallen, die einen vom Kampfe ermattet, die anderen aus Feigheit, aber die Armee als Ganzes hat darunter nicht gelitten."

Dieser revolutionäre Geist war es, an dem alle Versuche der herrschenden Klassen – Junker und Bourgeois – scheiterten, die Arbeiterbewegung und ihre organisierte Vorhut zu zerschlagen. Dem Kopenhagener Kongreß voraus ging eine scharfe Auseinandersetzung in der Partei über den einzuschlagenden Weg. Marx und Engels haben in einem Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht u.a. am 17./18. September 1879 von London aus in diese Auseinandersetzung eingegriffen. Es ging um die Linie des ,,Sozialdemokrat". Der Brief war ein scharfer Angriff auf diejenigen in der Partei, die unter der Flagge ,,den Weg der Gesetzlichkeit, d.h. der Reform zu beschreiten" segelten. ,,Die Leute, die 1848 als bürgerliche Demokraten auftraten, können sich jetzt ebensogut Sozialdemokraten nennen. Wie jenen die demokratische Republik, so liegt diesen der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung in unerreichbarer Ferne, hat also absolut keine Bedeutung für die politische Praxis der Gegenwart; man kann vermitteln, kompromisseln, philanthropisieren nach Herzenslust. Ebenso geht's mit dem Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Auf dem Papier erkennt man ihn an, weil man ihn doch nicht mehr wegleugnen kann, in der Praxis aber wird er vertuscht, verwaschen, abgeschwächt. Die sozialdemokratische Partei *soll* keine Arbeiterpartei sein, sie soll nicht den Haß der Bourgeoisie oder überhaupt jemandes auf sich laden; sie soll vor allem unter der Bourgeoisie energische Propaganda machen; statt auf weitgehende, die Bourgeois abschreckende und doch in unserer Generation erreichbare Ziele Gewicht zu legen, soll sie lieber ihre ganze Kraft und Energie auf diejenigen kleinbürgerlichen Flickreformen verwenden, die der alten Gesellschaftsordnung neue Stützen verleihen und dadurch die endliche Katastrophe vielleicht in einen allmählichen, stückweisen und möglichst friedfertigen Auflösungsprozeß verwandeln könnten" (Marx, Engels, Werke Band 34, S. 405/406).

Ohne diese Linie in der Partei zu schlagen, wäre die Partei zerschlagen worden. Davon soll heute – 100 Jahre nach dem ,,Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" – nichts mehr ruchbar werden. Deshalb strengen sich Loderer, Kluncker und Vetter ja so überdurchschnittlich an, um ein Teufelswerk von Teufelskreis in die Welt zu setzen, in dem gefangen, die Arbeiterklasse sich um ein Butterbrot streiten soll, statt eine Welt zu gewinnen.



Das erste Bessemer-Stahlwerk auf dem Kontinent, seit 1862 bei Krupp in Betrieb.